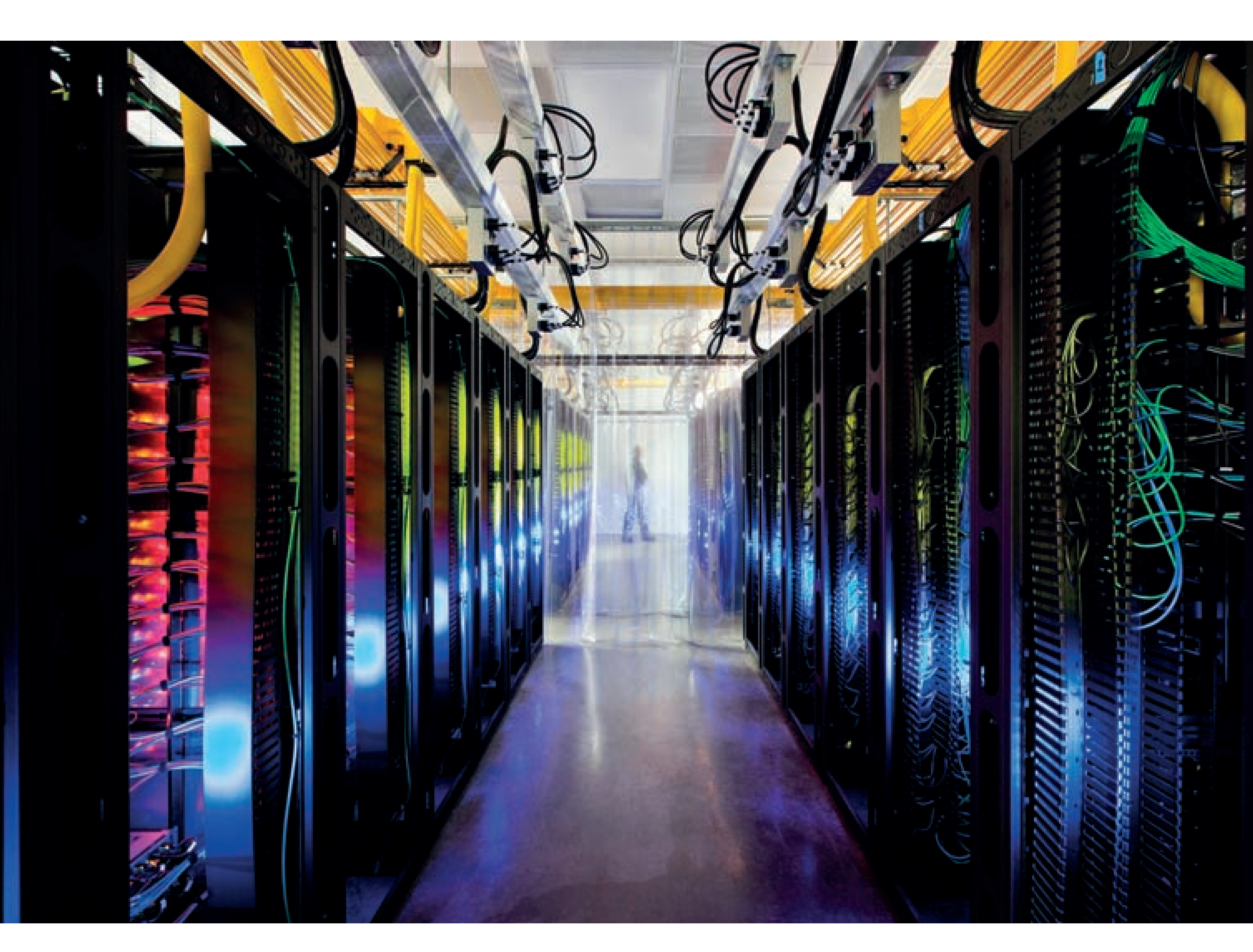
LUXEMBURG 3

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2015

SMARTE NEUE WELT EVGENY MOROZOV | RALF KRÄMER | TANJA CARSTENSEN | CHRISTOPH SPEHR | BERND RIEXINGER | HALINA WAWZYNIAK | FRANK PASQUALE | DAGMAR FINK | NICK GENTRY VASSILIS S. TSIANOS | MORITZ ALTENRIED | ANTONIO NEGRI | U.A.





Google-Datenzentrum in Council Bluffs, Iowa, © Connie Zhou

SMART NEW WORLD

»Wozu brauchen wir die Linke, wenn wir Google haben?«

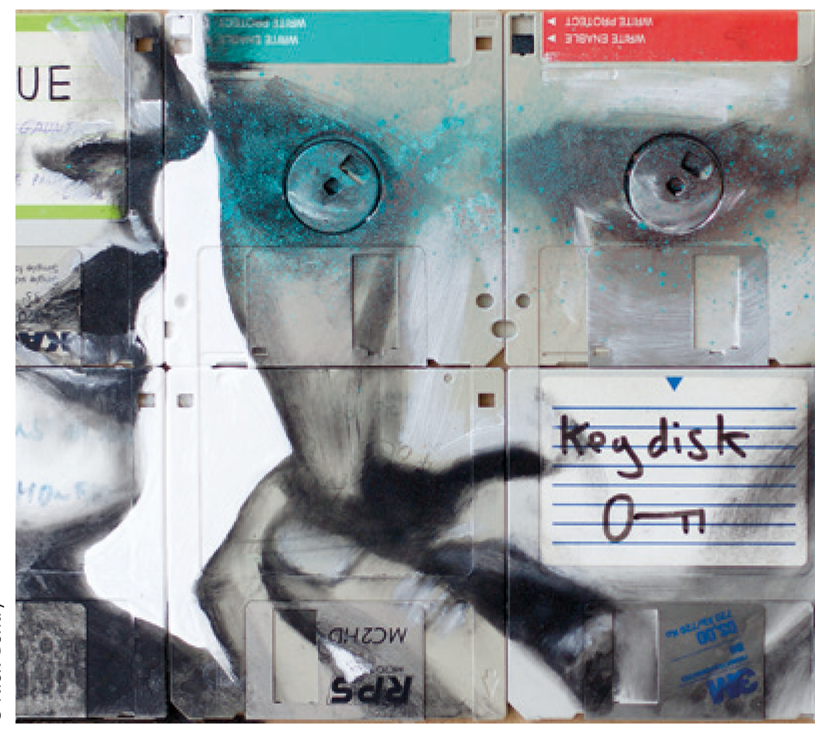
Evgeny Morozov

[shift]
Gespräch über neue Fragen und alte Antworten
Mit Evgeny Morozov

[ctrl]
Wie Lifelogging die soziale Kampfzone ausweitet
Von Stefan Selke

[esc]
Gespräch über Algorithmen, Kontrolle und Transparenz
Mit Frank Pasquale

SCHWERPUNKT: SMARTE NEUE WELT



© Nick Gentry



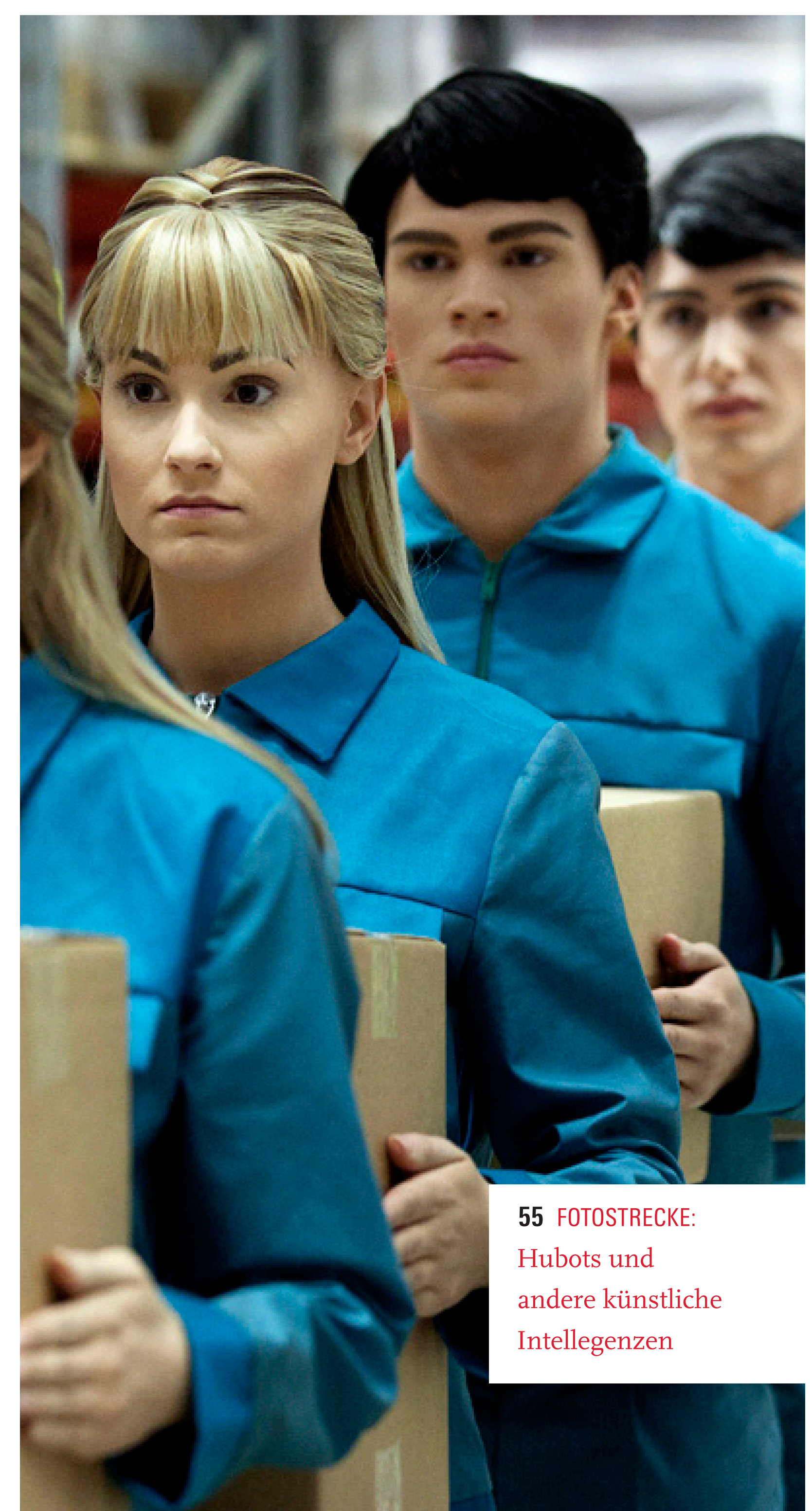
SMARTE NEUE WELT

Die Roboter kommen, die Arbeit geht? Mit Schlagworten wie »Industrie 4.0« oder »zweites Maschinenzeitalter« werden Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise verhandelt. Nicht immer ist es leicht, die strukturellen Veränderungen hinter der Ideologieproduktion auszumachen. Die digitale Revolution betrifft jedoch nicht nur Produktion und Arbeitsverhältnisse. Soziale Medien verändern grenzüberschreitend Kommunikationsweisen und Öffentlichkeiten, Lifelogging-Apps heben neoliberale Selbsttechnologien auf eine neue Stufe, und auf der Grundlage vernetzter Nutzerdaten werden Mobilitätskonzepte ebenso wie Pflege und Gesundheitsversorgung umgebaut; von den ökologischen Konsequenzen dieser SMARTEN NEUEN WELT ganz zu schweigen.
Von links stellen sich zwei zentrale Fragen: die nach der Verfügungsgewalt über diese Daten, Algorithmen und Kommunikationsinfrastrukturen. Sie liegt zunehmend in der Hand privater Konzerne, die sie nicht zuletzt für staatliche Überwachung und digitale Kriegsführung bereitstellen. Die andere Frage zielt auf die Rationalisierungspotenziale der Automatisierung. Wem gehört eigentlich die frei werdende Zeit? Und wie lassen sich angesichts privat angeeigneter Gewinne aus Automatisierung künftig Einnahmen öffentlicher Kassen sichern? Ein Recht auf öffentliche Netzinfrastrukturen ist bislang kein prominentes linkes Projekt und wäre doch in anknüpfungsfähig an existierende Bewegungen. Hier verbindet sich Technologiepolitik mit Organisierungsnotwendigkeiten digitalisierter Arbeit und der Diskussion um soziale Infrastrukturen.
LuXemburg 3/2015 fragt nach den strategischen Herausforderungen linker Politik: Was bedeutet der digitale Wandel für den Umbau der Demokratie, was für die Neuzusammensetzung der Arbeit? Welche Chancen gesamtgesellschaftlicher Planung stecken in den neuen Technologien, und wie können diese von links ›gehoben‹ werden? Gibt es neue Hebel für soziale Gerechtigkeit – für soziale, politische und kulturelle Teilhabe? Oder gelten am Ende doch alte Antworten auf neue Fragen?



© Connie Zhou

RUBRIKEN



ROSA-LUX KOMPAKT

WAS WAR?

ZERFALL DER EU ODER DEMOKRATISCHE REORGANISATION VON LINKS

II. DEMOKRATIE-TAGUNG, 12.–14. NOVEMBER IN BERLIN

Dass es ein Demokratiedefizit in der Europäischen Union gibt, wurde mit der griechischen Tragödie im Sommer 2015 auf empörende Weise bestätigt. Kritisiert wird seit Langem, dass die Exekutive die Politikziele und deren Umsetzung durch europäische oder nationalstaatliche Steuerung und Ausgabenpolitik bestimmt. Wo sich soziale Bewegungen und linke Alternativen mit Protesten nachdrücklich Einfluss verschaffen und die Bevölkerung demokratisch entscheidet, werden sie vom neoliberalen Machtblock zurückgewiesen und mehr oder weniger offen bekämpft. Dies bedeutet faktisch die Aushöhlung der Demokratie. Wie also weiter mit Europa? Sind Perspektiven einer möglichen Demokratisierung völlig verstellt? Welche strategischen Ansätze können wieder Raum öffnen für einen konstituierenden Prozess von unten?

Dokumentation
http://www.rosalux.de/event/54308

GRIECHENLAND UND DIE EUROPÄISCHE UNION: EINE AUTOPSIE

LUXEMBURG LECTURE MIT JAMES K. GALBRAITH, 14. DEZEMBER IN BERLIN

Die Suche nach Alternativen ist mit der Durchsetzung der Austeritätspolitik gegenüber Griechenland nicht beendet. Der Ökonom James K. Galbraith hat gemeinsam mit Yanis Varoufakis und Stuart Holland die Schrift *»Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise«* verfasst und damit der Syriza-Regierung eine konzeptionelle Basis in die Hand gegeben. Wer seinen Vortrag im Rahmen der Luxemburg Lecture versäumt hat, kann ihn hier nachhören.

Dokumentation
http://www.rosalux.de/event/54723

25 JAHRE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

26. UND 27. NOVEMBER IN BERLIN

In den letzten 25 Jahren hat sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer bundesweiten Institution und zu einem Ort kritischen Denkens und politischer Alternativen entwickelt, an dem man sich der geistigen Grundströmung des demokratischen Sozialismus verpflichtet sieht. Der gerade erschienene Jubiläumsband zeichnet diese Entwicklung nach.
Im Rahmen des Festprogramms verlieh die Stiftung den Hans-und-Lea-Grundig-Preis für kunstwissenschaftliche und kunstvermittelnde Leistungen und bot einen Einblick in ihre Auslandsarbeit. Vier PartnerInnen sprachen zu den Themen Flucht und Migration, Transformationen, Ernährung und Welthandel sowie Extraktivismus.

Dokumentation
http://www.rosalux.de/stiftung/25-jahre.html

WAS KOMMT?

JACOLUX ODER LUXOBIN

HEFT 2/2016

Das zweite Heft der *LuXemburg* im kommenden Jahr wird in Kooperation mit der englischsprachigen Zeitschrift *Jacobin* erscheinen. Jacobin ist der neue Stern am linken Medienhimmel – nicht nur in den USA. 2010 von Bhaskar Sunkara gegründet, versteht sich die Zeitschrift als linkes Projekt. Marxistische Analysen und sozialistische Alternativen sowie Fragen linker Organisierung sollen jenseits von Dogmatismus und in verbindender Perspektive einem breitem Publikum zugänglich gemacht werden. Und das alles auf hohem analytischen Niveau, aber in klarer Sprache und in magazinartigen Texten. Genug Verbindungen mit der *LuXemburg,* um ein gemeinsames Heft in Angriff zu nehmen. Bhaskar Sunkara wird dafür einige Zeit als Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse verbringen.

Website von Jacobin
www.jacobinmag.com

II. AKTIONSKONFERENZ CARE REVOLUTION 2016
22.–24. APRIL IN BERLIN

Vor zwei Jahren diskutierten über 500 TeilnehmerInnen auf der I. Aktionskonferenz in Berlin darüber, wie die Sorge für sich und andere gegen wachsenden Zeitstress, Ökonomisierung und steigenden Kostendruck verteidigt werden kann. »Ein gutes Leben für alle weltweit« war damals die Forderung. Diese ist aktueller denn je. Die Situation der Geflüchteten hat den maroden Zustand der öffentlichen Daseinsvorsorge erschreckend verdeutlicht, die Krise der sozialen Reproduktion erscheint in neuer Qualität.
Wie lässt sich die Solidarität der vielen ›Willkommens-Initiativen‹ bewahren und zum Ausgangspunkt einer Care Revolution machen, die die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt und Sehnsüchten nach diskriminierungsfreiem Leben jenseits von Armut, nach Zeitsouveränität und Selbstbestimmung sowie nach kooperativen Sorgebeziehungen Raum gibt?

Infos
www.care-revolution.de

MIT WEM?

#HEGEMONIEHACKEN – LIMA 2016
15.–19. MÄRZ 2016 IN BERLIN

Posten, Teilen, Freunde werden. Was erst einmal solidarisch klingt, ist Teil einer neuen Kommerzkultur, die unser Alltagsleben bestimmt. Das Internet wird über weite Strecken von Konzernriesen wie Facebook und Twitter oder Unternehmen wie Apple, Microsoft und Google dominiert. Welche Folgen hat es, wenn diese Gatekeeper bis in unsere Wohnzimmer hineinwirken und in unserem Privatleben mitmischen? Im Fokus stehen die Möglichkeiten, die diese neuen Technologien und Programme uns auch im politischen Alltag bieten. Wie lässt sich das Netz mit den bestehenden Open-Source-Projekten als öffentlicher Ort erhalten?

Programm und weitere Infos
http://www.linkemedienakademie.de/news/

WER SCHREIBT?

SMART CITY – ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE IN DER ›INTELLIGENTEN STADT‹

Angesichts der optimistischen Versprechen und hoffnungsvollen Visionen, die in Zusammenhang mit Smart Cities formuliert wurden, kann man schnell die politischen Aspekte aus dem Auge verlieren, die diesen vernetzten Technologien und Initiativen wie ein Code eingeschrieben sind.
Die Autoren Jathan Sadowski und Frank Pasquale zeigen im neuen Band der Reihe Analysen auf, welche Gefahren den Technologien vor allem im Hinblick auf Überwachung innewohnen.

Download
http://www.rosalux.de/publication/41847

UMCARE – GESUNDHEIT UND PFLEGE NEU ORGANISIEREN
MATERIALIEN 13/2015

»Mehr von uns ist besser für alle«, schreiben die streikenden Pflegekräfte an der Berliner Charité auf ihre Transparente. Sie bringen damit eine neue Qualität der aktuellen Proteste im Gesundheitswesen auf den Punkt. In ihrem Arbeitskampf geht es nicht nur um Forderungen nach mehr Personal, höhere Löhne oder weniger Stress. Sie streiten für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung – und sind damit bei Weitem nicht allein: Hinzu kommen die Initiativen, in denen sich Menschen, die auf Assistenz oder Pflege angewiesen sind, genauso wie pflegende Angehörige selbst organisieren. Es geht auch um Ansprüche an ein Leben, das mehr ist als das ständige Rennen im Hamsterrad; um eine Gesellschaft, in der gute Pflege ins Zentrum des Handelns rückt. Gestritten wird für einen Perspektivwechsel im Gesundheitssystem, für eine ›UmCare‹. Die Texte suchen nach strategischen Eingriffspunkten und Potenzialen für eine sozialistische Transformation innerhalb der aktuellen Auseinandersetzungen und arbeiten neue Ansätze der Organisierung heraus.

Download
http://www.rosalux.de/publication/41805



IM MASCHINENRAUM DES

W W W

ORLD IDE EB



»Ich muss jetzt los, aber ich schick dir 'ne Mail.« Im beschleunigten Alltag verlagert sich nicht nur die Kommunikation ins Virtuelle. Auch über Musik, Filme, Fotos und Bücher verfügen wir digital. Das scheint nicht nur effizient, weil räumlich unabhängig, sondern angesichts der körperlosen Datenströme auch ökologisch unerheblich. Tatsächlich werden die Daten im World Wide Web auf Bahnen aus Kupfer und Glasfasern transferiert, die an gigantischen Knotenpunkten zusammenlaufen und – welchen Diensten auch immer – zur Verfügung gestellt werden. Das weltweite Datenvolumen verdoppelt sich derzeit alle zwei Jahre.

Der Energiebedarf dieser Datenzentren ist immens – allein in Deutschland liegt er aktuell bei 10 bis 15 Terawattstunden. Weltweit verbraucht das Internet den Strom von 30 Atomkraftwerken. Die Serverfarmen von Google ziehen so viel Energie wie eine 200 000-Einwohner-Stadt. Die Tendenz, Daten in der Cloud statt lokal zu speichern, potenziert die Menge und damit den Energieverbrauch. Die fabrikgroßen Datenzentren liegen nicht umsonst weit im Norden, Kühlung ist eine Herausforderung – der finnische Meerbusen liefert kaltes Wasser im Überfluss. Hier materialisiert sich das WWW. Wir werfen einen Blick in die ästhetisierten Maschinenräume des weltweit größten Internetkonzerns Google.

Alle Bilder: © Connie Zhou/Google

INTERVIEW

»DON'T BELIEVE THE HYPE«

GESPRÄCH ÜBER NEUE FRAGEN UND ALTE ANTWORTEN

EVGENY MOROZOV

Obwohl ›das Internet‹ ja nicht mehr so ganz neu ist, gibt es einen ziemlichen Hype um die Digitalisierung – oder all das, was darunter gemeinhin gefasst wird. Du hast dich als deutlicher Kritiker dieser Entwicklung und der Debatten dazu profiliert – auch mit Blick auf die Akteure des Silicon Valley. Zwei wesentliche Schwachpunkte siehst du in diesen Debatten: Solutionismus und Internet-Zentrismus. Was genau ist damit gemeint?

Solutionismus bezeichnet eine Tendenz, Probleme vor allem unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, inwieweit es dafür schnelle und einfache Lösungen gibt, etwa in Form von Apps oder anderen, meist technischen Neuerungen. Ich nenne ein Beispiel: In einer Zeit, in der wir die Möglichkeit haben, alles aufzunehmen und zu speichern, neigen solche Lösungsfanatiker dazu, ›Vergessen‹ also solches als Problem anzusehen, das man in den Griff bekommen muss. Oder: In dem Maße, wie es Apps gibt, mit Hilfe derer sich Unstimmigkeiten in unserem Verhalten identifizieren lassen – etwa indem das, was wir heute sagen, damit abgeglichen werden kann, was wir vor vielleicht zwei Jahren behauptet haben –, wird ›Inkonistenz‹ plötzlich zu einem Problem. Es gibt viele ähnliche Beispiele. Solutionismus ist also die Tendenz, die Welt von dieser Art Phänomenen befreien zu wollen, nur weil wir dazu im Prinzip die Möglichkeit haben. Ich finde dies auch deshalb bedrohlich, weil übersehen wird, dass solche Unstimmigkeiten in Wahrheit unsere menschlichen Erfahrungen bereichern, statt uns zu beschränken.

Wir verschwenden also wertvolle Ressourcen damit, Probleme zu bearbeiten, die gar keiner Lösung bedürfen. Dies lenkt von anderen, viel dringenderen Fragen ab. Aber das Ganze hat auch noch eine weiterreichende Dimension: Nicht nur bringt uns der Solutionismus dazu, irrelevante Probleme zu bekämpfen, sondern er macht unser Leben insgesamt ärmer: Ausflüchte, Lügen, Heuchelei, Vergessen und Ähnliches haben keine Berechtigung mehr. Dabei sind dies nicht nur ›unwichtige Probleme‹, sondern vielleicht überhaupt keine Probleme. Oder in der Sprache von Silicon Valley: Nicht alle Bugs sind Bugs, einige sind Features.

Ich will nicht sagen, dass alle Probleme, mit denen sich Silicon Valley beschäftigt, in

diesem Sinne fiktiv sind. Es gibt auch solche, die erstmal authentisch wirken – wie zum Beispiel Übergewichtigkeit oder die globale Erderwärmung. Aber selbst dann ist das gängige Lösungsmuster ein individualistisches. Von den Leuten wird verlangt, mehr Verantwortung für ihr eigenes Leben und Handeln zu übernehmen, und dafür werden dann Hilfsmittel entwickelt. Wir werden also angehalten, diese Beobachtungs- und Kontrollgeräte oder -Apps zu benutzen, statt beispielsweise die Macht von McDonald's oder anderen Nahrungsmittelkonzernen einzuschränken, die wahrscheinlich mit den Ursachen von Übergewichtigkeit deutlich mehr zu tun haben.

Und wie steht es um den Internet-Zentrismus?

Es gibt eigentlich zwei ›Internets‹. Bei dem einen geht es um eine Reihe von Protokollen und Standards – das ist das langweilige Internet. Das andere besteht aus Ideen, Ideologien und Praktiken. Dieses zweite, das aufregendere ist gemeint, wenn in Leitartikeln davon die Rede ist, das Internet sei Schuld am Zeitungssterben und am Niedergang der Musikindustrie oder aber am Ausbruch des Arabischen Frühlings. Ich habe kein Problem mit dem ersten, dem langweiligen Internet. Das Letztere ist jedoch aus meiner Sicht höchst unübersichtlich, wir sollten uns seine verschiedenen Komponenten und Funktionen genauer angucken und deren historische Genese nachvollziehen. Solche Begriffe fallen nicht einfach vom Himmel. Viele Leute haben aber das Gefühl, es handle sich um eine Art Naturgewalt mit einer eigenen Logik, der sich Menschen und Institutionen beugen müssen. Und genau das wird von Akteuren des Silicon Valley auch befördert: Vor

EVGENY MOROZOV ist einer der aktivsten Kritiker des digitalen Kapitalismus und seiner konzeptiven Ideologen in Silcion Valley. Aus Weißrußland kommend, lebt er seit einigen Jahren in den USA, wo er an der Harvard University promoviert. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet er zusammen mit Francesca Bria und anderen derzeit an einer Studie über die nicht neoliberale ›Smart-City‹. 2013 erschien sein Buch *To Save Everything, Click Here*.

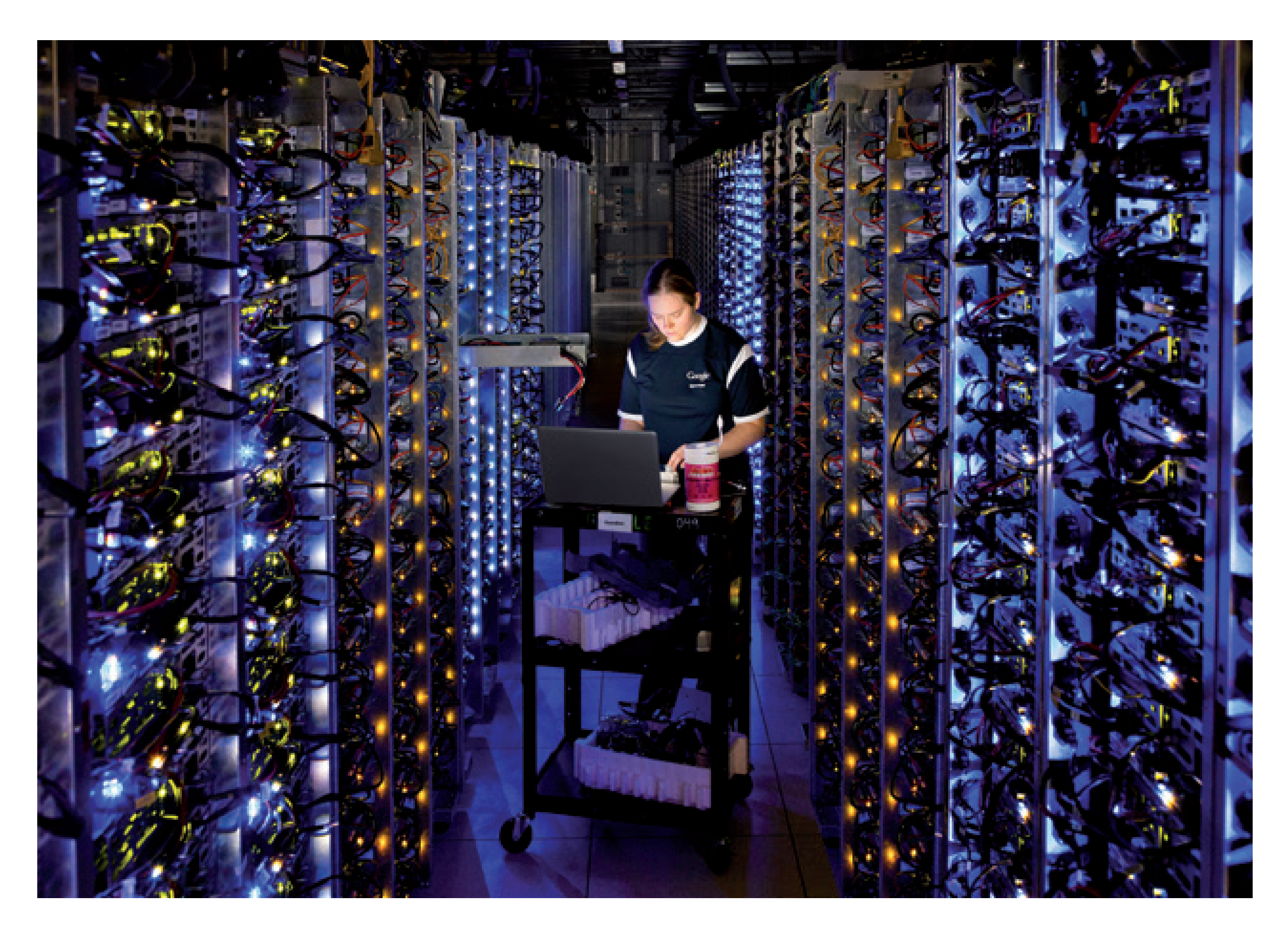
Kurzem gab es in den USA eine große, von mehreren ›Internet-Riesen‹ finanzierte Kampagne. Der Slogan lautete: »Das Internet ist nicht aufzuhalten.« All das sollten wir hinterfragen, gerade wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen.

Unter Internet-Zentrismus verstehe ich entsprechend die Tendenz, zu denken, seit der Entstehung des Internets fielen alle Entwicklungen in der Informatik und in den digitalen Netzwerken irgendwie zusammen, würden von einer einheitlichen Logik getrieben, sodass das, was bei Wikipedia funktioniert, auch funktioniert, wenn eine politische Partei online aufgebaut werden soll. In meinem Buch *To Save Everything, Click Here* (2013) zeige ich, wie aus dieser Mentalität des Internet-Zentrismus schlechte Politiken und Entscheidungen hervorgehen. Wir fallen ständig auf falsche Optionen herein, weil wir es so machen wollen, wie es »für das Internet am besten ist«. Häufig ist aber das, »was für das Internet das Beste ist«, zufällig das, »was für Silicon Valley das Beste ist«. Wenn das stimmt, müssen wir ernsthafter darüber nachdenken, was sich hinter einer Vorstellung wie ›dem Internet‹ an Machtbeziehungen und Ideologien verbirgt. Mit dem Internet-Zentrismus gehen außerdem eine ganze Reihe

kaum wahrnehmbarer intellektueller Barrikaden einher, die unsere Debatten in eine bestimmte Richtung lenken und uns im schlimmsten Fall in gedankliche Sackgassen führen, wo wir unter Umständen jahrzehntelang festhängen. Beispielsweise wird bis heute auch in linken akademischen Kontexten ernsthaft darüber diskutiert, ob Twitter der Auslöser oder gar die Ursache des Arabischen Frühlings war; oder ob ›das Internet‹ uns und unsere Kinder dumm macht, statt über die Inhalte zu sprechen, die möglicherweise dumm machen. Der einzige Ausweg aus solchen Sackgassen besteht darin, die intellektuellen Barrieren aus dem Weg zu räumen. Wir sollten die Dinge nicht noch dadurch verschlimmern, dass wir solchen metaphysischen Vorstellungen anhängen.

Gibt es jenseits dieses Hypes, etwas das du als eine ›neue Qualität‹ des digitalen Kapitalismus bezeichnen würdest, etwas, das auch die Linke begreifen und mit dem sie umgehen sollte?
Wir sollten genau unterscheiden, was neu ist und was nicht so neu ist an diesem Regime des »digitalen Kapitalismus«. Es gibt aufseiten der Linken eine ärgerliche Tendenz, die technologischen Veränderungen so zu interpretieren, als würden sie auf eine »Brand New World« hindeuten, und als bliebe uns nichts anderes übrig, als uns darauf einzustellen. Auf diese Argumentation folgt dann oft ein Kniefall vor den unbezwingbaren Mächten der Globalisierung. Es war diese Logik, die den vermeintlichen Modernisierungsflügel der britischen Labour Party in den Abgrund des Blairismus gerissen hat. Wir sollten uns hüten, den digitalen Kapitalismus vorschnell mit Adjektiven wie außergewöhnlich oder gar einzigartig zu belegen. Vielleicht ist es nicht mal sinnvoll, ihn als »digital« zu bezeichnen, und es wäre besser, nach anderen traditionelleren Indikatoren zu suchen. Zum Beispiel: Wer vertritt eigentlich diese Utopie, BürgerInnen oder Konzerne? Und: Wer wird dadurch von Tag zu Tag mächtiger? Es mag verführerisch scheinen, die Digitalisierung als Vorwand zu nehmen, um bisherige Kämpfe ad acta zu legen und sich in eine neue postkapitalistische and postideologische Welt aufzumachen – Ähnliches wurde von Exlinken wie Daniel Bell schon in den 1960er Jahren vertreten. Manchmal scheint es, als würden sich Ausbeutung und Entfremdung mit fortschreitender Technisierung und erst Recht unter Bedingungen immaterieller Produktion quasi von selbst verflüchtigen. Elemente dieser Rhetorik stecken auch in den Texten von Paul Mason, einem britischen Journalisten, der von einem Regime namens Postkapitalismus spricht. Es eröffne uns angeblich einen Weg, die schlimmsten Tendenzen des Kapitalismus loszuwerden, ohne uns notwendigerweise in Richtung Kommunismus zu bewegen. Das Problem dieser Debatten ist, dass ein paar Adjektive ausgetauscht werden, die ideologischen Prämissen aber unverändert bleiben. Bell et al. mit ihrem Fetisch der Wissensgesellschaften waren schon vor Jahrzehnten an diesem Punkt.

Dennoch: Selbstverständlich gibt es ernst zu nehmende Veränderungen, es gibt neue Player, neue Entwicklungen, und es wäre dumm, dies zu leugnen. Wir haben es etwa bei Google und Facebook mit einem völlig neuen Typus von Unternehmen zu tun, den es vor zwei Jahrzehnten so noch nicht gab. Ihr Geschäftsmodell kreist um Daten. Und die Art und Weise, wie diese unsere Lebenswelt kolonisieren, unterscheidet



Eine CPU ist überhitzt. Google-Datenzentrum in The Dalles, Oregon, © Connie Zhou

sich fundamental von der Praxis traditioneller Medienkonzerne, mit denen sich das Gros der analytischen Arbeiten beschäftigt. Solche Neuerungen bedürfen einer angemessenen Theoretisierung. Aber das bedeutet nicht, dass die alten Fragen – die nach Monopolen, Imperialismus, der Verbindung zwischen der Kriegsindustrie auf der einen und Innovationen auf der anderen Seite –, dass all diese Fragen sich erledigt hätten; auch wenn sie heute zweifelsohne unter Hightech-Bedingungen operieren. Die Linke sollte weniger Zeit mit Modeerscheinungen wie 3D-Druckern, Peer-to-Peer-Netzwerken und -Produktion etc. verplempern und sich eher diesen alten, nach wie vor maßgeblichen Fragen widmen, statt sich an einer linken Lesart von verschiedenen von Silicon Valley inspirierten Phänomenen zu versuchen.

Kannst du noch etwas mehr zum Verhältnis zwischen Technologie und Politik sagen?

Die Technologien, mit denen wir es derzeit in Europa und den USA zu tun haben, sind sowohl Ausdruck als auch Motor der politischen und ökonomischen Verhältnisse. Silicon Valley verkörpert das neoliberale Credo von individueller Verantwortung und Selbstbezogenheit sowie den unternehmerischen Do-it-yourself-Geist. Gleichzeitig liefern diese Technikkonzerne die Mittel, mit denen Regierungen ihre neoliberale Agenda in einem bisher unbekannten Tempo voranbringen. In diesem Sinne

stellt Silicon Valley eine Art lebenserhaltende Maßnahme für den heutigen Kapitalismus dar.

Dachten wir vor 20 Jahren noch, der Neoliberalismus würde umfassende Privatisierungen vorantreiben und dafür sorgen, dass wir alle für unsere Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung und so weiter individuell aufkommen müssen, so zeigt sich heute: Solange es um Daten geht, ist Silicon Valley gern bereit, einen Teil der Kosten für solche Dienstleistungen zu übernehmen. Selbstverständlich werden sie dann in einer neoliberalen Art und Weise angeboten, die das Individuum als letzte verbliebene Instanz von Veränderung imaginiert, wie wir am Beispiel des *self-tracking* beobachten können (vgl. Selke in diesem Heft). Das heißt nicht, dass solche Dienste nicht dazu beitragen können, unser Wohlbefinden zu steigern. Aber auch hier haben wir es nicht mit einem außergewöhnlichen Prozess zu tun: Technologie kann sich unmöglich dauerhaft jenseits der dominanten politischen Dynamik bewegen. Auch Technologien mit subversivem Potenzial – wie Open-Source und freie Software – verlieren dieses mit der Zeit, insbesondere dann, wenn es neoliberalen Kräften gelingt, genau diese Subversivität auszubeuten. Das heißt gleichzeitig aber auch: Big Data, Sensoren, Algorithmen, Uber und so weiter können in ganz unterschiedlichen politischen und ökonomischen Kontexten ihre Wirkung entfalten.

Du siehst also durchaus Möglichkeiten, die technologischen Entwicklungen für ein emanzipatorisches Projekt zu nutzen?

Ja, wie gesagt, ich denke, das ist möglich. Es hängt aber davon ab, wie naiv oder ehrgeizig wir das angehen wollen. Klar, ist es möglich, die neuen Technologien im Interesse eines Gemeinwohls und nicht nur im Interesse von Silicon Valley und der neoliberalen Agenda zu nutzen. Es ist nicht so schwierig, sich vorzustellen, wie Uber in einem nicht neoliberalen Umfeld aussehen und funktionieren könnte: Es würde weiterhin auf Flexibilität und eine mit Sensoren ausgestattete Infrastruktur setzen, aber ohne die vielen negativen Aspekte auskommen, wie etwa das dämliche Ranking-System (bei dem die Fahrer ihre Kunden und die Kunden ihre Fahrer bewerten), die extrem prekären Beschäftigungsbedingungen der Fahrer und so weiter. Ein Problem ist, dass unsere Vorstellungswelt inzwischen derart von Silicon Valley beeinflusst ist, dass viele von uns ein nicht neoliberales Uber noch nicht einmal mehr denken können.

Gleichzeitig reicht es nicht, einfach nur zu proklamieren, dass wir die Daten von einer Ware in ein Gemeingut verwandeln müssen. Mit den Daten allein wird es nicht getan sein, um die Probleme zu lösen, mit denen wir es zu tun haben; insbesondere deshalb nicht, weil neoliberale Regierungen auf eine verstärkte Nutzung von Technologien setzen. Wir müssen also darüber nachdenken, wie wir auch mobile Betriebssysteme, die Apps für solche Betriebssysteme, Plattformen und Finanzierungsmöglichkeiten jenseits von Risikokapital unter öffentliche Kontrolle bringen. Dafür brauchen wir allerdings eine umfassende Strategie.

Wie würde so eine linke technologiepolitische Strategie aussehen?

Wir befinden uns an einem Punkt, an dem es längt nicht nur um Technologiepolitik geht. Traditionell ein eher unterbelichtetes Politikfeld, in dem es heute um so langweilige Dinge geht wie etwa die Frage, wie man Städte und Regierun-

gen dazu bringen kann, eine Politik des ›offenen Zugangs zu was-auch-immer‹ (Codes, Daten etc.) zu verfolgen. Das ist es nicht, was wir brauchen. Wir brauchen ein umfassendes Paket von politischen und wirtschaftlichen Reformen mit dem Ziel, die Privatisierung grundlegender Infrastruktur rückgängig zu machen. Und zwar am besten mit einer Strategie, die in mehr als nur einem Land greift oder gar auf überregionaler Ebene und von einem Zusammenschluss von Ländern in Angriff genommen wird. Denn allein die Menge an Geld, die benötigt würde, um nur einen Teil der von Silicon Valley aufgebauten Infrastrukturen nachzubilden, ist enorm. Selbst Länder wie Russland oder China wären dazu allein nicht imstande. Interventionen wie beispielsweise eine Änderung des Status von Daten oder die Konzentration auf freie und offene Software werden solange keinen wirkungsvollen Schutz vor dem Neoliberalismus bieten, wie sie nicht mit anderen Strategieelementen verbunden werden.

Aber das Ziel sollte nicht nur darin bestehen, die Abhängigkeit von US-amerikanischen Konzernen zu verringern, sondern die Abhängigkeit von Privatunternehmen insgesamt.
Es geht um eine prinzipielle Umkehr der neoliberalen Agenda. Von daher kann eine linke technologiepolitische Strategie nur dann erfolgreich sein, wenn man bereit ist, eine klare Haltung auch zu Fragen der Privatisierung und der Rolle des Marktes einzunehmen – und sich im Zweifel auch außenpolitisch zu positionieren. Ohne diese politischen, ökonomischen und geopolitischen Interventionen drohen wir am Ende zu Geiseln eines Diskurses über technologische Souveränität zu werden, die nicht politischer, sondern eher unternehmerischer und kommerzieller Natur ist. In Deutschland und Frankreich gibt es bereits eine Reihe von Unternehmertypen, die Lunte gerochen haben und von dem wachsenden Misstrauen gegenüber Silicon Valley und US-amerikanischen Konzernen profitieren wollen. Sie stehen freudig bereit, um lokale marktförmige Lösungen anzubieten. Wenn wir das Ganze aber grundsätzlich anders organisieren wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns wieder eine gewisse Hoheit über die Inhalte und Themen politischer Debatten zu erkämpfen. Leider sehe ich nicht, wie das in näherer Zukunft in Europa möglich sein soll. Deswegen geht der Blick nach Lateinamerika, wo es eine Handvoll von Ländern gibt, in denen die Linke an der Regierung ist und ein Bewusstsein auch von den imperialistischen Dimensionen moderner Technologien hat. Selbst wenn in Europa mehr linke Parteien an die Macht kämen, wären sie mit dem Umstand konfrontiert, dass die meisten hoch problematischen Entwicklungen – wie die freie Datenbeschaffung in internationalen Verträgen, die gerade mit den USA unterzeichnet werden, wie die Privatisierung von Infrastruktur oder »Startup-Lösungen« für alle die Wirtschaft betreffenden Probleme –, dass all diese Dinge auf EU-Ebene bereits soweit vorangetrieben wurden, dass nationale Institutionen kaum mehr darüber entscheiden können. Deswegen setzt eine vernünftige und wirkungsvolle technologiepolitische Agenda von links auch eine kritische, wenn nicht sogar oppositionelle Haltung zum europäischen Projekt, so wie es heute existiert, voraus.

Das Gespräch führten Barbara Fried und Patrick Stary.
Aus dem Englischen von Britte Grell

VIEL ZU SMART

RAINER FISCHBACH

Alles soll smart werden: Es soll nicht beim Smartphone und bei der Smartwatch beiben. Nein, wir sollen in Zukunft als BewohnerInnen von *smart homes*, die selbstverständlich in *smart cities* liegen, nur noch *smart products* konsumieren, die ebenso selbstverständlich aus *smart factories* kommen. Doch wir sollten gewarnt sein: Nicht zufälligerweise trat das Adjektiv in der *smart weapon* zum ersten Mal in ein inniges Verhältnis mit einem Artefakt. Noch vor der Fähigkeit eines Gerätes, scheinbar unabhängig und intelligent zu agieren, bezeichnet es, so belehrt uns das *Oxford Dictionary*, die Schärfe und den Ernst eines Schmerzes beziehungsweise die Fähigkeit einer Waffe oder eines Schlages, einen solchen zuzufügen. Die Frage, die sich stellt, lautet: Ist das alles auch klug?

All die *smartness* soll aus Milliarden von Geräten einer neuen Generation entstehen, jedes ausgestattet mit Sensoren und Aktoren, mit einem digitalen Prozessor und verbunden mit dem Internet. Der Terminus technicus da-

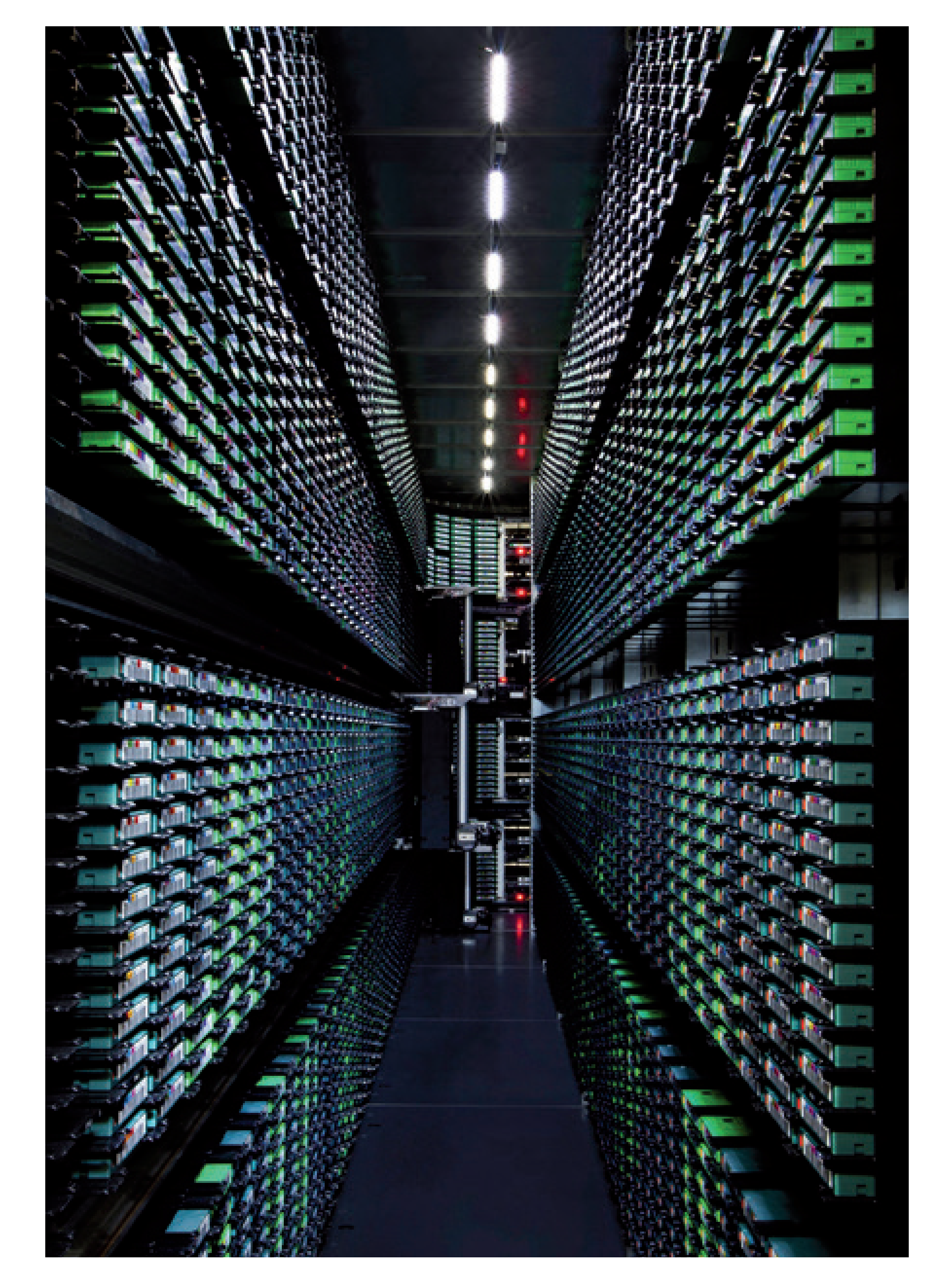
für ist: eingebettete Systeme oder neudeutsch *cyber physical systems*. Schon 2020 sollen es 50 Milliarden an der Zahl sein, zehn Jahre später schon 100 Milliarden. Möglich machen sollen dies die fortschreitende Miniaturisierung in der Halbleitertechnik und die *economies of scale*, die ihrer massenhaften Fertigung innewohnen. Diese Größenordnung ist allerdings in vielfacher, bisher kaum durchdachter Weise signifikant und folgenreich.

Das betrifft zunächst die Materialität des Ganzen, seine Auswirkung auf den menschlichen Stoffwechsel mit der Erde: Der Elektrizitätsverbrauch für den Betrieb vernetzter Geräte übertrifft heute schon, so eine Studie der *International Energy Agency*, den von Kanada und soll innerhalb eines Jahrzehnts den von Russland übertreffen (International Energy Agency 2014). Doch zwei Drittel ihres Lebenszyklusverbrauchs an Energie hat digitale Technik auf Halbleiterbasis schon allein durch ihre Herstellung hinter sich (Cooney 2011). Dazu kommen noch die diversen Mineralien, die dazu erforderlich und nur unter tiefen Eingriffen in die Natur abzubauen sind. Wie eine solche Masse von mit großem Aufwand hergestellter, doch rasch veraltender Elektronik zu entsorgen oder zu verwerten wäre, ist ungeklärt.

Diese Sachverhalte stellen zum Beispiel die Klugheit von Geräten wie des *smart meter* infrage, von dem angeblich die Energiewende abhängt. Der vernetzte, mit digitalem Prozessor ausgestattete Stromzähler spart keine Energie, sondern verbraucht welche – im Betrieb und schon durch seine Herstellung. Was er kann, ist für vielleicht 10 Prozent des Haushaltsstroms, der für etwa 3 Prozent des Primärenergieverbrauchs verantwortlich ist, also letztlich für 0,3 Prozent des Letzteren, den Verbrauch mit dem schwankenden Angebot der erneuerbaren Energien zur Deckung zu bringen. Dazu müssen weitere Geräte wie die Wasch- oder Spülmaschine ebenfalls mit entsprechender Technik ausgestattet sein und im Standby-Modus betrieben werden. Ein Ersatz für ein weiträumiges Verbundnetz mit gewissen Reserve- oder Speicherkapazitäten ist das nicht, sondern eher ein weiteres Projekt, um sinnlose und verschwenderische, doch profitable Dinge mit einem grünen Mäntelchen sowie ihre KonsumentInnen mit einem guten Gewissen zu versehen.

RAINER FISCHBACH ist IT-Experte. Seit Jahrzehnten schreibt er über technologische und politische Fragen – etwa in der Studie *Mythos Netz* (2005). Er lehrte Informatik an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und beschäftigte sich als Mitglied der Studiengruppe *Peace Research and European Security* mit Fragen der militärischen Nutzung des Weltraums, der Abwehr ballistischer Raketen und Technologiefolgen-Abschätzung.

Stellt der *smart meter* auch ein Musterbeispiel für eine, mit viel Hype lancierte Nichtlösung der anstehenden Probleme dar, so ist er doch illustrativ für das Projekt, die Welt mit Milliarden von vernetzten digitalen Prozessoren zu bevölkern. Nicht nur Herd und Kühlschrank, auch jeder Heizkörper, jeder Lichtschalter soll smart werden. Das hat nicht nur stoffliche Konsequenzen, sondern ändert die globale Sicherheitslage, und zwar nicht allein hinsichtlich der – meist im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehenden – Fähigkeit von Akteuren aller Art, tief in unsere Privatsphäre



Google-Datenzentrum in Douglas County, Georgia, © Connie Zhou

sich Cyberangriffe führen lassen.

Die verfügbaren starken kryptologischen Verfahren für Verschlüsselung und Authentifizierung sind nämlich äußerst aufwendig und durch die einfachen und billigen eingebetteten Systeme, die zudem meist Echtzeitanforderungen genügen müssen, nicht zu bewältigen. Rein technisch sind jene Aufgaben ohnehin nicht zu lösen: Sie sind nicht nur von einer vertrauenswürdigen organisatorischen Infrastruktur für die Verteilung von Schlüsseln und Zertifikaten abhängig, sondern auch von der Vertrauenswürdigkeit der eingesetzten Software und Hardware. Die beste Verschlüsselung nützt nichts, wenn sie in Systemen zum Einsatz kommt, die Hintertüren für wen auch immer bieten. Es ist ein Irrglaube zu meinen, Hintertüren ließen sich für nur einen Akteur reservieren. Milliarden eingebetteter Systeme regelmäßig mit Software beziehungsweise Firmware-Updates zu versorgen, um neuen Anforderungen, insbesondere neuen Bedrohungen gerecht zu werden oder auch nur bekannt gewordene Fehler zu beseitigen, verlangt technische Lösungen und eine Infrastruktur

einzudringen. Die Vermehrung vernetzter und – das ist hier von besonderer Bedeutung – schwach geschützter Prozessoren in solchen Größenordnungen schafft nämlich ein qualitativ neues, außerordentlich günstiges Ökotop, in das nicht nur hinein, sondern auch aus dem heraus

von neuen Dimensionen, die es bis heute nicht gibt. Die ›Versmartung der Welt‹ wirft Probleme der Sicherheit und Zuverlässigkeit auf, für die es noch keine Lösung gibt. Dem entspricht auch das Meinungsbild unter führenden Experten (Dagstuhl Manifesto 2014).

Hatte auch in weiten Kreisen der Linken bis in die jüngere Vergangenheit die Wahrnehmung vorgeherrscht, dass das Internet intrinsisch unkontrollierbar, unbeherrschbar und deshalb ein natürliches Ökotop oppositioneller Bewegungen sei, so machten spätestens die Enthüllungen der NSA-Praktiken durch Edward Snowden deutlich: Diese Vorstellungen beruhten mehr auf Phantasiegebilden denn auf technischen Realitäten (Fischbach 2005, 2007a, 2007b, 2009).

Aus der Durchdringung der Alltagswelt mit vernetzten digitalen Prozessoren, die diese durch eine Vielfalt von Sensoren erschließen, resultiert eine Datenflut, die das Leben ihrer BewohnerInnen für alle, die darin zu lesen vermögen, transparent macht. War der herkömmliche Zähler noch ein einfaches analoges Gerät, das lediglich das jährlich einmal erfasste Zeitintegral der elektrischen Leistungsaufnahme bildete, aus dem über den Verlauf nichts zu entnehmen ist, so liefert der *smart meter* immer die aktuellen Zahlen. Zusammen mit weiteren aktuellen Daten – aus der Heizungssteuerung, dem Smartphone, der Smartwatch etc. – lässt sich daraus nicht nur ein ziemlich genaues Bild von Lebensgewohnheiten konstruieren, sondern auch eine Spur der tatsächlichen Bewegungen von Menschen aufzeichnen. Das stellt in der Tat eine Perspektive dar, die Begehrlichkeiten weckt oder schon vor Schreck erblassen lässt.

Mit der Möglichkeit des Eindringens in all die vernetzten Systeme geht nicht nur die des Ausspionierens der dort anfallenden Daten einher, sondern auch die, sie für andere als ihre bestimmungsgemäßen Funktionen einzusetzen. Das Universum der smarten Artefakte bietet sich so nicht nur als Ziel, sondern zunächst auch als Plattform für Angriffe an. Die Funktionsweise der »Denial of Service Attack« (DOS) – das ist die Form des Cyberangriffs, die Nachrichten von unzugänglich gewordenen Websites von Unternehmen, Organisation oder Regierungen zugrunde liegt – besteht darin, unter Ausnutzung bestimmter Schwächen der involvierten Protokolle die betreffenden Server mit Anfragen zu überfluten. Stand der Kunst auf diesem Gebiet ist die »Distributed DOS« (DDOS), die synchronisiert von einer möglichst großen Anzahl von gekaperten Rechnern erfolgt, deren Besitzer davon meist nichts ahnen. Eine Welt mit Zigmilliarden von schlecht geschützten vernetzten Systemen stellt für alle, die derartiges vorhaben, geradezu eine Einladung dar. Sie eröffnet gar die Möglichkeit, durch die gezielte Überflutung von Vermittlungsknoten ganze Netzabschnitte zu blockieren.

Schließlich vermögen Angreifer, denen es gelingt, in vernetzte, eingebettete Systeme einzudringen, in denen Prozessoren mit Sensoren und Aktoren zusammenwirken, um Steuerungsaufgaben zu erfüllen, mit Letzteren zu interagieren: Wem es so gelingt, smarte Kühlschränke, Heizungen, Automobile, Fabrikanlagen, Versorgungssysteme oder Bezahlsysteme fehlzusteuern, abzuschalten oder gar zu beschädigen, verfügt in der Tat über eine *smart weapon*, die sich ebenso gezielt

wie mit dosierbarer beziehungsweise weiterer Streuwirkung einsetzen lässt. Diese vermag erheblichen Schmerz zuzufügen, Unruhe zu stiften, wirtschaftliche Werte und sogar Menschenleben zu vernichten. Zu Zielen können Individuen, doch auch Organisationen, Unternehmen, ganze Regionen oder Länder werden. Ein Modell für derartige Angriffe stellt der Stuxnet-Virus dar, der – von der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet – dem iranischen Atomprogramm durch die Fehlsteuerung von Urananreicherungsanlagen erheblichen Schaden zufügte (Benedict 2012; Messmer 2012a, 2012b). Das Schadenspotenzial solcher Angriffe wächst in dem Maße, in dem, was auch der Praxis führender Industrieausrüster entspricht (Schindler 2012), die eingebetteten Systeme, die es in Produktionslagen, Verkehr, Versorgungs- und Entsorgungssystemen schon lange gibt, an Zahl zunehmen und mit dem Internet verbunden werden (US Infrastructure 2012). Höchst gefährdet durch Cyberangriffe ist schließlich das Finanzsystem, dessen Produktion heute nahezu vollständig auf der Grundlage elektronischer Systeme stattfindet.

Doch schon vor und unabhängig von der Möglichkeit, in destruktiver Absicht in die Steuerungsfunktion von eingebetteten Systemen einzugreifen, erzeugt die Durchdringung der Artefaktwelt mit solchen Systemen auch eine ganz neue Verwundbarkeit der von ihnen zunehmend abhängigen Gesellschaften. Wenn etwa die Automobilindustrie und das Verkehrsministerium derzeit das »autonome Fahren« als Ziel ausrufen, dann führen sie damit das Publikum in die Irre: Denn nichts werden die hiermit gemeinten automatisch gesteuerten Automobile weniger sein als autonom. Mit der Betriebsweise des herkömmlichen Automobils werden sie nichts mehr zu tun haben. Ohne Navigationssystem, Funknetz, aktuelle Kartendienste und Verkehrsmeldungen werden solche Automobile nicht fahren können. Das Funknetz und die Informationsdienste hängen wiederum vom Elektrizitätsnetz ab, und das Navigationssystem hängt davon ab, dass seine Satelliten regelmäßig mit ihren aktuellen, durch laufende Vermessung zu ermittelnden Bahndaten versorgt werden. Vom Funknetz und von der Elektrizitätsversorgung hängen auch die vielen smarten Geräte ab, die zunehmend unseren Alltag organisieren sollen, von der Elektrizitätsversorgung und vom erdgebundenen Kommunikationsnetz die weiteren Versorgungssysteme und der öffentliche Verkehr. Das bedeutet, dass die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft bis hinein in die alltäglichsten Verrichtungen in wachsende Abhängigkeit von einer Vielzahl von in vielfacher und nicht immer durchschaubarer Weise interdependenten Systemen geraten, deren Funktion nicht nur unter Cyberangriffen, sondern auch unter Naturkatastrophen und physischen Attacken leiden oder gar zusammenbrechen kann.

All diese smarten, in der Regel ferngesteuerten Gadgets können generell nur dann funktionieren, wenn ihnen zentrale Dienste zur Verfügung stehen, von denen sie aktuelle, nicht durch eigene Sensoren erfassbare Umgebungsdaten und Auswertungen beziehen und durch die sie anfallende Betriebsdaten speichern beziehungsweise verarbeiten können. Als Gegenpol zu den proliferierenden, dezentralen miniaturisierten

Systemen werden auch die Rechenzentren weiter wachsen und dadurch immer mehr zu kritischen Ressourcen werden, deren Ausfall bedrohliche Konsequenzen haben kann.

Die anwendungsspezifische Kommunikation der eingebetteten Systeme untereinander und mit den zentralen Systemen bedarf entsprechender Protokolle, die durch Software zu implementieren sind. Die Vermutung liegt nahe, dass wer die Gestalt jener Protokolle sowie den Aufbau und den Betrieb dieser Software, das heißt auch die Rechenzentren, kontrolliert, auch der Herrschaft über die dadurch zum Zwecke der Erfüllung ihrer Funktion kommunizierenden Systeme und damit über unser Leben zumindest ein großes Stück nähergekommen ist. Es handelt sich hier um materielle und immaterielle Infrastruktur von immenser politischer Bedeutung. Durch sie findet eine Vergesellschaftung der Artefakte auf der physischen Ebene statt, die der effektiven Vergesellschaftung ihrer Produktion und ihres Betriebs auf der organisatorischen weit voraus ist. Die sich daraus ergebenden Fragen, wie etwa die nach der Transparenz und gesellschaftlichen Kontrolle dieser Infrastruktur, sind bisher kaum adressiert.

Eine Gesellschaft, die sich angesichts solcher Perspektiven noch selbst zu verteidigen vorhat, muss in der Tat die Frage nach der Klugheit einer Proliferation smarter Objekte stellen beziehungsweise unterscheiden lernen, welche davon – nach Maßgabe der Ressourcenökonomie, der gesellschaftlichen Stabilität und nicht zuletzt auch eines Entwurfs vom menschlichen Leben – von Nutzen sein könnten und welche eher schädlich. Wenn die Utopien von einer uns umgebenden Heerschar smarter Objekte den Weg in eine berührungslose, aseptische Welt weisen, in der wir unser Befinden nicht mehr fühlen, sondern wie die Uhrzeit von der Smartwatch ablesen, sind wir unserer Leiblichkeit enteignet – und damit ist weit mehr bedroht als unsere physische Sicherheit. Es geht dabei um den Kern unserer Menschlichkeit.

LITERATUR

Benedict, Kennette, 2012: Stuxnet and the Bomb, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 12.6.2012, http://thebulletin.org/web-edition/columnists/kennettebenedict/stuxnet-and-the-bomb

Cooney, Michael, 2011: Computer Factories Eat Way More Energy Than Running the Devices They Build, in: *Network World*, 14.4.2011, www.networkworld.com/article/2229029/data-center/computer-factories-eat-way-more-energy-than-running-the-devices-they-build.html

Dagstuhl Manifesto, 2014: Network Attack Detection and Defence: Securing Industrial Control Systems for Critical Infrastructures, in: *Informatik Spektrum* Bd. 37, H. 6, 605–607

Fischbach, Rainer, 2005: *Mythos Netz: Kommunikation jenseits von Raum und Zeit?*, Zürich

Ders., 2007a: Die Tiefe der Täuschung, in: *Der Freitag*, 30.3.2007, www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-tiefe-der-tauschung

Ders., 2007b: Die ›Freiheit‹ des Internet, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juni 2007, 749–755

Ders., 2009: Internet: Zensur, technische Kontrolle und Verwertungsinteressen, in: Lothar Bisky, Konstanze Kriese und Jürgen Scheele (Hg.), *Medien – Macht – Demokratie: Neue Perspektiven*, Berlin, 109–133

International Energy Agency, 2014: *More Data, Less Energy: Making Network Standby More Efficient in Billions of Connected Devices*, Paris, www.iea.org/publications/freepublications/publication/MoreDataLessEnergy.pdf

Messmer, Ellen, 2012a: Stuxnet and Flame Share Code, Development Teams, in: *Network World*, 11.6.2012, www.networkworld.com/news/2012/061112-flame-stuxnet-260045.html

Dies., 2012b: Stuxnet Cyberattack by U.S. a ›Destabilizing and Dangerous Course of Action‹, Security Expert Bruce Schneier Says, in: *Network World*, 18.6.2012, www.networkworld.com/news/2012/061812-schneier-260303.html

Schindler, Josef, 2012: *Digital Enterprise. Von der Vision zur Realität*, Erlangen, www.plmportal.org/digital-enterprise-siemens.html

US Infrastructure, 2012: U.S. infrastructure vulnerable to attack, in: *Network World*, 7.8.2012, www.networkworld.com/news/2012/080712-insiderinfrastructure-261453.html

DIGITALE DOMINANZ

WIE INFORMATIONSTECHNOLOGIE GLOBALE HERRSCHAFT VERÄNDERT

MALTE DANILJUK

Die durch die Digitalisierung verursachten Umbrüche in ihrer Tragweite zu verstehen, heißt zunächst, einige Voraussetzungen in Erinnerung zu rufen, die den Umgang mit Technik seit jeher prägen. Ihnen kommt nicht zuletzt deshalb zeitlose Bedeutung zu, weil sie die ideologischen Schemata bedingen, auf denen strategische Herangehensweisen in der Technologiepolitik aufsetzen.
Die Kulturanthropologie entdeckte in den 1960er Jahren einige Faktoren, welche die dominanten lebensweltlichen Entwürfe bis heute prägen. Da ist zunächst die Attraktivität technischer Effizienz als eine fast universelle kulturelle Konstante (Lévi-Strauss 1962). Gesellschaftliche Formationen, die überlegene technische Lösungen entwickeln, üben eine hohe grenzüberschreitende Faszination aus und sorgen entlang ›heißer‹ Elemente für eine übergeordnete Transformation in den Zielgesellschaften. Die damit verbundenen Effizienzvorteile gehen automatisch einher mit einer stärkeren Abhängigkeit, einem

potenziellen Kontrollverlust zugunsten der Zentren der Technologieproduktion.

Diese Fähigkeit zur Ausstrahlung auf andere Kulturen wird oft im Zusammenhang mit Schrift und Technik gesehen, mit der Möglichkeit, Informationen zu fixieren, räumlich und zeitlich zu transportieren und so durch Dritte auswertbar zu machen (McLuhan 1964, Assmann 1992). Diese informationstechnische Kapazität ermöglichte den Imperien der verschiedenen Epochen erst den Zugriff auf entfernte Regionen, in denen situatives Wissen generiert wurde. Die Informationen darüber wurden jedoch an weit entfernten Orten und zu späteren Zeitpunkten zu Daten verarbeitet, um zur Grundlage für politisches Handeln zu werden und so auf den ursprünglichen Kontext ihrer Entstehung zurückzuwirken.

Der Begriff der Überdehnung kann in diesem Kontext ein informationstechnisches Problem bezeichnen. Wenn Übermittlung, Speicherung und Auswertung von Informationen stockten, geriet die Verwaltung der entsprechenden Reiche in Probleme und die Autonomie an den Rändern nahm zu. Aber auch die daran anschließende Problemstellung, die physische Reichweite des eigenen Handelns, lässt sich im Kern als ein technisches Problem beschreiben. Technische Innovationen dienen häufig dem Ziel, die Selbstwirksamkeit über raumzeitliche Distanzen zu steigern. Effizienz bemisst sich in diesem Sinn daran, ob es möglich ist, erfolgreich eine gezielte Kontrolle über möglichst hohe Distanzen auszuüben. Das moderne Militär bezeichnet diese Fähigkeit zu teleologischem Handeln als »Command & Control-Qualität«.

Tatsächlich liegt der Ursprung zahlreicher technischer Innovationen, angefangen mit dem Speer, in diesem kriegerischen Bereich, wobei sich Funktionalität grundsätzlich als wichtiger erweist als stilistische Elemente. Unabhängig davon, wie sich die Wechselbeziehung von Jagd und kriegerischem Handeln kulturhistorisch gestaltete, verortete Paul Virilio im Krieg generell den Entstehungsort jeder Technik, so auch den der Kommunikationsmittel. Diese haben jedoch einen im Kern logistischen Charakter: »Vor der Wissensmacht gibt es immer Bewegungs- oder Beförderungsmacht.« (Virilio/Lotringer 1984, 57) Die tatsächliche Größe, etwa die des römischen Reiches, bemisst sich demnach weniger an völkerrechtlich definierten Außengrenzen, sondern an der Reichweite seines Straßen- und Transportnetzes.

MALTE DANILJUK ist Kommunikationswissenschaftler, Publizist und Redakteur dieser Zeitschrift. Von 2011 bis 2012 arbeitete er als Referent für internationale Politik für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, für die er zuletzt die Studie *Geopolitische und geoökonomische Veränderungen im Umfeld der EU* (2015) erstellt hat.

AUF DEM SPRUNG ZUM SPRUNG

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Zusammenbruch der Sowjetunion sahen sich die Zentren der Technologieproduktion in den USA einer manifesten Sinnkrise ausgesetzt. In den vorhergehenden zehn Jahren hatten üppige staatliche Subventionen für den Aufbau eines gigantischen militärischen Apparates gesorgt. Das Land verfügte über eine



Google-Datenzentrum in Douglas County, Georgia. Leitungen wie diese sind für den Fall eines Feuers mit Hochdruckwasser gefüllt. © Connie Zhou

große, durch den militärisch-industriellen Komplex privilegierte Forschungslandschaft, eine global aufgestellte Hightech-Industrie, einen starken Konsumentenmarkt für elektronische Geräte und eine weltweit dominante Kulturindustrie. Nun stellten die wegfallenden Bedrohungsszenarien große Fragezeichen hinter milliardenschwere Förderprogramme.

In Somalia und Ruanda benötigte niemand B52-Bomber und Panzer, auch die strategische Weltraumforschung schien kaum geeignet, die neuen Herausforderungen in einer zunehmend unübersichtlichen Welt zu meistern. Als George Bush Senior das Präsidentenamt an den Demokraten Bill Clinton übergab, bot sich die Gelegenheit, die lang aufgeschobene Neubestimmung der einsamen Supermacht zu beginnen. Den wichtigsten Beraterposten für Sicherheitspolitik, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, erhielt ein Harvard-Professor, der in den Jahrzehnten zuvor im *National Security Council* und im *National Intelligence Council* ein- und ausgegangen war: Joseph Samuel Nye.

Hinter der vordergründig dominanten Logik der Panzerarmeen und der Bruttoregistertonnen hatten sich Denker wie Nye bereits früher mit anderen Voraussetzungen der Macht beschäftigt. Mit seinem später unter dem Begriff *soft power* bekannt gewordenen

Konzept bezog er sich zumindest implizit auf Antonio Gramsci. Hegemonie basiert demnach zu wesentlichen Teilen auf moralischer und intellektueller Führungskraft, auf dominierenden Werten und Ideen. Ein neues hegemoniales Konzept für die USA musste demnach gleichmäßig auf vier Pfeilern beruhen: wirtschaftliche Potenz, militärische Macht, kulturelle Attraktivität und politische Steuerungsfähigkeit. Im Kern, so Nye, beruht Führungskraft auf überlegenen Wissensressourcen. Diese Herangehensweise privilegierte *intelligence* deutlich gegenüber den in Washington damals tonangebenden Militärs.

Joseph Nye, der im Sicherheitsrat bis 1979 für Wissenschafts- und Technologiepolitik zuständig war, setzte für Amerikas zukünftige Rolle in der Welt auf den technologischen Vorsprung, über den das Land zu Anfang der 1990er Jahre verfügte. In den vorangegangenen 50 Jahren hatte der Anteil des Verteidigungsministeriums an der öffentlichen Förderung der informationstechnologischen Grundlagenforschung einen Anteil von 50 Prozent niemals unterschritten. In den 1980er Jahren stieg er auf bis zu 90 Prozent. Die *Defense Advanced Research Projects Agency* (D-ARPA) war über lange Jahre die potenteste Einzelquelle für staatliche Förderung im Bereich der Informatik.

Die USA führten am Ende des Kalten Kriegs weltweit in der Satellitentechnik, in der digitalen Telefonie und im Computerbereich allgemein. Mit dem ARPA-Net verfügte das Land über die Grundlagen für das Internet, seine Infrastrukturen und sein für jeden offenes Protokoll (TCP/IP). Schon bevor forschungs- und verteidigungspolitische Institutionen dem Massenpublikum endgültig freien Zugriff auf das Netz ermöglichten, bestanden kritische Überlegungen, was die veränderte Qualität bei der dadurch ermöglichten gesellschaftlichen Kontrolle betrifft: »Today, email can be routinely and automatically scanned for interesting keywords, on a vast scale, without detection. This is like driftnet fishing.« (Zimmermann 1991)

AMERICA'S INFORMATION EDGE

In Anlehnung an den »nuklearen Schutzschirm« sprachen Nye und William Owens, ein Mathematiker und Navy-Admiral, in ihrem Strategiepapier *America's Information Edge* (1996) von einem »Informationsschirm«. Das Schlüsselelement dafür bilden Informationstechnologien, die es ermöglichen, in Echtzeit Vorgänge in großen geografischen Bereichen zu erfassen. Nach dem Ende der bipolaren Welt bestehe zunehmender Bedarf, die Details von Ereignissen besser einzuschätzen. Führung innerhalb einer Koalition werde für die absehbare Zukunft weniger von militärischen Kapazitäten ausgehen, vielmehr sei die Herausforderung, die Mehrdeutigkeit einer Situation zu reduzieren, um flexibel reagieren zu können und seine Kräfte mit höherer Präzision einzusetzen.

Die Grundlage dafür besteht in qualifiziertem Wissen über eine Situation, und das ist teilbar. Wer über übergeordnete Wissensressourcen verfügt, kann zumindest Teile davon mit anderen austauschen und dadurch sich und anderen operative Vorteile verschaffen. Darin liegt der Kern zukünftiger Überlegenheit: die Beteiligung an einem Informationsschirm, an einer stillen Beziehung zum gegenseitigen Vorteil. Informatio-

nelle Überlegenheit werde der Schlüssel zum Informationszeitalter, so Nye und Owens. Dazu gehöre natürlich, dass die USA technisch und politisch bereit seien, ihr Wissen selektiv mitzuteilen – für notorisch paranoide Militärs und Geheimdienstler alles andere als selbstverständlich. Die Basis für die informationelle Überlegenheit sollte die Digitalisierung legen, in der amerikanische Institutionen und Unternehmen einen uneinholbaren Vorsprung aufwiesen. Datenverarbeitung, präzise Lokalisierungsdaten und Systemintegration bildeten die Grundlage für Hegemonie im kommenden 21. Jahrhundert, so Nye und Owens. Zwar bestehe in vielen Ländern Interesse, diese äußerst kostspieligen Technologien selbst zu entwickeln. Aber keines sehe die Notwendigkeit, ein »system of systems« wie die USA zu entwickeln. Dieses Meta-System des Kommunikationszeitalters stelle die Infrastrukturen: die Leitungen, Provider und Betriebssysteme. Solange andere Länder nicht davon ausgingen, dass sie davon bedroht werden könnten, bleibt dies *United States territory*.

Dieses Modell der technologischen Durchdringung, argumentieren die Autoren, hatte bereits gegenüber der Sowjetunion gewirkt. Deren Führung hatte verstanden, dass ihre Ökonomie den Sprung zu einer intensiven, postindustriellen Phase nicht erreichen konnte, ohne das Land für westliche Computertechnologie zu öffnen, für Technologien also, die gleichzeitig geeignet sind, unterschiedliche politische Ideen zu verbreiten. Die technische Fähigkeit, Infrastrukturen anzubieten, damit Menschen in anderen Ländern kommunizieren können, helfe, »demokratische Markt-Gesellschaften« zu entwickeln. Die neue politische und technologische Landschaft sei wie dafür geschaffen, dass die USA ihre »gewaltigen Werkzeuge der *soft power* gewinnträchtig nutzen können« (Nye/Owens 1996). Auf der neuen technischen Grundlage könne die Attraktivität ihrer Ideale, Ideologie, Kultur, ihres Wirtschaftsmodells sowie der sozialen und politischen Institutionen in die gesamte Welt ausstrahlen und dafür die Vorteile ihrer internationalen Geschäftsbeziehungen und Telekommunikationsnetze nutzen. »Die amerikanische Populärkultur mit ihren libertären und egalitären Strömungen dominiert das Filmgeschäft, das Fernsehen und die elektronische Kommunikation.« (Ebd.) Der amerikanische Vorsprung in der Informationsrevolution könne weltweit die Offenheit gegenüber amerikanischen Werten und Ideen erhöhen.

Natürlich sahen die Autoren hier kein naives ›Offene-Debatte-unter-Gleichen-Spiel‹. Die amerikanische Politik wird auf der Grundlage informationeller Dominanz auch in der Lage sein, gegnerische Kommunikationsinfrastrukturen auszuschalten und ihren inhaltlichen Austausch zu erschweren, so ihre Vorhersage. Das zentrale Motiv informationeller Überlegenheit besteht darin, aus einer überlegenen Position in Verhandlungen mit der Umwelt zu treten und die Positionen, Bewegungen, Motive und Ziele der Teilnehmer vorherzusehen. Auf dieser Grundlage könne eine derart privilegierte Macht eine Moderatorenfunktion ausüben und auf der Basis überlegener Information in Konflikte eingreifen.

DER MARKT IST NICHT GENUG

Die dringlichste Aufgabe lag ab Mitte der 1990er Jahre darin, die technische Reich-

weite zu erhöhen. Im Jahr 1994 bestand das Internet aus nur 15.000 Einzelnetzwerken, nur 42 davon befanden sich in muslimischen Ländern. Hier bestand die politische Notwendigkeit, die Firmen und die entwicklungspolitischen Organisationen wie die *United States Agency for International Development* (USAID) dabei zu unterstützen, weltweit den Zugang zum Internet zu verbessern. Im April 1996 liefen gerade mal drei Prozent der weltweiten Kommunikationsvorgänge durch das Internet. Vier Jahre später, beim Jahrtausendwechsel, waren es bereits 51 Prozent, und zehn Jahre später, im Jahr 2007, erfasste das Netz 97 Prozent der technisch vermittelten menschlichen Kommunikation (Hilbert/López 2011).

Auf dem Weg dorthin lag eine konzertierte Industriepolitik, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfasste. Entsprechende Konzepte wurden gleichzeitig für die Wirtschaft, das Militär und die Außenpolitik formuliert. So benannte Kenneth A. Minihan, der damalige Chef der bis dato eher unbekannten *National Security Agency* (NSA), bereits zu diesem Zeitpunkt den Grundsatz: »operational supremacy through information dominance« (Daniljuk 2015). Seit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst leitet er den wichtigsten Investmentfonds für strategische Investitionen in digitale Technologien: Paladin. Aus dieser Initiative, finanziert über große Teile durch den *Homeland Security Fund*, entstanden später – in enger Kooperation mit den großen Software-Herstellern – die aktuell stärksten Überwachungsarchitekturen.

Aber auch andere Bereiche konnte die Technologiepolitik nicht ausschließlich dem Markt überlassen, so Joseph Nye Mitte der 1990er Jahre. Um »weltweit das Denken und Handeln zu dominieren«, sei es zunächst notwendig gewesen, die inhaltlichen Angebote zu erhöhen. Dabei ergibt sich das Problem, dass kommerzielle Medienanbieter empfänglich für politischen Druck aus den Zielregionen und darüber hinaus wirtschaftlich nicht an peripheren Regionen interessiert sind. Genau diese sind jedoch unter außen- und sicherheitspolitischer Perspektive relevant. Daher müsse Informationsüberlegenheit zunächst auf ein dezentrales Kommunikationsmodell setzen, in dem Multiplikatoren wie etwa NGOs die Inhalte erstellen und weiterverbreiten.

Schließlich mussten die neuen digitalen Technologien dazu beitragen, dass sich die wirtschaftliche Effektivität erhöht. Der klassische Weg der Technologieförderung verlief wie in den 1980er Jahren über den Militärhaushalt. Wahrscheinlich existiert kein Bereich in der Informationstechnologie, dessen Entwicklung nicht massiv durch militärische Forschungsförderung begünstigt wurde. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab das Pentagon jährlich 31 Milliarden US-Dollar für die Forschung aus (Löbau 2000). Zusätzlich startete die Clinton-Regierung zivile Förderprogramme, etwa für neurologische und kognitive Forschung, um den technologischen Vorsprung weiter auszubauen.

Den größten Durchbruch erreichte die Technik in dieser Zeit bei der Kombination wissensbasierter Systeme, also der Datensammlung und Auswertung. Aus heutiger Sicht kann dies als der eigentlich strategische Teil bezeichnet werden. Im Mittelpunkt stand hier das Abfangen und Analysieren von

elektronischen Signalen und das Generieren von Aussagen mittels Machine-Learning-Verfahren. Die rasanten Fortschritte in diesem Bereich haben die Grundlage dafür gelegt, dass eine genaue Trennung nicht nur zwischen kommerziellen und militärischen, sondern auch zwischen geheimdienstlichen und militärischen Bereichen heute aufgehoben ist.

Parallel zu diesen staatlichen Investitionsprogrammen setzte ab Mitte der 1990er Jahre eine gigantische Mobilisierung von freiem Kapital in die neuen Technologien ein. Von 1995 bis zum Jahr 2000 verfünffachte sich der Aktienindex am Technologiemarkt Nasdaq. In dieser Zeit profitierten die neuen Internetfirmen wie Google, Ebay und Amazon, aber auch historische Netzwerkausrüster wie Cisco von den Anschubinvestitionen, welche sie schnell zu globalen Monopolisten aufsteigen ließen. Insbesondere Cisco arbeitete mit enger Rückendeckung aus der Regierung daran, dass das »System der Systeme« – die Datenkabel, Router, Provider und Datencenter – weltweit *United States territory* bleibt. Einerseits hatte die NSA jederzeit vollen Zugriff auf sämtliche von Cisco vermittelte Kommunikation, andererseits attackierte der Geheimdienst potenzielle Konkurrenten wie die chinesische Firma Huawei direkt und versuchte, deren Marktanteil mit allen Mitteln zu beschränken.

IT-Unternehmen haben inzwischen den Status der kapitalstärksten Unternehmen weltweit erobert. So belegen etwa Apple, Microsoft und Google inzwischen die Plätze 1, 3 und 4 im aktuellen Financial-Times-Index der 500 größten Unternehmen, und andere Branchenmonopolisten wie Amazon und Facebook steigen schnell auf. Zudem zeichnet sich das System durch eine technische Reichweite bis in jeden Haushalt und eine dramatisch zentralisierte Transportmacht aus.

So werden immer intimere Daten aus einer Selbstprotokollierung weitergeleitet, die über technische Support-Daten hinaus alle Alltagssituationen erfasst. Bereits in den 1990er Jahren ließen sich anhand der Web-Zugriffe die Interessen von Gruppen und Einzelpersonen verfolgen. Mit dem mobilen Internet fallen aus jedem Gerät zusätzlich Lokalisierungsdaten an, die private Aneignung der Kommunikation durch soziale Netzwerke erlaubt die zentralisierte Erfassung von Kontaktpersonen und deren Relation zueinander. Bis dahin eher intensiver geschützte Arbeitsergebnisse von Firmen und Institutionen werden mit den Cloud-Diensten auf zentralen Servern abgelegt.

Auf der anderen Seite sitzen die wenigen Monopolisten zusammen mit der Exekutive in Steuerungsgruppen wie der *Intelligence and National Security Alliance* (INSA), in der die strategischen Schritte der globalen IT-Industrie abgestimmt werden. Der Kernbereich staatlichen Handelns diffundierte längst zugunsten einer Public-private-Partnership, bei der Firmen wie Booz Allen Hamilton vollen Datenzugriff auf die NSA-Datenbanken haben. Laut dem durch Edward Snowden ermöglichten Sachstandsbericht verfügte dieser IT-Security-Komplex bereits 2013 über die Möglichkeit, weltweit auf nahezu sämtliche Kommunikationsvorgänge zuzugreifen und jedes einzelne Gerät zu lokalisieren, so es mit Standardsoftware betrieben wird. Der IT-Security-Komplex ›besitzt‹ die genutzten

Infrastrukturen, die Hardware der Endgeräte, die verwendeten Betriebssysteme.

GOING PUBLIC, GOING UNDERGROUND

Auf der Grundlage dieser kommunikativen Eigentumsordnung stehen wir vor einer völlig veränderten Geografie des »American Empire« (Panitch/Gindin), dessen Extension sich physisch auf ein weltweites Netzwerk erstreckt, das beinahe jeden Haushalt und jede Einzelperson umfasst, soweit sie durch digitale Geräte repräsentiert werden können. Eine Rückeroberung der Autonomie muss daher an den Infrastrukturen, an der Beförderungsmacht ansetzen. Dabei handelt es sich bei der Privilegierung des privatwirtschaftlichen Sektors, des globalen Kapitals, im Kommunikationsbereich um ein vergleichsweise junges ideologisches Verdikt. Vor dem neoliberalen Durchmarsch unterlagen Netzinfrastrukturen generell und mit ihnen die private und gesellschaftliche Kommunikation der öffentlichen Kontrolle.

Evgeny Morozov verbindet das Konzept einer öffentlichen Infrastruktur »in Bürgerhand« mit dem Gedanken, dass diese Dienstleistung und die darin anfallenden Datenmengen an Drittnutzer, private Unternehmen, kostenpflichtig zur Verfügung gestellt werden können. Damit schließt er an eine Grundsatzdebatte an, die danach fragt, wie die radikal zunehmende Kontrollmacht perspektivisch der Gemeinschaft zugutekommen kann (Morozov 2015).

Eine gesellschaftliche Aneignung würde jedoch nicht automatisch den gesellschaftlichen Autonomieverlust gegenüber den digitalen Kommunikationssystemen beheben, sondern zunächst allenfalls Gestaltungsmacht transferieren. Das strategische Vorgehen des IT-Security-Komplexes richtete sich in den letzten 20 Jahren darauf aus, Individuen, also rechtsverbindliche Personen, hinter der Gerätenutzung zu identifizieren und ihr gesamtes Kommunikationsverhalten transparent zu gestalten. Die verbindende handlungsleitende Logik hinter den Initiativen zur IT-Sicherheit ist ein Krieg gegen Anonymität und Verschlüsselung. Erst die Möglichkeit, BürgerInnen und KonsumentInnen rechtsverbindlich hinter einer Gerätenutzung zu identifizieren, schafft den Mehrwert, der informationelle Dominanz in operative Vorteile verwandelt. Insofern muss eine öffentliche Rückeroberung der Kommunikationsinfrastrukturen vor allem darauf abzielen, das Grundrecht auf eine anonyme und vertrauliche Kommunikation wiederherzustellen.

LITERATUR

Assmann, Jan, 1992: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München

Daniljuk, Malte, 2015: NSA: »Informationelle Vorherrschaft für Amerika«, in: *Telepolis*, www.heise.de/tp/artikel/41/41675/1.html

Lévi-Strauss, Claude, 1962/1981: *Das wilde Denken*, Frankfurt/M

Löbau, Klaus Dieter, 2000: Der Militärisch-Informationstechnologische-Komplex und das Ende der Realität in der bürgerlichen Gesellschaft, in: *telegraph* 101, www.telegraph.ostbuero.de/101/realitaet.html

McLuhan, Marshall, 1964: *Understanding Media. The Extensions of Man*, New York

Morozov, Evgeny, 2015: Die Datenzentren sozialisieren, in: *LuXemburg Online*, www.zeitschrift-luxemburg.de/die-datenzentren-sozialisieren

Nye, Joseph S. und William A. Owens, 1996: America's Information Edge, in: *Foreign Affairs,* März/April 1996, www.foreignaffairs.com/articles/united-states/1996-03-01/americas-information-edgenye

Virilio, Paul und Sylvére Lotringer, 1984: *Der reine Krieg*, Berlin

Zimmermann, Philip, 1991: *Why I Wrote PGP. PGP User's Guide*, www.philzimmermann.com/EN/essays/WhyIWrotePGP.html

DIE ROBOTER KOMMEN, DIE ARBEIT GEHT?

AUSWIRKUNGEN AUF BESCHÄFTIGUNG

RALF KRÄMER

Seit einiger Zeit häufen sich Publikationen, die eine umfassende Verdrängung menschlicher Arbeit aus den gesellschaftlichen Produktions- und Dienstleistungsprozessen in Folge eines neuen Schubs der Digitalisierung und Automatisierung vorhersagen. Genannt seien Brynjolfsson und McAfee (2014), Frey und Osborne (2013) und die darauf beruhenden Studien von Bowles (2014) sowie von Brzeski und Burk (2015).

Ähnliche Prognosen gibt es bereits seit den 1990er Jahren. Die »digitale Revolution« würde zu tief greifenden Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt führen. Ein *Ende der Arbeit* (Rifkin 1995) oder ein *Kapitalismus ohne Arbeit* (Beck 1996) wurden beschworen. Gemeint war, dass die Erwerbsarbeit, insbesondere die in der materiellen Warenproduktion, auf einen Bruchteil zurückgehen und dies Massenerwerbslosigkeit und Prekarisierung in bisher ungekannten Dimensionen nach sich ziehen würde. Einige philosophierten gar über das vermeintliche Ende der Arbeitsgesellschaft, damit der Wertpro-

duktion und des Kapitalismus insgesamt (Gruppe Krisis 1999). Die Realität blamiert diese Spekulationen. Grundsätzlich ist die Diskussion über die Beschäftigung vernichtende Wirkung neuer Techniken so alt wie die Industrie und der Kapitalismus selbst. In der Regel wird dabei aber nicht nur die Wachstumsdynamik kapitalistischer Produktion unterschätzt, sondern auch der Umstand, dass Erwerbsarbeit zunehmend außerhalb der im engeren Sinne materiellen Produktion stattfindet, dort aber ebenso produktive, Wert schaffende Arbeit ist.

Tatsächlich ist die Zahl der Erwerbstätigen und der Lohnarbeitenden in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen, und in den meisten Ländern gilt dies auch für die Zahl der geleisteten Erwerbsarbeitsstunden. Die Zunahme von Erwerbslosigkeit war Ergebnis ökonomischer Krisenprozesse. In der EU speziell hing sie mit Folgen der globalen Finanzkrise und der Eurokrise und nicht mit Technologiesprüngen zusammen. Auch die Ausweitung prekärer Beschäftigung und die Umverteilung zugunsten von Kapitaleinkommen und höher bezahlten Gruppen der Beschäftigten sind mit ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen wie der anhaltenden Massenerwerbslosigkeit, der fortschreitenden Globalisierung und Entwicklung des Finanzkapitalismus, der Durchsetzung des Neoliberalismus und einer Politik der Liberalisierung der Arbeitsmärkte, der Schwächung der Gewerkschaften und des Abbaus des Sozialstaats zu erklären. Informations- und Kommunikationstechniken spielen dabei zwar eine Rolle, sind aber nicht die unmittelbaren Ursachen.

Die eingangs genannten Studien beschreiben nun eindrucksvoll die neue Dimension und Wucht der digitalen Revolution des 21. Jahrhunderts. Vor allem durch lernende Maschinen, künstliche Intelligenz und Roboter entwickeln sich Möglichkeiten der Automatisierung menschlicher Tätigkeiten, die bis vor Kurzem noch als rationalisierungsresistent gelten konnten. Sind diese Prognosen also wirklich von neuer Qualität und die drastischen Befürchtungen entsprechend berechtigt?

BESCHÄFTIGUNGSFOLGEN DES NEUEN DIGITALISIERUNGSSCHUBS

»Roboter gefährden 59 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland« (Focus Online, 2.5.2015) oder:

RALF KRÄMER arbeitet beim ver.di-Bundesvorstand im Bereich Wirtschaftspolitik und ist einer der Sprecher der Sozialistischen Linken in der Partei DIE LINKE. 2015 ist von ihm erschienen: *Kapitalismus verstehen. Einführung in die politische Ökonomie des Kapitalismus.*

»Maschinen könnten 18 Millionen Arbeitnehmer verdrängen« (Die Welt, 2.5.2015). So lauten spektakuläre Überschriften in deutschen Medien. Die Autoren entsprechender Studien argumentieren deutlich vorsichtiger. Aufgrund eines komplexen theoretischen Modells ermitteln beispielsweise Frey und Osborne unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten, nach denen heutige Tätigkeiten oder Berufe in einer nicht näher bestimmten Zukunft durch Automatisierung wegfallen könnten. Gleiches gilt für die Studien von Bowles zum europäischen und von Brzeski und Burk zum deutschen Arbeitsmarkt, die methodisch daran anschließen. Wie viele Arbeitsplätze in welchen Zeiträumen

tatsächlich wegfallen werden und wie sich die Zahl der Beschäftigten folglich entwickeln wird, kann auf dieser Grundlage nicht ermittelt werden.

Dabei ist unbestritten, dass große Umbrüche bevorstehen oder bereits im Gang sind. Allein die Verbreitung von Personal-Computern seit den 1980er Jahren und die massenweise Nutzung von Internet, Handys und Smartphones haben Arbeit und Leben enorm verändert. Die Automatisierung wird immer weitere Bereiche und Tätigkeiten erfassen, und dies wird gravierende Auswirkungen für die betroffenen Beschäftigten haben. Millionen Jobs werden wegfallen oder entwertet werden. Mit vielen neuen Arbeitsverhältnissen in der digitalisierten Wirtschaft sind große Probleme und Anforderungen sozialer Gestaltung und Absicherung verbunden. Aber: Diese Prozesse laufen schrittweise ab, sie brauchen Zeit und betreffen immer nur einen Teil der Arbeitsplätze.

Die genannten Studien sind aus verschiedenen Gründen mit Vorsicht zu betrachten. Zunächst beruhen sie auf allgemeinen Beschreibungen, nicht auf der Betrachtung konkreter Tätigkeiten von Personen in ihren betrieblichen und ökonomischen Zusammenhängen und mit deren Schnittstellen zu anderen Beschäftigten, Tätigkeiten und ökonomischen Prozessen. So sind Zweifel angebracht, wenn etwa für Berufe in der Buchhaltung eine Automatisierungswahrscheinlichkeit von 98 Prozent ausgewiesen wird, von 97 Prozent für Kaufleute im Kurier-, Express- und Postbereich, von 93 Prozent für Lager-, Post- und Zustelltätigkeiten (vor allem durch Drohnen) und von 92 Prozent für VerkäuferInnen (Brzeski/Burk 2015, 4). Es ist davon auszugehen, dass viele dieser Arbeitsplätze erhalten bleiben werden, weil die volle Automatisierung sich doch schwieriger darstellt. So erfordert die Einführung neuer Techniken große Investitionen. Selbst wenn sich neue Computertechnik und Software, Roboter und andere automatische Maschinen ständig weiter verbilligen, sind die Anschaffung von vielen Millionen dieser Geräte, die Umstellung der Produktionsabläufe und Anlagen sowie der Aufbau der Netzinfrastrukturen mit großem Arbeitsaufwand verbunden. Die damit einhergehenden Schwierigkeiten und Kosten werden dazu beitragen, dass die neuen Techniken erst nach und nach die verschiedenen Betriebe und Wirtschaftsbereiche durchdringen.

Auch in der Produktion der neuen Automaten wird die Automatisierung fortschreiten, und per Saldo wird gesamtwirtschaftlich für die gleiche Produktion deutlich weniger Arbeit benötigt werden als heute. Aber auch hier wird die Einsparung geringer ausfallen, als wenn nur die Automatisierbarkeit der *gegenwärtig* bestehenden Produktionen betrachtet wird. Es muss davon ausgegangen werden, dass gleichzeitig neue Produktionen entstehen werden und die Produktion insgesamt wachsen wird. Eine Expertise des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Bonin u.a. 2015) kommt mit einem Ansatz, der von Tätigkeitsstrukturen am Arbeitsplatz statt von Berufen ausgeht, ebenfalls zu deutlich geringeren Automatisierungswahrscheinlichkeiten (vgl. ebd., 14). Da vermehrt komplexe nicht automatisierbare Arbeiten anfallen und aufgrund makroökonomischer Anpassungsprozesse könne »der Effekt auf die Gesamtbeschäf-



Durch diese Rohre wird Wasser in und aus dem Google-Datenzentrum in Oregon transportiert. Die blauen Leitungen liefern kaltes Wasser, die roten führen das erwärmte Wasser der erneuten Kühlung zu. © Connie Zhou

tigung daher durchaus positiv ausfallen« (ebd., 22). Die bisherige empirische Evidenz lasse jedenfalls »eher keine negativen Effekte auf die Gesamtbeschäftigung erwarten« (ebd.).

Allerdings ist zu vermuten, dass Digitalisierungsprozesse zur Entstehung neuer und zur Vertiefung bestehender sozialer Spaltungen beitragen. Besonders bedroht sind Geringverdienende und Geringqualifizierte (vgl. ebd., 25). Vor allem einfache Tätigkeiten in der Fertigung werden abnehmen, Jobs von IT-Spezialisten und in der Software-Entwicklung hingegen stark zunehmen. Die Arbeitskostenvorteile traditioneller Niedrigkostenstandorte könnten durch die Digitalisierung schrumpfen, was es wiederum attraktiver machen würde, zuvor Offshore ausgelagerte Jobs wieder zurückzuholen (vgl. Lorenz u.a. 2015, 3).

Für Länder, die in der internationalen Arbeitsteilung darauf spezialisiert sind, die Automatisierungstechniken zu produzieren, könnten tatsächlich Beschäftigungsgewinne entstehen. Darauf setzen offenbar die deutsche Industrie und die Bundesregierung mit ihrer Hightech-und-Industrie-4.0-Strategie. Als Kehrseite drohen allerdings umso größere Beschäftigungsverluste in anderen Ländern, die Automatisierungstechnik nur anwenden, ohne sie selbst zu produzieren. Weniger entwickelte Länder würden so noch weiter abgehängt. Die

außenwirtschaftlichen Überschüsse Deutschlands und die davon ausgehenden internationalen Ungleichgewichte und Verschuldungsverhältnisse würden damit fortgeschrieben oder noch gesteigert. Über kurz oder lang wird dies zu neuen Krisen führen.
Um zu einer realistischen Einschätzung der absehbaren künftigen Beschäftigungsentwicklung zu kommen, reicht es entsprechend nicht aus, technische Möglichkeiten oder nur bestimmte Wirtschaftssektoren zu untersuchen. Es müssen der gesamtgesellschaftliche Arbeitskörper und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen betrachtet werden.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PROJEKTIONEN

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kann das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Produkt aus der jeweils gesamtwirtschaftlich durchschnittlichen Arbeitsproduktivität (als BIP/Erwerbsarbeitsstunde), der Arbeitszeit je Erwerbstätigen (in Erwerbsarbeitsstunden/Jahr) und der Zahl der Erwerbstätigen dargestellt werden. Das Erwerbsarbeitsvolumen (und bei konstanter durchschnittlicher Arbeitszeit auch die Beschäftigung) sinken dann, wenn das Wachstum der Arbeitsproduktivität höher ist als das des preisbereinigten BIP.

Was heißt das für unseren Fall? Wenn wir ausgehend von den genannten Studien annehmen, dass in den nächsten 20 Jahren die Hälfte der bisherigen Arbeitsplätze wegrationalisiert wird, würde das eine Verdopplung der Arbeitsproduktivität über diesen Zeitraum bedeuten. Dies entspräche ihrem durchschnittlichen Anstieg um 3,5 Prozent pro Jahr. Das wäre keine historisch neue Qualität. In den 1970er Jahren stieg die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland noch um knapp vier Prozent jährlich, seit dem Jahr 2000 bisher allerdings nur um etwa ein Prozent. Trotz aller wissenschaftlich-technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte hat sich gesamtwirtschaftlich betrachtet der Zuwachs der Arbeitsproduktivität also verlangsamt. Eine Ursache dafür ist die insgesamt schwache Wirtschafts- und Investitionsentwicklung und die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung in den letzten Jahrzehnten.

Vor allem aber ist das durch den Strukturwandel bedingt: Wenn in bestimmten Zweigen besonders starke Produktivitätszuwächse stattfinden, der Bedarf an den Produkten dieses Wirtschaftszweigs aber nicht in gleichem Maße wächst, dann wird der Anteil dieses Zweiges an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und Beschäftigung immer kleiner und weitere Produktivitätssteigerungen in diesem Zweig fallen gesamtwirtschaftlich immer weniger ins Gewicht. Gleichzeitig wächst der Anteil bisher weniger rationalisierbarer Tätigkeiten am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen und an der Wertschöpfung. Im Zuge dessen ist der Anteil der Industriebeschäftigten in Deutschland seit den 1950er Jahren von etwa der Hälfte auf ein Viertel gesunken, während der Anteil der Beschäftigung in vielfältigen und auch neuen Dienstleistungsbereichen von etwa einem Drittel auf fast drei Viertel anstieg.

Nun werden durch die Digitalisierung Arbeiten automatisierbar, die es bisher nicht waren. Das betrifft auch einen großen Teil der Dienstleistungen. Doch auch hier gilt: Die Tätigkeiten, die weniger automatisierbar sind, werden einen zunehmenden Anteil am gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumen ausmachen.

Das wiederum wird die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse der Arbeitsproduktivität mindern, sie werden also deutlich geringer sein als die oben genannten 3,5 Prozent im Jahr. Es erscheint daher insgesamt realistisch, wenn die meisten langfristigen Projektionen von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität in den kommenden Jahrzehnten um etwa 1,5 Prozent im Jahr ausgehen. Das wäre immerhin eine Stabilisierung gegenüber dem bisherigen langfristigen Trend abnehmender Produktivitätszuwächse.

Auf einer solchen Grundlage haben das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und das Bundesinstitut für Berufsbildung gemeinsame Projektionen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Berufsfelder bis 2030 veröffentlicht (Maier u.a. 2014). Dabei zeigt sich ein zunehmender Bedarf vor allem bei Gesundheits- und Sozialberufen, deren Tätigkeiten bisher kaum rationalisierbar sind, und ein Rückgang des Arbeitsvolumens bei be- und verarbeitenden Berufen, in Büroberufen und im Verkehrs-, Lager- und Transportbereich. Die Beschäftigtenstruktur verschiebt sich zugunsten personenbezogener und wissensbasierter Dienstleistungen. Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen werden weiter abnehmen, aber keineswegs verschwinden.

Der erwartete leichte Rückgang der Gesamtbeschäftigung resultiert nicht aus Automatisierungswirkungen, sondern aus dem angenommenen Bevölkerungsrückgang bei einer Nettozuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr. Vor dem Hintergrund verstärkter Zuwanderung werden hier Modifikationen anzubringen sein. Die Erwerbsquoten sollen sogar steigen, die durchschnittliche Jahresarbeitszeit weitgehend gleich bleiben. Die Forscher erwarten, dass es sich bei den Erwerbstätigen weiterhin zu 88 Prozent um abhängig Beschäftigte handeln wird, bei weitgehend unveränderten Jahresarbeitszeiten, also überwiegend in Vollzeit.

ÖKONOMISCHE BEDINGUNGEN UND PROBLEME

Bei den erwähnten und auch weiteren Prognosen und Projektionen wird eine positive und weitgehend krisenfreie Wirtschaftsentwicklung zugrunde gelegt. Da hier allerdings erhebliche Zweifel angebracht sind, beziehen sich diese auch auf die positiven Beschäftigungsentwicklungen. Grundsätzlich sind Massenerwerbslosigkeit sowie die Entwicklung der Beschäftigung immer gesellschaftlich und ökonomisch bedingt, nicht technologisch. In der kapitalistischen Produktionsweise werden neue Techniken von Unternehmen eingesetzt, um höhere Profite zu erzielen beziehungsweise die Profite in der Konkurrenz zu sichern. ›Freisetzung‹ von Arbeitskräften, Massenerwerbslosigkeit und Krisen sind dabei normale, immer wieder auftretende Erscheinungen.

Allerdings wirken auch unter kapitalistischen Verhältnissen Mechanismen, die eine Umsetzung von technologischen Fortschritten und Rationalisierungsgewinnen in wachsende Produktion und steigende Realeinkommen ermöglichen. Kapitalistische Produktion ist auf Akkumulation und Wachstum gerichtet, neue Unternehmen werden gegründet, kreditfinanzierte Investitionen schaffen zusätzliche Nachfrage. Die Konkurrenz und die Verallgemeinerung von neuen Techniken drücken auf die Preise der Waren und begrenzen die Profite. Der Anteil der Löhne und anderen Masseneinkommen am Volkseinkommen ist

aus ökonomischen Gründen und in Folge der Klassenkämpfe nur in Grenzen zu senken. Steigende Realeinkommen führen zu steigender Nachfrage nach mehr von den bisher konsumierten oder nach neuen, bisher nicht oder wenig nachgefragten Produkten, seien es neue Technikprodukte oder Dienstleistungen aller Art. Neue Techniken führen nicht nur zu Rationalisierung (Prozessinnovation), sondern auch zu neuen Produkten (Produktinnovation), die zusätzliche Nachfrage und Produktion auslösen. Dadurch entstehen ständig neue Arbeitsplätze (und Wertschöpfung), die wegrationalisierte kompensieren können. Wenn diese Mechanismen nicht über alle Krisenprozesse hinweg langfristig funktioniert hätten, sähe die kapitalistische Welt zumindest in den entwickelten Zentren Europas, Nordamerikas und Japans nach den gewaltigen Produktivitätszuwächsen der vergangenen 200 Jahre völlig anders aus.

Die eigentlich relevante Frage für die künftigen Arbeitsmarktentwicklungen ist also, ob und wie die Umsetzung von Produktivitätszuwächsen in höhere Masseneinkommen – und/oder sozial gesteuerte Arbeitszeitverkürzung – auch unter Bedingungen eines globalisierten neoliberalen Finanzkapitalismus erreicht beziehungsweise wie dieser eingeschränkt und zurückgedrängt werden kann. Die Unternehmer und ihre neoliberalen Interessenvertreter versuchen, den neuen Digitalisierungsschub zur Schwächung von Beschäftigten und Gewerkschaften und zur Stärkung der Macht und der Verteilungsposition des Kapitals zu nutzen. Sie zielen auf eine einseitige Aneignung der Rationalisierungsgewinne beziehungsweise ›Digitalisierungsdividende‹ in Form höherer Gewinne und Vermögenseinkommen. Wenn die transnationalen Konzerne und die Reichen diese Profite zu großen Teilen nicht wieder im Inland investieren, sondern in Finanzanlagen oder profitablere Investitionen in anderen Teilen der Welt stecken, wären längere ökonomische Stagnations- und Depressionsphasen zu befürchten. Dann würden tatsächlich zunehmende Massenerwerbslosigkeit, soziale Spaltung, Polarisierung und dauerhafte Ausgrenzung von wachsenden Teilen der Bevölkerung aus regulärer Erwerbstätigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe drohen.

AUFGABEN UND PERSPEKTIVEN

Ein solches Negativszenario ist jedoch keineswegs zwangsläufig, sondern hängt von den konkreten ökonomischen Entwicklungen und von den Ergebnissen der Klassenkämpfe und politischen Gestaltungen ab. Und das Hauptproblem wären auf jeden Fall die soziale Spaltung und Prekarisierung, nicht ein technologisch bedingter Zusammenbruch der Beschäftigung insgesamt. Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für Gewerkschaften und die gesellschaftliche Linke?

Die Gewinne aus steigender Arbeitsproduktivität müssen durch eine progressive Verteilungs-, Steuer- und Sozialpolitik für den Fortschritt der ganzen Gesellschaft genutzt werden. Primär ist die Durchsetzung höherer Reallöhne und verkürzter Arbeitszeiten mindestens im Maße des gesellschaftlichen Produktivitätszuwachses. Erkämpfte Rechte und Tarife sowie möglichst viele bestehende Arbeitsplätze müssen gesichert, möglichst »gute Arbeit« im digitalen Umbruch muss durchgesetzt werden. Es geht zugleich um eine solidarische Lohn- und Einkommenspolitik, die Dumpingentgelte verhindert, insbesondere niedrige Verdienste

erhöht und relativ unterbezahlte Tätigkeiten, oft ›Frauenberufe‹, aufwertet.

Zentrale Ziele müssen die soziale Absicherung und Regulierung aller Erwerbstätigkeit sein, insbesondere auch bisher prekärer und unregulierter Arbeit von Solo-Selbstständigen und der »Crowd in der Cloud«. Es muss verhindert werden, dass die Digitalisierung genutzt wird, um die Schutzrechte und Einkommensansprüche der Arbeitenden zu unterlaufen oder Sozialbeiträge oder Steuerzahlungen zu umgehen. Die Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitenden und der Gewerkschaften müssen gestärkt werden. Und es geht um die Ausweitung und solidarische Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Beschäftigung in sozialstaatlich organisierten, für alle zugänglichen und ökologisch verträglichen Dienstleistungen und Infrastrukturen. Der ver.di-Bundeskongress 2015 hat in einem umfangreichen Beschluss »Gute Arbeit und gute Dienstleistungen in der digitalen Welt« konkretere Anforderungen formuliert.

Es handelt sich hier zunächst um Forderungen, die sich innerhalb eines kapitalistischen Rahmens bewegen. Ihre Durchsetzbarkeit hängt von den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen ab, insbesondere von der Stärke der Gewerkschaften und der Linken. Die Organisierung und tarifliche Regulierung der neuen und wachsenden Beschäftigungsbereiche und -formen muss entschieden vorangetrieben werden. Das wird aber nicht reichen, unumgänglich sind gesetzliche Regelungen und eine andere Politik, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Europäischen Union.

Je mehr automatische Maschinen und Roboter und große gesellschaftliche Infrastrukturen und Netze die Grundlagen der Reichtumsproduktion bilden, desto mehr stellt sich darüber hinaus die Frage nach der gesellschaftlichen Verfügung über diese und der Überwindung privaten Eigentums daran, also nach sozialistischen Alternativen jenseits des Kapitalismus. Erst recht, wenn kleine superreiche Minderheiten sich immer größere Anteile des Reichtums in Form von Kapitalerträgen und Monopolrenten aneignen. Diese Diskussion voranzutreiben und mit den Kämpfen der Arbeitenden um ihre Rechte und Ansprüche zu verbinden – statt dies etwa gegeneinander zu stellen – , ist die besondere Aufgabe von SozialistInnen und Linken.

Klaus Pickshaus: Gefährliche Liebschaften: Die IG Metall und die Industrie 4.0
Martin Beckmann: Gute Arbeit in der digitalen Welt

LITERATUR

Bonin, Holger, Terry Gregory und Ulrich Zierahn, 2015: *Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland*, Mannheim
Bowles, Jeremy, 2014: *The Computerisation of European Jobs*, bruegel.org
Brynjolfsson, Eric und Andrew McAfee, 2014: *The Second Maschine Age: Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*, Kulmbach
Brzeski, Carten und Inga Burk, 2015: *Die Roboter kommen. Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt*, ing-diba.de
Frey, Carl Benedikt und Michael A. Osborne, 2013: *The Future of Employment: How Suspectible Are Jobs to Computerisation?, oxfordmartin.ox.ac.uk*
Lorenz, Markus et al., 2015: *Man and Machine in Industry 4.0 – How Will Technology Transform the Industrial Workforce Through 2025?*, bcg.com
Maier, Tobias et al., 2014: Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung, in: *BIBB-Report* 23/14

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

IM WWW NICHTS NEUES

WARUM DIE DIGITALISIERUNG DER ARBEIT GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE KAUM BERÜHRT

TANJA CARSTENSEN

Die Kinder sind im Bett, der Tisch ist vom Abendessen abgeräumt. Paul nimmt sich sein Notebook und setzt sich ins Wohnzimmer, Anna kommt wenige Minuten später dazu und setzt sich mit ihrem Tablet daneben. Sie überfliegt kurz die Beiträge in ihrer Freundinnen-Facebook-Gruppe, schreibt einen aufmunternden Kommentar unter den Beitrag einer gefrusteten Freundin, erinnert sich dann aber, dass sie dringend noch eine E-Mail an eine Kundin zu Ende schreiben muss, die sie nachmittags auf dem Spielplatz angefangen hatte. Zwischendurch checkt sie kurz bei clickworker, ob sie vielleicht einen passenden Auftrag findet und bis zum Ins-Bett-Gehen noch einen kurzen Text schreiben kann. Paul hat derweil die begeisterten Kommentare unter seinem heutigen Blogbeitrag im Social Network seiner Firma gelesen, lehnt sich zufrieden zurück, bevor er mit der Bearbeitung eines Wikipedia-Beitrags über einen Naturwissenschaftler weitermacht.

Historisch betrachtet waren neue Technologien meist eng mit Macht und Männlichkeit

verknüpft. Feministische Technikforscherinnen wie Judy Wajcman (1994) haben gleichzeitig darauf hingewiesen, dass jede neue Technologie immer auch Anlass sein kann, Geschlechterverhältnisse neu zu verhandeln sowie Machtverhältnisse, geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen und Arbeitsteilungen aufzuweichen und in Bewegung zu bringen. Digitale Arbeit und die aktuell diskutierten digitalen Technologien erscheinen hingegen kaum als Geschlechterthema. Internet und Handy werden offensichtlich nicht als ›harte‹ Technik wahrgenommen. Deswegen wird in diesem Zusammenhang auch nicht, wie sonst üblich, über weibliche ›Technikferne‹ oder die unterschiedliche Medienkompetenz von Frauen und Männern diskutiert. Ist dies nun ein Fortschritt, weil es endlich gelungen ist, dichotome und stereotype Fortschreibungen von Geschlechterunterschieden in Bezug auf Technik aufzubrechen? Oder haben wir es hier eher mit einem Prozess zu tun, der die Bedeutung von Gender mit Rhetoriken der Modernisierung (Wetterer 2003) unsichtbar macht?

›VEREINBARKEIT‹ UND ENTGRENZUNG, SICHTBARKEIT UND ÖFFENTLICHKEIT

In Mainstream-Diskursen taucht Gender auf, wenn von »besserer Vereinbarkeit« von Erwerbsarbeit und Familie, einer optimierten Work-Life-Balance, durch die Verbreitung digitaler Technologien die Rede ist. Die neuen Technologien versprechen (bereits seit vielen Jahren) flexiblere Möglichkeiten räumlicher und zeitlicher Organisation von Arbeit, die das Verhältnis von Erwerbstätigkeit und anderen Lebensbereichen verändern können. Verschiedene Aufgaben können jenseits des Büros erledigt werden, mit nach Hause genommen oder auf dem Spielplatz per Tablet erledigt werden. Durch Kinderbetreuungszeiten eingeschränkte Anwesenheiten im Büro können dadurch in gewisser Weise ausgeglichen werden. Auf der einen Seite entstehen für Menschen mit Sorgeverpflichtungen, das heißt weiterhin vor allem Frauen, neue Freiräume der Alltagsgestaltung. Auf der anderen Seite wird vollständig entgrenztes Arbeiten ›immer und überall‹ – auf dem Spielplatz, im Hotelzimmer, an der Bushaltestelle, zu Hause, im Urlaub und am Wochenende – zum Normalzustand. Die geforderte Flexibilität und Erreichbarkeit stellen hohe Anforderungen an die zeitliche Selbstorganisation. Da gleichzeitig in den letzten Jahren Anforderungen, Arbeitsdichte und Zeitdruck zugenommen haben, besteht die Gefahr, dass die anderen Lebensbereiche der Erwerbsarbeit untergeordnet werden und dass es zu einer Arbeitszeitverlängerung kommt. Statt neuer Handlungsspielräume und Work-Life-Balance sind fehlende Ruhezeiten, mehr Belastungen, Stress und gesundheitliche Risiken die zu erwartenden Folgen (Carstensen 2015).

Zusätzlich zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten und -orten erweitern sich die Möglichkeiten, im Arbeitsumfeld trotz körperlicher Abwesenheit präsent zu sein (Paulitz

TANJA CARSTENSEN arbeitet als Soziologin an der TU Hamburg-Harburg in der Arbeitsgruppe Arbeit-Gender-Technik. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wandel von Erwerbsarbeit durch Internet und Social Media, Geschlechterverhältnisse, feministische Politik und Technik.

u.a. 2014, 39). E-Mail- und noch stärker intern genutzte Social-Media-Kanäle werden zu relevanten Informations-, Kommunikations- und damit auch Selbstpräsentationsräumen, die ortsunabhängig die Darstellung der eigenen Arbeit und damit die Profilierung erlauben. Das durch (maskuline) Anwesenheitskulturen hervorgebrachte Problem, dass insbesondere Frauen, die viel von zu Hausearbeiten, weniger sichtbar im Unternehmen sind als ihre männlichen Kollegen, verschwindet nicht von heute auf morgen, aber es kann zu Veränderungen zugunsten der Letzteren kommen. Zugleich steigen hiermit auch die Anforderungen an die einzelnen MitarbeiterInnen: Die Grenzverschiebungen zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre erweisen sich als zentrale Herausforderung. Die Subjekte müssen selbst definieren, wie viel und welche Informationen sie (über sich) veröffentlichen und wie erreichbar sie sich präsentieren wollen (Carstensen u.a. 2014).

Auch wenn einiges darauf hindeutet, dass digitale Technologien ›Vereinbarkeit‹ erleichtern und Menschen mit Sorgeverpflichtungen dabei unterstützen können, ihren Alltag besser zu bewältigen: Derzeit gibt es kaum Hinweise, dass sich durch die Digitalisierung an der geschlechtlichen Arbeitsteilung grundsätzlich etwas ändern würde, auch wenn das Potenzial dazu durchaus besteht (Wischermann/Kirschenbauer 2015). Internet, Social Media und Handy werden vielmehr zu Hilfsmitteln, mit denen gestiegene Anforderungen besser bewältigt und delegiert werden können. Statt Arbeit anders zu verteilen, wird Multitasking zum Dauerzustand, die Zeit mit Kindern wird durch die digitalen Tools gleichzeitig als Arbeitszeit nutzbar. Digitale Technik hilft, ›alles unter einen Hut zu kriegen‹ und den Alltag zu optimieren, ohne dass dabei allerdings grundlegende Logiken und Machtverhältnisse wie zum Beispiel die ungerechte Verteilung von Care-Arbeit oder die Erwerbsarbeitzentrierung infrage gestellt werden.

PREKARISIERUNG 2.0

Zudem erfährt auch die Prekarisierung von Erwerbsarbeit durch digitale Technologien einen zusätzlichen Dynamisierungsschub. Durch digitale Plattformen und globale Vernetzung wird es für Unternehmen leichter, Aufträge für Aufgaben, die vormals im Unternehmen erledigt wurden, auszulagern. Aufgaben können in viele Unteraufgaben zerlegt, atomisiert und digital als Kleinstaufträge etwa über Internet-Plattformen vergeben werden. Bisher dominieren hierbei Text-, Verschlagwortungs- sowie Programmieraufgaben, zum Beispiel auf den Plattformen *clickworker* oder *Amazon Mechnical Turk* (vgl. Altenried in diesem Heft). Zunehmend entstehen allerdings für fast alle Branchen Online-Plattformen, die verschiedene Dienstleistungen vermitteln. Die Gefahren liegen auf der Hand: Auflösung abgesicherter Arbeitsverhältnisse, Lohndumping, Fragmentierung von Aufgaben, isoliertes Arbeiten und ein hoher unbezahlter Zeitaufwand für die Organisation der Erwerbsarbeit. Die digitalisierten Dienstleistungen und Aufträge werden zudem meist unter hohem Zeitdruck ausgeführt, fast vergleichbar mit Arbeit im Akkord, wenn ein einigermaßen akzeptables Honorar erreicht werden soll. Einige Crowdworking-Plattformen sind für die geringe und teilweise gar äußerst



Versteckt in ein paar der unscheinbaren Gebäuden in Manhattan, befindet sich einer der größten Knotenpunkte der globalen Internet-Infrastruktur. Wärmeabzug auf dem Dach eines ehemaligen Hotels in der Huson Street 60. »The Internet« © Peter Garritano

unzuverlässige Bezahlung ihrer AuftraggeberInnen bekannt.
Gleichzeitig findet sich die Einschätzung, dass mit Crowdwork aus Geschlechterperspektive auch emanzipatorische Potenziale verbunden sind: Die freiberufliche Erledigung von Mikroaufträgen erscheint als Chance für Menschen, die – aufgrund von Sorgeverpflichtungen oder von körperlichen Einschränkungen – das Haus schwer verlassen können oder für die es vorteilhaft ist, anonym zu arbeiten. Es wird beispielsweise vermutet, dass diese Form zu arbeiten unter Hausfrauen in Indien besonders viel genutzt wird (Barth 2015). Geschlechtsspezifische Risiken von Prekarisierung werden durch Crowdwork allerdings massiv verschärft: Diskontinuierliche Erwerbsbiografien, Teilzeitarbeit und schlechte Bezahlung erhöhen die bereits für viele Frauen bestehende Gefahr von geringen Renten und Altersarmut.

UNVERÄNDERTE GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE?

Neben Crowdwork hat noch ein weiteres Phänomen an Bedeutung gewonnen, nämlich unbezahlte Arbeit im Web. Projekte wie Open Source, Open Software oder Wikipedia werden durch Unmengen unbezahlter Arbeit von technikaffinen oder politisch motivierten InternetnutzerInnen getragen. Die sozialen Netzwerke werden unentwegt und unentgeltlich mit Texten und Fotos versorgt, hinzu kommt die Crowdwork, die UserInnen freiwillig für Unternehmen leisten, indem sie Produkte bewerten, weiterentwickeln etc. Aus linker Perspektive wird diskutiert, inwiefern dies ausgebeutete Arbeit ist, weil hier Menschen Arbeit leisten, die Wertschöpfung (z.B. für Facebook) generiert, aber nicht bezahlt wird (vgl. u.a. Terranova 2013). Bemerkenswert ist aus Geschlechterperspektive, dass vor allem in den technikaffinen Communities sehr viel unbezahlte Arbeit von Männern geleistet wird und diese Entwicklung mit ihren gesellschaftlichen Auswirkungen bislang kaum reflektiert worden ist.

Gleichzeitig hat sich in bestimmten Szenen in sozialen Netzwerken, auf Twitter und in Blogs eine ›Kultur der Sorge‹ etabliert, die den NutzerInnen emotionale Unterstützung und Beratung bietet. Lose Netzwerke von Menschen mit ähnlichen Interessen können so zu unterstützenden und solidarischen Strukturen werden, die gerade für Frauen in prekären oder isolierten Lebens- und Arbeitsverhältnissen eine Chance sein können.

Mit den digitalen Technologien entstehen ferner neue Berufe, Tätigkeiten und Aufgaben, die neu definiert und verteilt werden müssen. Dies könnte dazu genutzt werden, auch zu einer Neubewertung und Neuverhandlung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, unter anderem des Verhältnisses von bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten, zu kommen. Bislang zeichnet sich allerdings eine ernsthafte gesellschaftliche Auseinandersetzung in diese Richtung noch nicht ab. Das Versprechen der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt auf mehr Autonomie und bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen hat sich bislang nur für wenige erfüllt. Gerade Menschen mit Sorgeverpflichtungen leiden unter Stress und Überforderung infolge von Arbeitsverdichtung und zunehmendem Zeitdruck. Die weitgehend unveränderte hierarchische Arbeitsteilung, ungleiche Entlohnung sowie eine Zuspitzung von Prekarisierungstendenzen

durch die Ausweitung von Crowdwork betreffen darüber hinaus weiterhin deutlich mehr Frauen als Männer. Eine US-amerikanische Untersuchung hat zudem festgestellt, dass insbesondere für Frauen der Stress bei der Social-Media-Nutzung stärker ist, wenn sie viel in »digitale Care-Arbeit« verwickelt sind, das heißt, wenn sie über soziale Medien an anstrengenden und belastenden Situationen anderer – enger FreundInnen oder auch entfernterer Bekannter – teilhaben (Hampton u.a. 2015).

Insgesamt ist es durch die fortschreitende Digitalisierung bisher kaum zu einer Hinterfragung von bestehenden Geschlechterverhältnissen gekommen, vielmehr zeichnen sich vor allem Tendenzen der Vereinbarkeitsoptimierung ab, die sich Anforderungen der Erwerbswelt unterordnen. Zeitdruck, Arbeitsbelastungen und Prekarisierungserfahrungen nehmen nicht ab, sondern eher noch zu. Einiges spricht dafür, dass mit der Digitalisierung nicht nur eine Flexibilisierung von Arbeit, sondern auch eine Intensivierung, Verdichtung und Beschleunigung einhergehen – und damit die Autonomiespielräume und Chancen auf Neuverhandlungen von Arbeitsteilungen und Geschlechterverhältnissen wieder kleiner werden oder sogar verschwinden.

Wie wir bereits wussten: Technik allein löst keine sozialen Probleme, vielmehr können und müssen neue Technologien genutzt werden, um (alte) Forderungen (erneut) vorzubringen (vgl. Morozov in diesem Heft). Fragen nach Geschlechterverhältnissen in Bezug auf Technik haben sich keineswegs erledigt. Aus feministischer Sicht stellen sich mit der Digitalisierung der Arbeitswelt vor allem Fragen nach Arbeitsteilungen und Möglichkeiten der Umverteilung von Sorgearbeit. Weitere Themen sind, wie Mechanismen zum Schutz vor wachsendem Stress und zunehmenden Arbeitsbelastungen sowie Alternativen zur Vereinbarkeitsoptimierung aussehen könnten. Eine weitere Aufgabe bestünde darin, verschiedene Formen digitaler Arbeit in Bezug auf ihre Entlohnung, gesellschaftliche Anerkennung und Absicherung hin genauer zu untersuchen und Verschärfungen sozialer Ungleichheiten zu verhindern. Dabei geht es weniger um die Gestaltung der Technik, sondern vor allem um altbekannte Themen feministischer Kritik an Arbeit.

LITERATUR

Barth, Vanessa, 2015: »*Wir wollen faire Kriterien für Crowdworking*« – Interview mit IG-Metall-Expertin Vanessa Barth, www.nachhaltigkeitsrat.de

Carstensen, Tanja, 2015: Neue Anforderungen und Belastungen durch digitale und mobile Technologien, in: *WSI-Mitteilungen* 68(3), 187–193

Dies. et al., 2014: Arbeitsalltag im Internet: Umgang mit mehrdimensionalen Entgrenzungen, in: dies. et al. (Hg.), *Digitale Subjekte: Praktiken der Subjektivierung im Medienumbruch der Gegenwart*, Bielefeld, 29–80

Hampton, Keith N. et al., 2015: *Social Media and the Cost of Caring*, Pew Research Center, Washington D.C., www.pewinternet.org/2015/01/15/social-media-and-stress/

Huws, Ursula, 2014: Shifting boundaries: gender, labor, and new information and communication technology, in: Cynthia Carter et al. (Hg.), *The Routledge Companion of Media & Gender*, London, 147–156

Paulitz, Tanja et al., 2014: *Work-Life-Balance in der Wissenschaft*. Schwerpunktprogramm WLB-KFU. Bericht des qualitativen Teilprojekts, Graz, http://static.uni-graz.at/

Terranova, Tiziana, 2013: Free Labor, in: Trebor Scholz (Hg.), *Digital Labor. The Internet as Playground and Factory*, New York, 33–57

Wajcman, Judy, 1994: *Technik und Geschlecht: die feministische Technikdebatte*, Frankfurt a.M./New York

Wetterer, Angelika, 2003: Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen, in: Gudrun-Axeli Knapp und Angelika Wetterer (Hg.), *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*, Münster, 286–319

Wischermann, Ulla und Annette Kirschenbauer (Hg.), 2015: *Geschlechterarrangements in Bewegung: veränderte Arbeits- und Lebensweisen durch Informatisierung?*, Bielefeld

DIE GEBURT DER KÜNSTLICH KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ

DIGITALE UNDERCLASS UND APP-BASED UNIONISM

MORITZ ALTENRIED

CROWDWORK, PREKARISIERUNG UND DIGITALE SELBSTORGANISIERUNG

Im Jahr 2001 fand die NASA eine innovative Antwort auf ein altes Problem: Die US-amerikanische Weltraumbehörde hatte zahlreiches und hoch auflösendes Fotomaterial vom Mars zu kartografieren. Eine computerisierte Lösung war nicht möglich und die Angestellten der Behörde hätten Monate mit der Aufgabe verbracht. Also entschied sich die NASA für eine neue Art des Outsourcing: Crowdsourcing. In dem Projekt ClickWorkers wurden InternetnutzerInnen (die Crowd) dazu aufgerufen, Krater und andere Auffälligkeiten auf den Fotos, die die Behörde im Internet zu Verfügung stellte, per Mausklick zu markieren und so zur Kartografierung der Marsoberfläche beizutragen. Was im Fall der NASA als ein Projekt, bei dem »Bürger der Wissenschaft helfen«, bezeichnet wurde, ist heute ein Geschäftsmodell, das aus der politischen Ökonomie des Internets kaum mehr wegzudenken ist.

Die Crowd, also die Netzbevölkerung, produziert Inhalte in sozialen Medien, moderiert Fanforen, bewertet und verbessert Produkte, testet Betaversionen, perfektioniert durch ihr Surfverhalten die Suchalgorithmen und gibt dabei Daten preis. Digitale Ökonomien basieren zentral auf der mehr oder weniger freiwilligen Arbeit ihrer NutzerInnen. Für diesen Beitrag interessiert mich aber weniger die Ausbeutung unbezahlter Arbeit (auch die Crowd des NASA-Projekts arbeitete umsonst), sondern vielmehr Formen bezahlter Arbeit auf der Basis des Crowdsourcing-Modells: Inzwischen gibt es Millionen von digitalen LohnarbeiterInnen, vermittelt über Crowdsourcing-Plattformen, die ähnliche Aufgaben wie die Freiwilligen der NASA übernehmen: Aufgaben, die sich nicht computerisieren lassen und die gleichzeitig von einer Masse an digitalen ArbeiterInnen effizient gelöst werden können. Die Crowdworker sind wichtiger Teil der politischen Ökonomie (nicht nur des Netzes) und zugleich eine selten beachtete Klassenfraktion, hervorgebracht durch eine digitale Wiedergeburt des Taylorismus.

MENSCHEN ALS COMPUTER

Die Vermittlung von Crowdwork läuft über Internetplattformen. Die wohl bekannteste ist *Mechanical Turk* (mTurk) des Versandhändlers Amazon, die gegründet wurde, als dieser CDs ins Sortiment aufnahm. Damals suchte man InternetnutzerInnen, die gegen geringe Bezahlung Hunderttausende Online-Einträge überprüften, etwa ob Albentitel korrekt angegeben oder Cover jugendfrei sind. Mittels mTurk können heute auch andere Firmen Aufgaben von der Crowd lösen lassen. Auf der Website finden sich unzählige kleine Aufträge verschiedenster Auftraggeber. Die sogenannten Human Intelligence Tasks (HITs) umfassen etwa die Kategorisierung von Bildern, die Fehlersuche in kurzen Texten, Produktbeschreibungen für Verkaufsplattformen, die Teilnahme an Umfragen sowie die Erfassung und Kategorisierung von Daten jeder Art. Die Plattform wird von Auftraggebern aus unterschiedlichen Branchen genutzt. Das deutsche Energieunternehmen ENBW etwa hat hier die handschriftlichen Zählerauslesungen seiner KundInnen digitalisieren lassen, da Computer oft Probleme haben, Handschriften zu entziffern. Gelöst werden die Aufgaben von den digitalen ArbeiterInnen der Crowd in der Regel zu Hause am eigenen Computer. Der Ablauf ist simpel: Man loggt sich auf der Seite ein und akzeptiert einzelne Aufträge. Bezahlt wird pro erledigter Aufgabe, die Jugendfreigabe eines Bildes wird beispielsweise mit etwa 2 bis 5 Cent entlohnt, die Teilnahme an einer zehnminütigen Umfrage bringt etwa 50 Cent und so weiter. Auf mTurk sind 500 000 ArbeiterInnen angemeldet, hauptsächlich aus den USA und Indien. Zu jeder Tages- und Nachtzeit erklicken sich schätzungsweise 10 000 bis 40 000 ArbeiterInnen gleichzeitig Centbeträge auf der Plattform (vgl. Strube 2015).

Weltweit gibt es inzwischen Tausende solcher Plattformen, in Deutschland allein etwa

MORITZ ALTENRIED promoviert an der Goldsmiths University of London zur politischen Ökonomie des Digitalen. Er hat an diesem Heft mitgewirkt, ist Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in sozialen Bewegungen aktiv.

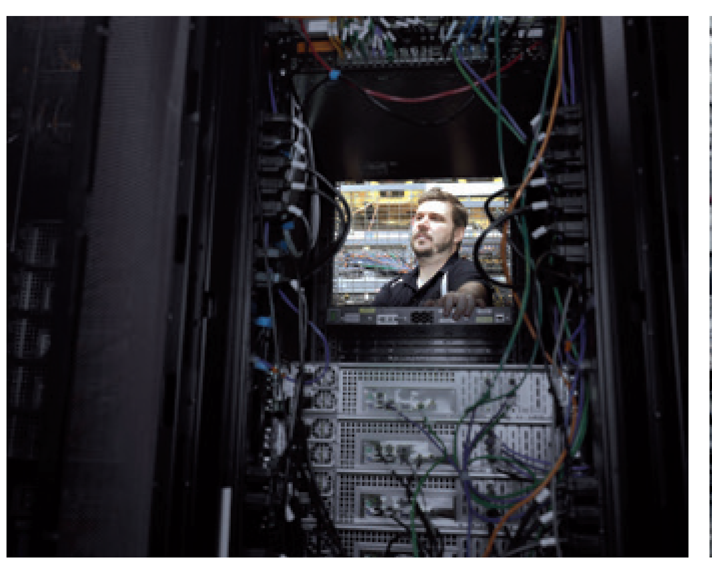
40 und nach Schätzung der IG Metall etwa eine Million Crowdworker. Die größte deutsche Plattform *clickworker* etwa wirbt mit 700 000 *on-demand workers* und Kunden wie Honda oder T-Mobile. Auf Plattformen wie mTurk dominieren sogenannte *microtasks*, Aufgaben, die im Prinzip alle übernehmen können, die einen Computer und Zugang zum Internet haben. Diese ArbeiterInnen springen überall da ein, wo Computer keine (oder zumindest keine günstige) Lösung finden können. Die meisten Aufgaben werden dabei nicht von einer Person gelöst, sondern durch die algorithmisch vermittelte (unbewusste) Kooperation Tausender digitaler ArbeiterInnen. Die Crowd kann gemeinsam schnell und effektiv arbeiten und dabei gegenseitig Fehler ausgleichen. Dem zugrunde liegt eine als *human computation* bezeichnete Rollenverkehrung zwischen Mensch und Computer: Während in der Regel Computer Probleme für Menschen lösen, geht es hier um Probleme, für die Computer die Unterstützung lebendiger Arbeit benötigen.

Der Name *Mechanical Turk* verweist auf dieses Phänomen. Er leitet sich vom ›Schachtürken‹ ab, einem vorgeblichen Schachcomputer der im 18. Jahrhundert für einiges Aufsehen sorgte. Die Maschine bestand aus einer Figur, die dem Klischee eines Türken entsprach, einigen Zahnrädern und anderen Konstruktionen. Dieser Schachcomputer spielte tatsächlich erstaunlich gut und soll sogar Friedrich den Großen und Napoleon besiegt haben. Das Geheimnis dieses frühen Computers ist allerdings denkbar simpel: Im Inneren der Maschine befand sich ein kleiner Mann, der einfach gut Schachspielen konnte, wobei die mechanischen Konstruktionen für genug Ablenkung sorgten, um die Geschichte glaubwürdig zu machen. Amazons Entscheidung für den Namen ist vielsagend, genauso wie der Untertitel der Plattform: »Artificial Artificial Intelligence«, also künstlich künstliche Intelligenz. Das ganze Setup der Plattform tarnt und verkauft menschliche Arbeit als Computerarbeit. Und entsprechend sind auch die Arbeitsbedingungen.

AGB STATT ARBEITSVERTRAG

Die digitale Arbeit auf Crowdsourcing-Plattformen erfolgt nicht auf Grundlage von Arbeitsverträgen, sondern entsprechend der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Plattformen, die den digitalen ArbeiterInnen oftmals grundlegende Rechte verweigern. In diesem Kontext sind Krankenversicherung oder gewerkschaftliche Vertretung Fremdwörter. Darüber hinaus benachteiligt die technische Gestaltung der Plattformen die ArbeiterInnen gegenüber dem *requester* (Auftraggeber). Auf mTurk entscheiden beispielsweise allein die *requester*, ob die Arbeit zufriedenstellend ausgeführt worden ist und ob sie bezahlen wollen. Auch im Falle einer Nichtbezahlung behält der *requester* alle Rechte an der geleisteten Arbeit, was Lohnbetrug geradezu herausfordert. Außerdem sind die ArbeiterInnen auf positive Bewertungen angewiesen, um neue Aufträge zu bekommen. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie Ungleichheit in den technologische Aufbau der Plattformen eingeschrieben ist: Technologie ist niemals neutral, sondern immer »ein materielles Bild gegenwärtiger Klassenkämpfe und darüber hinaus ein Ausdruck vergangener Siege des Kapitals« (Williams 2013).

Techniker im Inneren des Gebäudes.
Alle Bilder: »The Internet«, © Garritano





Ein großer Teil der *microtasks* ist hochgradig langweilig, repetitiv, ermüdend und schlecht bezahlt. Die Mehrzahl der Clickworker auf mTurk erzielt einen Stundenlohn zwischen einem und drei US-Dollar. Nur sehr erfahrene NutzerInnen (sogenannte Powerturker) erzielen ein Einkommen im Bereich des Mindestlohns. Sie sind erfahren und geübt und wissen, welche HITs sich lohnen. Auch beim deutschen Branchenführer *clickworker* liegen die Löhne maximal auf Mindestlohniveau, welches aber wiederum nur einige wenige erfahrene KlickarbeiterInnen tatsächlich erreichen. Es geht also um hochgradig prekäre Niedriglohnjobs, ohne soziale Sicherheit, geleistet in Heimarbeit und für einen minimalen Stücklohn. Wer also sind die digitalen ArbeiterInnen, die diese Form der künstlichen künstlichen Intelligenz konstituieren?

DIGITALE KLASSENNEUZUSAMMENSETZUNG

Ein Teil der Crowdworker etwa versteht das Lösen von *microtasks* gar nicht als Arbeit, sondern loggt sich aus Spaß, Langeweile oder ähnlichen Gründen ein. Zumindest muss der Lohn nicht immer der einzige Anreiz sein: »Ich bin seit 2011 Arbeiterin bei Mechanical Turk von Amazon«, so Carolyn, eine 68-jährige Rentnerin mit Doktortitel. »Die Plattform trägt zu meiner Rente bei, aber das ist nicht der wichtigste Grund. Ich mag die Aufgaben, um geistig frisch zu bleiben.«[1] Nicht nur Crowdsourcing-Plattformen, sondern auch andere Unternehmen versuchen, sich dieses Phänomen zu eigen zu machen, indem Aufgaben so aufbereitet werden, dass NutzerInnen sie aus Spaß erledigen (oft unter dem Stichwort *gamification* diskutiert).

Für die übergroße Mehrheit der Crowdworker jedoch ist Geld der entscheidende Anreiz. Kristy Milland, Community-Managerin und Aktivistin beim Forum turkernation.com, etwa sagt: »Ich bin Turkerin, im mittleren Alter, Unternehmerin, Studentin, Mutter, Ehefrau und auf mein mTurk-Einkommen angewiesen, um meine Familie vor der Pleite zu bewahren. Ich bin eine qualifizierte und intelligente Arbeiterin und mTurk ist meine Haupteinkommensquelle und im Moment die Karriere, die ich mir ausgesucht habe.« Viele der digitalen ArbeiterInnen sind inzwischen Vollzeit-Turker, das heißt, die Erledigung von *microtasks* ist zu ihrem Beruf und ihrer primären Einkommensquelle geworden.

Unter diesen digitalen ArbeiterInnen sind viele, denen der Zugang zu anderen Jobs erschwert ist. Es gibt relativ viele Geschichten von Menschen, die aufgrund verschiedener körperlicher Einschränkungen und Diskriminierung Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben und dann bei mTurk landen. So erzählt etwa Carey: »Als Migrantin, schwanger und ohne Arbeitserfahrung wird man in den USA nicht gerade zu vielen Bewerbungsgesprächen eingeladen. Deswegen habe ich mich für *Mechanical Turk* entschieden. Mein Ehemann verdient das Wesentliche, aber mein Einkommen bringt wortwörtlich das Essen auf den Tisch.« Damit steht sie stellvertretend für viele, die in Teilzeit, als Ergänzung zum Familieneinkommen oder zusätzlich zu anderen Arbeiten als Crowdworker tätig sind. Clay, ein weiterer Turker aus New York, sagt von sich: »Ich arbeite Vollzeit in der Gesundheitsverwaltung, und es gibt in meinem Job immer wieder mal nichts zu tun. Diese Pausen nutze ich zum

›turken‹. Von diesem Einkommen bezahle ich das Heizöl für meine Familie im Winter und den Urlaub im Sommer.«

STÜCKLOHN UND HEIMARBEIT: ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT?

Die Organisationsform der Arbeit auf Crowdsourcing-Plattformen lohnt einen zweiten Blick: tendenziell informelle, prekäre Arbeit, schlecht bezahlt in Stücklohn und von zu Hause aus verrichtet. Das ist keine Neuerfindung digitaler Ökonomien. Im Gegenteil: Diese Form der Arbeit erinnert an verschiedene Modelle, wie sie im frühen Kapitalismus verbreitet waren und heute vor allem im globalen Süden zu finden sind. Ein Beispiel sind Näh- und Textilarbeiten. Heimarbeit und Stücklohn sind dabei geradezu klassische Elemente, um Frauen neben der geleisteten Reproduktionsarbeit ein zweites Mal in die kapitalistische (Re-)Produktion einzubinden und so eine vergeschlechtlichte Überausbeutung zu ermöglichen. Die Verrichtung der Arbeit von zu Hause erlaubt erstens, diese mit Reproduktionsarbeit wie der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen zu kombinieren, und bedient zweitens den Mythos der ›müßigen‹ Hausfrau, die Näharbeiten oder *microtasks* eigentlich nur zum Zeitvertreib erledigt und deswegen auch nicht gut bezahlt werden muss. Der Stücklohn wiederum – von Marx (1867, 576, 580) als die »der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Form des Arbeitslohnes« und »fruchtbarster Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischer Prellerei« bezeichnet – trägt die Logik des Akkords schon in sich. Dies erschließt sich sofort beim Blick auf die Art und Weise, wie die Zerteilung in *microtasks* Arbeitsprozess und Bezahlung von Crowdwork strukturiert.

Anfänglich waren Frauen in der digitalen Arbeiterschaft tatsächlich deutlich in der Mehrheit. In letzter Zeit ist der Frauenanteil der Turker etwas zurückgegangen, liegt aber immer noch deutlich über der durchschnittlichen weiblichen Erwerbsquote. Viele Arbeiterinnen erzählen von Pflegeverpflichtungen, die sie daran hindern, andere Jobs anzunehmen, wie etwa Peggy, die gegen ihren Willen in Frührente gehen musste und versucht, mit der Arbeit auf mTurk ihr Einkommen zu strecken. »Wieder Vollzeit zu arbeiten ist keine Option, da meine Mutter schwere gesundheitliche Probleme hat und ich den Großteil der Pflegearbeit mache.« Robin, eine 45-jährige Mutter von vier Kindern, die ihr Geschäft aufgab, um ihre behinderte Tochter zu betreuen, landete bei mTurk, da der Einkommensverlust »zu großen finanziellen Problemen führte« und sie »verzweifelt nach einer Möglichkeit suchte, zu arbeiten und sich angemessen um die Familie zu kümmern«.

Viele Arbeiterinnen betonen, dass sie trotz der anstrengenden und schlecht bezahlten Arbeit froh sind, mithilfe von mTurk Geld verdienen zu können, da sie nur so auf ein Existenzminimum kommen können. So zum Beispiel die 29-jährige Christina aus Missouri, die sich aufgrund des auswärtigen Vollzeitjobs ihres Mannes rund um die Uhr um die fünf Kinder kümmern muss. Durch mTurk »ist es mir endlich möglich, einen Teil der Ausgaben für Gesundheit und der steigenden Elektrizitätsrechnungen zu bezahlen. Mein Mann und ich arbeiten sehr hart, um für unsere Kinder zu sorgen, aber manchmal fühlt es sich an, als könnten wir es nicht schaffen. Ich arbeite acht

bis zehn Stunden (immer wenn ich zwischen Hausarbeit und Kindern Zeit habe), nur um an manchen Tagen zehn Dollar zu verdienen.«

DIGITALER TAYLORISMUS

Bei allen Unterschieden hinsichtlich Motivation, Subjektivität und politischem Selbstverständnis hat sich hier ein spezifisches digitales Prekariat herausgebildet, ein bislang wenig beachtetes Klassenfragment. Konzentrierte sich die Diskussion zur digitalen Arbeit bislang zumeist auf Hochqualifizierte wie GrafikerInnen, Designer oder ProgrammiererInnen, zeigt sich hier: Entgegen dem gängigen Klischee ist ein großer Teil digitaler Arbeit nicht kommunikativ und kreativ, sondern prekär, repetitiv, langweilig und ermüdend. Gerade die hochgradig entfremdete, zerlegte, vereinzelte und algorithmisch standardisierte Arbeit des *microtasking* kann so als Teil eines neuen digitalen Taylorismus verstanden werden.

Viele der Arbeiten, wie sie auf mTurk vermittelt werden – Pflege von Datenbanken, Kategorisierungen von Bildern, Auswertung von Fragebögen –, sind inzwischen in Länder wie Südkorea oder Indien ausgelagert. In Philippinen hat sich ein Sektor etwa darauf spezialisiert, die *content moderation* für westliche soziale Medien zu übernehmen. So sind Tausende digitale ArbeiterInnen in den Vororten Manilas mit nichts anderem mehr beschäftigt, als Bilder und Kommentare in sozialen Netzwerken als pornografisch, gewalttätig oder harmlos zu klassifizieren. Dies ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie sich aus der Nachfrage nach künstlicher künstlicher Intelligenz ein neuer digitaler Taylorismus entwickelt hat, der eine zunehmend internationale Arbeitsteilung und ein entsprechendes globales Cybertariat hervorbringt. Bei mTurk stammt dieses vor allem aus den USA und aus Indien, beim deutschen Anbieter *clickworker* zu gleichen Teilen aus Deutschland, anderen europäischen Staaten, den USA und der restlichen Welt. Dabei setzt die digitale Ökonomie der Plattformen große Teile der Welt problemlos und standardisiert zueinander in Lohnkonkurrenz.

Nach eigenen Angaben hat die Crowdsourcing-Industrie ihre Umsätze im letzten Jahr verdoppeln können. Es spricht viel dafür, dass diese Art der Arbeitsorganisation noch an Bedeutung hinzugewinnen wird. Es gibt selbstverständlich auch Grenzen: Viele Arbeiten lassen sich nicht sinnvoll für die Crowd zerlegen oder verlangen komplexere Formen von Koordination und Kooperation. Gleichzeitig entwickeln sich Computer weiter und können immer mehr Aufgaben übernehmen, die vorher lebendige Arbeitskraft erforderlich machten (ironischerweise oft mit Hilfe der Crowd; um etwa Bilderkennungssoftware zu verbessern, benötigt man Tausende von kategorisierten Beispielbildern, eine Aufgabe wie geschaffen für mTurk). Gleichzeitig wird der Prozess des internationalen Crowdsourcing immer wieder von rechtlichen Hürden wie Steuerrichtlinien (etwa bei mTurk) erschwert. Dennoch: Diese Form der digitalen Ausbeutung wird nicht so schnell von der Bildfläche verschwinden, zu gut passt sie zur Logik und zu den Anforderungen des digitalisierten Kapitalismus im 21. Jahrhundert.

DIGITALE SELBSTORGANISIERUNG

Crowdsourcing-Plattformen sind qua ihrer technischen Voraussetzungen geradezu

darauf angelegt, die digitalen ArbeiterInnen zu vereinzeln, diese sind räumlich getrennt und teilweise über Kontinente verstreut. All dies sind keine guten Bedingungen für Selbstorganisierung und Widerstand – und dennoch wehrt sich die Crowd. Die Ausbeutung über IT-Plattformen hat immer wieder zu Unzufriedenheit geführt, die sich unter anderem in einer Briefkampagne an Amazon-Chef Jeff Bezos äußerte. Mit dem Slogan »Wir sind keine Algorithmen, sondern Menschen« forderten digitale ArbeiterInnen mehr Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen. Immer wieder versuchen ArbeiterInnen – oft mit gewerkschaftlicher Unterstützung –, rechtliche Ansprüche und eine bessere Bezahlung durchzusetzen, und haben hier auch schon Erfolge erzielt. Ein wichtiger Startpunkt für die Herstellung kollektiver Handlungsmacht sind dabei Internetforen, auf denen sich ArbeiterInnen austauschen und Protest organisieren können.

Ein anderer Ansatzpunkt für taktische Interventionen ist die Technik. Während die Plattformen darauf ausgelegt sind, die ArbeiterInnen kontinuierlich zu bewerten und so unter Leistungs- und Konkurrenzdruck zu setzen, gibt es meist keine Möglichkeiten, die *requester* zu bewerten. Als aktivistische Technologie haben die InformatikerInnen Lilly C. Irani und M. Six Silberman deswegen den *Turkopticon* entwickelt. Dies ist eine Website und ein Browser-Plug-in, auf dem die digitalen ArbeiterInnen *requester* von mTurk entlang verschiedener Kriterien bewerten können. Damit können sie sich vor besonders niedrig bezahlten Aufträgen oder Firmen mit schlechter Zahlungsmoral warnen. Ein technisches Mittel wie *Turkopticon* unterstützt damit nicht nur Austausch, sondern weiterreichendes solidarisches und kollektives Handeln und wird somit zu einem Werkzeug im digitalen Klassenkampf. Wenn ein Unternehmen aufgrund vieler schlechter Bewertungen insbesondere von Crowdworkern mit mehr Erfahrung gemieden wird, kann dies bei der Auftragserledigung zu empfindlichen zeitlichen Verzögerungen führen. So werden auf den Crowdsourcing-Plattformen zumindest Vorformen digitaler Streiks möglich, was aufgrund der schlechten Ausgangsbedingungen ein beachtenswerter Erfolg ist.

Turkopticon hat weitere Projekte inspiriert. Ein Beispiel ist *FairCrowdworkWatch* von der IG Metall, das unter anderem die Möglichkeit bietet, verschiedene Plattformen zu bewerten (vgl. Benner 2015). Technische Mittel können also wichtige Ansatzpunkte für die Selbstorganisierung und punktuelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sein, grundlegende Veränderungen für die Crowdworker werden aber nur über eine politische Mobilisierung und Verbindung mit anderen Teilen des (digitalen) Prekariats zu gewinnen sein.

LITERATUR

Benner, Christiane, 2015: *Crowdwork – Zurück in die Zukunft? Perspektiven digitaler Arbeit*, Frankfurt/M

Marx, Karl, 1867/ 1962: *Das Kapital*, MEW 23, Berlin

Strube, Sebastian, 2015: *Die Entstehung des digitalen Prekariats*, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), *Standpunkte* 2/2015, Berlin

Williams, Evan Calder, 2013: Invisible Organization: Reading Romano Alquati, in: *Viewpoint Magazine* No. 3, http://viewpointmag.com/2013/09/26/invisible-organization-reading-romano-alquati/

1 Dieses und alle nachfolgenden Zitate stammen von ArbeiterInnen, die sich an der Kampagne »Wir sind keine Algorithmen!« beteiligt haben. Die Kampagne zeigte nicht nur Ansätze digitaler Selbstorganisierung, sondern erlaubt auch einen Blick auf die soziale Zusammensetzung und Selbstverständnis der Turker. Vgl. www.wearedynamo.org/dearjeffbezos.

RATIONALE DISKRIMINIERUNG

ODER: DIE AUSWEITUNG DER SOZIALEN KAMPFZONE DURCH LIFELOGGING

STEFAN SELKE

LIFELOGGING – ZUR RELEVANZ EINES BOOMS

Lifelogging, also die digitale Selbstvermessung und Lebensprotokollierung, spiegelt den Zeitgeist perfekt: Nach einer Studie von Yougov können sich 32 Prozent der BundesbürgerInnen vorstellen, gesundheitsbezogene Daten an Krankenversicherungen weiterzuleiten, um Vorteile zu erhalten. Jede/r fünfte Befragte zieht die digitale Vermessung der eigenen Kinder in Betracht.[1] Die Techniker Krankenkasse (TK) kommt gar zu der Einschätzung, dass ›Gesundheits-Apps‹ verlässlich zum eigenverantwortlichen Umgang mit Gesundheit beitragen.[2] Wer genauer hinhört, kann aber auch andere Stimmen vernehmen: Die meisten der Befragten in der Yougov-Studie haben ein Gespür für die Schattenseiten. 73 Prozent ahnen, dass bei einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes mit einer Beitragserhöhung zu rechnen ist. Und sogar 81 Prozent glauben, dass ihre Daten missbraucht werden. Diese Sorgen sind berechtigt: Die IT-Sicherheitsfirma Symantec untersuchte

Angebote zur Selbstvermessung und kam zum Ergebnis, dass der Datenschutz einer Vielzahl von Anbietern egal ist.[3] Selbst die TK räumt ein, dass es den meisten ›Gesundheits-Apps‹ noch an »Qualität« und »Nachhaltigkeit« mangele. Zudem weitet sich die Zone der Selbstvermessung immer mehr aus: Neben einfachem Gesundheitsmonitoring sind Sleeplogging, Moodlogging, Sexlogging, Worklogging und sogar Deathlogging möglich (Selke 2014). Digitale Selbstvermessung bringt zweifellos Chancen mit sich. Doch es gibt auch Pathologien und Risiken.

PATHOLOGIEN DER QUANTIFIZIERUNG

In einer »Always-on-Gesellschaft« (Henning 2015) verschieben sich Normen der Selbstbeobachtung hin zu permanenter Selbstüberwachung und zur Kontrolle zwischen Peer-to-peer-Bezugsgruppen. Daten wird dabei eine kaum hinterfragte Wertigkeit zugesprochen. Woher aber rührt diese Kennzahlengläubigkeit?

Die neue Lust an der Selbstverdatung korrespondiert mit dem Anwachsen von Komplexität und Kontingenz sowie der Angst vor Kontrollverlust. Daten haben dabei die Funktion von Deichen: Sie schützen vor dem jähen Einbruch des Unbekannten und Unvorhergesehenen. Hieraus resultiert als Strategie der Rückzug auf die Maßstabsebene des Beherrschbaren – und die wird vor allem mit dem eigenen Körper assoziiert. Die damit erzielte Umwandlung des Körpers zum Lifestyle-Produkt kann anhand des Konzepts des korporalen Kapitals nachvollzogen werden (Schröter 2009): Die Baustelle Körper erhält den Status eines Investitionsobjekts, das eigene Leben mutiert zu einem Projekt. Lebensprojekte folgen ökonomischen Logiken. Strategien wie Effizienzsteigerung und Selbstoptimierung pervertieren zum Dopingmittel, da das Leben unter modernen Wohlstandsbedingungen bedeutet, sich unter Wettbewerbsbedingungen selbst so zu konfigurieren, als wäre man eine Maschine, die optimal funktioniert. In der Selbstvermessungsszene finden sich in der Tat viele mechanistische Bilder eines in Einzelteile zerlegbaren Körpers, der bei Defekten (selbst) ›repariert‹ werden soll.

Durch die zunehmenden Vermessungsmöglichkeiten wird in den Vollzug des Lebens selbst eingegriffen: Überall müssen wir unser Leben ›unter Beweis‹ stellen. Wir sind ständig als ›Lebendbewerbung‹ unterwegs, wir müssen ›performen‹ und fühlen uns dabei beobachtet. Da inzwischen fast alles marktförmig organisiert ist, lernen wir, anhand von Kennwerten zu navigieren, anstatt uns auf Intuition oder andere Hinweise zu verlassen. Der Mythos der Objektivität von Zahlen nährt den fast alternativlosen Glauben an *scores* und *rankings*: Nur was sich messen lässt, kann auch verbessert werden – so der an Managementtheorien geschulte Common Sense.

STEFAN SELKE studierte Luft- und Raumfahrttechnik sowie Soziologie. An der Hochschule Furtwangen vertritt er zurzeit das Lehrgebiet »Gesellschaftlicher Wandel« und ist Inhaber der Forschungsprofessur »Transformative und Öffentliche Wissenschaft«. Seine Forschungsgebiete sind Armutsökonomie, Digitalisierung der Gesellschaft sowie öffentliche Soziologie.

Das Wissen um das eigene ›Ich‹ wird letztlich zur Pflichtübung. In allen nur denkbaren Bereichen des Lebens sind Nützlichkeitsüberlegungen, Kosten-Nutzen-Analysen und Effizienzberechnungen gegenwärtig. Leistung wird in allem gesucht, was quantifizierbar ist: »Joggen wird zur Leistung ebenso wie Sightseeing oder das verfügbare Repertoire an Sexpositionen.« (Distelhorst 2014) Berechenbarkeit gilt als idealtypischer Ausdruck leistungsgerechter Lebensführung. Dadurch senkt sich außerdem der »Boden der sozialen Respektabilität« immer weiter ab, indem ganze Bevölkerungsgruppen durch Prekarität (das heißt konkret: Vereinzelung und Verunsicherung) stigmatisiert und exkludiert werden.

DAS PRINZIP RATIONALER DISKRIMINIERUNG

Die Zunahme von Verunsicherungsphänomenen legitimiert ein horizontales Kontrollregime, das auf der Abweichung von Sollwerten basiert und eine Normalgesellschaft installiert. Daten dienen dazu, vorhandene soziale Erwartungen zu ›übersetzen‹. Der Eingriff in den Vollzug des Lebens resultiert daraus, dass Daten nicht allein der Beschreibung von Sachverhalten dienen. Messung funktioniert vielmehr erst durch soziale Kontextualisierungen der Daten. Durch Kontextualisierungen werden aus deskriptiven Daten normative Daten. Normative Daten ›übersetzen‹ soziale Erwartungen an ›richtiges‹ Verhalten, ›richtiges‹ Aussehen, ›richtige Leistung‹ usw. in Kennzahlen und fordern damit ein bestimmtes sozial erwünschtes Verhalten ein.

Diese übersetzten Erwartungen erzeugen schleichend ein neues Organisationsprinzip des Sozialen. Durch die Allgegenwart von Vermessungsmethoden kommt es zu ständiger Fehlersuche, sinkender Fehlertoleranz und gesteigerter Abweichungssensibilität. Menschen werden zunehmend über die (negative) Abweichung von Idealen und Idealwerten wahrgenommen. Große Bereiche des Lebens, die sich nur in qualitativen Dimensionen abbilden lassen und zugleich die Grundlage für positive soziale Wahrnehmungen sein könnten, geraten in den Hintergrund. Menschen werden insgesamt zu numerischen Objekten degradiert.

Das führt zum Phänomen rationaler Diskriminierung. Unter diesem Begriff wird ein negativ konnotiertes soziales Organisationsprinzip verstanden, das aus der Verbreitung und Verbreiterung von Selbstvermessungspraktiken resultiert. Der erste Begriffsanteil betont die Methode, der zweite die Folgen. Rational heißt diese Form der Diskriminierung, weil sie davon ausgeht, dass prinzipiell alles messbar und somit erklärbar ist. Dabei werden aus Selbstexperimenten vermeintlich objektive Daten mithilfe transparenter Messverfahren abgeleitet, wobei vordergründig keine irrationalen Abwertungsmotive handlungsleitend sind, sondern ›bloß‹ der Wunsch nach Dokumentation. Es handelt sich gleichwohl um eine Form der Diskriminierung, die sich typologisch zwischen sozialer und statistischer Diskriminierung einordnen lässt. Unter sozialer Diskriminierung wird meist die kategorische Ablehnung oder Benachteiligung von Personen aufgrund von (tatsächlichen oder zugeschriebenen) gruppenspezifischen Merkmalen (z.B. Ethnie, Geschlecht, Alter) sowie politischer, religiöser oder sexueller Orientierung verstanden. Der



Hubots (Human Robots) an der Ladestation. Filmstill aus der schwedischen TV-Serie »Real Humans«, © arte

Diskriminierungsaspekt kann von sprachlichen und symbolischen Abwertungen über sozialräumliche Exklusion bis hin zu manifester Gewalt reichen. Unter statistischer Diskriminierung wird die pauschale Be- und Verurteilung von Personen aufgrund wahrscheinlichkeitstheoretischer Ansätze verstanden. Der Diskriminierungsaspekt liegt darin begründet, dass individuelle Ausprägungen, also zum Beispiel die tatsächliche Arbeitsleistung oder die tatsächliche Kaufkraft, für zahlreiche Entscheidungen (Einstellung in einem Unternehmen, Kreditvergabe, Strafverfolgung etc.) keine Rolle mehr spielen. Statistische Diskriminierung verstößt gegen Gleichbehandlungspflichten in den Bereichen Versicherungsschutz, Arbeitsmarkt oder Altersversorgung (vgl. Richter 2011).

Das Phänomen der rationalen Diskriminierung kann zwischen statistischer und sozialer Diskriminierung verortet werden, weil einerseits Einzelwerte mit Gruppen-, Mittel- oder Idealwerten abgeglichen werden, anderseits Vorabdefinitionen des Normalen festgelegt werden. Selbstvermessung basiert auf Meta-Annahmen zur Normalität, zu der damit verbundenen Scheinnormalität sowie dem daraus resultierenden Konformitätsdruck. Um nur drei Beispiele zu nennen: Rationale Diskriminierung findet immer dann am Arbeitsplatz statt, wenn etwa im betrieblichen Gesundheitsmanagement einzelne

MitarbeiterInnen unter Druck gesetzt werden, weil durch deren normabweichendes Verhalten der *health score* der gesamten Belegschaft schlechter ausfällt. Aus diesem kollektiven *health score*, der von Firmen wie dacadoo aus individuellen Werten errechnet wird, ergibt sich inzwischen der Versicherungsbeitrag für die Betriebskrankenkasse. Rationale Diskriminierung findet außerdem dann statt, wenn Leistungen (z.B. von Versicherungen und Krankenkassen) zunehmend auf der Basis des Risikoäquivalenzprinzips vergeben werden, also nur in Abhängigkeit von zuvor berechneten Wahrscheinlichkeiten oder nachweisbaren präventiven Aktivitäten. Rationale Diskriminierung findet schließlich auch im Rahmen technischer Assistenzsysteme statt, die immer häufiger im Bereich der Pflege älterer Menschen eingesetzt werden. Durch diese wird Verantwortung für Fürsorge zunehmend in technische Systeme verlagert. Wo früher Menschen für Menschen Entscheidungen getroffen haben, tun dies heute Sensoren.

FOLGEN RATIONALER DISKRIMINIERUNG

Die Folge ist eine ›digitale Klassengesellschaft‹, deren gesellschaftliche Konflikte vorgezeichnet sind. Lifelogging kann hierbei als eine »disruptive Technologie« (Coupette 2014) verstanden werden, die in sehr kurzer Zeit massiv in das Wertegefüge unserer Kultur eingreift. Dieser Eingriff erzeugt neue strukturelle Bedingungen für soziale Abwertungen, die sich zusehends in vielfältigen Praxisfeldern institutionalisieren.

Die expressive Normativität der Daten mündet schließlich im Zerfall des (noch vorhandenen) Solidaritätsgefüges. Rationale Diskriminierung basiert zwar auf vermeintlich objektiven und rationalen Messverfahren. Dennoch werden mit den Vermessungsmethoden digitale VersagerInnen und GewinnerInnen produziert – und zwar nicht zuletzt, weil diesen irrationales Verhalten unterstellt wird. So trennen sich LeistungsträgerInnen von LeistungsverweigererInnen, KosteneinsparerInnen nehmen Abstand von KostenverursacherInnen, Health-on-Menschen (Gesunde) fühlen sich Health-off-Menschen (Kranken) überlegen. Oder allgemein: Nützliche stehen den Entbehrlichen gegenüber. Vor allem kommt es zu einer Renaissance vormoderner Anrufungen von Schuld im modernen Gewand der Rede von Eigenverantwortung. Lifelogging kann vor diesem Hintergrund auch als *shame punishment* verstanden werden. Das funktioniert gerade dann, wenn sich die Diskriminierung hinter den Fassaden von spielerischen Wettbewerben oder Belohnungssystemen verbirgt.

SELBSTVERMESSUNG ALS BÜRGERPFLICHT?

Dieser doppelte Prozess der Normierung (Standardisierung) und Normalisierung (Kontrolle) verengt die Zone des Normalen und Menschlichen und läuft Gefahr, eine »vollkommen disziplinierte Sozialstruktur« (Mills 1963) auf der Basis rationaler Konsistenz zu erzeugen. Werden wir also Teil einer funktionell rationalen Totalität, indem wir uns selbst zunehmend rationalisieren? Macht uns das vielleicht sogar glücklicher und zufriedener?

Wohl kaum. Denn rationale Diskriminierung verändert schleichend die Behandlung von Menschen und erzeugt dort Gerechtigkeitsprobleme, wo es um existenzielle Entscheidungen geht. Wenn aus Menschen

Zahlenkörper werden, weil Daten soziale Erwartungen übersetzen, kann mit Menschen viel rücksichtsloser und gleichgültiger verfahren werden. Verschwinden die persönlichen Umrisse durch die Quantifizierung, bedeutet dies auf lange Sicht die Ausschaltung der differenzierten Persönlichkeit und die Etablierung eines eindimensionalen Menschenbildes. Und aus dieser Entpersönlichung resultiert letztlich eine Verdinglichung des Sozialen und die Kommodifizierung des Menschen: Die Frage nach dem »richtigen Maß des Lebens« verschiebt sich immer weiter hin zur Frage nach dem »Wert des Menschen«.

Hieraus ergibt sich eine generalisierte Ideologie der Ungleichwertigkeit. Rationale Diskriminierung ist die Grundlage für die Konstruktion neuer sozialer Kategorien und die Etablierung neuer sozialer Sortierungen, die Abweichungen, Verdächtigungen, Risiken, Defizite und vor allem Kostenfaktoren in den Mittelpunkt stellen. Rationale Diskriminierung kann in Zukunft sogar zu einem legitimen Element der Strafverfolgung mutieren. Am Ende dieser Entwicklung stünde dann die Notwendigkeit zur Umkehr der Beweislast. Die Default-Situation wäre dann die ›Verdächtigung‹. Der Mensch würde also primär als Risiko, als Fehler, als Störfall angesehen. Erst ausgehend davon müsste dann die eigene Nützlichkeit, Ungefährlichkeit, Passung etc. nachgewiesen werden.

Wir sind nicht mehr weit von diesem Szenario entfernt. Bereits jetzt werden Daten zunehmend als fiktive Autoritäten anerkannt. Der Protagonistin des Romans *Limit* legt der Erzähler (Frank Schätzing) folgende Worte in den Mund: »Das Ende der Kontrolle ist das Ende der Existenz.« Gut, dass dem noch nicht so ist. Noch ist Zeit, dieser Sichtweise durch Aufklärung die Notwendigkeit von Zonen der Intransparenz als Signatur des Menschlichen entgegenzusetzen.

Dieser Beitrag geht zurück auf einen Vortrag auf der Jahrestagung des Deutschen Ethikrats am 21. Mai 2015 in Berlin mit dem Titel »Die Vermessung des Menschen – Big Data und Gesundheit«.

LITERATUR

Coupette, Jan, 2014: Digitale Disruption erfordert Bewegung – das Internet of Everything, in: *Wirtschaftsinformatik & Management* 2, 20–29

Distelhorst, Lars, 2014: *Leistung. Das Endstadium einer Ideologie*, Bielefeld

Gertenbach, Lars und Sarah Mönkeberg, 2015: Lifelogging und vitaler Normalismus. Kultursoziologische Betrachtungen zur Neukonfiguration von Körper und Selbst, in: Stefan Selke (Hg.), *Lifelogging. Digitale Selbstvermessung zwischen disruptiven Technologien und kulturellem Wandel*, Wiesbaden, i.E.

Henning, Markus, 2015: Sicherheit im Always-On, Vortrag auf dem Tag der IT-Sicherheit in Karlsruhe, 19.5.2015, www.tag-der-it-sicherheit.de/cms/programm/vortraege/tditsi_150519_Sicherheit%20im%20Always%20on_Markus%20Hennig.pdf.

Mills, Wright C., 1963: *Kritik der soziologischen Denkweise*, Neuwied am Rhein

Richter, Tobias, 2011: *Gleichbehandlungspflichten in der Privatversicherung. Schutz vor personenbezogener statistischer Diskriminierung im Privatrecht*, Baden-Baden

Schröter, Klaus, 2009: Korporales Kapital und korporale Performanzen in der Lebensphase Alter, in: Herbert Willems (Hg.), *Theatralisierung der Gesellschaft*, Wiesbaden, 163–181

Selke, Stefan, 2015: *Die Vermessung des Menschen – Big Data und Gesundheit*, www.ethikrat.org/dateien/pdf/infobrief-02-15.pdf

Ders., 2014: *Lifelogging. Wie die digitale Selbstvermessung unsere Gesellschaft verändert*, Berlin

Stark, Christopher, 2014: *Neoliberalyse. Über die Ökonomisierung unseres Alltags*, Wien

---

1 Vgl. https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/r/19/Studienflyer_Quantified_Health.pdf.

2 Vgl. www.tk.de/tk/pressemitteilungen/politik/724460.

3 Vgl. www.symantec.com/content/en/us/enterprise/media/security_response/whitepapers/how-safe-is-your-quantified-self.pdf.

DIE »KALIFORNISCHE IDEOLOGIE« UND DIE LINKE

NINA SCHOLZ

Der Spiegel fragte neulich in einem Leitartikel seine Leser: »Das Morgen-Land: Im Silicon Valley formt sich eine neue Elite, die nicht nur bestimmen will, was wir konsumieren, sondern wie wir leben. Sie will die Welt verändern und keine Vorschriften akzeptieren. Müssen wir sie stoppen?« Auch das Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* haben schon früh vor einer Netzeuphorie gewarnt und sich kritisch mit der *sharing economy*, einem wichtigen Phänomen der »kalifornischen Ideologie« befasst.[1] In der deutschen Linken dagegen scheint das Thema verspätet und auch noch nicht in seiner ganzen Reichweite angekommen zu sein. Erst durch die Enthüllungen Edward Snowdens zur NSA sind mehr Menschen aufgewacht und haben sich mit den Möglichkeiten digitaler Überwachung beschäftigt. Bis dato zogen es großen Teile der Linken eher vor, technische Entwicklungen einfach zu ignorieren, und verweigerten damit die notwendige Auseinandersetzung mit den

gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen, die damit verbunden sind. Woran mag das liegen?

Der Begriff »kalifornische Ideologie« feiert dieses Jahr seinen 20. Geburtstag. Die Medientheoretiker Richard Barbrook and Andy Cameron kritisierten 1995 in ihrem Aufsatz *The Californian Ideology* die »Verschmelzung der kulturellen Boheme aus San Francisco« mit den »Hightech-Industrien des Silicon Valley« zu einem radikalen »Dot.com-Neoliberalismus«. Im Fokus ihrer Kritik stand das ambivalente Freiheitsversprechen dieser Bewegung. Der Text erschien während des ersten digitalen Booms in der Bay Area, wo das Silicon Valley liegt. Die Firmen, die wir inzwischen damit assoziieren, steckten damals noch in den Kinderschuhen, so es sie überhaupt schon gab. Was bis heute unverändert ist, ist ein grundlegender Technikdeterminismus, der Glaube daran, dass die Apps, Programme und Gadgets, die diese Firmen verkaufen, die Welt quasi von allein besser machen (vgl. Morozov in diesem Heft). Diese Überzeugung wurde auch nicht erschüttert, als Ende des 20. Jahrhunderts die Dot.Com-Blase platzte.

Die Gründer und CEOs aus dem Silicon Valley sowie ihre Propagandisten wollen nichts weniger, als die Welt zu verändern, und sehen sich als Speerspitze einer solchen Bewegung. So kündigt etwa Rachel Botsman in ihrem viel beachteten Buch *What's Mine is Yours* das Ende aller gesellschaftlichen Probleme an. Die ehemalige Managerin und Unternehmensberaterin hat es sich Aufgabe gemacht, die Idee des *collaborative consumption* (gemeinschaftlicher Konsum) in die Welt zu tragen. Der bekannte Io-Programmierer Steve Dekorte hat den Rechtsstreit, den Uber in den USA führt, bereits mit der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung verglichen. In einem Tweet schrieb er: »Ja, Uber hat das Gesetz missachtet. Genau das Gleiche hat auch [die afroamerikanische Bürgerrechtlerin] Rosa Parks getan.« Einen ähnlichen Ton schlägt Brian Chesky, Mitgründer und CEO von Airbnb, an. Im Februar 2015 twitterte er: »Gandhi ist während seines Salzmarschs in Häusern untergekommen. Glücklicherweise gab es damals keine Regierung, die einen Mindestaufenthalt von 30 Tagen festgelegt hatte.« Chesky bezog sich auf eine neue Regelung in New York, die bezweckt, die Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen einzudämmen. Als Vergleiche müssen mindestens Ikonen des politischen Widerstands herhalten, darunter machen es kalifornische Ideologen nicht.

NINA SCHOLZ arbeitet als freie Journalistin zu digitalem Wandel und Popkultur. Sie schreibt für das *Missy Magazin*, *Freitag*, *taz* und *ak* und gibt das *HATE Magazin* heraus. 2014 erschien von ihr *Nerds, Geeks und Piraten. Digital Natives in Kultur und Politik*.

Es ist wichtig zu wissen, dass die »kalifornische Ideologie« ein Erbe der US-amerikanischen Hippie-Bewegung ist, die genau wie Teile der antiautoritären deutschen Linken in den 1960er und 1970er Jahren das konventionelle Leben ihrer Eltern verteufelte. Der damals prägende Wunsch nach Selbstverwirklichung ist heute nicht nur Bestandteil linker Gegenentwürfe, sondern ist weit in den neoliberalen Mainstream eingewandert.

Die Hippies hatten schon damals nur wenig mit linker Praxis zu tun. Nach den Protesten gegen den Vietnamkrieg spaltete sich die damalige Gegenkultur in den USA in zwei maßgebliche Strömungen. Die eine war die *New Left*, die der neuen Linken in der Bundesrepublik ähnelte, die andere waren die Hippies, die sich nicht nur von der Politik abwandten, sondern glaubten, eben diese sei die Ursache allen Übels. Sie zogen sich in Kommunen zurück und dachten, die Welt zu verändern, indem sie ›eins‹ mit ihr wurden. Verkürzt gesprochen war ihr erstes Mittel der Wahl das LSD, das zweite der Computer. Im Gegensatz zur *New Left*, die technologische Entwicklungen in erster Linie als Machtinstrumente des Staats betrachteten und diesen skeptisch gegenüberstanden, glaubten die Hippies, darin ihr Mittel zur Heilung der Menschheit gefunden zu haben.

Fred Turner, Professor an der Stanford University, hat in seinem Buch *From Counterculture to Cyberculture* die Verbindung zwischen Hippiekultur und dem Aufkommen der Arbeits- und Lebenskulturen der New Economy eindrücklich dargestellt. In einem Interview sagte er: »Der Traum der ›New Communalists‹ war es, eine Welt zu schaffen, die das Gegenstück zur industriellen, bürokratischen Welt der fünfziger und sechziger Jahre ist. Leben und Arbeit waren damals getrennt, man ging einer Arbeit nach, mit der man sich in aller Regel nicht identifizieren konnte. Man verlieh seinen Körper an eine Firma und fühlte sich fremdbestimmt, wie eine Maschine. Im Kommuneleben sollten Körper und Geist, Leben und Arbeit, Familienleben und Produktionsstätte eine Einheit bilden. Der Kapitalismus, in dem wir heute leben und nicht mehr formell gekleidet zur Arbeit gehen, in dem die Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit immer fließender werden, ist ein Erbe dieser Kommunenträume. Das ist einerseits sehr befreiend, aber andererseits sperrt es uns auch ein, weil die Arbeit nie endet.«[2]

Ein gegenwärtiges Beispiel für diese angestrebte Revolutionierung der Arbeits- und Dienstsleitungswelt ist Uber, ein fast schon klassisches Start-up aus dem Silicon Valley, das inzwischen nicht nur in US-amerikanischen Städten mit Hilfe einer App zwischen privaten Fahrern und potenziellen Fahrgästen vermittelt. Warum Uber für Anbieter und Nutzer so attraktiv ist, liegt auf der Hand. Die Fahrer verfügen über ein Auto, haben aber vielleicht gerade keinen festen Job. Vielleicht wollen sie weder in einem Büro noch langfristig als Taxifahrer arbeiten. Uber bietet ihnen eine willkommene Einkommensquelle. Uber-Fahrer sind oft jung und *up to date*. Inzwischen lässt sich sogar die eigene Spotify-Playlist in Uber-Wagen abspielen. Es gibt aber auch Vorteile für die Nutzer: Weil Uber an keine fixen Tarife gebunden ist, sind die Fahrten oft günstiger als die mit einem Taxi oder vergleichbaren Transportmöglichkeiten. Auf den ersten Blick scheint es so, wie die Fürsprecher der »kalifornischen Ideologie« sagen: Das Leben wird irgendwie einfacher und entspannter.

Schaut man genauer hin, sieht die Sache etwas anders aus: In einer Gesellschaft, in der sich eine solche *sharing economy* zum dominanten Modell entwickelt, existiert keine Trennung mehr zwischen Freizeit und Arbeit. Jeder ist sein eigener Unternehmer. Kündigungsschutz, Elternzeit, Krankentage und so etwas wie Feier-

abend sind überflüssige Relikte vergangener Zeiten. Schlechte Laune wird es nicht mehr geben, denn die kann sich keiner leisten – in der *sharing economy* sind alle von den guten Bewertungen ihrer Kunden abhängig.

Vielleicht liegt die mangelnde Auseinandersetzung der hiesigen Linken mit der »kalifornischen Ideologie« auch daran, wie in Deutschland diese Debatte insgesamt geführt wird. Da der Technikoptimismus der Kalifornier so unschuldig und fortschrittlich daherkommt, steht jede Kritik daran unter dem Verdacht, konservativ zu sein. Selbst unter Linken. Und als reaktionär möchte man natürlich auf keinen Fall gelten. Als Google Mitte August ankündigte, dass der Teil ihrer Firma, der sich mit Visionen beschäftigt, fortan Alphabet heißen würde, nahm der Presseclub sich des Themas an. Es wurde gefragt: »Wie gefährlich ist Googles Weg zur Weltmacht?« Antworten sollten vier ExpertInnen, die sich seit Jahren mit den Folgen des technischen Fortschritts für die Gesellschaft auseinandersetzen. Eingeladen waren der freie Journalist Philip Banse, Miriam Meckel von der *Wirtschaftswoche*, der Blogger Mario Sixtus (»elektrischer Reporter«) und die Ex-Piratenchefin Marina Weisband. Die Art und Weise, wie die Diskussion geführt wurde, war symptomatisch, sie lies kaum Grautöne zu. Ein Bekenntnis zu technischen Innovationen wurde mit dem Gutheißen von Googles Unternehmenspolitik gleichgesetzt. Umgekehrt galt das Gleiche.



Bislang nur im Fernsehen real: Hubots können übers Internet bestellt werden, als Haushaltshilfe, Fitnesstrainerin oder Lieberhaber. »Real Humans«, © arte

Dies ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie sehr das Mantra der »kalifornischen Ideologie« auch hierzulande verinnerlicht wurde: Der technische und gesellschaftliche Fortschritt scheint an die Entwicklungen aus dem Silicon Valley und ähnlicher Ideengeber geknüpft. Wer sich verweigert, verweigere den Fortschritt – so der Tenor dieser Debatte, die auch für die Linke eine große Herausforderung darstellt.

Am Beispiel der Ausgründung von Alphabet hätte man exemplarisch nachweisen können, dass hier zwar visionäre Tools erdacht werden, die mit gesellschaftlichem Fortschritt aber nichts zu tun haben. Mit der Suchmaschine und der Online-Werbung verdient Google das Geld, das dann in Forschung und Entwicklung jener Geräte und Tools gesteckt wird, die das ganzheitliche Leben und die Utopie der Verschmelzung von Mensch und Maschine verwirklichen sollen. Das selbststeuernde Google-Auto und die Google-Brille sind nur der Anfang, am Ende steht der gläserne Mensch. Die Firmen des Silicon Valley, allen voran Google, verfolgen ein ehrgeiziges Projekt, dessen Erfolg heute fast zwangsläufig erscheint. Google ist bei Weitem nicht einfach nur ein Unternehmen, das eine Suchmaschine für das Internet gebaut hat und Werbung verkauft. Google hat eine Mission, die man ob der bunten Oberfläche leicht vergessen kann. Das kann man auch gut an Googles interner Arbeitskultur erkennen, die schön bunt und so gar nicht grau ist, fast wie eine perfekte Verwirklichung der Hippieträume aus den 1960er Jahren aussieht. Bei Google macht das Arbeiten Spaß. Keiner muss am Schreibtisch sitzen, es gibt hier für alle MitarbeiterInnen das leckerste Essen des Silicon Valley gratis. Einmal im Jahr werden die Angestellten sogar zum *Burning Man Festival* ausgeflogen. Bei Google hört das Arbeiten allerdings auch nie auf. Das Online-Magazin *karriere.de* schreibt: »Man arbeitet hart bei Google, viele bleiben zehn oder zwölf Stunden in ihren Büros. Doch auch wenn die Arbeitstage oft extrem lang sind, haben die meisten Googler nicht das Gefühl, dass sie hart arbeiten. Mich erinnert das ein bisschen an die Zeit, die man in einem Spielcasino verbringt: Die Drinks sind umsonst, es gibt keine Uhren, und man merkt gar nicht, wie die Zeit vergeht.«[3] Der Ursprung dieser Mission liegt in den Träumen der Hippies, am Ende wartet der Hyperkapitalismus.

Die Linke sollte sich fragen, was das Projekt der »kalifornischen Ideologie« so ausstrahlungskräftig macht, dass sie ihre Versprechungen nicht einlösen muss, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren. In den 1990er Jahren hatte das Magazin *Wired* – bis heute das Zentralorgan der »kalifornischen Ideologie« zum Beispiel den »long boom« angekündigt. Jahrzehntelange Prosperität stünden uns bevor, und die Lösung der Umweltprobleme dazu. Dieser grenzenlose Optimismus ließ sich auch durch Ereignisse wie das Platzen der Spekulationsblase Anfang der 2000er Jahre nicht zerstören, er gebar einfach neue radikalliberale Theorien. So schrieb der ehemalige *Wired*-Chefredakteur Chris Anderson in seinem Buch *The Long Tail*, dass mit der massenhaften Verbreitung von Kleinstunternehmern, die sich mit Hilfe des Internets vernetzten, zwangsläufig eine Demokratisierung des Markts einhergehen würde. Doch bis heute dominieren ausschließlich große Konzerne das Geschehen. Und selbst im Herzen der Bestie, in den Vorstandsetagen von Silicon Valley, ist von einer Erfüllung dieser

Versprechungen nichts zu merken. Auch dort hat keine Demokratisierung stattgefunden. Auch wenn die Unternehmenskultur von Silicon Valley offen, demokratisch und unhierarchisch wirkt, sprechen die Zahlen eine andere Sprache. Während in den Vorstandsetagen US-amerikanischer Firmen die Frauenquote bei 53 Prozent liegt, stagniert der weibliche Anteil in den Technikkonzernen seit Jahren bei um die 25 Prozent. Und Afroamerikaner machen in den Führungsetagen der Top-Unternehmen in diesem Bereich gerade mal ein Prozent aus. Eine Unternehmenskultur, die an Vielfalt interessiert ist, sieht definitiv anders aus.

Beispiele für die Ausstrahlungskraft der »kalifornischen Ideologie« sind zahlreich, auf die wichtige Frage, warum es aufseiten der Linken kein ähnlich visionäres Projekt gibt, warum diese immer noch an Rechtfertigungen für den gescheiterten, real existierenden Sozialismus knabbert, gibt all das keine Antwort.

Hierzulande wird das Thema derzeit vom akademischen Akzelerationismus besetzt, einer neuen Philosophie, nach der der Kapitalismus mit seinen eigenen (technischen) Mitteln geschlagen werden kann. Der Akzelerationismus sieht derzeit jedoch mehr nach einer Mode linker Galeriebesucher aus als nach einem visionären Projekt für die Linke, weil er letztlich schwammig bleibt und, ähnlich der »kalifornischen Ideologie«, im Grunde technikdeterministisch argumentiert. Trotzdem hat ihr Vordenker Armen Avanessian Recht, wenn er wie neulich in *der tageszeitung* schreibt: »Die Linke muss endlich ihren technologischen Analphabetismus überwinden.« Das ist ein Satz, der sitzt und irgendwie richtig klingt. Der sogenannte »Beschleunigungsphilosoph« erklärte weiter: »Das Problem ist, dass die Linke, auch die linke Theorie, nicht mehr hegemonial ist, dass sie nicht mehr die entscheidenden Stichworte liefert und ihre Überzeugungskraft verloren hat. Sie hat den Anschluss an die modernen Technologien verpasst. Es gelingt ihr nicht, den technologischen Fortschritt aus der Zwangsjacke des Kapitalismus zu befreien. Rückzug und Entschleunigung sind keine Lösungen.«

In eine ähnliche Richtung argumentiert auch der spanische Soziologie-Professor César Rendueles. In seinem soeben im Suhrkamp-Verlag auf Deutsch erschienen Essay *Soziophobie* versucht er sich an einer Art europäischer Kritik am Technikdeterminismus und bietet einen dritten Weg an: das Sich-umeinander-kümmern, das »Caren«. Ob das ein produktiver Ansatz ist, bleibt zu diskutieren.

Für zukunftsweise Ansätze auf diesem Feld lohnt außerdem ein Blick in die USA, wo am 13. und 14. November in New York an der New School die Konferenz *Platform Cooperatism* stattfand. Das Konzept selbt stammt von Trebor Scholz, der damit versucht, der *sharing economy* ein umsetzbares, solidarisches und ausstrahlungskräftiges Alternativmodell entgegenzusetzen. Es fußt auf kooperativer Arbeit statt rechtloser Selbstausbeutung. Diese vorsichtigen Ansätze zeigen, dass Alternativen möglich sind und auch dringend gedacht und umgesetzt werden müssen, wenn wir nicht alle eines Tages in Googles Albtraum aufwachen wollen.

---

1 Vgl. z.B. www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/shareconomy-der-terror-des-teilens-12722202.html.
2 Vgl. http://jungle-world.com/artikel/2013/27/48002.html.
3 Vgl. www.karriere.de/karriere/arbeiten-bei-google-nicht-jeder-job-ist-ein-traumjob-8079/.

»ALLES WAS DU BRAUCHST, IST EIN SMARTPHONE«

MIGRATION UND DIE MOBILE COMMONS

VASSILIS S. TSIANOS

MigrantInnen, soviel wissen wir mittlerweile, sind medial gut vernetzt: Handys und Social Media gehören ebenso zur Erfahrung der ›Balkanroute‹ wie Grenzzäune und Robocops. Mediale Konnektivität ist, auch unter asymmetrischen Machtbedingungen, nicht nur potenziell mobilitätssichernd, sondern lebensrettend. In diesen umkämpften transnationalen Räumen stellen diese *mobile commons* eine wichtige Ressource für MigrantInnen dar.

GUANTANAMO ITALIA

Eine Gruppe von jungen TunesierInnen, die Anfang März 2011 in Lampedusa angekommen und dort in einem Lager inhaftiert worden waren, um anschließend über Turin nach Tunesien abgeschoben zu werden, trat in den bedingungslosen Hungerstreik, als einige erfuhren, dass die Haft im Abschiebegefängnis in Turin bis zu sechs Monaten dauern sollte. Die Streikenden forderten ihre bedingungslose Freilassung. Öffentlich wurde dies erst, als einer unter ihnen alle Namen der Insassen

einsammelte und sie vom Handy aus einem Freund in Zarzis (Tunesien) schickte, der wiederum eine Facebook-Seite mit dem Namen »Guantanamo Italia« eröffnete und dort ein Video in Arabisch, Französisch und Italienisch hochlud, das die Namen aller in Turin in der Via Santa Maria Mazzarello Inhaftierten zu einem Song abspielt.[1] Auf diese Weise, also über transnationale soziale Medien, gelangten die Informationen über den Hungerstreik und die Bedingungen der Abschiebehaft an globale Mainstream-Medien wie *Al Jazeera* und *France 24*. Auf der Seite »Guantanamo Italia« werden weiterhin Videos und News geposted: Zum Beispiel geht es um die Proteste von Familienangehörigen ertrunkener MigrantInnen aus Zarzis. Auf dem Weg nach Italien war ein Fischerboot mit 120 MigrantInnen an Bord mit der Korvette »Liberté 302« der tunesischen Marine kollidiert. 35 Menschen ertranken. Die protestierenden Familien fordern für die Opfer wie für die Inhaftierten der Via Santa Maria Mazzarello Gerechtigkeit.

»Ob ich Facebook benutze, um mit meiner Familie in Kontakt zu bleiben? Alles was du brauchst, ist ein Smartphone. Zuhause, da haben sie nichts als Smartphones. Manchmal pingt man sie einfach nur an, damit sie von deiner letzten Vorwahl sehen können, wo du bist und dass du einen Schritt weitergekommen bist.

Auf Facebook hab ich kürzlich ein paar Freunde wiedergefunden, die ich vor Jahren aus den Augen verloren hatte – die leben jetzt in Paris. Letztes Jahr, nach dem Pagani-Camp, wollte ich zusammen mit einem Freund weiter nach Deutschland. Wir reisten durch Mazedonien und Serbien bis Ungarn, wo sich unsere Wege trennten. Wir hatten alles vorbereitet, wir hatten jeden Teil der Route als Kopie von Google Earth dabei, ausgedruckt in Internet-Cafés. Und wir haben das GPS auf unseren Smartphones benutzt. Mein Freund nahm einen Zug nach Deutschland, aber er schlief ein und musste in Wien aussteigen, wo sie ihn dann geschnappt haben. Ich wurde in Ungarn verhaftet und sechs Wochen lang in ein Lager eingesperrt. Sie drohten mir, dass ich jahrelang dort einsitzen würde, wenn ich das Land nicht freiwillig verlassen würde. Also entschied ich mich, nach Griechenland zurückzukehren. In Serbien nahm mir die Polizei dann all mein Geld und mein Smartphone ab, und ich wurde zusammen mit vielen anderen in einen Keller gebracht. So etwas hatte ich in Griechenland nie erlebt. Als ich dann endlich in Mazedonien ankam, fragte mich die Polizei, ob ich auf dem Weg nach Serbien oder Griechenland war. Sie zeigten mir den Weg und gaben mir sogar ein paar Münzen für einen Telefonanruf. Ich hatte schon mit einem Freund telefoniert, der durch Evros nach Athen gekommen war und jetzt dort lebt. Er erzählte mir, dass es in Evros tatsächlich sehr billig ist, nur 400 Dollar. Das hängt mit Sicherheit mit der Frage von Fingerabdrücken zusammen. Wenn du versuchst, es über die

VASSILIS S. TSIANOS lehrt an der Fachhochschule Kiel. Im Rahmen des EU-Forschungsprojekts MIG@NET hat er gemeinsam mit anderen die Rolle digitaler Vernetzung unter MigrantInnen untersucht. Er gehört zu den Gründern von Kanak Attak, ist Mitglied des »Rates für Migration« und Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



© Nicolas Heinzelmannn, http://nicolasheinzelmann.com

Inseln zu schaffen, dann ist es viel schwieriger, nicht deine Fingerabdrücke abgeben zu müssen. Deswegen ist es auch teurer. In Evros kommt man durch, ohne viel Geld und ohne Fingerabdrücke.« (Interview mit Sapik, Lesbos, 7.9.2012; Übers. d. Red.)

Man kann Dutzende solcher Darstellungen sammeln, um ein reichhaltiges und differenziertes Bild der multimedialen ›digitalen Umgebung‹ von grenzüberquerenden AkteurInnen zu zeichnen. Allerdings läuft man Gefahr, mit diesem Bild nur die reaktive Seite des Agierens transnationaler MigrantInnen zu erfassen, wenn man sich nämlich damit zufriedengibt, nur etwas über das Entkommen aus den Kellern zu erfahren und nichts über die spezifische Verortung dieser Keller und ihrer Beziehungen zu Kontroll- und Überwachungstechnologien.

Auch in den Debatten internationaler Migrationsforschung avancierte der *connected migrant* (Diminescu 2008) mittlerweile zu einer prominenten und vielfach diskutierten Figur. Mein Interesse hier liegt jedoch nicht auf einer sogenannten *digital diaspora* als Ort des Konsums transnationaler Lebenswelten und Identitäten und auch nicht einfach auf dem Aspekt der Mediennutzung beziehungsweise der »medialen Umgebungen« (Hepp 2009). Denn die Annahme einer relativ machtneutralen digitalen Migrationsumgebung geht einher mit einer weit verbreiteten Medieneuphorie, welche die machtvollen Verwerfungen an der

Schnittstelle von Informations- und Kommunikationstechnologien und die Gewalt ihrer Territorialisierungen übersieht. Ich versuche, einen anderen Weg einzuschlagen, indem ich mit der vorgeschlagenen Methode einer »net(h)nografischen Grenzregimeanalyse« Prozesse der Herstellung von Konnektivität und Kollektivität im Zuge des *bordercrossing* untersuche.[2] Beim *bordercrossing* handelt es sich um Taktiken und Strategien der grenzüberschreitenden Mobilität transnationaler, undokumentierter MigrantInnen. Grenzen erweisen sich in diesem Zusammenhang nicht mehr als fixe geografische Demarkationslinien, sondern als Aushandlungsfelder und umkämpfte *border zones* (vgl. Trimikliniots u.a. 2015). MigrantInnen sind im *bordercrossing* nicht unbedingt soziale Gruppen im soziologischen Sinne. Sie sind soziale Nicht-Gruppen, das heißt aktualisierbare, aktualisierungsfähige Netzwerke sozialer Gruppen. Niemand reist allein, jedenfalls in der Regel nicht für die Gesamtdauer der Reise, und keiner benutzt Medien individuell. Deshalb verwende ich den Begriff *mobile commons*.

In der kriminalisierten grenzüberschreitenden transnationalen Migration ist jeder umgeben von vielen Menschen und vielen medialen Umgebungen, die jeder einsetzen kann, individuell oder im Auftrag anderer: Ich benutze dein Handy und gebe dir dafür etwas anderes, du leihst mir dein Handy bis nach Bremen, und ich gebe es dann dort im Internet-Café ab. Oder ganz einfach: Du sendest für mich eine SMS. Sehr wichtig sind Skype, Twitter, GPS, aber auch ganz profan Briefe. Der Begriff *mobile commons* bezeichnet alle Formate von Medien, nicht nur digitale. Mit *mobile commons* ist das Vermögen gemeint, innerhalb des Kontinuums von Online- und Offline-Kommunikationsstrukturen zu agieren und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Leute, die nach einem kommen, die gleiche Migrationsroute und die gleiche mediale Infrastruktur unbeschädigt vorfinden und benutzen können.

Das ist die moralische Ökonomie des *bordercrossing*, bei der es allerdings weniger um Moral als um Reziprozität und Nachhaltigkeit geht. Wenn eine Migrationsroute nicht mehr offen ist, funktioniert sie als Absicherung nach hinten nicht mehr, aber auch nicht in die Zukunft. Digitalität ist ein Raum, in dem mediale Kontrolltechnologien einerseits und alternative Nutzungsmöglichkeiten der Medien seitens der MigrantInnen andererseits koexistieren. Das ist das Entscheidende: ihre wechselseitige Kopräsenz und Beobachtung. Jeder Form von Kontrolltechnologie entspricht eine Form des Widerstands gegen sie. Und *mobile commons* der Migration sind die Antwort auf eine bestimmte Form digitaler Erfassung oder digitaler Gefängnisse.

LITERATUR

Diminescu, Dana, 2008: The Connected Migrant: An Epistemological Manifesto, in: *Social Science Information* 47, 565–579

Hepp, Andreas, 2009: Transkulturalität als Perspektive: Überlegungen zu einer vergleichenden empirischen Erforschung von Medienkulturen, in: *Forum: Qualitative Sozialforschung* 1/2009, www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/download/1221/2660

Pieper, Marianne et al., 2014: Transnationale Akteur_innen der Migration: Gender-Netzwerke-Assemblagen, in: Julia Gruhlich und Birgit Riefgraf (Hg.), *Geschlecht und transnationale Räume*, Münster, 227–249

Trimikliniots, Nikos et al., 2015: *Mobile Commons, Digital Materialities and the Right to the City*, London

1 Vgl. www.facebook.com/guantanamo.italia.

2 Vgl. zur nethnographischen Grenzregimeforschung Pieper et al. 2014.

»WIR SIND DIE BORG!«

CYBORGS QUEER GELESEN

DAGMAR FINK

»Wir sind die Borg! Deaktivieren sie ihre Schutzschilde und ergeben sie sich. Wir werden ihre biologischen und technologischen Charakteristika den unsrigen hinzufügen. Ihre Kultur wird sich anpassen und uns dienen. Widerstand ist zwecklos!« (Das Borg-Kollektiv in Star Trek: First Contact)

Mit körperloser Maschinenstimme fordern die Borg, das schreckenerregende kybernetische Kollektiv, die bösesten der Bösen, im Film *Star Trek: First Contact* (USA 1996) die vorwiegend menschliche Besatzung der *Enterprise* auf, sich zu ergeben. Im Streben nach Perfektion ›assimiliert‹ das Borg-Kollektiv alle interessanten Lebensformen, es verleibt sich deren Gewordensein und (technisches) Wissen, deren »biologische und technologische Charakteristika« ein. Die Individuen assimilierter Lebensformen werden zu ›Drohnen‹ gemacht, das heißt, ihre Körper werden mit mechanischen Implantaten und Nanotechnologie ausgestattet. Denn auch in der Verschmelzung von Technologie und Organismus sieht das Borg-Kollektiv einen Schritt hin zur

Perfektion – Borg kommt von kybernetischer Organismus oder Cyborg. Dabei wirken die von einem Zentralhirn gesteuerten Drohnen keineswegs perfekt. Denn während das Borg-Kollektiv Individualität als menschlich, will heißen kleingeistig, erachtet, erscheinen ›uns‹ die ihrer Individualität beraubten Drohnen eher leblos, zombieartig – unmenschlich eben. Zumindest die männlichen Drohnen; die explizit weibliche (in Gleitgel getränkte) Borg-Queen ist ganz *femme fatale* – Verführung und Bedrohung. Und – ja, auch die Borg-Drohnen haben Geschlechtskörper, genau zwei, auch wenn wir meist nur ›generische‹ männliche sehen. Die Borg sind also ganz unkreativ und gar nicht spekulativ oder vielmehr ganz in der Tradition einer Malestream-Science-Fiction ebenso einer patriarchalen Zweigeschlechterordnung und Heteronormativität unterworfen. Im Star-Trek-Universum (unserem?) repräsentieren sie die völlig ›anderen‹, die Unmenschlichen, die Antithese zum Mensch, das konstitutive Außen, von dem ›wir‹ uns abgrenzen können, das ›uns‹ wissen lässt, wer ›wir‹ sind, das uns aber auch bedroht: »Widerstand ist zwecklos.« Die Borg sind Spiegel des menschlichen Wesens und zugleich dessen Bedrohung durch Kybernetisierung.

Demgegenüber proklamiert die US-amerikanische Wissenschaftstheoretiker*in Donna Haraway schon 1985, also mehr als zehn Jahre vor *First Contact,* in ihrem bahnbrechenden *Manifest für Cyborgs*, dass wir alle längst Cyborgs sind. Haraway will gerade nicht die menschliche Spezies oder Humanität vor feindlichen kybernetischen Kollektiven schützen, ihr geht es vielmehr um eine sozialistisch-feministische Perspektive auf der Höhe der Zeit. Im Kontext der beginnenden Reagan-Ära und der Schwächung der Linken in den 1980er Jahren stellt sie die für Manifeste typischen Fragen: Wer sind wir? Wann sind wir? Wo stehen wir? Und – ganz wichtig – was ist zu tun? Die Antwort auf das Wer lautet:

»Im späten 20. Jahrhundert [...] haben wir uns alle in Chimären, theoretisierte und fabrizierte Hybride aus Maschine und Organismus verwandelt, kurz, wir sind Cyborgs. Cyborgs sind unsere Ontologie. Sie definieren unsere Politik. D* Cyborg ist ein verdichtetes Bild unserer imaginären und materiellen Realität, den beiden miteinander verbundenen Zentren, die jede Möglichkeit historischer Transformation bestimmen.« (Haraway 1995, 34; Änderung D.F.)

DAGMAR FINK ist Literatur- und Kulturwissenschafterin* und unterrichtet seit Jahren an verschiedenen Hochschulen in den Bereichen Gender Studies, Bildung und Diversität. Ihre Brötchen verdient sie zudem mit Wissenschaftslektorat bei »klar und deutlich« und als Übersetzer*in im queer_feministischen Kollektiv »gender et alia«.

INFORMATIK DER HERRSCHAFT

Das Bild der Cyborgs ist nicht zu trennen vom Begriff der Information, wie er in der Kybernetik, der Informatik, der Nachrichtentechnik –, aber auch der Semiotik entwickelt wurde. Das heißt, Cyborgs stehen für Entwicklungen, die frühestens Ende des 19. Jahrhunderts, spätestens ab dem Zweiten Weltkrieg datieren. Vorangetrieben wurden diese Entwicklungen im Kontext des Militarismus: Im Rahmen des *space*

race, das in Reagans »Krieg der Sterne« eine Fortsetzung fand, wurde der Begriff Cyborg erstmals verwendet für einen Raumfahrer [sic], dessen Körper an die Bedingungen des Weltraums angepasst werden sollte. Auch die Kybernetik als Theorie des »*C3I, Command-Control-Communication-Intelligence*«, die Lebewesen und Maschinen als ›im Grunde gleich‹, als lebende und technische Systeme beschreibt, ist wesentlich im Kontext militärischer Forschung entstanden. Wo im Industriekapitalismus mit Begriffen wie beispielsweise Geist, Organismus, Physiologie, Reproduktion, Spezialisierung organischer Geschlechtsrollen, Natur-Kultur-Opposition oder Repräsentation operiert wurde, ist nun von künstlicher Intelligenz, biotischen Komponenten, Kommunikationstechnologie, Replikation, Optimierung genetischer Strategien, Differenzfeldern oder Simulation die Rede. Dabei verändert sich jedoch nicht allein die Bezeichnung, sondern das Wissensobjekt selbst. Am Beispiel der Kommunikationswissenschaften und der modernen Biologie argumentiert Haraway, dass die gesamte Welt in ein Kodierungsproblem übersetzt wird: Beide Disziplinen fahnden nach »einer allgemeinen Sprache, in der jeder Widerstand gegen instrumentelle Kontrolle verschwindet und in der jede Heterogenität der Zerlegung und Neukombination, der Investition und dem Tausch unterworfen werden kann« (ebd., 52). Wissen, technologische Prozesse, aber auch Menschen und andere Organismen werden in Informationseinheiten zergliedert, die einer Theorie der Sprache und Steuerung unterworfen sind.

»Wir leben im Übergang von einer organischen Industriegesellschaft in ein polymorphes Informationssystem, […] im Übergang von den bequemen, alten hierarchischen Formen der Unterdrückung zu den unheimlichen neuen Netzwerken, die ich als Informatik der Herrschaft bezeichnet habe.« (Ebd., 48)

Haraway führt den Begriff Informatik der Herrschaft ein, weil ihres Erachtens das gesamte Spektrum möglicher Wissensobjekte als kommunikationstheoretische Fragestellung reformuliert wird. Wenn das Wesen des Menschen in der DNA als universeller Code gesehen wird, machen wir uns selbst in Sprache und Bildern zu Cyborgs. Angesichts von Gen- und Reproduktionstechnologien, Organtransplantationen, Neurowissenschaften, Prothetik, Bodybuilding, Schönheitsindustrie etc. ist die Rede von einem natürlichen Körper, wenn überhaupt, so doch längst nicht mehr zu halten. Wider die Opposition von ›Leben‹ und ›Technik‹, die gerade auch in technikkritischen ›linken‹ sowie diversen feministischen Diskussionen immer wieder aufgerufen wurde, um den Herrschaftscharakter von Technik herauszustellen, argumentiert Haraway, dass die ›westlichem‹ Denken immanenten Dichotomien, wie Natur/Kultur, Schwarz/Weiß, männlich/weiblich »systematischer Bestandteil der Logiken und Praktiken der Herrschaft über »Frauen*, People of Color, Natur, Arbeiteri*nnen, Tiere – kurz: der Herrschaft über all jene, die als ›Andere‹ konstituiert werden« waren (ebd., 67; Änderung D.F.). Und für eben jene Dualismen stellte kurioserweise gerade die »Kultur der Hochtechnologien« eine Herausforderung dar.

NEUE EXISTENZWEISEN MITGESTALTEN

Haraway ist allerdings weit entfernt von glückseliger Technophilie. Die neue industrielle



»Real Humans«, © arte

Revolution schaffe nicht nur neue anti-identitäre Sexualitäten und Rassisierungen, sondern auch eine neue Arbeit*erinnenklasse, in der Frauen* die meiste Arbeit verrichten und in der Arbeit prinzipiell feminisiert werde. Dem Industriekapitalismus steht die Informatik der Herrschaft in nichts nach, im Gegenteil, sie lässt »den Alptraum des Taylorismus idyllisch erscheinen« (ebd., 34). Für feministische Analysen bedeutet dies, dass die Informatik der Herrschaft nicht mit den Begrifflichkeiten des ›weißen‹ kapitalistischen Patriarchats analysiert werden kann. Wollen ›wir‹ mehr als nur Betroffene oder Leidtragende sein, müssen ›wir‹ entsprechende Politiken entwerfen und diese neuen Existenzweisen mitgestalten. Haraway will also ausloten, welche Gefahren *und* neuen Möglichkeiten sich durch die veränderten Macht- und Herrschaftsverhältnisse, aber auch durch die veränderte Art und Weise, in der Welt zu sein und sich selbst zu begreifen, für sozialistisch-feministische Politiken und Praktiken eröffnen. Darüber hinaus fragt sie, welche Gemeinsamkeiten sich auftun, wenn Planeten, Menschen, Tiere, Pflanzen, Maschinen, wenn alle als Kommunikationssystem betrachtet werden? Was ist das Verbindende zwischen Menschen und Maschinen, Menschen und Pflanzen, Maschinen und Pflanzen etc.? Ein wichtiger Anknüpfungspunkt für feministische Analysen ist also das Zusammenbrechen wesentlicher Grenzziehungen. Hier schafft Haraway eine Verbindung zu postkolonialen

feministischen Kritiken an Dualismen und Identitätslogiken sowie deren Bestreben, eine politische Einheit aus dem Nicht-Identischen zu schmieden. Das Cyborg-Manifest verknüpft folglich Argumentationen, die bislang nie zusammengedacht wurden: die kritische Analyse der Informatik der Herrschaft einerseits und feministische postkoloniale Bestrebungen, ein politisches Kollektiv aus dem Nicht-Identischen zu entwerfen, andererseits. Unter Rückgriff auf Chela Sandovals Konzept des oppositionellen Bewusstseins behauptet Haraway, dass gerade *Women of Color* eine wirkungsvolle Einheit aufbauen können, »ohne die imperialisierenden, totalisierenden, revolutionären Subjekte vorangegangener Marxismen und Feminismen, die nicht mit der aufrührerischen Polyphonie infolge der Dekolonisierung konfrontiert waren, zu reproduzieren« (ebd., 42).

Haraway formuliert selbst, dass Cyborgs Geschöpfe der gesellschaftlichen Wirklichkeit wie auch der Fiktion sind. Beispiele für Cyborg-Existenzweisen findet sie nicht nur in den Technowissenschaften, sondern auch in der Literatur, insbesondere bei lesbischen beziehungsweise queeren (und) Schwarzen beziehungsweise Chicana-Autor*innen sowie in der feministischen Science Fiction. Insofern ist es nur konsequent, dass für deren weitere Ausgestaltung gerade auch die (queer-)feministische Science Fiction von Bedeutung ist. Die sich ebenfalls als sozialistische Feministin beschreibende Marge Piercy beispielsweise entwirft in *Er, Sie und Es* (1993) diverse Cyborg-Figuren, die gerade die Opposition Organismus/Maschine unterlaufen sollen, wobei sie insbesondere daran interessiert ist, welche geschlechtlichen Existenzweisen Cyborg-Identitäten ermöglichen. Sie beschreibt eine*n widersprüchlich weiblich wie männlich kodierte*n Cyborg als komplementären Binarismus, eine palästinensisch-isrealische Cybersuperdyke, eine (heterosexualisierte) Cyborg-Tunte sowie eine in die Jahre gekommene listige Cyberwitch (vgl. Fink 2008). Darüber hinaus bricht Piercy mit dem Orientalismus gängiger Cyberpunk Science Fiction, insofern multinationale Großkonzerne nicht allein an japanische, sondern auch an US-amerikanische, britische oder niederländische Konzerne erinnern. Die politischen, auf Affinitäten gründenden Netzwerke, die sie beschreibt, ähneln dem, was Hardt und Negri später als *motley crew* bezeichnet haben. Auch Amy Thomsons Cyborgs in *Virtual Girl* (1993) verbünden sich mit verschiedensten marginalisierten Gruppierungen und Personen. Ihre queeren und trans*-Cyborgs brechen mit diversen Grenzziehungen, Thomson beschreibt Cyborgs nicht allein als Geschöpfe und Spiegel des Menschen, sondern fragt, welche Cyborgs Cyborgs schaffen würden und wie sich Intimität und Nähe zwischen ihnen gestaltet.

»WE ARE ALL COMPOST«

Auch wenn das Manifest für Cyborgs bereits vor 30 Jahren verfasst wurde, sind die darin aufgeworfenen Fragen noch immer aktuell. So schreibt etwa Rosi Braidotti (2014, 9) in ihrem viel diskutiertem Buch *Posthumanismus*: »Wissenschaft und technische Fortschritte haben die Grenzen zwischen Natur und Kultur verschoben und zum großen Teil verwischt. Dieses Buch geht davon aus, dass die Gesellschaftstheorie eine Bestandsaufnahme der durch diesen Paradigmenwechsel veränderten Begriffe, Methoden und politische Praktiken

vornehmen muss.« Das Cyborg-Konzept unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von Braidottis Konzeption des Posthumanen. Bei Haraway liegt der Fokus mehr auf den Gemeinsamkeiten und *companion species* als auf dem Posthumanen, das noch immer den Menschen zentral im Namen trägt. So formuliert sie in einem aktuellen Text: »We are all compost, *not* posthuman« (2015, 161; Hervorh. D.F.). Dennoch diagnostiziert Braidotti aktuell eine ähnliche Ausgangslage wie Haraway zuvor.

Die in den letzten Jahren entstandenen feministischen postkolonialen Cyborgs fordern auf höchst spannende Weise okzidentale und koloniale Betrachtungen von Technologie heraus. Nalo Hopkinson etwa schafft in *Midnight Robber* (2000) nicht nur höchst interessante Cyborg-Figuren, die queere afro-karibisch-kanadische Autor*in untersucht auch, wie wir Technologie denken. Viele Geschichten über Technologien wie auch die Begriffe und Paradigmen, die wir für sie verwenden, beziehen sich auf die griechische und römische Mythologie und Sprache, so Hopkinson. Damit gestalteten wir jedoch nicht nur die Bezeichnungen, sondern auch die Art der Technologie, die wir schaffen. Hopkinson fragt hingegen, wie diese Technologien und die über sie erzählten Geschichten gestaltet wären, würden sie von afrikanischen Diasporakulturen geschaffen. Ein Kommunikationsgerät, das sieht und hört, heißt in *Midnight Robber* daher »four-eye«, buchstäblich Seher*in. Die künstliche Intelligenz, die alle Menschen eines planetarischen Systems beschützt, wird zu »Granny Nanny«, nach der Arbeit*erin und Magierin*, die in Jamaika eine Anführerin* der Maroons – entflohener Sklav*innen – war. Auch wenn Granny Nanny alles sieht, sagt sie nicht alles weiter, nur wenn die Sicherheit einer Person gefährdet ist. Granny Nannys Überwachung sei, so Hopkinson, daher eher fürsorglich, was manchmal eine gute Sache und manchmal eben erdrückend sei. Sie führt uns in *Midnight Robber* in einzigartiger Weise vor, wie Binarismen unterlaufen werden können. Und sie zeigt uns, dass das Cyborg-Universum nicht nur »endgültiges Koordinatensystem der Kontrolle«, »die endgültige Abstraktion« bedeuten kann, sondern auch »gelebte soziale und körperliche Wirklichkeiten, in der keine*r mehr die Verbundenheit und Nähe zu Tieren und Maschinen zu fürchten braucht und niemand mehr vor dauerhaft partiellen Identitäten und widersprüchlichen Positionen zurückschrecken muss« (Haraway 1995, 40; Einfügung D.F.).

Denn ›wir‹ sind die Borg. Ob wir wollen oder nicht. Doch welche Borg ›wir‹ werden, wie ›wir‹ – in Kollektiven oder individuell – ›unsere‹ Unabgeschlossenheit, Vielfältigkeit, Widersprüchlichkeit, Verletzlichkeit sowie Beziehungen zu von uns verschiedenen Borg in spätkapitalistischen, technologisch vermittelten Gesellschaften leben, das sollten wir mitgestalten.

LITERATUR

Braidotti, Rosi, 2014: *Posthumanismus. Leben jenseits des Menschen*, Frankfurt/M
Fink, Dagmar, 2008: Lese ich Cyborg, lese ich queer?, in: Anna Babka und Susanne Hochreiter (Hg.), *Queer Reading in den Philologien. Modelle und Anwendungen*, Göttingen, 157–170
Haraway, Donna, 1995: Ein Manifest für Cyborgs. Feminismus im Streit mit den Technowissenschaften, in: Carmen Hammer et al. (Hg.), *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*, Frankfurt /M, 33–72
Dies., 2015: Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene: Making Kin, in: *Environmental Humanities* 6/2015, 159–165
Piercy, Marge, 1993: *Er, Sie und Es*, Hamburg
Thomson, Amy, 1993: *Virtual Girl*, New York
Hopkinson, Nalo, 2000: *Midnight Robber*, New York

DER NAME DER ZEIT

GHAITH ABDUL-AHAD

Abbildung und Textauszug aus »Some Tips for the Long-Distance Traveller«, erschienen auf London Review of Books, Aus dem Englischen von Britta Grell

STATIONEN EINER FLUCHT

Ein kurdischer Freund von mir aus Sulaimaniyya im Nordirak hat vor Kurzem auf seiner Facebook-Seite ein Foto von einer handgemalten Skizze gepostet. Mit kleinen Pfeilen, Strichmännchen und Zeichnungen von ein oder zwei Zügen und Booten zeigt sie, wie man in 20 einfachen Schritten von der Türkei nach Deutschland kommt. Wenn du die 1500 Kilometer bis in die West-Türkei geschafft hast, beginnt die eigentliche Reise erst. Ein Taxi bringt dich an die Küste – nach Izmir. Ein Pfeil deutet auf die nächste Etappe: mit dem Boot über das Ägäische Meer zu einer ›griechischen Insel‹ – Kostenpunkt: zwischen 950 und 1200 Euro. Ein weiteres Boot bringt dich nach Athen, ein Zug, der aussieht wie ein demoliertes Raupenfahrzeug, nach Thessaloniki. Dann zu Fuß, mit Bussen und noch zwei wurmähnlichen Zügen geht's schließlich quer durch Mazedonien nach Skopje und weiter durch Serbien nach Belgrad. Das Strichmännchen läuft nun über die Grenze nach Ungarn, Richtung Szeged. Von dort geht's weiter mit dem Taxi nach Budapest, und mit dem nächsten Taxi quer durch Österreich. Ganz unten auf der Seite sieht man eine kleine blaue Figur, sie hüpft in die Luft und winkt mit einer Fahne. Endlich in Deutschland angekommen, grüßt sie München – nach einer ungefähr dreiwöchigen Reise von fast 4000 Kilometern und Kosten um die 2400 Euro.



$ 2400
TAXI
Azmir
Grece
(350-1200)
€ 45
(€ 45)
€ (10)
€10
€ 5
€ 20
€ 20
TAXI
TAXI
(450-550) €

ARBEITSPOLITIK FÜR WELTÄNDERER

ZWISCHEN DIGITALER ARBEIT UND SOZIALISMUS 4.0

CHRISTOPH SPEHR

Industrie 4.0 ist ein deutscher Begriff für eine sehr deutsche Art und Weise, den Umbruch zu sehen. Der Übergang zu neuen cyberphysischen Maschinen, in denen digitale Steuerung, Datenaufnahme durch Sensoren und dezentrale künstliche Intelligenz zusammenkommen, wird vorrangig als Modernisierungsstrategie für die Fabrik begriffen. Regale entlang der Fertigungslinie, die selbst Nachschub bestellen, bevor sie leer sind; Kontrollsysteme, die Teile auswechseln, bevor sie kaputtgehen; Werke, in denen im Minutenabstand Autos vom Band laufen, die einzeln nach den Kundenwünschen konfiguriert sind. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung und der großen deutschen Unternehmen zielt auf die vollautomatisierte Fabrik, die aber dabei das produziert, was sie immer produziert hat: Autos oder Maschinen.

In den USA wird dagegen lieber vom *industrial internet* geredet, etwa im *Industrial Internet Insights Report* von General Electric. Im *industrial internet* wächst das Internet der

Datenverarbeitung mit dem *internet of things* zu einer einzigen großen weltweiten Maschine zusammen. Der Fokus US-amerikanischer Konzerne wie Google oder Apple richtet sich verstärkt darauf, eine andere Art von Produkten zu schaffen und anzubieten. Das Produkt ist nicht mehr ein Auto im herkömmlichen Sinn, sondern Mobilität. Am Ende dieser Logik kauft der Kunde nicht mehr den neuen Mercedes, sondern die goldene oder schwarze Mobilitätskarte, die ihm einen bestimmten Zugriff auf verschiedenste Transportmittel und Services verschafft. Und solange es noch um Autos geht, verschiebt sich der Kern der Wertschöpfung auf den Hersteller von dessen komplexer Software, der sich Autokonzerne der alten Schule als bloße Hardware-Lieferanten zukaufen könnte – so die Sorge, die derzeit in München und Stuttgart umgeht.

In China wiederum wurde ursprünglich der Begriff des *cloud manufacturing* (Li et al. 2010) geprägt. Im Vordergrund steht dabei die Auflösung der klassischen Fabrik als Produktionseinheit. Für die Herstellung von Produkten werden in wechselnder Zusammenstellung Kapazitäten verschiedenster Fabriken zu einer Produktionskette zusammengeschaltet. Der Zugriff auf materielle Kapazitäten funktioniert so wie der Zugriff auf dezentrale Server-Kapazitäten in einem Server-Netzwerk: Was gerade frei und am besten geeignet ist, wird genutzt. Am Ende dieser Logik ist die Einheit von Unternehmen, Produktionsanlage und Produkt vollständig verschwunden. Es entstehen virtuelle Unternehmen, die selbst kaum materielle Anlagen besitzen, aber über die steuernden Algorithmen verfügen und überall auf *Manufacturing as a Service* (MaaS) zugreifen.

Der Umbruchprozess, auf den sich diese Perspektiven beziehen, ist tief greifend, und es ist ein und derselbe Umbruch, auch wenn er aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Geschäftsmodelle und Unternehmensstrategien betrachtet wird. Die Konkurrenz verschiedener Wirtschaftsblöcke in diesem Prozess spiegelt sich bereits in anderen Politikbereichen. Die neue Konjunktur einer Sorge um den Datenschutz ist auch eine industrielle Sorge, egal ob sie unter der Überschrift des NSA-Skandals steht wie in Europa, unter der Überschrift der *Homeland Security* wie in den USA oder unter der Überschrift einer verstärkten staatlichen Internet-Überwachung und nationalen Plattform-Autonomie wie in China. Der Kampf um die globale Arbeitsteilung im Zuge der Industrie 4.0 hat längst begonnen.

CHRISTOPH SPEHR ist Politiker und Autor. Bis November 2015 war er Sprecher des Bremer Landesverbandes der LINKEN. Von ihm erschien unter anderem *Die Aliens sind unter uns!* (1999) und *Volks-Autos und Kollontai-Höfe? Einstiege in einen grünen Sozialismus 2030* (*LuXemburg* 3/2012).

WIE PASST DER MENSCH IN DIE INDUSTRIE 4.0?

Die verschiedenen Sichtweisen dieses Umbruchs bestimmen auch die Perspektive auf den Umbruch der Arbeit, der damit einhergeht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat, passend zur Industrie 4.0-Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, ein *Grünbuch Arbeiten 4.0* (2015) vorgelegt. Die Leitfrage dabei ist, wie ArbeitnehmerInnen die Anforderungen einer

flexibilisierten, verwissenschaftlichen, dynamischen Arbeitswelt aushalten können. Dass es um »die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Europa« und eine »Neuverteilung der Märkte« geht, wird gleich in der Einleitung vorausgesetzt: »Kommt das Auto der Zukunft aus Stuttgart, Wolfsburg oder dem Silicon Valley?« (ebd., 6), wird dort gefragt. Die Frage nach der Arbeit mündet im Grünbuch in die Forderung nach einem »neuen Normalarbeitsverhältnis«, das sich auf »kleine Vollzeit« und einen »neuen Flexibilitätskompromiss« stützt, das heißt Lebensarbeitskonten, Telearbeit und einen staatlichen Ausgleich für »Familienarbeit« als neue Lohnersatzleistung.

Dass die Probleme einer Entwertung und Aushöhlung der bisherigen Mitbestimmungsmodelle und staatlichen Regulierungsmöglichkeiten durch transnationale Konzernstrukturen bereits spürbar sind und Finanzinvestoren dabei eine treibende Rolle innehaben, wird hier zwar angesprochen. Die Perspektive erschöpft sich jedoch in neuen (staatlichen und tariflichen) Arbeitsschutzregelungen, die Entgrenzung und Verdichtung individuell aushaltbar machen sollen. Ähnlich umgegangen wird mit der verstärkten Spaltung in qualifizierte Normalarbeitsverhältnisse und prekäre Jobs, verbunden mit einer zunehmenden Lohnspreizung und einer grundsätzlichen Arbeitsplatzunsicherheit für große Teile der Arbeitnehmerschaft. Hier hat das Grünbuch gar keine Lösungen im Angebot, sondern spielt die Probleme herunter: »Die meisten Arbeitnehmer in Deutschland arbeiten noch in stabilen und abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen.« (Ebd., 22) Die Arbeit 4.0, so der Schluss des Grünbuchs, muss in einem »sozialen Kompromiss« bewältigt werden: zwischen den unerbittlichen Anforderungen der neuen Produktionsweise und den eher traditionellen Grenzen der menschlichen Arbeitskraft und Lebensweise.

Crowdworking mit Stundenlöhnen um die 1,25 US-Dollar, im Grünbuch nur vorsichtig angesprochen, ist in den USA bereits ein Massenphänomen (vgl. dazu ausführlich Altenried in diesem Heft). Die andere Seite der ›Dualisierung‹ sind die Spitzenkräfte der kreativen Arbeit im *industrial internet*, denen Unternehmen eine optimale Arbeitsumgebung und eine Fülle von Vergünstigungen bieten. Legendär war Googles »20 % time«, nach der MitarbeiterInnen 20 Prozent ihrer Arbeitszeit für selbst definierte, eigenständige Projekte verwenden konnten. Attraktive, kreative Arbeitsumgebungen (freies Essen, freie Zeiteinteilung, Angebote für Wohnen und Kinderbetreuung, Büros, die »aussahen wie ein Spielplatz für Erwachsene«, wie Anja Tiedge im *Spiegel* schrieb) verfolgten einen doppelten Zweck. Zum einen ging es darum, aus den KreativarbeiterInnen das Maximale an Output herauszuholen. Zum anderen war diese ›Algo-Elite‹, das heißt die Leute, die in der Lage waren, Computer-Routinen für komplexe Vorgänge zu entwickeln und zu programmieren, heiß umkämpft. Zwischen 2005 und 2009 bestand eine Absprache zwischen Google, Apple, Intel, Adobe, Pixar, Intuit und Lucasfilms, sich gegenseitig keine Angestellten abzuwerben, um sich nicht gegenseitig zu ruinieren. Für dieses *no cold call agreement* zahlen die Firmen im Rahmen eines gerade rechtskräftig gewordenen Vergleichs 415 Millionen US-Dollar als Kompensation an Angestellte, die 2013 dagegen geklagt hatten.

Eine wesentliche Voraussetzung für jede Hightech-Strategie ist es, die ArbeiterInnen zu produzieren (oder global anzuwerben), mit denen die neue, hoch integrierte Produktion oder die Entwicklung der neuen digitalen Produkte möglich ist. Dabei geht es insbesondere um die Fachkräfte unterhalb der ›Algo-Elite‹. Einerseits entstehen in der 4.0-Fabrik Berufe, die ein technisch-wissenschaftliches Verständnis erfordern, das weit über die bisherigen Anforderungen an industrielle Fachkräfte hinausgeht. Andererseits werden Benutzeroberflächen und intuitive Steuerungstools entwickelt wie Celos von DMG Mori, durch die das Steuern einer komplexen Werkzeugmaschine innerhalb weniger Stunden erlernt werden kann. Das wiederum setzt bei den neuen Werktätigen einen hohen Stand von allgemeiner Bildung voraus.

Bildungssysteme und Bildungsausgaben sind daher von entscheidender Bedeutung. China hat zwischen 2000 und 2010 die Zahl seiner Universitäten verdoppelt und die Höhe seiner öffentlichen Bildungsausgaben verfünffacht. Starke Bemühungen liegen auf dem Aufbau eines Systems dualer beruflicher Bildung, das sich am deutschen Vorbild orientiert. Auch andere Länder setzen auf Bildungsoffensiven. Regional betrachtet ist der Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt derzeit in Afrika am höchsten. In China und ebenso in den USA werden zwei Drittel aller Bildungsausgaben privat getätigt, von Familien, die die Bildung und Ausbildung ihrer Kinder finanzieren. Das können nicht alle. Bildung ist daher im Moment weltweit der zentrale Motor einer neuen Qualität von Klassengesellschaft. Private Bildungsausgaben sind das Investment, mit dem ein globales Bürgertum dafür sorgt, dass seine Kinder wieder die Jobs im oberen Viertel der Einkommenshierarchie besetzen werden.

Um in der neuen globalen White-Collar-Klasse bestehen zu können, ist auch eine multikulturelle Offenheit unverzichtbar. Nicht zuletzt deshalb sind Nationalismus, Rassismus oder Sexismus alter Schule im neuen Bürgertum im Prinzip out. Was nichts daran ändert, dass die globale wie nationale Arbeitsteilung in der sich abzeichnenden Industrie-4.0-Welt rassistisch, sexistisch und neokolonial ist und bleibt. Wer *low on the foodchain* arbeitet, also in Berufen und Tätigkeiten mit niedrigerer Wertschöpfung, dessen Arbeit verliert derzeit beständig an relativem Wert, an Sicherheit und Bezahlung. Prekarität ist hier das neue Normalarbeitsverhältnis, und es sind die Berufe, bei denen Frauen, MigrantInnen und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen dominieren.

GETTING ORGANIZED

Die Auseinandersetzungen um die neue Arbeitswelt haben bereits begonnen, an beiden Enden. Die IG Metall führt nicht nur längst Tarif- und Betriebsverhandlungen um Arbeitszeitkonten, Weiterbildungsrechte und Datenschutz. Sie hat auch eine Beratungsplattform für CrowdworkerInnen eingerichtet *(FairCrowdWork Watch)*[1] und versucht, die Zuständigkeit der Betriebsräte für die LeiharbeiterInnen und WerkvertragsnehmerInnen durchzusetzen. Die sehr mobilisierungsstarke Aufwerten-Kampagne von ver.di hat die Gleichbezahlung nichttechnischer Berufe, speziell der Sozial- und Erziehungstätigkeiten, auf die Tagesordnung gesetzt. Während

für die prekären Jobs Organizing-Konzepte getestet werden, wird im öffentlichen Dienst versucht, Arbeitsverdichtung und schlechte Arbeitsstrukturen im Rahmen von ›Gefährdungsanalysen‹ anzugehen.

»Wir brauchen eine Plattform, die von den ArbeiterInnen selbst betrieben wird«, schrieb die Turkerin Kristy Milland, die im letzten Jahr eine globale Protestbrief-Aktion von Amazons Crowdworkern organisiert hatte.[2] Unter dem Stichwort *platform cooperativism* wird unter linken US-amerikanischen Intellektuellen diskutiert, ob ›virtuelle Unternehmen‹ eine neue Chance der Arbeiterselbstverwaltung sind. Die chinesische Zivilgesellschaft macht derweil Druck, dass eine qualifizierte gesellschaftliche Produktion nicht ohne mehr Spielräume für qualifizierte NGOs möglich ist. Globale NGOs und Kampagnen haben durch die Fokussierung von Konsumentendruck neue Durchsetzungsstrategien gegenüber transnationalen Konzernen entwickelt.

Die Debatte und Praxis der politischen Akteure sind dagegen noch nicht auf der Höhe der Zeit, wenn es um die Arbeit 4.0 geht. Thesen vom »Ende der Arbeit« oder der »Arbeitsgesellschaft«, die schon in den 1970er Jahren falsch waren, werden auch heute nicht weiterhelfen (vgl. dazu Krämer in diesem Heft). Die neuen Formen der gesellschaftlichen Produktion sind sozialistischen Perspektiven nicht automatisch näher, aber auch nicht ferner als frühere Industriestufen. Dafür ist aber eine Programmatik nötig, die einerseits radikal genug ist, um in den verschiedenen konkreten Auseinandersetzungen eine Richtung zu weisen, und andererseits nahe genug dran ist an den realen Entwicklungen. Hierzu einige Hinweise:

1 | Wir brauchen eine neue Generation von Arbeitsrechten. Diese müssen sowohl Schutzrechte sein als auch offensiv die neue Stellung der Arbeitenden in der Produktion einfordern. »20 % time für alle« ist eine gute Forderung, ein Recht auf Aufstieg in höher qualifizierte Tätigkeiten für alle ebenfalls. Wer schon für einen Betrieb gearbeitet hat, muss bei der Stellenbesetzung bevorzugt werden – egal, ob er oder sie Crowdworker war, Leiharbeiter, Werkvertragsnehmerin oder Festangestellter.

2 | Wir brauchen eine neue Generation von Mitbestimmung. Dabei muss der Betrieb, egal wie materiell oder virtuell er ist, im Mittelpunkt stehen. Das erfordert auch eine Mitbestimmung der Betriebe innerhalb des Konzerns. Es erfordert volle Informationsrechte der Beschäftigten und eine Mitbestimmung über alle wesentlichen Entscheidungen, die über dem Durchgriffsrecht von Konzernzentralen und Investoren stehen.

3 | Wir brauchen eine neue Generation von demokratischer Steuerung. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus hat seine Rolle bei der Globalisierung der Produktion in den 1980er und 1990er Jahren gespielt. Für das Verfolgen von »long term goals over short time goals«, wie es in der ›Gründungserklärung‹ von Google hieß, ist er ungeeignet. Die neue Welle von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und öffentlicher Planung, die erforderlich ist, muss durch verpflichtende staatliche Unternehmensbeteiligungen abgesichert werden. Die Entgrenzung zwischen ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Folgen betrieblichen Handelns verlangt nach einer

Drittelparität, in der die Unternehmensführung zwischen EigentümerInnen, Beschäftigten und VertreterInnen gesellschaftlicher Interessen (also beispielsweise aus NGOs und Wissenschaft) geteilt ist.

4 | Wir brauchen eine neue Generation von Bildungsausgaben. Dabei darf nicht nur das Schaffen von Bildungseinrichtungen im Fokus stehen, sondern auch die Frage, wie Familien von den privaten Bildungsausgaben entlastet und eigene Bildungstätigkeiten vor allem in den ressourcenschwachen Gruppen unterstützt werden können. Öffentliche Bildung braucht eine Aufgabenkritik und eine neue Arbeitsteilung mit betrieblicher Bildung. Statt wahllos Bildungsinhalte für mögliche spätere Verwendungen vorzuhalten, müssen spezifische Inhalte und Qualifikationen in betrieblichen Bildungsinstitutionen erlernbar sein, während der Anstellung, während die allgemeinbildenden öffentlichen Bildungsinstitutionen wieder den Anspruch auf eine demokratische Bildung zur Förderung von Mündigkeit und Persönlichkeitsentwicklung zurückgewinnen müssen. Liebe Betriebe, wenn ihr mehr MINT (Sammelbezeichnung für die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) braucht, dann bildet und finanziert euer MINT doch bitte selber.

5 | Wir brauchen eine neue Generation des Rechts auf Arbeit (vgl. Riexinger in diesem Heft). Diese darf nicht nur irgendeine Beschäftigung beinhalten, sondern das Recht auf die gesamten gesellschaftlichen und persönlichen Potenziale der Arbeit. Das muss einerseits gesetzlich von den Betrieben verlangt werden: Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Organisationsfreiheit, Diskriminierungsfreiheit, Rechte auf Qualifizierung, Entscheidungsspielräume und beruflichen Aufstieg müssen wirksam kodifiziert werden. Andererseits müssen auch die Rechte der selbständigen Tätigkeit, und zwar insbesondere in ihren kollektiven Formen der Selbstverwaltung, geschützt und gefördert werden – der Markt allein wird es nicht richten, schon gar nicht der ziemlich gnadenlose Markt der Aufmerksamkeitsökonomie in den digitalen Bereichen, der Größe, Zentralität und Kapital hemmungslos belohnt. Der Gedanke der Netzneutralität muss weitergedacht werden bis hin zur Zuliefererneutralität und Neutralität der neuen *manifacturing clouds*. Plattformen prekärer Arbeit gehören in Arbeitnehmerhand, und zwar per gesetzlichem Dekret.

Das ist noch kein Sozialismus. Aber es sind politische, soziale und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, die von der Vorstellung inspiriert und orientiert sind, dass die Arbeitenden die Produktion letztlich auch selbst machen können, weil sie sie sowieso schon machen. Und ohne Klarheit über die neue Generation von Rechten und Regulierungen wird auch kein Sozialismus 4.0 funktionieren.

LITERATUR

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, BMAS (Hg.), 2015: *Grünbuch Arbeiten 4.0 – Arbeit weiter denken*, www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/A872-gruenbuch-arbeiten-vier-null.html

Li, Bo Hu et al. 2010: *Cloud manufacturing: a new service-oriented networked manufacturing model, Computer Integrated Manufacturing Systems*, www.researchgate.net/publication/266880452

1 Vgl. www.faircrowdwork.org.

2 Vgl. http://platformcoop.net/participants/kristy-milland.

WEGE ZUM INFRA-STRUKTURSOZIALISMUS

FÜR EIN NEUES NORMALARBEITSVERHÄLTNIS

BERND RIEXINGER

Der neue Schub der Digitalisierung könnte zu weitreichenden Umbrüchen in der Arbeit und im Alltagsleben führen. Oft wird dies eher als Bedrohungsszenario diskutiert (vgl. Krämer in diesem Heft). Die deutliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und neue Formen der Produktion können aber auch Chancen eröffnen für ein stärker selbstbestimmtes Arbeiten und Leben, für eine sozial gerechtere und ökologische Gestaltung der Wirtschaft – und für neue Formen der Demokratie, die Alltag und Arbeit einschließen. Nur eines ist sicher: Von sich aus wird die technologische Entwicklung nicht zur Emanzipation führen. Ohne Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit wird die Digitalisierung bestehende Tendenzen der Prekarisierung, Entgrenzung und Spaltung der Arbeitsgesellschaft sowie der Aushöhlung der Demokratie verschärfen.

Die Politik der Bundesregierung weist trotz aller Bekenntnisse zu »guter Arbeit« genau in diese Richtung. Andrea Nahles will zwar im

Rahmen der Diskussionen um »Arbeit 4.0« das Normalarbeitsverhältnis neu definieren (vgl. BMAS 2015). Angesichts der bestehenden Prekarisierung und Spaltung der Arbeitsgesellschaft ist dies auch sinnvoll und notwendig. Allerdings bleiben konkrete Vorschläge zur sozialen Absicherung von Solo-Selbstständigen und zur Anpassung des Arbeitsrechts an neue Beschäftigungsformen wie Crowd- und Cloudworking (vgl. Altenried in diesem Heft) ebenso aus wie Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung. Die »digitale Agenda« der Großen Koalition ist im Kern eine milliardenschwere öffentliche Subvention für private Konzerne, die darauf abzielt, das neoliberale und exportdominierte Wirtschaftsmodell angesichts von zunehmender Standortkonkurrenz abzusichern. Angesichts dessen besteht die Gefahr, dass von der Digitalisierung nur eine kleine Gruppe hoch qualifizierter und mobiler SpezialistInnen profitiert, während die Prekarisierung weiter zunimmt: durch »hochtechnologische Arbeitslosigkeit« (Haug), den Abstieg größerer Teile der FacharbeiterInnen in ein wachsendes Segment eines »Cyber-Prekariats«, das zwischen unsicherer Beschäftigung, Solo-Selbständigkeit und Arbeitslosigkeit pendelt.

Die gesellschaftliche Linke sollte dem ein eigenes Projekt entgegensetzen, das ausgehend von Kämpfen um die Gestaltung der Arbeit Perspektiven eines gesellschaftlichen Pfadwechsels, einer großen Transformation über den neoliberalen Kapitalismus hinaus eröffnet. Was in einer Gesellschaft als selbstverständlich gilt, welche Vorstellungen von guter Arbeit und einem guten Leben sich gesellschaftlich verallgemeinern (lassen), ist eine Frage der (Klassen-)Kämpfe um die Hegemonie. Es geht darum, Ansprüche der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen auf gute Arbeit und ein gutes Leben – auf das, was selbstverständlich sein sollte in einer reichen Gesellschaft – so zu formulieren, dass sie zu gesellschaftspolitischen Forderungen für eine andere Regulierung der Arbeit werden. Dies darf jedoch kein einfaches Zurück zum alten, an der männlich geprägten Realität der Industriearbeit ausgerichteten ›Normalarbeitsverhältnis‹ bedeuten.

FÜR EIN NEUES NORMALARBEITSVERHÄLTNIS

Arbeit muss für alle sicher, planbar und kürzer, geschlechtergerecht und gerecht verteilt, selbstbestimmter und demokratischer gestaltet werden. Konkret heißt das:

Zukunft muss planbar sein und braucht Tarifverträge für alle: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) will die Digitalisierung nutzen, um prekäre Arbeit durch sachgrundlose Befristungen und Auslagerung in prekäre Selbstständigkeit (Werkverträge, Cloudworking) auszuweiten und Tarifverträge weiter auszuhöhlen. Dem muss begegnet werden mit einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung für die Abschaffung von Leiharbeit, die Zurückdrängung von

BERND RIEXINGER ist Gewerkschafter mit Leib und Seele. Als solcher war er viele Jahre Geschäftsführer der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Bezirk Stuttgart. Seit 2012 steht er zusammen mit Katja Kipping an der Spitze der Partei Die LINKE. Im Rahmen der Kampagne »Das muss drin sein« kämpft er aktuell gegen die Prekarisierung von Arbeit und Leben.

Befristungen und Werkverträgen sowie für die Umwandlung von Minijobs in existenzsichernde und sozialversicherte Beschäftigung. Solo-Selbständigkeit und Cloudwork als Formen prekärer digitalisierter Arbeit müssen streng reguliert und sozial abesichert werden; beispielsweise durch eine Mindestvergütung für Solo-Selbständige und deren Einbeziehung in eine allgemeine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege. Mit der Digitalisierung ist auch eine neue Qualität der Internationalisierung der Arbeitsbeziehungen verbunden – ohne dass es ein entsprechendes internationales Vertragsrecht gäbe. Dringend notwendig sind daher neue Konzepte für ein internationales Wirtschafts-, Arbeits- und Tarifrecht mit Sanktionsmacht.

Eine *allgemeine Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit* ist ein Schlüsselprojekt für jede soziale Gestaltung der Digitalisierung. Schon heute werden Millionen Menschen dauerhaft von Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, und viele Beschäftigte – mehrheitlich Frauen – sind in Teilzeit unfreiwillig ›unterbeschäftigt‹. Burn-out ist durch die Entgrenzung der Arbeit und Zeitstress zu einer gesellschaftlichen Krankheit geworden. Für viele wird es immer schwieriger, Arbeit und Leben unter einen Hut zu bekommen. Der neue Rationalisierungsschub macht eine Initiative zur Verkürzung und geschlechtergerechten Umverteilung der Arbeit dringender denn je. Diese müsste sich um die breit getragenen, aber konkret sehr unterschiedlichen Wünsche nach mehr selbstbestimmter Zeit drehen und diese zu einem gemeinsamen Kampf bündeln. Der Slogan »Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst« wäre vielleicht geeignet, um Forderungen wie der nach »kurzer Vollzeit« von etwa 28 bis 32 Stunden und nach flexiblen Modellen für unterschiedliche Lebensphasen wie Sabbatjahr, Familien- und Bildungsauszeiten eine gemeinsame Strahlkraft zu verleihen. Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung könnte das Versprechen der Digitalisierung, selbstbestimmter zu arbeiten und zu leben, für *alle* Wirklichkeit werden: Die Arbeit muss sich um das Leben drehen und nicht andersherum. Es geht dabei auch um eine Überlebensfrage der Demokratie: Wenn die Löhne sinken und Arbeit weiter entgrenzt wird, wächst die Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen weniger Superreicher und Großkonzerne.

SELBSTBESTIMMTE FLEXIBILITÄT

Die BDA fordert als Reaktion auf die Digitalisierung, die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren (etwa durch Arbeitszeitkonten). Angesichts des Drucks der Unternehmerlobby weigert sich die Große Koalition, eine effektive Anti-Stress-Verordnung zu beschließen. Genau das braucht es aber: eine *Bremse gegen Dauerstress, Burn-Out und Arbeit auf Abruf*. Neben besseren Arbeitsschutzvorschriften und individuellen Veto-Rechten bei Überlastung brauchen Betriebs- und Personalräte erzwingbare Mitbestimmungsrechte bei Fragen der Gestaltung der Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und personellen Ausstattung des jeweiligen Arbeitsbereichs.[1] In tariflich abgesicherten Beratungszeiten könnte ein kollektiver und widerständiger Umgang mit Stress und Überlastung entwickelt werden.

Des Weiteren braucht es ein umfassendes *Recht auf Bildung und Weiterbildung* in allen Lebensphasen. Die Qualifizierung der Beschäftigten ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf die Einzelnen abgewälzt werden darf. Öffentlich (über höhere Steuern für Unternehmen und Vermögende) finanzierte Bildungsteilzeit und -auszeiten müssen von einem massiven Ausbau eines für alle zugänglichen Bildungssystems begleitet werden. Dieses muss so gestaltet werden, dass Wissen auf dem höchsten Niveau selbstständig angeeignet werden kann und Kompetenzen zur demokratischen Gestaltung von Arbeit und technologischer Entwicklung weiterentwickelt werden.

GEMEINSAM KÄMPFEN – EINSTIEGE IN TRANSFORMATION

Eine solche neue Regulierung der Arbeit der Zukunft muss in den Betrieben, auf dem tarifpolitischen wie dem gesellschaftspolitischen Feld erkämpft werden. Eine Schlüsselfrage ist die Organisierung neuer Formen der Klassenmacht eines ›digitalen Prekariats‹: von prekären Software-EntwicklerInnen über Millionen Click- und Crowdworker bis hin zu den Belegschaften neuer Konzernriesen wie Amazon. Das allein reicht jedoch noch nicht aus: Nur wenn die Interessen der (noch) tariflich abgesicherten, organisierten, aber (in unterschiedlichen Formen) unter großem Druck stehenden ›Kerne‹ der Industrie und des öffentlichen Sektors aufgegriffen werden, kann verhindert werden, dass sich diese ›nach unten‹ abgrenzen. Ein neues Normalarbeitsverhältnis muss daher als verbindende Strategie angelegt sein, um Brücken zu bauen zwischen den Ansprüchen und Erfahrungen unterschiedlicher Teile der Lohnabhängigen: Erwerbslosen, geringer qualifizierten ArbeiterInnen und Beschäftigten im Niedriglohnsektor (die besonders von der Gefahr der Rationalisierung ihrer Tätigkeiten betroffen sind), prekären Solo-Selbständigen, den (höher qualifizierten) Beschäftigten im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor.

Den Beschäftigten in den sozialen Diensten könnte hier eine wichtige Rolle zukommen: Mittlerweile arbeiten dort deutlich mehr Menschen als in der Exportindustrie, die meisten von ihnen Frauen, die bei wachsenden Anforderungen und Qualifikation immer noch unterbezahlt und oft prekär beschäftigt sind. In den Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst sowie in den Auseinandersetzungen im Gesundheits- und Pflegebereich spielt die Qualität der Arbeit und Versorgung eine zentrale Rolle. Forderungen wie die nach Personalbemessung an der Berliner Charité zielen insofern auf Kernelemente des neoliberalen Exportmodells, als sie die damit verbundene Politik der Unterfinanzierung und Ökonomisierung des Sozialen angreifen. Ein Ausbau sozialer Dienstleistungen und Infrastrukturen für alle in Verbindung mit einer Aufwertung und Entprekarisierung der dort geleisteten Arbeit könnten so zu einer solidarischen ›Brücke‹ zwischen Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Beschäftigten des öffentlichen Sektors und der Industrie werden. So könnte das neue Normalarbeitsverhältnis ein wichtiges Einstiegsprojekt in eine weiterreichende Transformation sein, die mit dem neoliberalen Exportmodell bricht.

ZUR DEMOKRATISCHEN ANEIGNUNG DER DIGITALEN PRODUKTIVKRÄFTE

Für den Hegemoniekampf um eine soziale, ökologische und geschlechtergerechte Gestaltung der Digitalisierung ist die Demokratiefrage zentral. In den »Plattformen« der Ministerien zur digitalen Agenda der Bundesregierung dominieren trotz Beteiligung der Gewerkschaften letztlich ExpertInnen und Profitinteressen der Unternehmen. Auch die sozialdemokratische Strategie eines »Bündnisses für Arbeit« ist angesichts der Kräfteverhältnisse im digitalisierten Kapitalismus kein erfolgversprechendes Rezept, sondern läuft wie ihre Vorgänger auf eine Einbindung der Gewerkschaften in neoliberale Standortpolitiken hinaus. Einer Neuauflage wettbewerbskorporatistischer Politiken sollte die gesellschaftliche Linke deshalb die Vision einer »Wirtschaftsdemokratie des 21.Jahrhunderts« (Urban 2013, 249) entgegenhalten.

Von den Erfahrungen der Arbeitswelt ausgehend, muss der Kampf um eine Demokratisierung der Arbeit dann mit der Perspektive einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung verbunden werden. Mit der Digitalisierung steigen die Anforderungen an die Kompetenzen der Beschäftigten und ihr Produktionswissen. Gerade in Zeiten hochgradig störungsanfälliger komplexer Maschinensysteme und selbstorganisierter Arbeitsabläufe entwickeln die Arbeitenden längst die Fähigkeit zur Organisation des Produktionsprozesses (vgl. Candeias in *LuXemburg-Online*). Gleichzeitig werden selbstbestimmte Arbeit und Kooperation durch Renditedruck und permanente Umstrukturierung von Unternehmen blockiert. Mehr Eigenverantwortung in der Arbeit muss mit einem Mehr an Einflussnahme einhergehen. Dafür braucht es erzwingbare Mitbestimmungsrechte bei Investitionsentscheidungen und Veto-Rechte etwa gegen Outsourcing. Betriebsräte allein wären aber mit einer umfassenden Mitgestaltung von Gesundheitsschutz, Arbeitsorganisation, Investitionen und technologischer Innovation überfordert. Die Perspektive ist daher: neue Formen direkter Mitbestimmung hinsichtlich der Gestaltung und Organisation der Arbeit. Was wo wie investiert wird, darf nicht länger Finanzmärkten und Großkonzernen überlassen werden. Nur so kann die Digitalisierung zur materiellen Basis eines sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft werden.

Damit über Investitionen, Wissen und Technologieeinsatz überhaupt demokratisch entschieden werden kann, bedarf es einer Reihe von Voraussetzungen: Es gilt die privaten IT-, Telekommunikations- und Forschungsinfrastrukturen in öffentliches Eigentum zu überführen. Die Finanzmärkte müssen durch radikale Besteuerung von Vermögenden, Hedgefonds und Banken geschrumpft und unter demokratische Kontrolle gebracht werden.

Zentral ist außerdem der *Aufbau von Instrumenten der Investitionslenkung*.

Der gesellschaftliche Reichtum sollte für *öffentliche Zukunftsinvestitionen* verwendet werden. Öffentliche Fördermittel können mit dem Aufbau von Eigentumsanteilen der Belegschaften verbunden werden. Durch den Aufbau eines öffentlichen Zukunftssektors, in dem sowohl Forschung und Entwicklung als auch industrielle Produktion auf der Grundlage neuer Technologien und in Form öffentlicher Unternehmen, Kooperativen und Genossenschaften

ökologisch und demokratisch weiterentwickelt werden, können technologische Innovationen demokratisch und mit Blick auf gesellschaftlich sinnvolle Ziele gestaltet werden. Zudem kann nur durch eine Kombination von Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung mit öffentlichen Zukunftsinvestitionen die gesellschaftliche Arbeit sinnvoll und (geschlechter-)gerecht verteilt werden und eine hoch technologische Massenarbeitslosigkeit durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in einer ausgebauten und für alle zugänglichen öffentlichen Daseinsfürsorge verhindert werden.

EINE DIGITALE AGENDA VON LINKS

Im Sinne des bisher Gesagten könnten zwei konkrete Projekte den Einstieg in einen solchen Umbau befördern:

1. | Ein Investitionsprogramm für den *Ausbau einer öffentlichen sozialen und bedarfsorientierten Infrastruktur* für gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität, Energieversorgung und Wohnen für alle könnte über eine Million tariflich und sozial regulierter Arbeitsplätze schaffen. Markt und Wettbewerb haben in der Bildung, im Erziehungs- und Gesundheitswesen, in der Ver- und Entsorgung, in der Altenpflege, im ÖPNV usw. nichts verloren. Die Perspektive sollte in den genannten Feldern eine bedarfsorientierte und für alle zugängliche soziale Infrastruktur mit kostenfreiem Zugang ermöglichen – eben einen ›Infrastruktursozialismus‹.

2. | Ein Investitionsfonds zur *Förderung einer solidarischen Zukunftswirtschaft* könnte einen Einstieg in eine ›solidarische Ökonomie‹ der Digitalisierung ermöglichen und die Orientierung auf Gemeineigentum mit der innovativen Nutzung der Digitalisierung für einen sozial-ökologischen Umbau verbinden. Hier würde es um die Stärkung und Entwicklung von Genossenschaften in den Bereichen ökologische Stadtgestaltung, bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung oder Lebensqualität im Alter sowie Mehrgenerationenprojekte gehen. Oder um die Entwicklung von »digital commons« in den Bereichen Bildung und Kultur. Ein geförderter Sektor solidarischer Ökonomie auf der Höhe der technologischen Entwicklung ist eine soziale und demokratische Alternative zur Subventionierung von Großkonzernen und mittelständischen Unternehmen, in denen oft prekäre Arbeitsbedingungen vorherrschen.

Es ist an der Zeit, über mobilisierende Sofortforderungen sowie mittelfristige Ziele einer digitalen Agenda der Linken zu diskutieren. Das wäre auch eine lohnende Zukunftsaufgabe für eine Kooperation von Gewerkschaften, Parteien, ökologischen und sozialen Initiativen und Bewegungen. Als LINKE wollen wir Motor einer solchen Diskussion werden.

LITERATUR

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), 2015: *Grünbuch. Arbeiten 4.0.* Berlin www.arbeitenviernull.de.

Haug, Wolfgang-Fritz (2005): *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*. Hamburg.

Riexinger, Bernd, 2016: Für ein Neues Normalarbeitsverhältnis und Wirtschaftsdemokratie. Perspektiven für »gute Arbeit« angesichts der Digitalisierung, in: *Jahrbuch Gute Arbeit 2016*, Frankfurt/M

Urban, Hans-Jürgen, 2013: Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. Konturen und Realisierungsbedingungen eines gesellschaftlichen Transformationsprojektes. in: ders., *Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus,* Hamburg, 249–267

1 Vgl. zur Initiative der Linksfraktion im Bundestag http://www.linksfraktion.de/folder/stress-lass-nach-gute-arbeit-mitbestimmung.

UPGRADE FÜR DIE LINKE

HALINA WAWZYNIAK

Auch wenn es wie ein Allgemeinplatz klingt: Die Digitalisierung verändert alles. Es gibt kaum einen Lebens- und Politikbereich, der nicht von ihr betroffen ist. Daher steht die LINKE vor der Aufgabe, auch im Zeitalter der Digitalisierung Lösungen zu finden, bei denen Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Ökologie, des Friedens und der Freiheit zusammengedacht werden. Zudem muss es ihr im Sinne ihrer eigenen Zukunft gelingen, Antworten zu entwickeln, die den technischen Anforderungen der Gegenwart entsprechen. Dies kann nicht allein Aufgabe von NetzpolitikerInnen sein. Vielmehr muss die fortschreitende Digitalisierung endlich als ein Querschnittsthema begriffen werden, das alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und damit die gesamte Fraktion und Partei angeht – eine scheinbare Selbstverständlichkeit, die jedoch nicht immer gegeben ist. Im Folgenden skizziere ich einige der zentralen Herausforderungen der Digitalisierung und des Internets, die es gemeinsam zu bewältigen gilt.

DIGITALISIERUNG UND DIE SOZIALE FRAGE

Kommunikation, Information, Serviceangebote der öffentlichen Verwaltung, Zugang zu Wissen, Konsum – ohne Internetzugang ist das alles deutlich schwieriger. Deshalb ist die Digitalisierung auch und vor allem eine soziale Frage. Chancengleichheit im digitalen Zeitalter gibt es nur, wenn jede und jeder die genannten Möglichkeiten des Internets auch nutzen kann. Es ist nicht hinnehmbar, dass es immer noch Regionen gibt, in denen der Zugang zum Internet mangels Breitbandverfügbarkeit eingeschränkt ist. Die Alternative hierzu kann nicht der Ausbau des mobilen Internets sein, denn mobile Internetzugänge sind für die NutzerInnen teuer und extrem störanfällig. Für die Netzbetreiber mögen sie eine attraktive, weil preiswerte Lösung sein, die noch dazu teuer verkauft werden kann. Doch früher oder später werden sie auf kabelgebundene Breitbandanschlüsse umsteigen müssen. Also wäre es klüger, langfristig zu denken und gleich in den Breitbandausbau zu investieren, anstatt auf kurzfristige Lösungen zu setzen. Die Bundesregierung legt zwar hin und wieder Förderprogramme auf, doch solange sich finanziell schlecht ausgestattete Kommunen mit einer Kofinanzierung beteiligen müssen, sind diese nur bedingt hilfreich. Gerade unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit ist die LINKE gefragt, eine eigene Breitbandstrategie zu entwickeln und Finanzierungswege aufzuzeigen.

Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist auch die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität. Nur wenn Daten grundsätzlich unabhängig von Sender, Empfänger und Inhalt nach dem Best-Effort-Prinzip vermittelt werden – das heißt, dass der Internetanbieter zusichert, dass er alle Datenpakete schnellstmöglich in der Reihenfolge, in der sie eingespeist werden, durch das Netz leitet –, wird Chancengleichheit gewahrt. Eigentlich kann man heute zumindest im mobilen Internet kaum noch von Netzneutralität sprechen. Dort werden einige Dienste bevorzugt behandelt, indem zum Beispiel ihre Nutzung nicht auf das den Kunden pro Monat zur Verfügung stehende Datenvolumen angerechnet wird. Das lassen sich die Netzbetreiber von den Diensten natürlich gut bezahlen und erkaufen sich dadurch einen riesigen Vorteil gegenüber ihrer Konkurrenz, insbesondere kleineren Anbietern. Gerade weil sich bereits solche Geschäftsmethoden etabliert haben, ist es wichtig, die Netzneutralität weiter einzufordern. Denn ein Zwei-Klassen-Internet, bei dem nur ein Teil das vollständige Angebot nutzen kann, während andere, die sich das nicht leisten können, auf Basisfunktionen verwiesen sind, ist unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit nicht hinnehmbar.

Schließlich sollte endlich auch gesetzlich anerkannt werden, dass ein Computer zum soziokulturellen Existenzminimum gehört und nicht gepfändet werden darf. Nur so kann die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sichergestellt werden. Es

HALINA WAWZYNIAK ist seit 2009 für die LINKE Mitglied im Deutschen Bundestag. Bis 2013 war sie netzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion sowie Obfrau der Enquetekommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Bundestages.

sollte außerdem für jede und jeden zeit- und ortsunabhängig möglich sein, das Internet zu nutzen. Ein weiterer Schritt in diese Richtung wäre die Abschaffung der sogenannten Störerhaftung. Noch immer sind InhaberInnen von Internetanschlüssen der Gefahr ausgesetzt, für Urheberrechtsverletzungen, die andere begehen, belangt zu werden. Das hält viele davon ab, ihr WLAN anderen, zum Beispiel sozial schwachen Familien, zur Verfügung zu stellen.

Die soziale Frage im Zeitalter der Digitalisierung endet aber nicht beim Zugang zum Internet. Wir sind mit einschneidenden Veränderungen der Arbeitswelt konfrontiert, wobei die fortschreitende Digitalisierung und Computerisierung meist ambivalente Konsequenzen für die Beschäftigten haben. So kann es von Vorteil sein, zeit- und ortsunabhängig einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Doch wer kann schon wollen, dass der Arbeitgeber jederzeit Zugriff auf seine Angestellten hat? Die Grenzen zwischen privat und dienstlich verschwimmen, Stress kann zunehmen.

Völlig unterbelichtet – zumindest bei der LINKEN – ist die Frage, welche Folgen mit der Reduzierung des Volumens der Erwerbsarbeit durch den Einsatz von Robotern und Sensorik verbunden sein werden. Gleiches gilt für den noch zunehmenden Trend des Outsourcing. Natürlich kann in maschinenstürmerischer Art und Weise die Rückkehr zur Werkbank oder ins Büro gefordert werden. Doch das vernachlässigt sich verändernde Lebensbedürfnisse. Wichtiger wäre zu diskutieren, ob ein solidarisches bedingungsloses Grundeinkommen ein Beitrag zur Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums sein kann (ich finde ja), ob es im Sinne von sozialer Gerechtigkeit nicht angesagt ist, die sozialen Sicherungssysteme perspektivisch auf Steuerfinanzierung umzustellen (ich finde ja) und ein Mindestentgelt für Solo-Selbstständige, Freelancer oder sogenannte Click- oder Crowdworker einzuführen, damit diese auch von ihrer Erwerbstätigkeit leben können (ich finde ja).

Die Digitalisierung stellt aber auch die Frage nach der Umverteilung neu. Unternehmen sollten ebenfalls zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. So bedarf es dringend einer Diskussion über die (schein-)paritätische Finanzierung der Solidarsysteme. Nicht nur das Outsourcing, sondern auch die zunehmende Ersetzung von menschlicher Arbeitskraft durch Technik macht es meines Erachtens erforderlich, die Frage der Wertschöpfungsabgabe neu zu stellen.

DIGITALISIERUNG UND DIE ÖKOLOGISCHE FRAGE

Gibt es eigentlich bei der Digitalisierung eher Chancen oder Risiken, wenn die ökologische Frage betrachtet wird? Auch dieser Debatte wird die LINKE sich stellen müssen. Die Enquetekommission »Internet und digitale Gesellschaft« schätzt das Reduktionspotenzial an CO_2-Emissionen durch direkte und indirekte IT-Lösungen auf mehr als 200 Millionen Tonnen im Jahr 2020.[1] Auf der anderen Seite ist aber zu berücksichtigen, dass IT-Geräte bis zu 30 verschiedene Metalle enthalten, darunter seltene Rohstoffe wie Coltan, Kobalt und Seltene Erden, deren Abbau eine Gefahr für Böden, Grundwasser, Flora und Fauna ist. Durch Recycling soll es aber möglich sein, etwa 95 Prozent der Edelmetalle zurückzugewinnen.[2]

Für die LINKE wird es darauf ankommen, eigene Vorstellungen und Vorschläge für ›Fair

IT‹ zu entwickeln. Dabei geht es nicht nur um energieeffiziente Arbeitsweisen von IT-Produkten oder den Einsatz von IT für mehr Energieeffizienz, sondern eben auch um den Rohstoffabbau, die Entwicklung, Produktion und Verwendung von Komponenten sowie die Entsorgung. Einzubeziehen sind auch die Arbeits-, Lebens- und Umweltverhältnisse bei der IT-Gerätefertigung. Unter anderem ist zu klären, an welchen Stellen bei einer möglichen Regulierung anzusetzen ist. Ist es etwa ausreichend, ähnlich wie beispielsweise im Kfz-Bereich zu fordern, »verstärkt mit klar definierten und verbindlichen Grenzwerten zu arbeiten und maximal zulässige Verbrauchswerte festzuschreiben«[3], oder ist hier nicht mehr Konkretion gefragt? Und welche Positionen vertritt die LINKE heute im Hinblick auf das Recycling? Wäre ein verpflichtender Mindestanteil recycelter Rohstoffe bei der Herstellung bestimmter Produkte ein taugliches Instrument zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs?[4]



Telenoid R1 ist die kleinste Ausgabe von verschiedenen Androiden, die von der Universität Osaka und ATR Hiroshi Ishiguro Laboratory entwickelt wurde. Es kann nach Herstellerangaben »die menschliche Präsenz wirksam ersetzen«. © HIL

Wenn die LINKE über Nachhaltigkeit durch Digitalisierung nachdenkt, stellt sich die Frage, welchen Beitrag sie leisten kann, um die Möglichkeit dezentraler Produktion zu stärken. Welche Rolle können dabei Vergabegesetze spielen, zumindest wenn es um Aufträge der öffentlichen Hand geht? Was bedeuten in diesem Zusammenhang neue technische Entwicklungen wie etwa der 3D-Drucker? Schließlich ist die Partei gefordert, sich intensiver als bisher mit den Potenzialen und Risiken einer sich am Smart-City-Modell orientierten Stadtentwicklung zu beschäftigten. Gibt es hier eine Chance für mehr Nachhaltigkeit, und wenn ja, wie kann diese gefördert werden? Selbstverständlich darf in diesem Zusammenhang der Datenschutz nicht vernachlässigt werden.

AUSWIRKUNG DER DIGITALISIERUNG AUF STAATLICHE SOUVERÄNITÄT UND DEMOKRATIE

Da das Internet ein weltweites Phänomen ist, stellt sich die Frage nach den Zuständigkeiten bei seiner Regulierung. Rein nationalstaatliche

Lösungen werden nicht möglich sein. Die LINKE wird sich grundsätzlich stärker damit auseinandersetzen müssen, dass der Nationalstaat an Bedeutung verlieren wird, und ich bin sehr froh darüber. Das Denken in Kategorien von Staatsbürgerschaft wird zunehmend verschwinden. In vielen Bereichen, die mit dem Internet zu tun haben, werden die nationalen Parlamente weniger zu regeln haben. Das Urheberrecht und der Datenschutz – um zwei Beispiele zu nennen – werden jetzt schon vorrangig auf der europäischen Ebene verhandelt. Gleiches ist für den Online-Handel zu erwarten. Die Gefahr ist natürlich gegeben, dass international agierende Konzerne die Rechtsetzung übernehmen. Dem ist aber nur entgegenzuwirken, wenn sich NGOs, Gewerkschaften sowie linke Parteien und die Zivilgesellschaft in Zukunft noch besser auf der europäischen und internationalen Ebene vernetzen.

Auch bei der Rechtsetzung und -durchsetzung besteht noch Klärungsbedarf. Weder kann der Staat die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) von sozialen Netzwerken bestimmen, noch sollten soziale Netzwerke die Rechtsetzung und -durchsetzung übernehmen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang das Recht auf Vergessenwerden im Internet und die Debatte um vollständige Löschung persönlicher Daten. Die LINKE ist dringend gefragt, hier Positionen zu entwickeln, die nicht nur staatsfixiert sein sollten, sondern auch die mündigen Internet-NutzerInnen fördern, die sich zu wehren wissen und auch mal Contra geben. Unabhängig davon stellt sich aber dennoch die Frage, wer zukünftig Recht setzen und Recht durchsetzen kann (siehe dazu auch den Abschnitt zu »internationaler Politik«).

Schließlich ist die LINKE mit der Frage konfrontiert, wie der Zugang zu Wissen und Bildung im digitalen Zeitalter gestaltet werden kann. Welche Chancen bietet hier das Internet und wie können diese genutzt werden? Welche Vorteile liegen in der jederzeitigen Verfügbarkeit von Informationen und wie geht man damit um, dass heutzutage fast jeder Müll im Internet zu finden ist? Wie kann sowohl im Hinblick auf die Daten als auch im Hinblick auf einen sachgerechten Umgang mit Wissen so etwas wie eine digitale Autonomie entstehen? Welche Möglichkeiten liegen im Bereich des kollaborativen Arbeitens und welchen Beitrag kann Wissen und Bildung zur Beseitigung weltweiter Ungerechtigkeiten leisten, zum Beispiel dadurch, dass es kostenfrei zur Verfügung gestellt wird?

Schließlich steht ein Konzept der LINKEN für den Datenschutz aus. Selbstverständlich bleibt Datensparsamkeit eines der Grundprinzipien. Aber auch wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Menschen ihre Daten freiwillig zur Verfügung stellen, weil sich dadurch für sie ein (oftmals nur kurzfristiger) Vorteil ergibt. Nicht nur der Staat bekommt immer neue Überwachungsinstrumente, auch private Firmen profitieren von der Datenflut. Algorithmen bestimmen unser Leben mehr, als wir es selbst wahrhaben wollen. Die LINKE wird sich also damit beschäftigen müssen, wie wir zu mündigen digitalen Menschen werden können. Das reicht von der Frage der Information über datensparsame Angebote bis hin zur Frage, wie Menschen ermächtigt werden können, ihre Daten zu schützen.

DIGITALISIERUNG ALS HERAUSFORDERUNG INTERNATIONALER POLITIK

Die technischen Entwicklungen bedeuten auch neue Herausforderungen für diejenigen, die sich mit Friedenspolitik und internationalen Beziehungen befassen. Zu nennen ist als erstes das Feld der Rüstungsexporte. Eine wichtige Forderung vonseiten der LINKEN sollte es sein, die Ausfuhr von sogenannten Dual-Use-Gütern, die sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken genutzt werden können, zu verbieten. Denn diese Art von Waren und Technologien dient häufig zur politischen Unterdrückung und Kriegsführung. Die LINKE ist aber auch gefragt, sich Gedanken dazu zu machen, wie in Zukunft mit Cyberangriffen umgegangen werden soll und mit Drohnen geführten Kriegen (vgl. hierzu Schepers in *LuXemburg* 3/2014). Schon heute klafft hier hinsichtlich der Verantwortlichkeiten eine große Lücke im Völkerrecht.

Auch beim weltweiten Datenschutz gibt es Handlungsbedarf. Jüngst hat der UN-Sonderberichterstatter für die Privatsphäre in der digitalen Welt einen Vorschlag für einen diesbezüglichen völkerrechtlichen Vertrag ins Spiel gebracht.[5] Aber Fragen der Internetkontrolle und des Datenschutzes werden nicht nur von internationalen Organisationen wie der UNO diskutiert und verhandelt. Hinzu kommen private Akteure und Zusammenschlüsse wie die *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (ICANN), das *Internet Governance Forum* (IGF) oder Treffen wie die Net Mundial, wo darüber gestritten wird, welche Regeln weltweit gelten sollen. Wie kann hier demokratische Legitimation hergestellt werden? Was hält die LINKE von den im Rahmen der Net-Mundial-Konferenz 2014 in Brasilien verabschiedeten Prinzipien[6] und wer soll nach ihrer Ansicht die Einhaltung der Prinzipien überwachen? Wie geht die LINKE damit um, dass es eine private Organisation wie ICANN ist, die nach wie vor die Internetadressen vergibt? Die Liste der Fragen ließe sich noch deutlich erweitern.

NETZPOLITIKERINNEN SOLLTEN SICH PERSPEKTIVISCH ÜBERFLÜSSIG MACHEN

Dieser Abriss sollte einen Eindruck davon vermitteln, wie umfassend die neuen Herausforderungen sind, vor die linke Politik heute durch allgemeine Digitalisierungstendenzen gestellt. Dabei bleibt vieles ausgespart, wie etwa der Bereich der digitalen Währung, der Gesundheit oder der Landwirtschaft. Doch allein die hier aufgeworfenen Themen und skizzierten Fragen machen deutlich: NetzpolitikerInnen können sie unmöglich allein beantworten. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, für das Thema Digitalisierung zu sensibilisieren, Diskussionen darüber einzufordern und gemeinsam in der Partei nach angemessenen Antworten zu suchen. Das Ziel müsste sein, sich möglichst bald als NetzpolitikerInnen überflüssig zu machen. Ich kann für die LINKE und ihre Bundestagsfraktion nur hoffen, dass dieser Zustand sehr schnell eintritt.

---

1 Vgl. http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712505.pdf, 77.
2 Ebd.
3 Ebd., 101, Fn. 494.
4 Ebd., 101, Fn. 495.
5 Vgl. www.heise.de/newsticker/meldung/UN-Sonderbeauftragter-Genfer-Konvention-gegen-Ueberwachung-notwendig-2790699.html.
6 Vgl. http://netmundial.br/wp-content/uploads/2014/04/NETmundial-Multistakeholder-Document.pdf.

INTERVIEW

DIE BLACK BOX KNACKEN

GESPRÄCH ÜBER ALGORITHMEN, KONTROLLE UND TRANSPARENZ

FRANK PASQUALE

Viele Leute realisieren überhaupt nicht, wie weitreichend Algorithmen in ihr alltägliches Leben eingreifen – einer Studie des MIT zufolge wissen sie nicht einmal, dass ihre Facebook-Timeline so gesteuert wird. Was genau sind eigentlich Algorithmen?
Algorithmen können wir als gestaffelte, aufeinander aufbauende Verfahren verstehen, um ein Problem zu lösen beziehungsweise Input in Output zu wandeln. Auch so etwas Einfaches wie ein Rezept kann als Algorithmus interpretiert werden: Man nehme eine bestimmte Menge von definierten Substanzen, verarbeite sie in einer vorgegebenen Weise – und fertig ist das gewünschte Produkt. In dem von mir untersuchten Bereich sind die Schlüsselalgorithmen digital in Software codiert. Sie verdrängen zunehmend Entscheidungen, die direkt von Menschen getroffen werden, und verlagern Verantwortung in Codes. Und sie ermöglichen sogenannte *predictive analytics* – also Analyseverfahren, die gesammelte Daten über Personen oder Unternehmen hochrechnen, um Aussagen über deren Zukunft zu treffen.

Und welche unterschiedlichen Formen der algorithmische Kontrolle gibt es, wie weit reicht diese?
Hier sind wohl zwei Vorbemerkungen nötig. Erstens: Der beunruhigendste Aspekt algorithmischer Kontrolle ist der, dass sie oft unbemerkt stattfindet. Wenn VerbraucherInnen zum Beispiel in einem Callcenter anrufen, sind sie sich nicht unbedingt im Klaren darüber, dass sich die Person am anderen Ende der Leitung an einen Ablaufplan und an ein Skript halten muss oder dass die Antwort aus einer Reihe von Aufnahmen besteht, die dem Anrufer weismachen sollen, dass er oder sie mit einer echten Person spricht.

Zweitens müssen wir den Begriff »algorithmische Kontrolle« definieren. Kontrolle ist für mich mit Macht verbunden: Die Fähigkeit von A, B zu etwas zu zwingen, was B sonst nicht getan hätte. In Anlehnung an Steven Lukes' und John Gaventas Machtverständnis kann man hier von mindestens drei Ebenen sprechen: dem sichtbaren Einsatz von Geld oder Macht, verborgenen oder komplexen Mechanismen des Agenda-Settings und schließlich den kaum sichtbaren Formen etwa in Expertendiskursen,

in denen einige Handlungsabsichten als natürlich und andere als verrückt, revolutionär oder unorthodox eingestuft werden.

Auf der ersten Machtebene entsteht algorithmische Kontrolle also immer dann, wenn eine Stelle (mit Entscheidungsgewalt über ein umstrittenes Thema) zum Entscheiden irgendein Programm verwendet. Das kann eine Checkliste auf einem Blatt Papier sein oder etwa ein »System zur Leistungsverwaltung«, das in einer Software codiert ist. Diese Form der Kontrolle hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet, und dieser Prozess schreitet fort. Manchmal kann diese Art der Kontrolle hilfreich sein, etwa wenn menschliche Entscheidungsträger eindeutig befangen sind: Deren Entscheidungsfreiheit durch gestaffelte Verfahren einzuschränken, kann tendenziöses Verhalten zurückdrängen. Aber wir müssen immer sowohl die Daten als auch den Code überprüfen können, die in eine algorithmische Entscheidungsfindung einfließen – sofern wir wollen, dass sie tatsächlich ein Fortschritt ist und nicht bloß der Austausch eines Verzerrungskomplexes (wie kompliziert er auch codiert sein mag) durch einen anderen.

Alexander Halavais schreibt in seinem Buch *Search Engine Society* (Die Suchmaschinengesellschaft): »Im Prozess des Ergebnis-Rankings erzeugen Suchmaschinen tatsächlich Gewinner und Verlierer im Internet.« Die Rolle der Suchmaschinen erinnert mich hier an die Macht der WalMart-Zentrale in Bentonville, in den gesamten USA einzelne Kassen abzuschalten; oder an die Macht eines Stromunternehmens, an heißen Tagen dafür sorgen zu können, dass in manchen Gebäuden die Klimaanlagen heruntergeschaltet werden

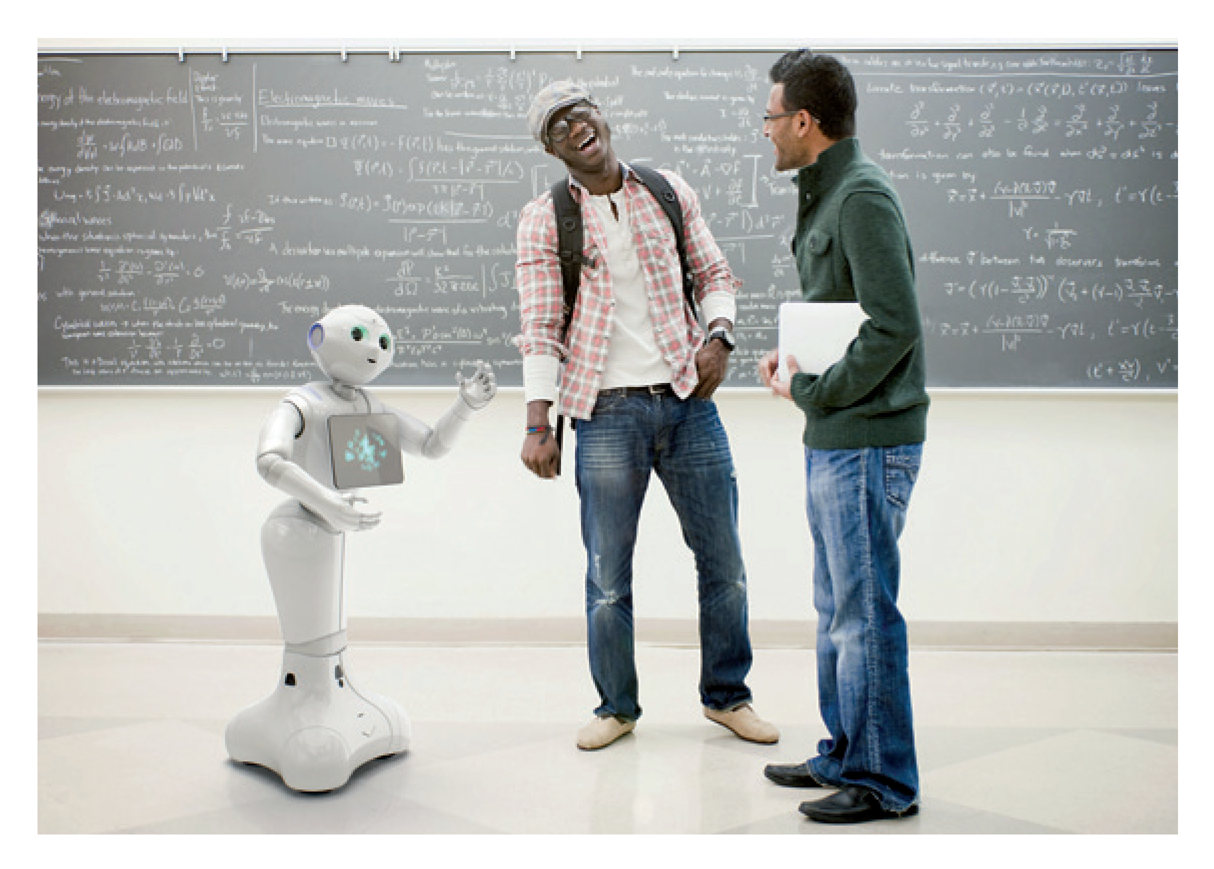
FRANK PASQUALE lehrt Jura an der University of Maryland und ist Mitinitiator der Kampagnen für algorithmische Transparenz und algorithmische Verantwortlichkeit (#algacc). In seinem Buch *The Black Box Society* (2015) zeigt er, welche zentrale Rolle Algorithmen nicht nur für die digitalen Medien spielen, sondern auch bei der Entscheidungsfindung in anderen Bereichen der Gesellschaft.

müssen. Durch eine solche Zentralisierung von Entscheidungen können Vorteile entstehen, aber diese müssen immer von Außenstehenden überprüft werden können.

Algorithmen können auch illegale oder falsche Daten verwenden und Einzelne ›unfair‹ behandeln. Wie erkennt man, dass man von einem Algorithmus ungerecht behandelt wurde?

Unglücklicherweise ist eine Überprüfung der Daten oder Algorithmen beinahe unmöglich – das gilt für viele Bereiche, in denen sich die algorithmische Kontrolle ausbreitet: von der Finanzwirtschaft bis zur präventiven Polizeiarbeit. Dadurch entsteht algorithmische Kontrolle auf einer zweiten Ebene: Hier können die betroffenen Personen nicht einmal verstehen, wie ihre Banken und die Polizei (und viele andere Institutionen) ihre Entscheidungen treffen über die Investition in oder die Beendigung von Projekten realer Menschen. Nur die Ergebnisse können analysiert werden – das aber haben wir allein der amtlichen Informationspflicht zu verdanken

Schließlich lassen sich in manchen Bereichen noch nicht einmal mehr die Ergebnisse nachvollziehen. Oft höre ich Sätze wie »Mein Name steht bei Google ganz oben« oder »Kiwi ist das Top-Suchergebnis für Schuhcreme«.



Peppers Spezialgebiet ist die soziale Interaktion. Menschliche Emotionen kann der Roboter analysieren und sich je nach Situation angemessen verhalten. Beide Bilder: © Aldebaran

In Wahrheit aber kann man das unmöglich wissen: Sie kennen nur die Top-Ergebnisse, die Sie sehen. Und Sie können untersuchen, was andere sehen. Aber nur die Suchmaschine weiß, was jeder Einzelne auf eine Anfrage hin sieht. Selbst im Inkognito-Modus von Google Chrome gibt es eine Restpersonalisierung – wie umfangreich die ist, ist mal wieder ein streng gehütetes Geschäftsgeheimnis. Personalisierung bedeutet also, dass wir erkenntnistheoretisch eine äußerste Bescheidenheit an den Tag legen müssen, wenn wir über die Auswirkungen solcher Suchmaschinen oder sozialen Netzwerke auf die öffentliche Sphäre schreiben: Wir sind in der Lage, allgemeine Trends zu erkennen. Aber wir haben kaum eine Ahnung, wer genau die Gewinner und wer die Verlierer auf der Aggregationsebene sind, auf der digitale Großplattformen operieren können. Es gibt in den Geschäftsbedingungen sogar das Verbot, die Ergebnisse zu analysieren.

Aufgrund der Komplexität vieler Algorithmen und deren Möglichkeit, Daten zu manipulieren oder zu umgehen, scheint mir die Frage der Transparenz dieser Prozesse äußerst kompliziert. Was kann man gegen den Black-Box-Charakter der Algorithmen tun?

Gehen wir einmal davon aus, dass viele Rechenprozesse tatsächlich so komplex sind, dass

man sie einem Menschen unmöglich erklären kann oder dass die Informationsverarbeitung inzwischen eine Form der Erkenntnis ist, die genauso undurchdringlich ist wie die eines menschlichen Entscheidungsträgers. Anders gesagt: Wir können nicht alle Nervenzellen des Gehirns entschlüsseln, um einem bestimmten Synapsenkomplex die Entscheidung einer Person, ein Stück Kuchen zu essen, zuzuordnen. Und genauso wenig können wir die Ereignissequenz verzeichnen oder aufdröseln, die zu einer bestimmten algorithmischen Angabe oder Sortierung führt. Aber selbst in diesem Fall wollen wir zumindest wissen, welche Daten in den Rechenprozess eingespeist wurden. In ein Kredit-Rating-System etwa gehören keine Gesundheitsdaten. Ebenso wenig sollten intransparente verhaltensbasierte Nutzerdaten für politische Online-Werbung verwendet werden. Nicht selten verlangen die Aufsichtsbehörden, dass Betreiber algorithmisch abgewickelter Geschäfte gewisse Informationen darüber zur Verfügung stellen, was während der Geschäfte vor sich gegangen ist. In der US-Finanzwirtschaft beispielsweise zeichnet ein sogenannter *securities information processor* den gesamten Handel auf. Das ist ein guter Ausgangspunkt, um eine zukünftige Überprüfung algorithmischer Aktivitäten zu ermöglichen; auch wenn das Ganze, wie die meisten Infrastrukturen in den USA, schrecklich unterfinanziert ist.



Sie haben das Konzept der algorithmischen Verantwortlichkeit entwickelt. Was verbirgt sich dahinter?

Die zunehmende Macht der Automatisierung – und die algorithmische Entscheidungsfindung, die sie in kommerziellen, amtlichen aber auch in gemeinnützigen Zusammenhängen erst ermöglicht – hat unter AkademikerInnen, AktivistInnen, JournalistInnen und RechtsexpertInnen Bedenken hervorgerufen. Drei Eigenschaften des algorithmischen Ordnens machen das Problem besonders schwer lösbar: Zum einen können die verwendeten Daten ungenau oder ungeeignet sein. Außerdem kann die Modellierung des Algorithmus unausgewogen oder fehlerhaft sein. Und schließlich ist der Einsatz von Algorithmen in vielen zentralen Bereichen immer noch intransparent oder unpassend. Diese drei Probleme haben die frühen Bemühungen zur Automatisierung von Dienstleistungen in juristischen, akademischen und medizinischen Zusammenhängen erschwert. Es gibt heute Planungen, die Arbeit

in jedem dieser Felder – in der Rechtspflege, bei Arzneimitteln und im Gesundheitswesen – zu automatisieren. Dieses Vorhaben steht unweigerlich vor den gleichen Problemen, wie ich sie in meinen früheren Arbeiten über Algorithmen dokumentiert habe: unvollständige Daten, schlechte Modellierung und deren Ausdehnung auf ungeeignete Kontexte. Die Automatisierung der Gefängnisverwaltung oder der Polizeiarbeit bei Protesten wird höchstwahrscheinlich grundlegende Menschenrechtsprinzipien verletzen, sofern sie nicht strikt überwacht wird von Personen, die für die Ergebnisse verantwortlich und in zentralen ethischen und rechtlichen Zusammenhängen ausgebildet sind. Die automatisierte Unterstützung bei der Entscheidungsfindung im klinischen Bereich muss von den Aufsichtsbehörden sehr genau überwacht werden, da sich hier möglicherweise dieselbe einseitige Faktenlage niederschlagen wird, die heute die Arzneimittelmärkte verzerrt. »Robo-Berater«, die in der Finanzwirtschaft zunehmend üblich sind, sollten auf der Basis eines transparenten Codes arbeiten, der infrage gestellt, überarbeitet und personalisiert werden kann. In all diesen Bereichen sollten diejenigen, die über die Verwendung von bestimmten Algorithmen entscheiden, belangt werden können für (bereits dokumentierte) Fälle von Fahrlässigkeit oder daraus resultierende Diskriminierungen. Es gibt keine wissenschaftliche Disziplin, die all die neuen Probleme, die von der automatisierten Entscheidungsfindung aufgeworfen werden, allein lösen kann. Aber durch die zunehmende Zusammenarbeit von ExpertInnen aus verschiedenen Disziplinen erhalten wir jedoch erste wichtige Antworten auf bestimmte Fragen. Zum Beispiel haben Digital-EthikerInnen auf der Grundlage der empirischen Sozialwissenschaften neue Kriterien für die Bewertung von algorithmischen Manipulationen von Inhalten und Personen erarbeitet, mit denen sie die Anwendung von Algorithmen durch Unternehmen und Regierungen beeinflussen wollen.

Wer als Empiriker frustriert ist vom blackboxartigen Wesen der algorithmischen Entscheidungsfindung, kann sich mit RechtsspezialistInnen und AktivistInnen zusammentun, um einige ihrer Facetten (mittels des Informationsfreiheitsgesetzes und verschiedener Datenschutzgesetze) zu erschließen. Ein gemeinsames Projekt von JournalistInnen, ProgrammiererInnen und SozialwissenschaftlerInnen besteht darin, die neuen, die Privatsphäre verletzenden Technologien der Datensammlung, -analyse und -verwendung aufzudecken und die Aufsichtsbehörden dazu zu drängen, energisch gegen die schlimmsten Verstöße vorzugehen. Es gibt auch ForscherInnen, die über die Analyse bestehender Daten hinausgehen und sich einem Bündnis aus Datenschutzbeauftragten, ArchivarInnen, Open-Data-AktivistInnen und VerfechterInnen des öffentlichen Interesses angeschlossen haben, um ausgewogenere ›Rohmaterialien‹ für die Analyse, Synthese und Kritik zu gewinnen. Die algorithmische Verantwortlichkeit verlangt nach der Herausbildung einer juristisch-akademischen Community und einer ausgeprägten Kooperation von TheoretikerInnen und EmpirikerInnen, PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und AktivistInnen über disziplinäre Grenzen und Arbeitsfelder hinweg. Eine akademische Community, die der Verantwortlichkeit als Prinzip in der Forschung,

in der Recherche und im Handeln verpflichtet ist, wäre ein erster Schritt in Richtung einer humanen Automatisierung dieser Berufe.

Was wären angemessene gesetzgeberische Schritte, um eine demokratische Kontrolle über den Einsatz von Algorithmen zu verbessern?
Zunächst müssten nicht manipulierbare Audit-Logs[1] aller in algorithmische Systeme eingespeisten Daten vorgeschrieben werden. Solche Datenaufzeichnungen sind – anders als das maschinelle Lernen, die vorausschauende Analytik und die datenverarbeitenden Algorithmen – nicht zu komplex, um von einer Person verstanden zu werden. Die Transparenz könnte hier schon durch eine Reihe verhältnismäßig einfacher Reformen enorm gesteigert werden.

In einigen Bereichen sollte eine für Menschen verständliche Erklärung vorgeschrieben sein. In den USA verlangt der *Equal Credit Opportunity Act* »Begründungs-Codes« von den BonitätsprüferInnen. Auch wenn sich die Branche dagegen gewehrt hat, lässt sich – insbesondere wenn es das Gesetz verlangt – durchsetzen, dass Kredit-Scoring-Systeme unter der Maßgabe entworfen werden, dass es eine verständliche Erklärung ihrer Funktionsweise gibt. (Das lässt sich als Teil der Values-in-Design-Bewegung[2] verstehen: Verständlichkeit als Ergebnis der Modellierung.) In den USA schreibt der *Dodd Frank Act* vor, dass Änderungen in der Rating/Ranking-Methode von den offiziellen Rating-Agenturen und den Bonitätsbewertungsunternehmen auszuweisen sind, was Mark Patterson zufolge in bestimmten Fällen auch für Suchmaschinen gelten sollte.[3]

Schließlich gibt es auch in den Fällen einen weiteren regulatorischen Ansatz, in denen die Rechenprozesse tatsächlich zu komplex sind, um Menschen in konventioneller Sprache oder in Gleichungen verständlich zu sein: nämlich den Geltungsbereich der aus solchen Prozessen gezogenen Entscheidungen zu begrenzen. Zudem könnte die Politik etwa beschließen, dass wenn eine Bank ihren KundInnen keine vollständige Aufstellung (einschließlich der verwendeten Daten und Algorithmen) darüber liefern kann, wie sie die Entscheidung über deren Kreditantrag getroffen hat, diese ausgeschlossen wird von allen (oder von bestimmten) staatlichen Vergünstigungen, die ja im Finanzsektor durchaus gängig sind. Die Politik kann mit Verweis auf Stabilitätsbedenken auch den Hochfrequenzhandel an Aktien- und Anleihemärkten verbieten. Ähnliche Anliegen stehen auch im Zentrum der Kampagnen gegen letale autonome Waffensysteme. Hier lautet die Forderung, die Entwicklung von Tötungsmaschinen, die von Algorithmen angetrieben werden, zu unterbinden.

Die Kampagnen für algorithmische Transparenz und für algorithmische Verantwortlichkeit (#algacc) werden sich schrittweise und bereichsspezifisch entwickeln. Die Debatte darum werden wir weiterführen, so etwa im Frühjahr 2016 an der Yale University.[4]

Das Gespräch führte Patrick Stary.
Aus dem Englischen von Andreas Förster

1 Vgl. www.datascienceassn.org/sites/default/files/Network%20Accountability%20for%20the%20Domestic%20Intelligence%20Apparatus.pdf.
2 Vgl. www.nyu.edu/projects/nissenbaum/vid.
3 Vgl. www.competitionpolicyinternational.com/manipulation-of-product-ratings-credit-rating-agencies-google-and-antitrust.
4 Vgl. http://isp.yale.edu/event/call-abstracts-unlocking-black-box.

DIE WELT HACKEN

WARUM HACKTIVISMUS EIN EINSTIEGSPROJEKT IST

MARKUS EUSKIRCHEN

Kämpfe auf analogem wie digitalem Terrain lassen sich entlang ihrer unbewussten oder bewussten strategischen Ausrichtungen gruppieren. Auf dem Feld der Internet- und Kommunikationstechnologie erstrecken sich diese zwischen den Polen *Verweigerung* und *subversive Affirmation*. Die Verweigerung steht in der Kontinuität etwa feministischer Technikkritik oder auch radikaler (ökologischer) Wachstumskritiken, die technischen Fortschritt untrennbar mit ressourcenfressenden und lebenszerstörenden Wachstumsraten identifizieren (vgl. etwa Ullrich 1979). Sie wollen die ›echten‹ sozialen Beziehungen und das unmanipulierte Leben schützen und beharrten auf der Subsistenzfähigkeit analoger Produktions- und Kommunikationsmittel. Dort, wo sie sich nicht auf moralisierende und individualisierende Appelle beschränkten, digitalem Konsum und digitalen Produktionsmittel zu entsagen, orientierten sie sich an den Aufständen in fordistischen Zeiten gegen Patriarch, Regierung und Fabrikherrn mit der

Leitparole: »Macht kaputt, was euch kaputt macht!«. Die subversive Affirmation hingegen hat verstanden, dass es kein Entkommen gibt aus der umfassenden Produktivkraftrevolution, die die Digitalisierung und die Möglichkeiten der globalen Echtzeitkommunikation bedeuten. Daher entlehnt sie aus den alten Kämpfen die widerständige Identität und aus dem Fundus der neuen technischen Möglichkeiten ihre Mittel. ›Smartes‹ Telefon und die diversen Vernetzungs- und Kommunikationsangebote der Konzerne sind willkommene Werkzeuge der Öffentlichkeitsarbeit und der Mobilisierung und Koordination von Aktivismus.

Das Problem der Verweigerungsstrategie ist, dass sie sich jeglicher technikbasierter Handlungsfähigkeit beraubt. Denn was in einem vergangenen Kampfzyklus noch erfolgreich war, als der Kampfort noch einheitlich und physisch-analog war und die Fabrik als Speerspitze der Produktivkraftentwicklung noch Adresse und Tor hatte, als die Patriarchen nur durch die Anerkennung ihrer Rolle Patriarch sein konnten und die Befehlshaber vom Gehorsam ihrer Untertanen abhingen, da hat die »Große Verweigerung« (Marcuse) gegen die Autoritäten der Disziplinargesellschaft ernsthaft Wirkung entfalten können. Heute, wo die Hierarchien flach, das Kommando liquide, die Produktion fragmentiert und in großen Teilen entweder ortlos oder ins Unerreichbare verlagert ist, da trifft die Verweigerung niemanden mehr. Der technologische Angriff – in Wahrheit ein sozialer und biopolitischer, der als technologischer daherkommt – subsumiert die Verweigerungshaltung als Relikt eines vergangenen Verwertungszyklus und fegt über sie hinweg. Die Verweigerung ist dem digitalen Angriff egal. Die subversive Affirmation hingegen ist handlungsfähig – genau in dem Maße, wie es die repressive Toleranz der Konzernregeln (AGB) und der staatlichen Gesetze zulässt. Die Netze und Dienste der Konzerne sind komplett überwacht. Das verdrängt die subversive Affirmation gerne und macht sich stattdessen vor, dass partieller und selektiver Gebrauch dieser Überwachungstechnologien des Gegners nicht zu dessen Gesamtbild der Welt beiträgt und so die gegnerische Macht weiter vergrößert. Aber genauso ist es: Die Algorithmen fügen die Puzzlestücke der vermeintlich subversiv affirmativen Aktivitäten zusammen. Die Subversion in der Affirmation ist Illusion. Mehr oder weniger bewusste Selbstzensur in Wort und Tat und die Inkorporation in den Angriff sind die Perspektive.

MARKUS EUSKIRCHEN ist als Blogonaut aktiv für ein *Netz für alle* sowie Internet-Redakteur am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Im Folgenden versuche ich zu zeigen, dass es mit ›Hacktivismus‹, mit dem Hacken von Software, Hardware und sozialen Verhältnissen Praxisansätze gibt, die den Ausweg aus diesem strategischen Dilemma nicht etwa in einem cleveren Kompromiss auf dem Kontinuum zwischen Verweigerung und Affirmation nahelegen, sondern quer dazu, in einer strategischen Ausrichtung, die ich als Exodus (Hardt/Negri 2010, 166) bezeichnen möchte. Wikipedia fasst den Begriff des ›Hacktivismus‹ eng entlang von Protest*formen*: »Hacktivismus (Kofferwort aus Hack und Aktivismus, engl. *hacktivism*) ist

die Verwendung von Computern und Computernetzwerken als Protestmittel, um politische Ziele zu erreichen.« Ich schlage hier vor, die Idee des Hackens weiter zu fassen und sie als die konstituierende Praxis einer bestimmten Lebensweise auch jenseits der technologischen Sphäre zu sehen: als den spielerischen kreativen Umgang mit Technik *jeglicher*, also nicht notwendigerweise nur computer- oder programmierungstechnischer Art. »Wo der Ingenieur alles, was funktioniert, in Beschlag nimmt, damit alles besser funktioniert und er es in den Dienst des Systems stellen kann, fragt sich der Hacker, ›wie funktioniert das?‹, […] entreißt die Techniken dem technologischen System, um sie daraus zu befreien. Wenn wir Sklaven der Technologie sind, dann genau deshalb, weil es eine Reihe von Artefakten unserer täglichen Existenz gibt, die wir für besonders ›technisch‹ halten und sie auf immer als einfache Blackboxes betrachten, deren unschuldige NutzerInnen wir wären. Zu verstehen, wie jedes beliebige der Gerät funktioniert, das uns umgibt, verschafft uns ein Mehr an unmittelbarer Macht und gibt uns Zugriff auf das, was uns nun nicht mehr als Umgebung erscheint, sondern als eine Welt, die in einer bestimmten Weise aufgebaut ist und in die wir eingreifen können. Das ist die Sicht des Hackers auf die Welt.« (Das unsichtbare Komitee 2015, 94)

Die Arbeit der Hacker und der Häxen (so der sprachliche Versuch, die maskulinische Engführung der Bezeichnung aufzuheben) konstituiert eine Lebensweise, die auf die Aneignung, Produktion, Weiterentwicklung und Nutzung von Technik jenseits der kapitalistischen Einhegung von Technologie zielt. Denn das Zukünftige, auch in einer befreiten Variante, ist im Vergangenen und Gegenwärtigen angelegt, implizit. Hacken ist die explizierende Arbeit am Impliziten, am Reich der real existierenden Möglichkeiten der Befreiung, Bergungsarbeit am Implex (vgl. Dath/Kirchner 2012). Diese Arbeit entwickelt eine Fluchtbewegung (im Gegensatz zum Verharren der Verweigerung und zur Anpassung der Affirmation). Hacken läuft in Richtung des Exodus vom entsagungsvollen Imperium der kapitalistisch beherrschten und herrschenden Technologien ins gelobte Land der befreiten Technik, der Techniken der Befreiung. Um diese bewusst utopische strategische Ausrichtung quer zu Verweigerung und Affirmation zu etablieren, helfen vielleicht einige Anschaulichkeiten zum Praxisstand: Das Online-Lexikon Wikipedia wäre der erfolgreiche massenwirksame Hack des Prinzips Enzyklopädie. Eine analoge Uhr, umgebaut zu einem Zeitzünder, wäre ebenfalls ein Hack, ganz ohne dass dabei Computer oder Programmierarbeit eine Rolle spielten. Martin Luther hat durch seine Übersetzung aus dem Lateinischen die Bibel gehackt. Gutenberg versetzte dem Printmonopol der Klöster den Todesstoß. General Public License (GPL), die bekannteste Lizenz für freie Software, benutzt das Urheberrecht und die zuständigen Gerichte, um die Privatisierung von Programmcodes zu verhindern: mit den Mitteln des Eigentumsrechts gegen das geistige Eigentum, ein Hack der bürgerlichen Eigentumsordnung. Trägt die Arbeit an einem derartigen Hack zur Verbesserung menschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen bei, zu mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit, dann lässt sich meines Erachtens ebenso von ›Hacktivismus‹

sprechen. Dabei beansprucht und nimmt sich ›Hacktivismus‹ vier Freiheiten:[1]

1 | Die Freiheit, ein Werk für jeden Zweck einsetzen zu dürfen (primäre Freiheit).

2 | Die Freiheit, untersuchen zu dürfen, wie ein Werk funktioniert, und es den eigenen Bedürfnissen anzupassen (wissenschaftliche Freiheit).

3 | Die Freiheit, das Werk an andere weiterzugeben und Kopien für andere machen zu dürfen (soziale Freiheit).

4 | Die Freiheit, das Werk verbessern und diese Verbesserungen zum allgemeinen Wohl zugänglich machen zu dürfen (konstruktive Freiheit).

Charakteristisch für diese Arbeit ist ein Verhältnis zur Technologie, das zwar konstruktiv ist (und nicht verweigernd), jedoch nicht affirmativ (sondern kritisch rekonstruktiv). Was das für die Praxis bedeutet, will ich mithilfe einer Unterscheidung zweier Begriffe verdeutlichen, die in den Debatten häufig synonym gebraucht werden, aber wesentlich unterschiedliche Gegenstände bezeichnen. In der Hackerlogik bilden nicht Technik und Natur das entscheidende Gegensatzpaar, sondern kapitalistische Technologie und menschengemäße Technik. Der Hacker ist Materialist. Er hat am eigenen Körper erfahren, dass der Mensch als Individuum sich unzählige Techniken aneignen muss, bevor er überhaupt ohne Betreuung und Schutz durch seine Eltern beziehungsweise sonstige sozial mit ihm verbundene Menschen lebensfähig ist. Als Teil der Hacker-Community hat er gelernt, dass der Mensch als Gattungswesen sich erst unzählige Techniken aneignen musste, um sich aus den Fängen der Natur zu befreien – und dieser Befreiungsprozess ist nicht abgeschlossen.

»Jedes Werkzeug konfiguriert und verkörpert ein bestimmtes Verhältnis zur Welt und wirkt sich auf denjenigen aus, der es verwendet. Die derart geprägten Welten sind nicht gleichwertig, ebenso wenig wie die Menschen, die darin leben. Genauso wenig, wie diese Welten gleichwertig sind, sind sie auch hierarchisierbar. Es gibt nichts, was erlauben würde, einige gegenüber anderen als ›fortschrittlicher‹ anzusehen. Sie sind nur unterschiedlich, jede mit ihrer eigenen zukünftigen Entwicklung, ihrer eigenen Geschichte.« (Das unsichtbare Komitee 2015, 94) Erst das Effizienzkriterium, die Produktivität als Maßstab der kapitalistischen Produktionsweise führt die Hierarchisierung der unterschiedlichen Lebensweisen ein und drängt im selben Moment schon auf die Ausrottung aller weniger produktiven Techniken. Die Produktivität ist ein formales, inhaltlich leeres Kriterium. Es spaltet den ethischen, ästhetischen, sozialen Gehalt ab, der in Techniken stecken kann. Was bleibt, sind Technologien, die allein über ihre Produktivität zueinander in Konkurrenz geraten. Dabei könnten wir mit dem, »was wir an Kontakt-, Austausch-, Koordinationsmaschinen derzeit besitzen, die Individuen einerseits auf neue, freiheitliche, Art und Weise verbinden, andererseits Gleichschaltung, Gefolgschaftsherstellung und Sozialformatierung sehr viel schneller, scheinindividualisierter und kurzfristig daher auch wirkungsvoller ins Werk setzen als vor der elektronischen Vernetzung. [...] Man kann über die imperialistischen Staaten der Gegenwart sagen, was man will [...]; aber immerhin, sie haben die Datenautobahn gebaut.« (Dath/Kirchner 2012, 649; 654) Wir sehen uns nicht mit einem Fortschrittspro-

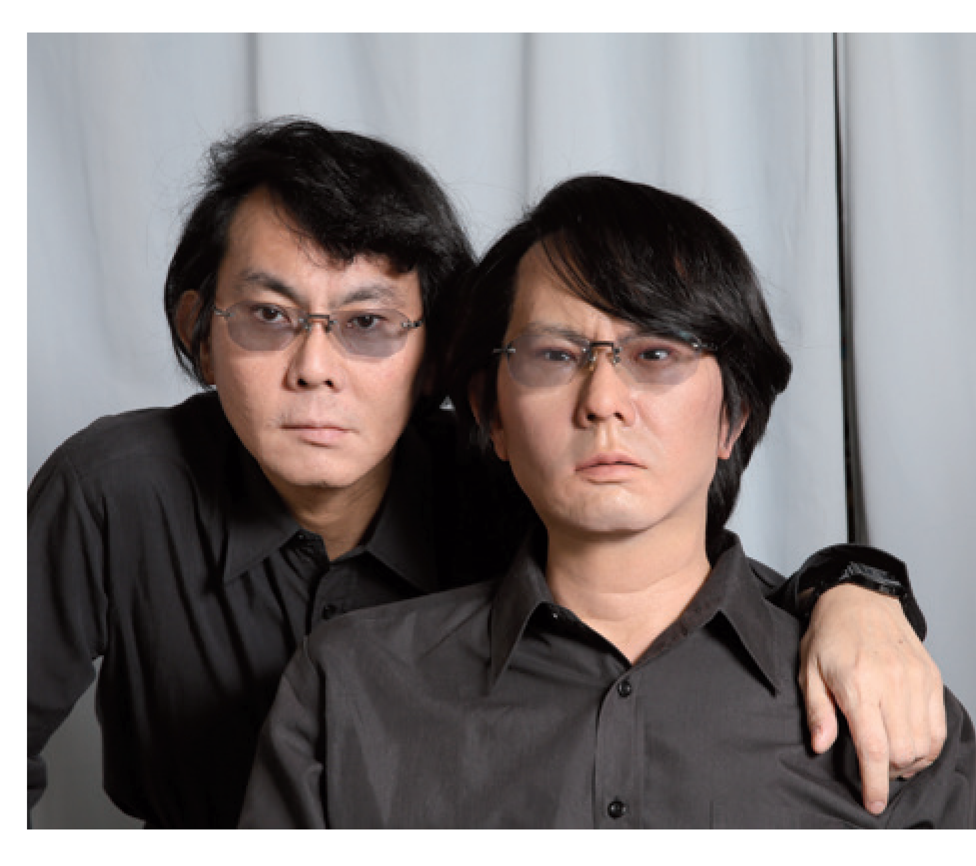


Die androide Nachrichtensprecherin Kodomoroid (links) mit ihrer Kollegin Otonaroid auf einer Pressekonferenz. © HIL

blem konfrontiert, sondern damit, dass den Verhältnissen impliziter, das heißt möglicher sozialer Fortschritt in alptraumhafter Weise blockiert ist durch die kapitalistische Produktionsweise auf einer technologischen Basis, die nur das Produktivste als Technologie rentabel organisiert und alles andere verunmöglicht oder sogar zerstört.

Oft richten sich ›hacktivistische‹ Aktionen gegen die Technologie von Konzernen (z.B. Kampagne gegen Google Glasses) oder Kampagnen der Privatwirtschaft (z.B. Initiativen gegen die Einführung von »Digital Rights Management«/DRM), die gegen diese Freiheiten anarbeiten, indem sie ihre politischen Ziele in ihre Technologie einarbeiten, um auf der Grundlage von Geheimwissen und Nutzungsverboten ihre Macht und ihre Kapitalbasis zu erweitern. Indem ›Hacktivismus‹ sich nicht auf Appelle beschränkt und auf die regulierende Intervention etwa einer staatlichen Instanz wartet, um diese Freiheiten zu schützen oder überhaupt erst herzustellen, gerät er auch in ein Spannungsverhältnis zu staatlicher Ordnungspolitik, bisweilen gar in den Fokus von Kriminalisierung oder unter Terrorismusverdacht. Letzteres mag daran liegen, dass eine radikale Fraktion tatsächlich so weit geht, grundsätzlich über die Dialektik von Produktivkraftentwicklung und Entwicklung der Produktionsweise nachzudenken: Wie hackt man eine Gesellschaftsformation, zum Beispiel

bürgerliche Herrschaft und Kapitalismus? Die Produktivkraftentwicklung wird dabei verstanden als die Dialektik von Produktionsmittel- und Arbeitskraftentwicklung, also die Entwicklung von Energiemaschinen (Dampfmaschine etc.), Prozessmaschinen (Fließband etc.), Algorithmusmaschinen (PC etc.) einerseits und von menschlicher Kreativität andererseits. Strategisch gehen sie dabei ganz ähnlich vor wie die Menschenrechtsbewegung oder die Arbeiterbewegung: Rechte werden formuliert, deren Allgemeingültigkeit wird behauptet und schließlich wird für die Durchsetzung dieser Behauptung gekämpft. In diesem Zusammenhang sind die Aktionen zu sehen, die wir meist gar nicht oder nur als zufälligerweise Betroffene miterleben oder vereinzelt und ohne Kontext über die Massenmedien berichtet bekommen.



Androiden-Entwickler Hiroshi Ishiguro mit seinem Alter Ego, Geminoid HI-4. © HIL

Taktisch – auf der Ebene der Wahl der Mittel – bedeutet ›Hacktivismus‹ Kampf gegen die proprietären Technologien und Infrastrukturen von Konzernen, die ihre BenutzerInnen auf unmündige KundInnen reduzieren und neben Geld auch noch alle Daten sammeln, derer sie habhaft werden können. Die so gewonnenen Kundenprofile werden nicht nur weiterverkauft, sondern akkumuliert und automatisiert ausgewertet. Mittelfristig läuft das nicht nur auf individualisierte Werbung und präventive Polizeiarbeit hinaus, sondern auf die kybernetische Gesellschaftssteuerung im Ganzen. Dieser offensichtlich unfreien Perspektive begegnet ›Hacktivismus‹ mit dem Aufbau und mit der Verbreitung quelloffener und freier (im obigen vierfachen Sinne) Infrastrukturen, Architekturen, Schnittstellen, Programme und Algorithmen. Christoph Ohm bestimmt Hackerarbeit auf höherem Abstraktionsniveau als die »allgemeine Arbeit, die gefesselte allgemeine Arbeit entfesselt – oder wie im Fall von Napster – noch ungefesselte allgemeine Arbeit nutzt, bevor ihr Fesseln angelegt werden. Hackerarbeit ist demgemäß in Weiterführung von Marx zu begreifen als ›alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung‹, die Formen

technischer Fesselung der Produkte allgemeiner Arbeit entgegenwirkt. […] Das Internet fungiert unterm Aspekt allgemeiner Arbeit in Art eines kollektiven Intellektuellen, der das Werk intellektuell aktiver Einzelner/lokaler Kollektive speichert und es global allen verfügbar macht, die auf dieses Werk zugreifen, es sich für eigene Produktion nutzbar machen und ihre Ergebnisse ins Netz zurückspeisen.« (Ohm 2000, 731f).

Hacker arbeiten als »Technik-Pioniere und Produktionshacker« (ebd.) an der Befreiung der Technik. Bildlich gesprochen: an der Befreiung der Maschinen vom Verwertungszweck als notwendiger Bedingung für die Befreiung des Menschen, oder wie Dietmar Dath (2008, 130) zuspitzt: »Die Menschen müssen ihre Maschinen befreien, damit die sich revanchieren können.« Ganz konkret bedeutet dies: Ausbau freier Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen schon auf der Hardwareebene (Leitungen, Netze, Funkstrecken, Server) statt Telekomkonzernnetze. Diesen Ansatz verfolgen Freifunk und die vielen kleinen Community-Provider wie etwa in-berlin.de. Server und Endgeräte werden auf der Basis von freier Hardware und freier Software betrieben. Die Zukunft der Hardware ist derzeit besonders wichtig, denn bei freier Software ist schon sehr viel möglich. Beispiele gibt es im Bereich der Internet-Router für den privaten Bereich: Da lassen sich eingebettete Systeme auf Open-Hardware-Basis (RaspberryPi) schon heute mit freier Software (openwrt) betreiben. Als allgemeine Konstruktionsprinzipien gelten dabei erstens die oben genannten Freiheiten, wie sie zum Beispiel die General Public License ausführt, also ›infektiös‹ und eben nicht beschränkt und kolonisierbar durch die Kapitalverwertung, wie im Fall einiger Creative-Commons- und Open-Source-Lizenzen. Ebenso wichtig sind – zweitens – Modularität und offene Dokumentation aller Schnittstellen, damit alles mit allem für alle kombinierbar bleibt und alle Ideen umsetzbar sind.

Vorstellbar und möglich wäre die freie Chipfabrik,[2] die auf der Basis von freier Hard- und Software die Grundkomponenten freier Hardware herstellt. Dies kann man sich so ähnlich vorstellen wie die vielen Fablabs, in denen schon heute 3D-Drucker und CNC-Fräsen Bestandteile von Maschinen herstellen und auch einfache Schaltkreise ätzen können. Obwohl viele dieser Anlagen nicht im antikapitalistischen Sinne betrieben werden, treiben sie zurzeit die Produktionsmittelentwicklung voran, die immerhin von ihren impliziten Möglichkeiten her über die kapitalistische Produktionsweise hinausweist (vgl. Boeing 2015, 37). Kurz: Auch Maschinen und sogar Maschinen, die Maschinen machen, lassen sich herstellen, ohne auf kapitalistische Produktionsstätten zurückgreifen zu müssen. Auch aus in der kapitalistischen Produktion aus Effizienzgründen ausgesonderten Komponenten lassen sich befreite Maschinen zusammenbauen. Stichwort: *hardware hacking*. Und eine Bewegung, die die Müllhalden der Zivilisation zu hacken bereit ist, wird auch nicht mehr auf Sklavenarbeit in den Minen neokolonialer Bürgerkriegsgebiete zurückgreifen müssen, sondern sich das Know-how der Recycling-marktführer (Aurubis, Umicore usw.) aneignen und gleichzeitig deren extraktivistisches Treiben kritisieren. Der technopolitische Exodus ist in erster Linie der Auszug aus der Welt der

privateigentümlich verfassten Produktivkräfte. Darin besteht das übergreifende ›hacktivistische‹ Programm, das derzeit läuft – und in dessen Zusammenhang wir beispielsweise Urheberrechtsnovellen oder Verträge wie TTIP oder die monopolistische Investitionspolitik der großen kalifornischen Technologie- und Internetkonzerne als Teil des techno-sozialen Angriffs verstehen müssen.[3]

Der Exodus besteht im organisierten Auszug aus den aufgeherrschten Technologien und den mit ihnen daherkommenden Ideologien. Er findet seinen Weg entlang selbst angeeigneter technischer Fähigkeiten und real existierender, selbstorganisierter Alternativen. Er kann die Verweigerung und die Affirmation als Widerstandsstrategien aufheben: Die Verweigerung im Exodus richtet sich gegen Verwertungszwang und Produktivitätsterror. Die Affirmation darf mit den selbstorganisierten Gadgets spielen, organisieren, Bedürfnisse mit Fähigkeiten abgleichen, das Leben schöner machen. Die Unterscheidung zwischen Technik und Technologie ist kein rhetorischer Winkelzug. Sie ist vielmehr der diskurspolitische Hack, der uns Handlungsmöglichkeiten gegen den gegenwärtig stattfindenden technologischen Angriff verschafft und die Perspektive einer digitalen Revolution öffnet, die diesen Namen auch verdient. Die begriffliche Trennung zwischen Technik und Technologie befreit die intellektgeleitete, planende, über Generationen hinwegverlaufende, werkzeugbasierte Welt- und Wirklichkeitsaneignung, die für den Menschen als Gattungswesen wesentlich ist, von der kapitalistischen Unterjochung durch die Sachzwänge, die aus der Gleichschaltung zu den Bedingungen der je produktivsten Technologien resultieren. Derzeit konzentriert sich die Macht in den Algorithmen und Datenbanken der großen Konzerne. Sie materialisiert sich im Code. Hier offenbart sich die tiefere Bedeutung des Slogans »Code is Law«. Die bürgerlichen Revolutionen machten Schluss mit der despotischen Verfügung über das *law* – Gesetze und Verfassung. Seitdem gelten in der Legislative die vier Freiheiten. Diese revolutionäre Tradition treiben diejenigen weiter, die sich weder verweigern noch anpassen, sondern daran arbeiten, den digitalen Despoten die Verfügung über den Code zu entreißen – mit welchen Mitteln auch immer.

LITERATUR

Boeing, Niels, 2015: 3D-Druck – Computergesteuerte Produktionsmittel für alle?; in: *Das Argument* 311, 32–37

Das unsichtbare Komitee, 2015: *An unsere Freunde*, Hamburg

Dath, Dietmar, 2008: *Maschinenwinter: Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift*, Frankfurt/M

Ders. und Barbara Kirchner, 2012: *Der Implex sozialer Fortschritt: Geschichte und Idee*, Berlin

Hardt, Michael und Antonio Negri, 2010: *Common Wealth. Das Ende des Eigentums*, Frankfurt/M

Ohm, Christoph, 2000: Hacker – das Ethos der neuen Kämpfe im Internet-Zeitalter, in: *Das Argument* 238, 720–740

Ullrich, Otto, 1979: *Technik und Herrschaft: Vom Hand-Werk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion*, Frankfurt/M

---

1 In Anlehnung an die ursprüngliche schriftliche Fixierung der Idee bei gnu.org 1986 (www.gnu.org/philosophy/free-sw.html) und Christian Siefkes (www.freie-gesellschaft.de/wiki/Vier_Freiheiten).

2 Und angesichts der Dominanz des kommerziellen Chipherstellers Intel mit seinen Hintertüren in den Prozessorarchitekturen für private und staatliche Manipulateure auch dringend nötig! Vgl. http://libreboot.org/faq/#intel.

3 Alles, was ich hier für die – nennen wir es der Einfachheit halber – siliziumbasierte Technik skizziert habe, gilt auch für die aminosäurebasierte Technik. Im Hackerjargon hat sich bereits der Begriff *wetware* dafür eingebürgert, weil in den Biohacking-Spaces so viel mit Nährlösungen zu hantieren ist. Und auch hier geht es mit den Mitteln der Informationsverarbeitung um Aneignung, Ausschluss, Zweckentfremdung – lediglich in einem anderen Codierungssystem, das aufgrund seiner technischen Verfasstheit (vier Aminosäuren statt zwei elektrische Zustände) nicht binär, sondern quaternär codiert ist.



NICK GENTRY

FLOPPY PORTRAITS

»XCHANGE«

Nicht Leinwände, sondern Floppy Disks bilden den Hintergrund für Nick Gentrys Bilder – ein Medium, das der digitale Wandel zurückgelassen, obsolet gemacht hat. In den Porträts des britischen Künstlers geht der Mensch eine eigenwillige Synthese mit diesen digitalen Artefakten des letzten Jahrhunderts ein. Die freiliegenden Metallscheiben der Disketten werden zu Augen, die einen verstörend fixieren. Ihre Gesichter sind allesamt jung, aber sie wirken deplatziert, ihrer Zeit entrückt, wie Cyborgs einer vergangenen Generation.

V.l.n.r.: »Rouge«, »Passing Shot«, »Troy«, alle Bilder © Nick Gentry

PASSING SHOT
Night Raider
STREET FIGHTER 2
DISK 1

POPULISMUS: PROJEKT OHNE SUBJEKT?

ANTONIO NEGRI ▮ ALEX DEMIROVIĆ

ÜBER LACLAU, DIE MULTITUDE UND HEGEMONIE

ANTONIO NEGRI

Ich möchte mich dazu äußern, was mir Laclaus Werk und der Dialog, den wir beide in den letzten Jahren geführt haben, bedeutet. Es war ein intensiver und zugleich kritischer Dialog, der von klaren Differenzen, aber auch großem Respekt gekennzeichnet war. Für mich stellt Laclaus Analyse eine neukantische Variante dessen dar, was sich als »post-sowjetischer Sozialismus« bezeichnen ließe. Bereits in der Epoche der Zweiten Internationale bot der Neukantianismus eine kritische Perspektive auf den Marxismus. Ohne ihn als Feind zu betrachten, versuchte er ihn seinen eigenen Zielen unterzuordnen und ihn in gewisser Weise zu neutralisieren. Die Kritik richtete sich gegen den politischen Realismus und die Ontologie des Klassenkampfes.

Die erkenntnistheoretische Vermittlung bestand während dieser Periode im Gebrauch beziehungsweise Missbrauch des kantischen Transzendentalismus. Laclaus Denken kann – wenn wir uns, entsprechende Veränderungen vorausgesetzt, selbst in einer Phase des Post-Sowjetismus verorten – teils in diesem Sinne verstanden werden. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass wir hier nicht über Reformismus im Allgemeinen sprechen – ein Reformismus, der manchmal nützlich und manchmal unbrauchbar sein kann. Vielmehr geht es darum, Laclaus theoretisches und politisches Wirken in einem bestimmten historischen Kontext und damit auch in seiner gegenwärtigen Bedeutung zu begreifen.

DIE MULTITUDE ODER SUBJEKTIVITÄTEN IN SPANNUNG

Beginnen wir mit einem ersten Punkt. Laclau argumentiert, die gegenwärtigen Gesellschaften seien durch Multitudes geprägt. Die Multitude weist aber keine ontologischen Bestimmungen auf, und noch weniger Regeln, die es ihr ermöglichen würde, ihre eigene Zusammensetzung zu steuern. Also kann sie nur ›von außen‹ zustande kommen. Worum es in einem sehr kantischen Sinne bei dieser Operation geht, ist ein Verständnis des ›Dings an sich‹ – eines Dings, das nicht ohne Hinzuziehung ›der Form‹ erkennbar ist. Diese Operation ist eine Art transzendentale Synthesis.

Ist es möglich und erstrebenswert, dass sich heterogene soziale Subjektivitäten spontan organisieren, oder müssen sie organisiert werden? Das ist eine klassische Fragestellung – sie liegt dem kantischen Kritizismus zugrunde. Laclaus Antwort lautet: Es gibt heute keinen sozialen Akteure mehr ›für sich‹, also keine universelle Klasse (wie Marx die Arbeiterklasse fasste); aber es gibt auch kein Subjekt mehr, das als Ergebnis sozialer Spontaneität und Selbstorganisierung in Anspruch nehmen könnte, hegemonial zu sein.

Der klassische Marxismus hat mit einer zu einfachen Vorstellung vom Klassenkampf im Kapitalismus gearbeitet und ein Subjekt, einen Akteur der Emanzipation konstruiert, bei dem Autonomie und Zentralität zusammenfielen. In der heutigen Epoche hat sich dieses Terrain aufgelöst – folglich konnte sich ein anderes Terrain durchsetzen, das aus einer Vielzahl von Heterogenitäten besteht. Nur eine politische Konstruktion kann künftig in diesem Raum der Nicht-Homogenitäten zum Tragen kommen. Die Homogenität ist so oder so verschwunden, gleich, ob wir sie als etwas Vorauszusetzendes verstehen oder ob wir uns darauf beschränken, ihre Existenz festzustellen. Das ist es, womit sich Laclaus Überlegungen zu Hegemonie auseinandersetzen. Er negiert damit nicht, dass Momente organisierter Autonomie oder große Subjektivitäten auf der Bühne der Geschichte auftreten könnten. Doch macht er immer ein ›Spannungsverhältnis‹ zwischen diesen subjektiven Gestalten aus und nimmt in allen Fällen an, sie müssten ›in ein Spannungsverhältnis‹ gebracht werden. Laclau versteht diese Spannung als konstitutiv. Das ist die transzendentale Einbildungskraft in Aktion. Mir kommt es

ANTONIO NEGRI war Mitbegründer der *Potere Operaio, wes*halb er in Italien politisch verfolgt wurde und 14 Jahre in Paris im Exil lebte. Er gilt als Vordenker der globalisierungskritischen Bewegung und prominenter Vertreter des postoperaistischen Denkens.

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler und einer der eingriffslustigsten linken Intellektuellen. Er arbeitet als Fellow am Insitut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

Mit diesen Beiträgen setzen wir eine Debatte um Populismus fort, die wir mit dem posthum veröffentlichten Text von Ernesto Laclau *Warum Populismus?* in *LuXemburg* 1/2014 begonnen haben.

vor, als würde er den politischen Kontext als Januskopf begreifen und die Spannung zwischen den beiden Gesichtern als eine Spannung zwischen Raum und Zeit, zwischen Kette und Schuss, die jede Konstruktion von Macht durchqueren und überschreiten, lösen und bestimmen muss. So entsteht Hegemonie/Macht.

DIE SCHWIERIGE ARTIKULATION HETEROGENER SUBJEKTIVITÄTEN

Es sollte klar sein, dass die Immanenz, Autonomie und Pluralität, die für die Multitude konstitutiv sind, nicht imstande sind, Macht zu konstruieren. Mehr noch, sie stellen immer auch Hindernisse für die Herausbildung jedweder politischen ›Szene‹ dar. Denn wenn, so Laclau weiter, die Gesellschaft völlig heterogen wäre, dann wäre eine Bedingung für politisches Handeln, dass die Singularitäten auf der Ebene der Immanenz einen Prozess der ›Artikulation‹ in Gang setzen können, der es ihnen erlaubt, die grade erwähnte Spannung zu strukturieren. Sie müssten in der Lage sein, die politischen Beziehungen zwischen diesen Singularitäten zu definieren. Aber sind sie dazu imstande?

Bei Laclau fällt die Antwort negativ aus, und dies verweist auf eine transzendentale Antriebskraft. Es gibt keine andere Möglichkeit, als die Artikulation auf einer formalen Ebene anzusiedeln – wobei unter ›Form‹ nicht nur ›etwas Leeres‹, sondern eine Art ›konstitutiver Hülle‹ zu verstehen ist. Tatsächlich betont Laclau, dass, wenn wir uns eine Artikulation der Multitude vorstellen wollen, eine hegemoniale Instanz jenseits der Ebene der Immanenz entstehen muss – eine hegemoniale Instanz, die geeignet ist, diesen Prozess anzuleiten und ein Zentrum zu repräsentieren, mit dem sich alle Singularitäten identifizieren können. Ich zitiere ihn: »Es gibt keine Hegemonie ohne die Konstruktion einer popularen Identität auf der Grundlage der Pluralität demokratischer Forderungen.«

Wenn der gesellschaftliche Kontext aus einer inhomogenen Multitude besteht, muss eine Kraft etabliert werden, die die verschiedenen Teile dieser Inhomogenität artikuliert, um deren Integration zu gewährleisten. Das Beharren auf Selbstorganisierung oder der Bezug auf präkonstituierte Subjekte sollten nicht vergessen lassen, dass es notwendig ist, gemeinsame Themen und homogenisierende Sprachen zu finden, die durch die verschiedenen lokalen Organisationen zirkulieren können. Diese Artikulation/Vermittlung kann auf keinen Fall das alte Modell der traditionellen ›mächtigen‹ Organisationen (Parteien, Kirchen, Unternehmen) kopieren. Sie muss vielmehr von der Vorstellung eines ›leeren Signifikanten‹ her gedacht werden. Aber wie schon gesagt, bezeichnet dieser leere Signifikant keine leeren Formen der Einheit, die dogmatisch mit diesem oder jenem konkreten Signifikat verbunden werden, sondern vielmehr eine ›konstitutive Hülle‹. Wir befinden uns nicht länger auf dem Terrain der Ästhetik oder Analytik, sondern auf dem der

transzendentalen Einbildungskraft. Es gibt einen Moment, in dem Laclau einen neuen Anlauf nimmt und – fast als würde er eine neue Tonart anschlagen – das Thema des ›flottierenden‹ und des leeren Signifikanten angesichts der sozialen Heterogenität reformuliert. Wenn er sich mit der Frage nach der Artikulation verschiedener sozialer Kämpfe auseinandersetzt, repräsentiert dieses Moment (das schon in *Hegemonie und radikale Demokratie* [engl. 1985, dt. 1991] angelegt war) ein Modell des ›konstitutiven Antagonismus‹. An einer ›radikalen‹ Grenze zwischen Konflikt und Zerfall entstehe eine schwache Form der Doppelmacht, die gleichzeitig eine Synthese alter Souveränitätsrechte und der demokratischen Rechte auf Selbstregierung konstitutiere. Sandro Mezzadra und Brett Neilson haben diesen Aspekt meiner Meinung nach zu Recht hervorgehoben. Wir sollten uns Folgendes klarmachen: Als Laclau diese Vorstellung von einer Dialektik zwischen konfligierenden Mächten entwickelte, interpretierte er einen historischen Wendepunkt – oder genauer gesagt: ein unter sozialistischen Aktivisten aufkeimendes Gefühl, (unfreiwillig) Teil einer in den 1970er Jahren einsetzenden Krise der Linken zu sein, einem weiteren Niedergang aber nicht einfach tatenlos zuschauen zu wollen. Ist die Wirkungslosigkeit dialektischer Instrumente erkannt, entsteht unter solchen Bedingungen die Notwendigkeit, ein ›Volk‹ zu rekonstruieren, seine Einheit herzustellen – dies gilt es, als die politische Aufgabe *par excellence* zu erkennen. Im Jahr 1985 ging es also um die mit Nachdruck gestellte Frage, ob die Öffnung des Sozialen gegenüber der Politik nicht weniger eine diskursive Struktur ist als eine ›Praxis der Artikulation‹, die entsprechend soziale Beziehungen organisiert.

Dieser Gesichtspunkt wurde aber schnell wieder fallengelassen. Ich zitiere Laclau und Mouffe (1991, 143): »Wir können daher von einer zunehmenden Komplexität und Fragmentierung der entwickelten Industriegesellschaften sprechen [...] in dem Sinne, dass sie um eine grundsätzliche Asymmetrie herum konstituiert sind. Diese Asymmetrie besteht zwischen der wachsenden Vermehrung von Differenzen – ein Bedeutungsüberschuss des Sozialen – und den Schwierigkeiten, auf die jeder Diskurs stößt, der versucht, jene Differenzen als Momente einer stabilen artikulatorischen Struktur zu fixieren.« Wir müssen uns also von der Vorstellung von Gesellschaft als einer »selbstdefinierten Totalität«, in der sich das Soziale selbst etabliert, verabschieden. Vielmehr gilt es, die »Knotenpunkte« zu identifizieren, die partielle Bedeutungen und Orientierungen bieten und die es der einen oder anderen Formation des Sozialen ermöglichen, Gestalt anzunehmen. Das bedeutet mehr denn je, von allen dialektischen Lösungen, die auf Konzepten wie »Vermittlung« oder Determination beruhen, Abschied zu nehmen. Politik entsteht als Problem der transzendentalen Bedingungen des Spiels zwischen Artikulationen und Äquivalenzen, die sich im Sozialen konstituieren. Die Identität



der sich im Kampf befindlichen Kraft ist ständigen Transformationen unterworfen und erfordert einen unaufhörlichen Prozess der Neudefinition.

Ein Gleichgewicht dieser Artikulation zu erreichen, ist allerdings schwierig. Es gibt zwei Schwierigkeiten: Die erste könnte man als »Veränderlichkeit der Forderungen« bezeichnen oder genauer als ein Problem, das sich aus dem prinzipiell unabgeschlossenen Charakter des Zusammentreffens von Äquivalenzen ergibt. Diesbezüglich müssen wir nur einen Blick auf Laclaus Werk *On Populist Reason* werfen, das zwanzig Jahre nach *Hegemonie und radikale Demokratie,* nämlich 2005 erschien. Auch hier springt die Betrachtung direkt ins Soziale und dreht sich um die Stimuli und den Conatus (Selbsterhalt) der Multitude, die das Politische vorwärts drängen. Laclau schreibt: »Die kleinste Einheit, von der wir ausgehen, entspricht der Kategorie der sozialen Forderung.« Wenn diese Forderungen aber auf der einen Seite zu einer Vertiefung der Identitätsbildung drängen, öffnen sie auf der anderen Seite das Feld des Antagonismus. Die Frage, die daraus erwächst, lautet: Wie ist es möglich, den unklaren und sich stetig vermehrenden Antagonismus



»Access«, © Nick Gentry

in einen sichtbaren und dualistischen Antagonismus zu transformieren? Mündet die Äquivalenzkette nicht schließlich durch das Äquivalent-Setzen in eine immer weitere Vermehrung der Kettenglieder, sodass sich daraus keine Schlussfolgerung mehr ziehen lässt? Laclau selbst scheint sich dieses Problems bewusst gewesen zu sein: »Die Spezifität der Äquivalenz ist die Zerstörung von Bedeutung gerade durch deren Vermehrung.« Dieser unbestimmte Charakter der Macht der Immanenz droht, die transzendentale Konstruktion des Signifikanten zu verhindern oder sie auf jeden Fall zu erschweren.

Die zweite Schwierigkeit für das Gleichgewicht steht im direkten Verhältnis zu dessen endgültiger Stabilität, wie sie im Konzept der Hegemonie zum Ausdruck kommt. Laclau hat sein Konzept der Hegemonie mit Bezug auf Gramsci entwickelt. Die Sache ist aber nicht ganz so einfach. Wie Peter Thomas herausgestellt hat, haben Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie* die politischen Mechanismen von Hegemonie, wie sie in der leninistischen Tradition bestimmt wurden, durch ein formales, diskursives Konzept ersetzt. Für Thomas

betreten wir hier das Terrain eurokommunistischer Theoriebildung, die sich als »entschärfter« Gramscianismus entwickelt hat und damit den Übergang hin zu einer postmarxistischen, radikal-demokratischen Politik markiert. Unabhängig davon, ob wir mit dieser Interpretation von Thomas einverstanden sind, sollten wir uns auf jeden Fall in Erinnerung rufen, dass Gramsci eine marxistische und leninistische Position vertrat und daher in der Diktatur keine totalitäre Herrschaft sah, sondern sie vielmehr als Hegemonie begriff – als die organische Konstruktion einer konstituierenden revolutionären Macht. Von daher stimmt es: Laclaus Bezugnahme auf Gramsci ist entschärfend, zumal sie eher der Suche nach einer »Abstammungslinie« geschuldet ist als einer wirklichen Verwandtschaft. Grundlage von Gramscis Hegemoniekonzept ist und bleibt (von den Praktiken der Räte bis zur Theorie des Modernen Fürsten) der Klassenkampf; es bewahrt seine materialistische »Solidität« und erzeugt ein Dispositiv der Arbeitermacht im kommunistischen Sinne.

Darüber hinaus kommt es mir etwas seltsam vor, wenn Laclau das Konzept der Hegemonie – um dessen gramscianische Schlagkraft beraubt – mit der politischen Praxis der von Togliatti geführten Kommunistischen Partei Italiens in Verbindung bringt. Denn das Gleichgewicht zwischen der Autonomie der Basisbewegungen und der Partei – die in ihrer Eigenschaft als Signifikant manchmal flottiert, aber sicherlich niemals leer ist – konnte sich deshalb nach links orientieren, weil die Partei eng mit der Politik der Sowjetunion verbunden war. Die X-Achse ›Hegemonie-Gesellschaft‹ und die Y-Achse ›links-rechts‹ konnten deshalb im Gleichgewicht gehalten werden, weil es dem Signifikanten – der Partei – unmöglich war, sich in den Staat zu transformieren. Das wurde durch das Jalta-Abkommen verhindert. Das National-Populare konnte im italienischen Kommunismus und bei Togliatti also nur deshalb links interpretiert werden, weil die Kommunistische Partei nicht an die Macht kommen konnte, solange sie sich nicht derart veränderte, wie es ihr dann schließlich doch noch gelang. Ich denke, dass hier der Begriff der Hegemonie paradoxerweise mit dem der politischen »Zentralität« zusammenfällt.

Kurz gesagt: Die Gestalt und die Funktion von Hegemonie bei Laclau erscheinen mir eher zweideutig. Statt dass sie zur Analyse beitragen, wie der Kapitalismus funktioniert, legen sie eher fest, wie eine wünschenswerte Gesellschaft ohne Kapitalismus funktionieren würde – oder machen aus ihm eine Notwendigkeit. Das Gleiche lässt sich für das ›Volk‹ sagen: Laclau verweist mit diesem Begriff auf einen Riss im hegemonialen Block, den er als leeren Signifikanten bezeichnet. Das Volk kann die Stelle dieses leeren Siginifikaten einnehmen, von dem aus ein neuer Block geschaffen wird. Dies ausgehend von einer Gruppe, welche imstande ist, eine neue Universalität vorzuzeichnen. Aber so klar ist das nicht: Vielmehr

scheint es, als sei das Volk einerseits ein Auswuchs aus dem Kampf verschiedener Fraktionen, andererseits aber der Repräsentant einer neuen Kristallisation politischer Identitäten.

Ein Grund für unsere Meinungsverschiedenheiten, aber auch ein Motiv für unsere Diskussionen und unseren Austausch hat mit folgendem Eindruck zu tun: Ich bin der Ansicht, dass der leere Signifikant bei Laclau eine strukturalistische Abstraktion darstellt, die einen wesentlichen Punkt aus den Augen verliert: Was als leer bezeichnet wird, wird durch einen Exodus und nicht durch eine strukturelle Modifikation hervorgebracht. Darauf hat zu Recht Bruno Cava (ein brasilianischer Aktivist, der sich intensiv mit Laclaus Werk beschäftigt hat) hingewiesen: »Eines sticht besonders hervor, wenn wir uns die gegenwärtigen Formen von Politik betrachten: die Loslösung ›des Volkes‹ von dem Moment der Partizipation, mit dem es durch das moderne öffentliche Recht verbunden war. In der heutigen Situation wird der leere Signifikant noch leerer – er hat keinen Einfluss mehr auf die Multitude, sondern wird von starken Mächten vereinnahmt, die nichts mehr mit dem Volk, der Nation oder all den anderen schönen Begriffen des modernen politischen Vokabulars zu tun haben. Für die Bewegungen gilt, dass sie als konkrete Universalität bestehen, deren Funktion darin liegt, die Signifikanten zu vernähen und zu artikulieren. Die Macht aber liegt in der Multitude, sie ist ein Klassenkonzept.«

JENSEITS DES NATIONALSTAATS?

Nun komme ich zum letzten, entscheidenden Punkt: zur historischen Konkretisierung der transzendentalen Form. Der leere Signifikant bewegt sich auf der nationalen Ebene. Ich denke, dass es für Laclau unmöglich war, sich auf einen kosmopolitischen Diskurs zu beziehen – und sei es nur als Horizont. Um eine wirkliche Beständigkeit zu haben, bedarf Macht einer nationalen Identität. Trotz Globalisierung und trotz des Bedeutungsverlusts des Nationalstaats kann Laclau auf dieses Konzept nicht verzichten. Es aufzugeben wäre nicht nur wenig realistisch, sondern gefährlich. Ohne nationale Einheit wären die horizontale Ausdehnung von sozialem Protest und ein vertikales Verhältnis zum politischen System undenkbar. Laclau insistiert, dass dies in vielerlei Hinsicht von den lateinamerikanischen Erfahrungen in den 1990er und 2000er Jahren bestätigt worden ist.

Ich habe eine völlig andere Lesart: Die progressiven Bewegungen in Lateinamerika haben in hohem Maße dazu beigetragen, den nationalen Rahmen zu überschreiten, auf den sie nicht zuletzt durch die Herrschaft der USA und ihre imperialistischen Werte beschränkt waren. Nun konnte sich die Horizontalität der sozialen Bewegungen durch den Bezug ›auf das Innere‹ Lateinamerikas im größeren Rahmen entfalten. Manchmal hat sie den neuen kontinentalen Geist vorwegge-



»The Hacker«, © Nick Gentry

nommen, manchmal ist sie ihm gefolgt, ein Geist, der bestimmte Volksregierungen angetrieben und es ihnen erlaubt hat, jegliche Form von Chauvinismus zu überwinden – der sowohl in der lateinamerikanischen als auch in der europäischen Tradition reaktionär ist.

Dennoch gibt Laclau seinen Nationalismus nicht auf. Dieser zeigte sich bereits in seinen früheren Werken – ich denke dabei an *Politik und Ideologie im Marxismus* (engl. 1977, dt. 1981). Gegen Althusser vertritt Laclau die Ansicht, die Arbeiterklasse sei durch eine irreduzible nationale Spezifik gekennzeichnet. Nachdrücklich lobt er die Erfahrung des Peronismus, der »unbestreitbaren Erfolg« dabei gehabt habe, »auf der nationalen Ebene eine alle verbindende popular-demokratische Sprache hervorzubringen«.

Stuart Hall zufolge läuft die nationalistische Option von Laclaus diskursiver Position Gefahr, alle Bezüge zur materiellen Praxis des Klassenkampfes und zu seinen historischen Bedingungen zu verlieren. Deren Macht werde durch die Bezugnahme auf den nationalen Kontext ›neutralisiert‹. Wir können Gesellschaft nicht einfach als ein offenes diskursives Feld betrachten und auf dieser Grundlage politische Hegemonie an einen national-popularen Horizont binden. Solch ein Vorgehen kann nur dazu führen, dass die anderen sozialen Kräfte auf diesem Feld einen ernsten Angriff auf die Bastion unternehmen – wie es dann in Argentinien tatsächlich der Fall war. Aus meiner Sicht zeigt sich hier ein weiteres Mal, dass Laclaus Modell nur dann trägt, wenn es die ›zentristische‹ Gestalt der Regierung annimmt. So wie es konstruiert ist, kommt es nicht umhin, dem Positivismus einer Souveränität nachzugeben, die von einer zentralen Autorität ausgeübt wird. Erneut handelt es sich um eine formale Transzendenz, die de facto die Macht setzt und sie rechtfertigt.

Es sollte jedoch ergänzt werden, dass nach und nach und insbesondere in Laclaus späteren Arbeiten die Transzendenz der Befehlsgewalt nicht mehr nur in nationalen Begriffen und im Namen eines überbordenden Staatszentralismus gedacht wird. Ich erkenne hier sogar eine gewisse Distanzierung von der ursprünglich hobbesianischen Konzeption, wonach die Macht das ist, was das Volk formiert. Gleichwohl zeigt sich hier ein Paradox: Auch wenn die Transzendenz der Befehlsgewalt und die hobbesianische Versuchung schwächer werden – insbesondere weil es unter den gegenwärtigen Verhältnissen wachsende Machtunregelmäßigkeiten gibt –, so materialisiert sich bei Laclau dennoch diese ›unmögliche Transzendenz‹ erneut. Diesmal wird sie nicht ausfindig gemacht, sondern eher gefunden, nicht länger konstruiert, sondern aufgezwungen durch just die Mechanismen des Transzendentalismus. Anstelle einer Synthese der Multitude sieht der transzendentale Ansatz in und durch die Entstehung eines Volkes immer mehr einen ›vollen‹ Signifikanten sich verdichten – und auf diese Weise das Politische begründen. Lässt sich hier ein Übergang vom Kritizismus hin zu etwas erkennen, das viel stärker dem objektiven Idealismus zuzurechnen ist?



»Karan D«, © Nick Gentry

SCHLUSSBETRACHTUNG

Laclau hat auf großartige Weise herausgearbeitet, dass das Volk weder eine natürliche noch eine spontane Formation ist, sondern im Gegenteil durch repräsentative Mechanismen konstituiert wird, die die Vielfältigkeit und Heterogenität von Singularitäten in eine Einheit übersetzen. Und auch wenn diese Einheit – durch die Identifikation mit einer Führungsperson, einer dominanten Gruppe oder auch mit einem Ideal – Wirklichkeit wird, scheint mir diese Konzeption dennoch sehr eng mit einer bestimmten ›aristokratischen‹ Idee verschränkt und eine Neuauflage der ältesten und beständigsten Themen der Geschichte des modernen Staates. Vielleicht bestätigt sich hier die Wende vom Kritizismus zum objektiven Idealismus, von der ich gesprochen habe. Die zentrale Rolle, die Laclau den Intellektuellen

und der Kommunikation in der politischen Organisation zuschreibt, ist bezeichnend. Der Begriff des ›organischen Intellektuellen‹, der für Gramsci zentral war, wird hier fallengelassen, während die autonome Funktion des Intellektuellen als Gehilfe bei der Herausbildung von Hegemonie – oder von Führung? – betont wird. Merkwürdigerweise hat sich Laclau in seinem demokratischen und sozialistischen Engagement genau dagegen immer gewehrt. Diesen Mut und die Redlichkeit gilt es anzuerkennen. Aber warum gibt es in seinem Werk trotzdem diese Einheit von ›Autonomie der Politik‹ und intellektueller Führung?

Ich habe viel über die Differenz zwischen Laclaus Verständnis und meinem eigenen nachgedacht und sage dies mit der Offenheit, mit der ich es auch ihm selbst gesagt habe: Ich schätze sein Denken sehr, halte aber seinen Begriff von Populismus weniger für das Ergebnis einer Reflexion über die Macht, als über das Konzept der Transition und die Macht in der Transition – also der Übergänge zwischen verschiedenen Phasen ihrer Organisation. Laclau hat hier eine flexible Form der Vermittlung von Transitionen erfunden, und zwar sowohl innerhalb von politischen Regimes als auch des einen zum anderen – hauptsächlich oder gar ausschließlich mit Blick auf die Transition in Lateinamerika. Diese Form der Vermittlung betrachte ich als eine ›schwache‹ Form – nicht konzeptionell, aber hinsichtlich der Realität, auf die sie sich bezieht. Und weil die ›Leere‹, um die es als Problem geht, oftmals keine ›Leere‹ ist, die gefüllt werden müsste, sondern eher ein Abgrund, in den sie hineinzustürzen droht. Diese ›Schwäche‹ wird noch dadurch verstärkt, dass Laclau nicht bereit ist, seine Arbeit für ontologische Betrachtungen zu öffnen und entsprechend der Entstehung des Neuen Sinn zu verleihen. Außerdem gesteht er ein, dass die Governance einer Transition notwendigerweise konstituierend sein muss. Diese ›ungewisse‹ konstituierende Dimension führt am Ende paradoxerweise dazu, die Modelle der Moderne nachzuahmen. Insbesondere leugnet sie jegliche emanzipatorische Spannung. In dem Maße, in dem Laclau zwar akzeptiert, sich im Spannungsverhältnis von Spontaneität und Organisierung zu bewegen, aber gleichzeitig die materielle Dimension von Klassenkämpfen ausradiert, führen seine Überlegungen letztlich dazu, einige wirklich problematische Momente des europäischen öffentlichen Rechts aufzugreifen. Wenn Carl Schmitt sich beispielsweise der Frage der sozialen Bewegungen zuwendet, definiert er ihre Form, indem er anerkennt, dass die sozialen Bewegungen die Grundlage der popularen Zusammensetzung des Staates bilden – eine Anerkennung des Unten von oben, welche die Gesellschaft mit dem Ziel politisiert, eine nationale Identität zu konstruieren. Oder wenn Schmitt den Ort der politischen Repräsentation als die ›Präsenz einer Abwesenheit‹ definiert, eine Abwesenheit, die immer gefüllt werden muss, damit der Staat existieren kann, eine Präsenz, die immer wieder entleert werden muss, damit der Staat über den Partei-

en – *super partes* – stehen kann. Bis zu welchem Punkt ist also der leere Signifikant eine Wiederholung des Schmitt'schen Modells der Repräsentation?

Es ist mir klar, dass diese Fragen vielleicht unsachgemäße Interventionen sind: Für Laclau ging es lediglich um Instrumente, die er aus dem Archiv des europäischen öffentlichen Rechts aufgreifen konnte. Denn die Größe seines Denken besteht nicht so sehr in der Fähigkeit, das Problem des leeren Signifikanten gelöst zu haben, oder aus einer rechten Perspektive formuliert darin, dass er sich geweigert hat, sich auf Klassenkampf und soziale Konflikte zu beziehen, um diese Leere zu füllen. Sie besteht vielmehr darin, im Inneren des Problems gelebt zu haben. Der flottierende Signifikant, den er vor sich sah, war nicht das alte Modell des Staates, sondern etwas Neues. Es gibt hier eine konstituierende Spannung, die sich ausdehnt und auf dem Terrain der Krise des modernen demokratischen Staates zum Ausdruck kommt. Es geht nicht darum, diesen Staat, dem wir bis heute unterworfen sind, zu entdecken, sondern darum, einen anderen zu konstruieren; darum, einen neuen leeren Signifikanten für einen radikalen demokratischen Übergang zu erfinden. Hier kann sich der Kritizismus wirklich zu seiner ursprünglichen Bedeutung steigern – nicht so sehr im Sinne einer transzendentalen Konstruktion des Staates, sondern eher als einer fragwürdigen Investition in dessen Krise.

Ich denke, dass wir uns mit all den genannten Punkten weiter befassen sollten, insbesondere angesichts der Tatsache, dass wir erstaunliche, wenn nicht gar unzulässige Bezugnahmen auf das Denken von Laclau beobachten. Wenn beispielsweise versucht wird, realen Bewegungen eine Art ›Hut‹ aufzusetzen und sie auf eine bestimmte Weise zu stilisieren, aber gleichzeitig nicht wahrgenommen wird, dass dieser Hut ein Problem darstellt; oder mehr noch, wenn – wie es in der europäischen oder in der lateinamerikanischen Linken immer häufiger vorkommt – im Versuch, die in ihrer Vitalität immer etwas ›schmutzigen‹ Bewegungen zu reinigen, die alte italienische Kommunistische Partei als Vorbild herangezogen wird als ein Modell, wie man der Stimme des Volkes zuhört und es gleichzeitig lenkt. Doch all das diskreditiert nicht die außergewöhnliche Kraft und Vitalität von Laclaus Arbeit und deren Anregungen. Er hat Fragen gestellt, die weiterhin unbeantwortet sind, wenn sie manchmal auch neu überdacht und neu formuliert werden müssen, immer mit dem Anspruch, sie den Problemen gemäß zu formulieren. Dafür sollten wir ihm unendlich dankbar sein.

Leicht gekürzte Fassung eines Vortrags, der zuerst im Französischen auf euronomade.info veröffentlicht wurde.
Aus dem Englischen unter Hinzuziehung des französischen Originals von Britta Grell und Alex Demirović

NEGRI UND LACLAU MIT KLASSE LESEN

ALEX DEMIROVIĆ

Der vorliegende Beitrag von Antonio Negri ist eine kritische Würdigung von Ernesto Laclau, der am 13. April 2014 verstarb. Mit zahlreichen Anleihen bei den Theorien von Althusser, Derrida und Lacan hat Laclau seit Mitte der 1980er Jahre gemeinsam mit Chantal Mouffe eine besondere Spielart des Postmarxismus entwickelt. Bekannt wurde er für eine hegemonietheoretische und postfundamentalistische Demokratie- und Populismustheorie. Dass es zwischen Laclau und Negri, wie Letzterer voller Wertschätzung betont, seit Langem einen Austausch gegeben hat, ist bemerkenswert, denn ihre Theorien und politischen Positionen differieren erheblich. Dies macht ein Blick auf den Begriff der Multitude deutlich, der für Negri zentral ist.

Die Multitude ist die Klassenformation des aktuellen globalisierten Kapitalismus, des Empire. Sie ist keine Masse, auch kein Volk, sondern ein klassenförmiges und handlungsfähiges Kollektivsubjekt, das sich aus Singularitäten, den verschiedenen Gestalten der gesellschaftlichen Arbeit zusammensetzt. In ihrer Kooperation in allen Lebensbereichen, also in der Erzeugung von Gütern, der Pflege, der Kommunikation produzieren sie das Gemeinsame. Die Multitude bringt als dezentrales Netzwerk die lokalen Widerstände, die globalen Strategien und einen neuen Universalismus zusammen. Für die Differenz von Negri und Laclau ist entscheidend, dass sich die Multitude in der gemeinsamen Kooperation konstituiert und darin die Grundlage für einen neuen Universalismus und damit die Bedingung zum Kommunismus findet. Das Kapital eignet sich die Produktivität der Kooperation, der Kommunikation oder der Gefühle an, trägt aber nicht mehr produktiv zu ihnen bei, sondern ist nur noch parasitär. Es bedarf also einer befreienden Politik des konstituierenden Handelns, das die Multitude aus dem Zustand des Immerschon der Kooperation in den Zustand des Noch-nicht führt, in dem die Singularitäten das Gemeinsame ihrer Kooperation ohne Kommando, ohne vertikalen Staat gestalten. Die Denkfigur von Negri ist in der marxistischen Tradition vertraut. Die Produktivkräfte sind schon entfaltet, doch die Eigentumsverhältnisse blockieren die Möglichkeiten, ihnen gemäß zu leben. Das emanzipatorische Klassensubjekt existiert und handelt bereits in einer durchaus universalistischen Perspektive – es muss sich nur noch endgültig durchsetzen.

Es sind gerade solche Überlegungen und darin enthaltenen Annahmen, gegen die sich Laclau gewandt hat. Im Zentrum seiner Überlegung steht die Vergesellschaftung durch soziale Bewegungen, die sich antagonistisch gegen diejenigen

bilden, die die Formierung ihrer vollen Identität verhindern. Identitäten, Antagonismen oder materiellen Bedingungen werden von ihm als diskursive Einheiten verstanden. Es sind Diskurse als ein hegemoniales Ensemble von Bedeutungen, die das Handeln von Subjekten bestimmen. Aus Laclaus Sicht begeht Negri also den in der materialistischen Tradition gängigen Fehler, von den materiellen Bedingungen der Kooperation auf die Konstitution eines Kollektivsubjekts und seine Handlungsperspektiven zu schließen. Doch materielle Bedingungen konstituieren als solche kein Kollektiv. Die Klasse der Lohnarbeitenden ist nach Geschlecht, Ausbildung, nationaler Herkunft, Arbeitsverhältnis oder Kampferfahrung sehr heterogen. Jeder Universalismus kann also nur das Ergebnis von politischer Aktivität sein. Daraus resultiert für Laclaus Hegemonietheorie, dass nun solche Allgemeinheitsansprüche immer wieder von Neuem mit dem Argument bestritten werden, dass sie jeweils Subjekte und ihre Lebensverhältnisse unbeachtet lassen oder ausgrenzen. Laclaus Überlegungen weisen darauf hin, dass keine soziale Gruppe als solche das Allgemeine verkörpert. Allein der Anspruch, eine Mehrheit, die 99 Prozent, gegen eine kleine Minderheit zu sein, gewährt noch keine Universalität. Das Universelle muss neu gedacht werden.

Negri ist das durchaus klar. Laclaus Lösungsstrategie überzeugt ihn aber nicht, da sie in der philosophischen Tradition verbleibt und den Formalismus des Konflikts zwischen dem Allgemeinen und Partikularen fortsetzt. Allerdings löst Negri das Problem durch einen Trick. Wenn er von der Multitude spricht, unterstellt er den Standpunkt einer Allgemeinheit. Diese bestehe aus der horizontalen Differenz der Singularitäten, die in der Kooperation, in der Produktion von Gütern, in den sorgenden und kommunikativen Arbeiten das Gemeinsame erzeugen. Das kollektive Moment ist das Ergebnis der Kooperation. Insofern existiert da logisch kein Ort der Allgemeinheit, der von einer einzelnen Singularität usurpiert werden kann, um im Namen der Allgemeinheit zu sprechen und sich über Einzelne hinwegzusetzen. So wichtig diese Überlegung von Negri ist, weil sie die aus der bürgerlichen Tradition überlieferte Notwendigkeit eines Abstrakt-Universellen bestreitet, so bleibt doch unklar, wie die Singularitäten Konflikte untereinander austragen, zur Universalität gelangen und ein gemeinsam entscheidendes und handelndes Kollektiv werden. Negri unterstellt eine Universalität der Multitude, wo Laclau vorschlägt, sie allenfalls als Ergebnis eines Prozesses der Universalisierung zu begreifen.

Die Antwort, die Laclau gibt, gefällt Negri nicht. Er hält sie für kantianisch-transzendental und vertritt die Ansicht, dass Laclau damit eine Geste wiederholt, die vor dem Ersten Weltkrieg von der Linken schon einmal praktiziert wurde und heute ihre Aktualität aus der postsowjetischen Konstellation gewinnt: Mit ihr sei



»Sonata«, © Nick Gentry

ein Gefühl der Niederlage verbunden, aber auch die Einsicht, dass weder ein präkonstituiertes Subjekt des Klassenkampfs existiert, noch der Klassenkampf weiterhin Zentralität beanspruchen kann. Negri kritisiert, dass Laclau zu den gesellschaftlichen Verhältnissen nichts sagen kann, in denen um Universalität gerungen werden muss; und dass er deswegen grundsätzlich unterstellen muss, es werde immer Spannungen und Widersprüche zwischen den Subjektivitäten geben. Das stimmt, Laclau tendiert zu einer abstrakten Konflikttheorie. Sein Vorschlag für eine Strategie, wie solche miteinander in Konflikten befindliche Singularitäten zu einer Universalität gelangen, ist formal. Entweder stehen die verschiedenen Forderungen differenziell und pluralistisch nebeneinander und die sozialen Gruppen handeln nicht gemeinsam – oder es kommt zur Bildung einer Äquivalenzkette dadurch, dass Singularitäten ihre Gemeinsamkeit in der Feindschaft gegen einen diskursiv konstruierten Antagonisten herausbilden. Diese Bestimmungen sind jedoch jeder konkreten Erfahrung und Praxis vorausgesetzt. Aus Negris Sicht haben sie ihre Grundlage nicht in den wirklichen Kämpfen. Laclau nehme deswegen an, dass gemeinsame Ziele und Strategien

von oben und von außen durch eine formgebende Synthesis gegeben werden müssen, einen »leeren Signifikanten«, der wie eine Hülle verschiedene Aktivitäten umfasst. Aus diesem Grund hört auch der Streit um das Universelle nicht auf, denn immer wieder wird eine Singularität den Anspruch auf das Allgemeine erheben und Hegemonie anstreben – was dann von anderen Singularitäten bestritten werden muss.

Das ist keine genaue Deutung der Überlegungen von Laclau. Denn dieser nimmt an, dass der Prozess von unten ausgeht: Ein sozialer Akteur und seine Forderungen formieren sich erst in der Konstruktion und Polarisierung eines Antagonisten. Es kann dann zu Hegemonie und Universalisierung in dem Maße kommen, wie dieser eine Akteur und seine Ziele in immer stärkerem Maße auch die Forderungen anderer sozialer Gruppen absorbieren und repräsentieren, also zu der universellen, hegemonialen Kraft werden, die einem Antagonisten entgegengesetzt ist, der in zunehmendem Maße für Negative schlechthin steht. Die Identität jenes universellen Akteurs wird – nach einem Begriff von Laclau – zu einem »leeren Signifikanten«, weil er gleichzeitig viele jeweils antagonistische Bedeutungen repräsentiert. Ein Beispiel dafür: Die Kritik an Atomkraftwerken kann gleichzeitig viele verschiedene Kämpfe bedeuten: den gegen die Atomenergie, die Aufrüstung, den Kapitalismus, den den Sozialismus einschließenden Industrialismus, die Natur- und Umweltzerstörung, das Wachstum, die Polizeigewalt oder den autoritären Atomstaat. Auch wenn Negris Kritik am Begriff des leeren Signifikanten nicht überzeugt, weil er selbst sich für den Prozess der Universalisierung nicht interessiert, so hat er doch mit dem Einwand recht, dass Laclau formalistisch bleibt. Denn bei all diesen Kämpfen um Hegemonie geht es ja um nichts anderes, als dass sich verschiedene leere Signifikanten nacheinander ablösen, jeweils also andere Universalismen, Identitäten und Antagonismen gelten. Die Folgen für die sozialen Akteure und die Verhältnisse bleiben jedoch völlig unklar und unbestimmt. Dieser formale Dynamismus soll Demokratie sichern, denn immer kann



»Scala«, © Nick Gentry

und soll von Neuem um das Universelle gekämpft werden; dieses darf sich nicht abschließen. Gleichzeitig allerdings wird damit die Demokratie im konkreten Sinn folgenlos. Denn kein soziales Problem kann gelöst werden. Dies gilt in besonders grundsätzlicher Weise dort, wo Laclau bestreitet, dass ›Klasse‹ heute noch die Kraft und Dynamik besitzt, zu einem leeren Signifikanten zu werden, der einen sozialen Antagonismus erzeugt. Hier wäre einer der Einsatzpunkte der Argumentation von Negri gewesen: Nämlich zu zeigen, dass die Klasse gerade in der Gestalt der Multitude das Kollektivsubjekt ist, das deswegen Universalität erlangen sollte, weil es als leerer Signifikant alle Emanzipationsprojekte aufnehmen und ihnen eine Bedeutung geben kann, die sich gegen alle Herrschaftspraktiken richtet, die seit Jahrtausenden bekannt sind.

Negri, der dieses Problem mit dem Begriff der Multitude überspielt, wendet sich einem anderen Problem zu und entwickelt einen weiteren Einwand. Gerade weil die Demokratie bei Laclau im Sinn sich ablösender Äquivalenzketten und Hegemonien formalistisch bestimmt ist, bedarf er des (National-)Staats als fortbestehendem Ort der Universalität. In diesem Rahmen bewegen sich alle Kämpfe um Hegemonie und um das demokratische Populare. Der Nationalstaat ist der präkonstituierte leere Signifikant. Entsprechend könne Laclau auch über das nationale Moment nicht hinaus- und die realen Erfahrungen der lateinamerikanischen Linken nicht mehr angemessen denken, denn zum einen hat sich der Populismus als zu eng und zu chauvinistisch erwiesen, zum anderen hat sich die Linke für den Kontinent geöffnet. Einmal mehr wird deutlich, dass Laclaus Ansatz lediglich radikaldemokratisch und der etatistischen Perspektive des europäischen öffentlichen Rechts verhaftet bleibt, er aber eine grundlegende materiale Veränderung von Verhältnissen nicht denken kann. Aus Negris Sicht erlaubt Laclaus Theorie, den Begriff des konstituierenden Handelns der Multitude zu denken.

Die Auseinandersetzung von Negri mit Laclau repräsentiert zentrale Fragen der heutigen Linken. Wichtige Punkte bleiben jedoch unklar. Dies betrifft einerseits die Frage, wie die Singularitäten mit unterschiedlichen Interessen umgehen und wie sie andererseits ein konkretes Allgemeines im gesellschaftlichen Prozess tatsächlich herstellen. Bei beiden Autoren fehlt die Ebene der strategischen Begriffe und letztlich der Akteure. Hier bedarf es weiterführender Diskussionen. Begriffe wie »Transformation« oder »verbindende Partei« geben dafür Anhaltspunkte.

Die Multitude gibt es nicht, und sie ergibt sich nicht von selbst, vor allem nicht als in sich demokratisches Kollektiv. Es gibt aber soziale und politische Praktiken, die den Prozess der Anreicherung und Universalisierung begünstigen, diese lassen sich als Verknüpfung und Verbindung von Akteuren verstehen. Sie bilden, was Porcaro die verbindende Partei genannt hat, ein anderes Wort für einen her-

zustellenden hegemonialen Block; also nicht eine Partei als Organisation, sondern als eine die Gesellschaft durchziehende Strömung, die aus einer Polyphonie von Stimmen und Aktivitäten besteht, aus Parteien, Bewegungen und Bewegungsorganisationen, aus Gewerkschaftseinheiten und Lesezirkeln, KünsterInnengruppen oder WissenschaftlerInnen. Sie alle können sich verknüpfen und in einem fluiden Prozess dazu gelangen, gemeinsame Ziele zu verfolgen. Letztlich geht es um konkrete Praktiken der Lösung von Problemen unter Beteiligung der Betroffenen und der Gesellschaft. Vielfache partikulare Veränderungspraxen verbinden sich auf kontingente Weise in einem tranformatorischen Prozess zu einem neuen Universalismus. Die politischen Anstrengungen und Strategien bestehen in der Kunst – und es ist eben eine Kunst –, diesen kontingenten Universalismus zu erwarten, die ihn begünstigenden Konstellationen herzustellen und einen demokratischen Prozess zu initiieren, der zur Erzeugung des Gemeinsamen führt.

Die von Negri ins Spiel gebrachte materiale Dimension der konkreten Aneignung und Bearbeitung der Natur durch Arbeit gibt einen Hinweis auf die praktische Herstellung des Allgemeinen. Historisch ist diese Dimension nicht mit ›Volk‹, sondern mit ›Klasse‹ als leerem Signifikanten assoziiert. Dieser wurde lange Zeit auf das partikulare Interesse einer besonderen Gruppe reduziert. Doch können sich darin prinzipiell alle Bedeutungen von Arbeit als gesellschaftlicher Aktivität anreichern, die zur Erzeugung und Reproduktion des Gemeinsamen beitragen: die Industriearbeit, die prekäre Lohnarbeit, die Haus- und Sorgearbeit, die Dienstleistungs- und Wissensarbeit oder die ›Arbeitslosigkeit‹. Indem diese verschiedenen Arbeiten mit der Kritik an weiteren Herrschaftsformen in einem Signifikanten verschmelzen und Universalität erlangen, tragen sie dazu bei, das Feld der gesellschaftlichen Arbeit neu zu bestimmen, ihre Momente zu einem Gegenstand zu machen, über den gemeinsam verhandelt werden kann, und Identitäten zur Disposition zu stellen. Erst durch eine solche Demokratisierung der gesellschaftlichen Arbeit, die dem Bedarf entsprechend reorganisiert wird, kann es zu dem kommen, was Negri die Multitude nennt. Doch die verbindende Praxis muss darüber hinausgehen. Seit Marx beinhaltet der Signifikant ›Klasse‹ nicht nur die Überwindung ausgebeuteter Arbeit in jeder Form. Die Arbeiterklasse verdichtet die Weltgeschichte aller historisch bekannten Formen von Knechtschaft: Beherrschte Natur, das Kommando der Kopf- über die Handarbeit, die Ausbeutung der körperlichen Arbeit, die Vergeschlechtlichung oder der Rassifizierung von sozialen Verhältnissen. ›Proletariat‹ ist, Marx zufolge, ein Signifikant, der Verhältnisse denkbar machen soll, unter denen alle bekannten Herrschaftsverhältnisse umgestürzt sind und das Reich der Notwendigkeit, also die Zentralität der Klasse und der Arbeit selbst, überwunden ist. Diese – von Negri nicht gedachte – Finalität würde auch für die Multitude gelten.

INTERVIEW

»LASST UNS DEN FADEN WIEDER AUFNEHMEN«

SYRIZA: EINE BILANZ

MICHALIS SPOURDALAKIS

Welche Veränderungen der Kräfteverhältnisse haben sich nach den Wahlen ergeben?

Der historische Sieg der Linken im Januar 2015 markierte nicht nur eine Veränderung im System der politischen Repräsentation, sondern brachte auch eine neue Dynamik der politischen Kräfte. Dennoch führten die Art, wie der Sieg errungen wurde, und die Schwierigkeiten, mit denen die erste linke Regierung zu tun hatte, zu dramatischen Konzessionen und letztlich zu einer Niederlage nach dem Referendum im Juli. Diese Niederlage müssen wir als zentralen Wendepunkt innerhalb eines langen Kampfes um die Staatsmacht begreifen. Diese wurde jedoch kaum kollektiv bearbeitet, sodass es zu Recht viele wütende Reaktionen und große Enttäuschung gab. Die Frustration führte bei vielen zu Spaltungstendenzen. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass es hier um Konzessionen, auch um eine Niederlage geht, jedoch keineswegs um das Resultat eines Verrats oder um eine ›Rolle rückwärts‹ einer auf den eigenen Vorteil bedachten ›gewieften‹ Führung. Angesichts des übermächtigen Gegners haben wir es meiner Meinung nach mit einem Ausweichmanöver zu tun, das zum Ziel hatte, Handlungsfähigkeit zu bewahren, um am Tag nach der Wahl weiter kämpfen zu können. Wie wir die Niederlage begreifen, ist für die weitere Diskussion von großer Bedeutung.

SYRIZA steht unter scharfer Kritik. Viele sagen, sie hätte keine erneuten Wahlen abhalten sollen.

SYRIZA hat die Januar-Wahlen auf der Grundlage eines bestimmten Wahlprogramms – des Programms von Thessaloniki – gewonnen, das sie dann aber zurücknehmen musste. Mit der erneuten Wahl hat sie der Bevölkerung die Gelegenheit gegeben, über ein verändertes politisches Konzept abzustimmen. Das steht im Gegensatz zu den bisherigen schlechten Gepflogenheiten seit dem Ende der Militärdiktatur 1974. Sicherlich spielten auch einige im engen Sinne parlamentarische Fragen eine Rolle, wie etwa der Verlust der parlamentarischen Mehrheit, doch diese waren für diesen Schritt nicht ausschlaggebend.

SYRIZA ist ursprünglich mit einer völlig anderen Herangehensweise angetreten. Sie

hatte sich vorgenommen, »die Gesellschaft politisch ins Zentrum zu rücken«. Sie hat versprochen, dies praktisch zu machen, auf die sozialen Bewegungen zuzugehen und von ihnen zu lernen, und zwar ohne sich dabei paternalistisch als Avantgarde oder als Stellvertreterpartei aufzuführen. Sie hat sogar versprochen, ein Regierungsprogramm zu entwerfen, das weniger technokratische Hierarchien, dafür mehr Erfahrungen aus den sozialen Bewegungen berücksichtigen würde. Die Einheit der Linken im Blick zu haben, allerdings pluralistisch auf die gesamte Linke bezogen, unabhängig davon, ob jemand aus dieser oder jener Strömung, Partei oder Bewegung stammt, war für SYRIZA eine Bedingung ihrer gesamten Strategie. Sie zielte aber mit ihrer Praxis im gesellschaftlichen Feld und mit ihrem darauf beruhenden Programm auch auf eine aktive Beteiligung an den Institutionen. Folglich stand sie mit einem Bein in der gesellschaftlichen Dynamik und mit dem anderen in den Institutionen: im Parlament, in der kommunalen Selbstverwaltung und den Gewerkschaften genauso wie in den Genossenschaften oder in diversen Kollektiven. Aus dieser Praxis heraus und mit einer von der Nachdiktaturzeit abweichenden Denkweise begründete und legitimierte sie ihr ›Recht‹, zu regieren und die Staatsgewalt auszuüben.

Es gelingt SYRIZA derzeit nicht sehr gut, plausibel zu machen, dass sie dieses Herangehen auch in Zukunft beibehalten wird. Liegt es auch daran, dass gegenwärtig der Mobilisierungsgrad niedrig ist?

Obwohl SYRIZA 2012 auf der Grundlage der eben beschriebenen Programmatik 27 Prozent der Stimmen gewonnnen hat, hatten nicht einmal diejenigen, die diese Strategie mit entwickelt haben, sie wirklich verinnerlicht. Jedenfalls haben sie nicht ernsthaft begonnen, andere Funktionäre und neue Mitglieder zu schulen, um diese neu SYRIZA-Praxis zu festigen und zu verankern. Seit 2012 wurde das Handeln der Partei letztlich zu stark auf das ›Regieren‹ orientiert. Man hatte es eilig, an die Macht zu kommen – und das fast um jeden Preis. Dabei hat SYRIZA großes Gewicht auf das parlamentarische Spiel gelegt, und die gesellschaftlichen Praxen verkamen zur Pflichtübung. Sie hörte auf, Initiativen in der Gesellschaft anzustoßen, und war nicht mehr so einfallsreich wie in den Jahren 2010 oder 2011. Dies wurde insbesondere beim Gründungskongress 2013 deutlich. Die dort diskutierten Fragen waren überwiegend verfahrenstechnischer Natur und betrafen nahezu ausschließlich innerparteiliche Organisationsstrukturen – damit waren sie vom gesellschaftlichen Feld entkoppelt. Ohne Kreativität war die Organisation nicht in der Lage, ihrer eigentlichen Strategie zu entsprechen.

MICHALIS SPOURDALAKIS ist Politikwissenschaftler an der Nationalen und Kapodistrias-Universität Athen und Gründungsmitglied von SYRIZA. In dem Gespräch, das Anfang September, kurz vor der vorgezogenen Neuwahl des griechischen Parlaments geführt wurde, schildert er, wie SYRIZA sich im Laufe der Zeit immer mehr an der Regierungsübernahme orientiert und gewissermaßen vergessen hat, was sie zur Protagonistin der neuen Demokratiebewegungen gemacht hatte. Nur wenn sie die innerparteiliche Demokratie wiederherstellt und erneut auf die Linke allgemein und insbesondere auf die sozialen Bewegungen zugeht, so seine These, kann sie ihre alte Kraft zurückgewinnen.

Aber der Druck aus der Bevölkerung auf SYRIZA, zu regieren, war groß.

Eine kritische Analyse des Prozesses kann daher nicht einfach auf die schlechte Führung verweisen, sondern muss den tatsächlichen Druck und die aus der gesellschaftlichen Dynamik entstandenen politischen Erfordernisse einbeziehen. Es gab eine Art ›Mobilmachung‹ von den unteren Bevölkerungsschichten, die von SYRIZA die Regierungsübernahme erwarteten. So wurden aber weder die organisatorischen Probleme gelöst, noch eine notwendige Anpassungen an die neuen Bedingungen des Regierens in Angriff genommen, denn hierfür wäre eine bessere Verankerung der Strategie erforderlich gewesen. Außerdem gab es eine gewisse Naivität, die damit zu tun hat, wie SYRIZIA im Land, aber auch im internationalen Umfeld agierte: Es bestand die Vorstellung, dass unsere Meinung Gehör finden und die ›Institutionen‹ der Troika kompromissbereit sein würden, wenn wir nur auf Europa zugehen und unser Anliegen mit Klarheit vortragen würden. Die ›Institutionen‹, die durch und durch nach neoliberaler Logik funktionieren, vertraten ihre Interessen jedoch äußerst hart und unnachgiebig. Diese ungeheure Naivität beeinflusste die Verhandlungen entscheidend.

Innerparteilich war es naiv, dass wir eine lebendige, demokratische und partizipatorische Partei nicht mehr für nötig hielten, weil wir ja bei den Wahlen gut abgeschnitten hatten. Die Theoriearbeit wurde vernachlässigt, und man ging davon aus, dass man die Herrschaft nach der Regierungsübernahme allmählich verändern würde. Diese Naivität basiert auf einer instrumentellen Wahrnehmung von Staat und Herrschaft. Sie führte dazu, dass Schlüsselfiguren in der öffentlichen Verwaltung belassen wurden, die ganz klar einer anderen Räson dienten, oder Technokraten, die offenkundig mit dem politischen Projekt und mit dem gesellschaftlichen Bündnis, dem SYRIZA verbunden war, nichts zu tun hatten, also mit dem gesellschaftlichen Bündnis, das SYRIZA populär gemacht hatte und das nicht nur aus den subalternen Klassen besteht, sondern auch aus den traditionellen kleinbürgerlichen Millieus, die unter der Austeritätspolitik leiden (hierzu zählen Geschäftsinhaber genauso wie Freiberufler und Angehörige urbaner Bildungsmilieus). An dieses Bündnis hätte SYRIZA denken und es stärken müssen, um mit Strukturreformen allmählich die Machtverhältnisse zu ändern und trotz widriger Umstände den Weg für einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel zu öffnen.

Gegenwärtig hat SYRIZA Schwierigkeiten, Kräfte zu mobilisieren und den Einfluss geltend zu machen, den sie einst hatte. Woran liegt das?

Nach den Zugeständnissen im Juli 2015 entstand die Gefahr, die Verwaltung der Niederlage könne gravierendere Konsequenzen nach sich ziehen als die Zugeständnisse selbst. Letztere wurden aber nicht in kollektiven Parteiprozessen verhandelt, und es gab auch etliche, bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbare Gründe dafür. Dennoch ist damit keine, wie häufig gesagt wurde, Pro-Memorandums-Partei entstanden. Wir hatten eine Regierung mit einem SYRIZA-Kern, die angesichts des Putsches – das muss so gesagt werden – zu Konzessionen genötigt wurde.

Wie gesagt, beruhen die Architektur und Stärke dieser Partei auf einer völlig anderen Logik. Sie hat all die Jahre ihre Kraft aus den Kämpfen gegen die Austeritätspolitik geschöpft.

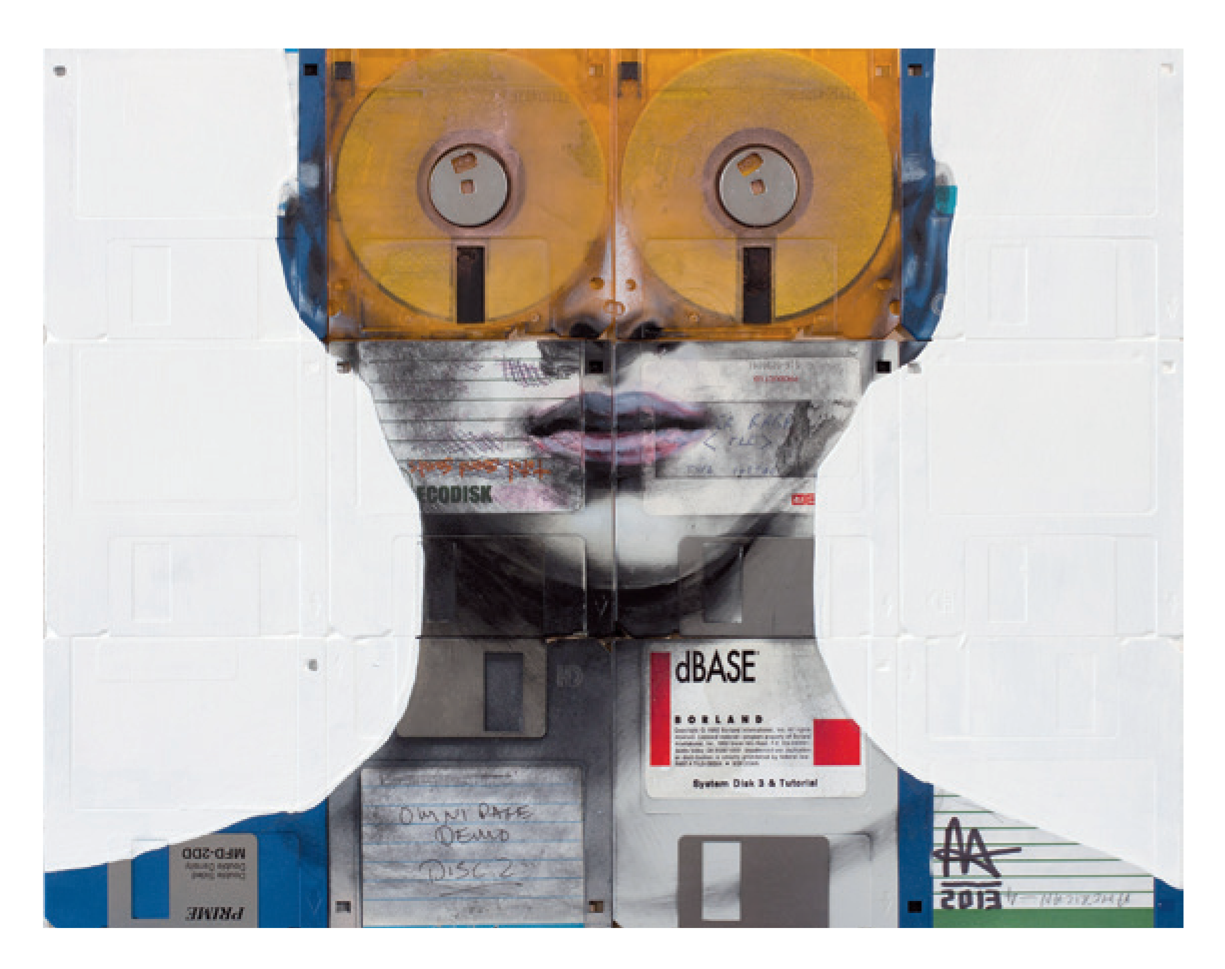
Auf welcher Grundlage können jetzt wieder Kräfte mobilisiert werden?

Zunächst muss SYRIZA ihren pluralistischen Charakter und den der zukünftigen Regierung bekräftigen und dabei sowohl Grundsätze der radikalen Linken als auch Lehren aus ihrer siebenmonatigen Regierungszeit berücksichtigen. Darüber hinaus müssen sich die künftigen Amtsträger in der Praxis zu diesen Grundsätzen bekennen. Schließlich müssen wir anerkennen, wie wichtig es ist, den Staat zu führen. Folgende Haltung ist für mich völlig inakzeptabel: »Weil die Dinge sich schwierig gestalten, verlassen wir die Regierung.« Das heißt, dass es einer radikalen Linken, die auf *empowerment* der abhängigen Klassen und Gruppen zielt und darauf, ein staatszentriertes durch ein soziozentrisches Verwaltungsmodell zu ersetzen, nicht gleichgültig sein kann, wem die Verwaltung der staatlichen Ressourcen obliegt. Und hier meine ich nicht nur das Geld. Im Gegenteil, sie muss die Ressourcen auf kreative Art verwalten, gerade unter den Einschränkungen der neuen Gläubigervereinbarung.

Ein weiterer Punkt, von dem ich glaube, dass SYRIZA ihn bereits in gewissem Maße angeht, ist, die immense Bedeutung einer Neuverhandlung der Schulden, verknüpft mit einem Investitionsprogramm für eine neue gesellschaftliche und produktive Basis. Das würde nicht nur die Probleme mildern, die von der Gläubigervereinbarung verursacht werden, sondern einen positiven Blick auf die unmittelbare Zukunft der subalternen Klasse ermöglichen. Wir müssen der griechischen Gesellschaft eine neue Vision geben, damit die von SYRIZA ausgehende Hoffnung revitalisiert wird. Wir müssen darüber hinaus die innerparteilichen Verfahren und die nicht besonders demokratische Arbeitsweise der Partei korrigieren. Dazu bedarf es rasch eines Parteitags, der auf ›SYRIZA-Art‹ die Brücken zu all jenen schlägt, die – ich wiederhole es: absolut zu Recht – enttäuscht und erschöpft sind und sich – vorübergehend, wie ich hoffe – aus diesem als SYRIZA bezeichneten Projekt verabschiedet haben, das vor Kurzem noch alle begeisterte.

Nun ist SYRIZA nicht nur eine Anti-Memorandums-Partei, sondern auch eine linke Partei, die auf verschiedenen Ebenen handeln muss, besonders in einer Gesellschaft wie der griechischen. Ihr Ziel ist die Transformation der griechischen Gesellschaft und Wirtschaft. Wird dieses Ziel weiterhin verfolgt?

Genau deshalb ist es wichtig, die Strategie SYRIZAs wieder zu beleben und weiter zu entwickeln. Seit Langem war klar, dass wir uns vom Anti-Memorandums-Charakter lösen und darauf bestehen müssen, dass wir gegen Austerität und innere Abwertung stehen und dass dies unter den heutigen Verhältnissen antineoliberale und letztlich in gewisser Weise auch antikapitalistische Positionen voraussetzt. Das ist nicht geschehen. Wir sollten aber sowohl in den Bereichen Kreativität entwickeln, auf die das Memorandum keinen Zugriff hat, als auch in denen, auf die es unmittelbaren Einfluss hat. Und selbst wenn wir wissen – und es auch sagen –, dass das längst nicht alles ist, was wir wollen, dass wir



»dBase«, © Nick Gentry

die Dinge momentan nur managen, eröffnet uns diese Taktik eine andere Dynamik, eine andere Perspektive. Und dies muss geschehen parallel zur Minderung der Schuldenlast und zu demokratischen Veränderungen, die wir im Hinblick auf Transparenz, Korruption, die Aufwertung der Kommunal- und Regionalverwaltungen, die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung, Steuerhinterziehung und auf andere Bereiche in Angriff nehmen müssen. Anders gesagt: Es geht um die Summe aller Reformen, die den reproduktiven Kern des griechischen Kapitalismus aushöhlen. Das heißt, dass die Korruption, der sogenannte Filz, einen wesentlichen Faktor der Reproduktion des griechischen Kapitalismus darstellt und nicht bloß ein ethisches oder rechtliches Problem.

Dies ist eine breite Debatte, denn ein solches Transformationsprojekt involviert alle Kräfte der Partei. Alexis Tsipras hat während der vorletzten Sitzung des Zentralkomitees von der Absicht gesprochen, eine allgemeine gesellschaftliche Transformation einzuleiten. Das ist bemerkenswert. Aber all das muss diskutiert werden, während wir es nach und nach in Kooperation mit der Gesellschaft verwirklichen, die immer reicher an Ideen wird.

Nun sind eben viele an dem Projekt SYRIZA nicht mehr beteiligt. Was sind die tieferen Ursachen der Spaltung?
Ich will daran erinnern, dass die meisten SYRIZA-Mitglieder, die sich der neuen Partei Volkseinheit angeschlossen haben, eine seltsam instrumentelle Haltung zum Staat haben, die so von der Mehrheit in SYRIZA nicht geteilt wurde. Sowohl die Regierung als auch diejenigen, die zur Volkseinheit gegangen sind, messen der Kontrolle des Staates eine besondere Bedeutung zu. Sie hatten entweder die Vorstellung, sobald wir die Regierung stellen, werden sich alle Probleme lösen. Oder umgekehrt: Wenn ich mein Programm nicht zu 100 Prozent umsetzen kann, will ich gar nicht mitmachen. Aber wie soll man diese beiden Versionen des Staats- und Herrschaftsverständnisses überhaupt kritisieren, wenn man die Lage nicht an den realen, in unserem Land und in Europa herrschenden gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen misst? Wir wussten doch aus der Geschichte der Linken, dass es keine Transformation der Gesellschaft in nur einem Land geben kann. Dies gilt unter den gegenwärtigen globalen Prozessen kapitalistischer Totalisierung umso mehr, weil Letztere mit der Europäischen Union nun auch über einen institutionellen harten kapitalistischen Kern verfügt.

Ein weiterer Aspekt: Sowohl die Volkseinheit als auch die Regierung teilten offenbar die Grundsätze und Erfahrungen der radikalen Linken nicht: Weder gesellschaftliche Eingebundenheit noch die Solidaritätsnetzwerke oder den Kontakt zu den sozialen Bewegungen hielten sie für sonderlich wichtig. Sie lehnten es auch ab, sich an diesen zu beteiligen. Solidarität wurde von ihnen oft mit Caritas, mit humanitärer Hilfe gleichgesetzt. Ich will sagen, dass es auch viele Missverständnisse unter uns gab, aber letztlich kein Verfahren, diese theoretisch und politisch zu diskutieren. Der ›föderale‹ Charakter der Parteiströmungen, die als kleine oder größere Netzwerke oder sogar wie Bewegungen oder Parteien innerhalb der Partei funktionierten, war dabei nicht hilfreich. Er hat eine echte Verbindung dieser Strömungen verhindert. Manche sagen, dass dieser Problematik auf dem Gründungsparteitag mit einer Entscheidung von oben und mit der Institutionalisierung von Minderheiten und Mehrheiten (in eigenen Listen) hätte begegnet werden sollen. Tatsächlich funktioniert so etwas aber nur durch mühsame Arbeit. Und es setzt eine funktionierende und lebendige Partei voraus, die die SYRIZA-spezifischen Strategien in ihren unterschiedlichen Organen unterstützt, das Neue repräsentiert und lebt. Das ist nicht gelungen. Die Spaltung ist also auch auf diese Defizite zurückzuführen, und sie kostet Kraft, Effektivität und Stimmen. Das ist jedoch kein Grund, die Regierung aufzugeben. Lasst uns den Faden wiederaufnehmen und auf ›SYRIZA-Art‹ die Partei weiter aufbauen – so wie wir sie seit 2006 aufgebaut haben. Selbst wenn wir damals vielleicht nicht genau wussten, was wir taten, taten wir es doch: Schritt für Schritt.

Das Gespräch führte Pavlos Klavdianos.
Der Beitrag erschien zuerst in Epochi Online.
Aus dem Griechischen von Céline Spieker

WER HAT ANGST VORM FEMINISMUS?

LEERSTELLEN IN DER SÜDAFRIKANISCHEN POLITIK

SHIREEN HASSIM

Kürzlich ist *Rhodes Must Fall,*[1] eine Studierendenorganisation an der Universität Kapstadt, mit einem Transparent aufgetreten, auf dem zu lesen stand: »Liebe Geschichte, diese Revolution schließt Frauen, Schwule, queere und trans*-Menschen ein. Vergiss das nicht.« Es war ein klares Statement gegen die alte Linke und ihre männerdominierten Formen oppositioneller Politik, in denen das männliche Subjekt zentraler Akteur von Veränderung ist. Um zu verstehen, wie es dazu kam, müssen wir sowohl die Versäumnisse des Demokratisierungsprojekts ›von oben‹ als auch die gängigen linken Analysen und Organisationsweisen betrachten. Eine ehrliche Bilanz ist insofern dringlich, als sich aktuell neue progressive Politiken und Parteistrukturen herausbilden – von Parteien wie den *Economic Freedom Fighters,* über die Studierendenbewegungen bis hin zu breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie der *United Front* (vgl. hierzu Osmanovic 2014). Die Frauenbewegung hat sich, sofern sie überhaupt je als

zusammenhängende Bewegung agierte, in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehrmals verändert: Nicht nur ist die *Women's National Coalition*[2] zerfallen, auch sind Feministinnen zunehmend zur *Women's League* des *African National Congress* (ANC)[3] auf Distanz gegangen. Es ist ein breiteres Spektrum an Organisationen entstanden, die sich mit Fragen von Gewalt und Sexualität befassen. Auch wurden Verbindungen geknüpft zwischen feministischen TheoretikerInnen und Frauenorganisationen, um die brutalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Familien, Haushalte und Communities zum Thema zu machen.

Aber ist die Linke überhaupt in der Lage, sich neu zu verbinden? Wo liegen in einer Zeit, in der die Menschen einem Wechselbad aus Verzweiflung und Hoffnung ausgesetzt sind, überhaupt Möglichkeiten eines neuen Dialogs? Wie kann über Fragen gesellschaftlicher Umverteilung diskutiert werden? Sicherlich ist und bleibt die Umverteilung ökonomischer Ressourcen und Güter ein zentrales linkes Anliegen. Es geht darüber hinaus auch um die Umverteilung von gesellschaftlicher und politischer Macht, ein in der Linken nach wie vor marginalisiertes Thema. Frauen, Schwule und queere Menschen scheinen derzeit zwischen zwei Formen von Nationalismus gefangen: einem ›staatstragenden‹ liberalen Projekt, innerhalb dessen ›Frauen‹ eine bestimmte Rolle in der Regierungspolitik zugedacht wird, und einem neu auflebenden populistischen Afrikanismus, der meist ethnische Identitäten vorrangig gegenüber allen anderen Zugehörigkeiten behandelt. Sind Jacob Zuma und Julius Malema einfach zwei Seiten derselben patriarchalen Medaille?

DER ANC: KEIN VERLÄSSLICHER VERBÜNDETER DER FRAUEN

Nachdem sich der ANC lange Zeit gänzlich geweigert hatte, sich am Projekt der Gleichberechtigung zu beteiligen, hat er als Regierungspartei Mittel und Wege gefunden, dieses Anliegen abzuschwächen und seines spezifischen radikalen Inhalts zu berauben, den ihm die in diesem Sinne kämpfenden Frauen verliehen hatten. In beiden Frauenchartas (von 1954 und 1994) wird der Gleichheitsbegriff auch im Sinne materiell-rechtlicher Gleichheit gebraucht. Es ging um die strukturellen Wirkungsweisen geschlechterpolitischer Macht in Wirtschaft und Familien. Die VerfasserInnen der Chartas und die Tausenden Frauen, die sich in der *Federation of South African Women* und in der *Women's National Coalition* eingebracht hatten, wussten, wie wichtig es ist, in staatlichen Institutionen vertreten zu sein: Ohne uns soll nicht über uns verhandelt werden. Und sie verstanden genau, dass Recht und Gesetz dazu beitragen, Ungleichheit festzuschreiben und sie auf eine Art und Weise aufrechtzuerhalten, die sich im Alltagsleben von Frauen niederschlägt. Gleichzeitig wird schon bei einer flüchtigen Lektüre der Chartas deutlich, dass es den VerfasserInnen wichtig war, darauf hinzuweisen, dass formale Diskriminierung unauflösbar verbunden ist

SHIREEN HASSIM ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Witwatersrand in Johannesburg. Sie hat zahlreiche Arbeiten zu Gender und Politik veröffentlicht – zuletzt *The ANC Women's League: Sex, Gender and Politics* (2014).

mit einem System der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft und der Kontrolle über weibliche Sexualität.

Dieser an Debatten und Kontroversen reichen Hinterlassenschaft hat der ANC als Regierungspartei den Rücken zugekehrt. Beim Übergang zur Demokratie gab es einen politischen Konsens, dass Frauen von nun an nicht nur über ein stärkeres Mitspracherecht verfügen sollten, wenn es um öffentliche Ressourcen geht, sondern dass diese Ressourcen darüber hinaus eingesetzt werden sollten, um die in ökonomischen und sozialen Strukturen verankerte Ungleichheit zu mindern. Dieser Konsens hat sich auch in der Verfassung niedergeschlagen. Es geht dabei um die paritätische Besetzung von Stellen, um vollständige rechtliche Gleichheit für alle und um die öffentliche Zusage, sich für die Rechte von Frauen einzusetzen. Diese Politiken wurde jedoch von FeministInnen innerhalb und außerhalb des ANC stets nur als der *eine* Teil der Abmachung angesehen: Der andere Teil betraf die Umverteilung von Status und Ressourcen.

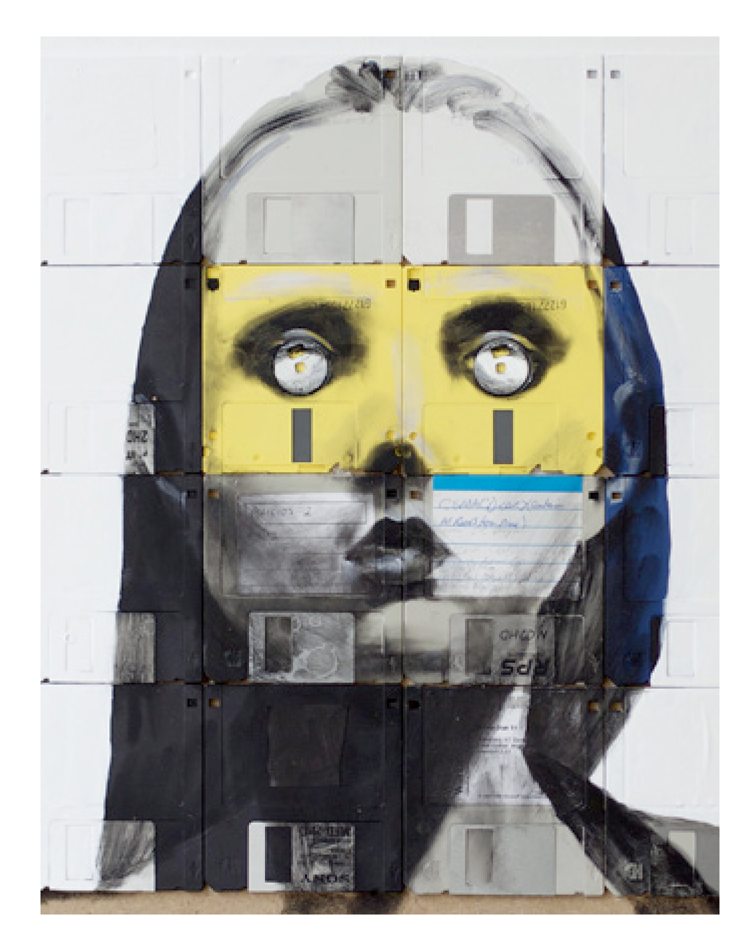
DIE ROLLE DER ANC WOMEN'S LEAGUE

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die *Women's League* des ANC langsam aber sicher die Rolle der offiziellen politischen Vertretung von Frauen eingenommen und im Zuge dessen die Forderung nach Umverteilung beiseite gedrängt. Unter der Präsidentschaft von Thabo Mbeki (1999–2008) fasste eine Form des liberalen Feminismus Fuß, in dem Frauen zum Gesicht des modernen, nationalen Regierungsprojekts wurden. Die wohlfeile, über Quotenregelungen verlaufene Eingliederung von Frauen in die bestehenden Machtstrukturen, die Vorstellung, das Projekt der Geschlechtergleichheit ließe sich von wirtschaftlichen Entscheidungen abkoppeln, und der selbstgefällige Diskurs über den Aufstieg der Frauen im neuen Südafrika sind allesamt Beispiele für dieses Phänomen. Südafrika kann in diesem Sinne tatsächlich Nancy Frasers These vom Feminismus als einem wichtigen Verbündeten des neoliberalen Umbaus des Kapitalismus stützen.

Die *Women's League* hat davon profitiert, sowohl Mbeki als auch Zuma unterstützt zu haben: Es hat ihren Mitgliedern Kabinettsposten, Ämter in Lokalregierungen und Sitze in der Kommission für Geschlechtergleichheit gesichert. 2007 schlug sie – im Einvernehmen mit Mbeki selbst – sogar eine Frau als dessen Nachfolgerin für die ANC-Präsidentschaft vor. Doch als klar war, dass Zuma gewinnen würde, schlug sie sich auf dessen Seite und zwar entgegen der Position von FeministInnen in der eigenen Partei. Diese waren tief beunruhigt über die machistischen Machtdemonstrationen, das sexuelle Besitzdenken und die Homophobie, die Zuma anlässlich seines Vergewaltigungsprozesses[4] an den Tag gelegt hatte. Diese Unterstützung dieses Mannes hatte ihren Preis: Zum Zeitpunkt der Wahlen 2014 war die *Women's League* derart mit Zuma verbündet, dass sie nicht einmal mehr den Schein wahren konnte, für die politische Ermächtigung von Frauen einzutreten. Tatsächlich hat sie im demokratischen Südafrika der vergangenen zwei Jahrzehnte kaum etwas getan, um öffentlich für Frauenrechte einzutreten, davon die geschlechtsspezifische ökonomische Ungleichheit zu reduzieren, ganz zu schweigen.

Selbst am Mindeststandard formaler Gleichheit gemessen, hat der ANC Rückschritte gemacht. Die *Women's League* hat ihre Nähe zur herrschenden Fraktion der Partei nicht einmal zum eigenen politischen Vorteil nutzen können. Die ins Kabinett und Parlament aufgenommenen Frauen konnten beispielsweise nicht verhindern, dass ihre Partei ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte von Frauen bedrohte, die unter traditionellen Autoritäten leben. Es bedurfte einer von außerhalb der Partei angestoßenen Kampagne der *Alliance for Rural Democracy*, um dieses Gesetzes abzuwenden. Die »Abteilung für Frauenfragen« ist außerdem offenbar nicht fähig, den Kampf gegen sexualisierte Gewalt zu führen. So fragte sie im August 2015 per Twitter: »Was sollen wir mit Frauen tun, die [aufgrund von erlittener Gewalt] klagen und die Klage anschließend zurückziehen?« AktivistInnen, die gegen sexualisierte Gewalt kämpfen, kritisierten, dass die Abteilung offenbar kein angemessenes Verständnis von der Komplexität hat, die der Umgang mit dem Justizsystem mit sich bringt. Einen *Women's Month* auszurufen, entbehre jeglicher Bedeutung, wenn gleichzeitig die Mittel zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und zur Unterstützung von Frauen, die von häuslicher Gewatl betroffen sind, massiv gekürzt würden.

Statt eine Politik zu betreiben, die sich der Aufhebung von Ungleichheit orientiert, wurden Strukturen aufgebaut, die die Interessen regierungspolitisch aktiver Frauen vertreten. Form hat also über Inhalt gesiegt. Seit Gründung des Frauenministeriums hat keine der Ministerinnen Programme auflegen oder Mittel auftreiben können, um die harte Lebensrealität von armen Frauen zu verbessern. Stattdessen gibt es nun



»History«, © Nick Gentry

einen Gesetzentwurf, der eine Geschlechterparität für den öffentlichen und den Privatsektor vorsieht. Offensichtlich sollen KritikerInnen beschwichtigt werden, ohne irgendetwas Wesentliches zu ändern und vernünftige Ideen und Strategien zu entwickeln. Nun ist selbst dieses Ministerium umstrukturiert worden. Es wurde dem Präsidialamt angegliedert – ähnlich war man bereits verfahren, als das Amt für den Status von Frauen marginalisiert wurde. Durch solches Stühlerücken soll der Schein erweckt werden, es ging um eine Aufwertung, ohne jedoch für echte Handlungsfähigkeit zu sorgen.

GESCHLECHTERPOLITISCHE KEHRTWENDE UND DIE LINKE IM ANC

Es fällt schwer, in dieser Entwicklung etwas anderes zu sehen als einen Rückschritt. Bemühungen, die Regierung dazu zu bewegen, sich mit geschlechtsspezifischen Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik zu befassen, werden dadurch jedenfalls nicht unterstützt. Die Tatsache, dass das Ziel, substantielle Gleichheit materiell und rechtlich herzustellen aufgegeben wurde, wird von vielen dem Wechsel in der ANC-Führung von den ›modernen‹ Ideen Mbekis zu den eher ›traditionalistischen‹ von Zuma zugeschrieben. Man kann tatsächlich sagen, dass Zuma, was Genderfragen angeht, für einen Rechtsruck in der öffentlichen Debatte gesorgt hat. Plumper Patriarchalismus ist unter seiner Präsidentschaft weitaus häufiger anzutreffen als zuvor. Bedeutender ist hier aber, dass sich die Dreier-Allianz aus ANC, dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) entschieden geweigert hat, den Warnungen der Feministinnen Gehör zu schenken, dass es sich bei Zuma nicht um den Fahnenträger progressiver Politik handelt, als den man ihn darstellt. Es gehe um »mehr«, sagten sie. Es ginge darum, die Partei wieder unter die Kontrolle ihrer Sektionen und Basisorganisationen zu bringen. Es stehe ein radikaler Wandel bevor. Gender sei dabei ein nachgeordnetes Thema. Letzendlich haben sie einen Pakt mit dem Teufel geschlossen und überlassen es dem Lauf der Geschichte, FeministInnen Recht zu geben.

All das wirft die Frage auf, ob die *Economic Freedom Fighters* (EEF), die radikalen Newcomer auf dem politischen Feld, den angeschlagenen FeminstInnen eine Perspektive bieten können. Die Zeichen stehen eher schlecht. So wird die EEF von dem Team geleitet, das 2009 unter der Fahne der Jugendliga des ANC die Wahlkampagne »100% Zuluboy« für Zuma organisiert hatte. Hinzu kommt, dass dieses Team von Malema angeführt wird, der sich wegen seiner Bemerkungen zu Frauen und einvernehmlichem Sex bereits vor dem Gleichstellungsgericht verantworten musste. Des Weiteren haben sich die EEF bei ihrem Eintritt in die Politik für einen ausgeprägt militaristischen und maskulinen Stil entschieden. Kommandeure, Kämpfer und Zentralkommando, so lauten die Bezeichnungen für ihre Parteiämter und -strukturen. Für männliche Parteimitglieder sind Latzhosen, für Frauen Hausmäntel und traditionelle Kopftücher (Doeks) vorgesehen.

Der andere politische Neuankömmling, die *United Front*, hatte einen vielversprechenden Auftakt. Sie kündigte ausdrücklich an, die typischen Strukturen, in denen Frauen die organisatorische Drecksarbeit machen, während Männer sich die Führungspositionen sichern, nicht zu stützen. Einige FeministInnen befürchten, die Verbindung zwischen der *United Front* und dem ehemaligen Generalsekretär der COSATU, Zwelinzima Vavi,[6] könnte das Projekt belasten. Es ist noch zu früh, um sagen zu können, ob dieser Vorwurf greifen wird und FeministInnen deswegen einen Bogen um die *United Front* machen müssen. Andererseits verfügt diese neue Partei mit ihrer Kritik an der Austeritätspolitik über das Potenzial, all diejenigen zusammenzubringen, die mit gewaltfreien Mitteln einen radikalen Wandel herbeiführen wollen (vgl. Müller 2014).

RADIKALER WANDEL GEHT NUR MIT FEMINISTINNEN

Es steht außer Frage, dass feministische Kernthemen bislang nur an den Rändern der politischen Diskussion eine Rolle spielen. Dabei geht es um den vergeschlechtlichten Charakter der Macht, den Einfluss männlich geprägter Politik darauf, wie Frauen ihr eigenes Handlungsvermögen einschätzen, und um die Frage, welche Konsequenzen männliche Machtformen auf Frauen als politische Subjekte in der postkolonialen Demokratie Südafrikas haben.

Der Bereich des ›Politischen‹ wird weiterhin auf die große Politik bezogen: auf den Staat, auf die mit ihm verbundenen Parteien und auf Verbündete wie Gewerkschaften, oppositionelle soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Rassismus und die vielfältigen Formen seiner innerhalb der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse werden in der politischen Diskussion zwar wieder thematisiert, insgesamt schenkt die Linke dem Bereich des Sozialen jedoch nur wenig Aufmerksamkeit. In den wirtschaftspolitischen Debatten kommt eine Kritik an den vergeschlechtlichten Produktions- und Reproduktionsverhältnissen nur als Lippenbekenntnis vor. Die Kernerarbeit wird einer kleinen Zahl überforderter FeministInnen überlassen.

Es ist selten, dass männliche Linke sich für Gender-Aspekte von Ungleichheit interessieren. Fragen der sexuellen Identität und sexualisierte Gewalt bleiben in der politischen Debatte randständig. Das Rhodes-Must-Fall-Transparent prangert genau dieses Manko an. Die feministischen Forderungen lassen sich nicht in einen Gegensatz zum Projekt eines radikalen Wandels setzen, sie müssen vielmehr darin einen zentralen Platz einnehmen.

Gekürzte Fassung des Beitrags »Who's Afraid of Feminism: Gender in South African Politics«, der im September 2015 zuerst bei AfricaFiles erschien. Aus dem Englischen von Max Henninger

LITERATUR

Müller, Melanie, 2014: *Weg zur neuen Partei ist noch weit. In Südafrika strebt die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA ein Bündnis mit Protestbewegungen gegen die Regierung an*, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Standpunkte 8/2014

Osmanovic, Armin, 2014: *Unzufrieden mit den Erben Mandelas. Anfang Mai wählt Südafrika ein neues Parlament*, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Standpunkt 8/2014, Berlin

---

1 *Rhodes Must Fall* ist der Name einer studentischen Protestbewegung, die sich am 9. März 2015 an der Universität von Kapstadt gegründet hat. Ursprüngliches Ziel war es, die vor dem Eingang der Universität stehende Statue des britischen Kolonisatoren und langjährigen Namensgebers von Rhodesien, Cecil Rhodes, zu Fall zu bringen. Nachdem dies erreicht wurde, richtet sich das Bündnis gegen (post-)koloniale Strukturen und Ungleichheit im Bildungssystem. Vgl. http://rhodesmustfall.co.za/.

2 Die *Women's National Coalition* wurde 1991 mit dem Ende der Apartheid von 70 Organisationen gegründet. Ziel war es, den demokratischen Transformationsprozess, darunter die ersten demokratischen Wahlen in Südafrika, geschlechterpolitisch zu begleiten und zu beeinflussen. 1994 wurde die Women's Charta verabschiedet, die anschließend von der neuen Regierung anerkannt wurde. Vgl. www.iisd.org/50comm/commdb/desc/d18.htm.

3 Dieser Frauenverband des ANC wurde 1948 gegründet, wobei Frauen ab 1943 Parteimitglieder werden konnten.

4 Jacob Zuma wurde 2006 der Vergewaltigung beschuldigt. Nach einem viermonatigen Verfahren wurde er vom Gericht für nicht schuldig befunden. Begleitet wurde der Prozess von heftigen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um sexualisierte Gewalt, HIV und um ethnisch definierte Männlichkeit. Vgl. auch www.academia.edu/13205179/Tradition_s_Desire_The_Jacob_Zuma_Rape_Trial_and_the_Politics_of_Culture.

5 Vavi musste sein Amt niederlegen, nachdem man ihn der sexuellen Gewalt gegen eine Angestellte beschuldigt hatte.



NEU
hinsehen!
4 Wochen »nd« digital
für kurzsichtige
€ 9,-
Ohne
Brille in 2
Minuten!
Da beschlägt der digitalen Leserschaft die Brille
vor Freude: »nd« mobil ist frischgemacht!
Und liefert nicht nur bewährte Inhalte für Herz
und Hirn, sondern ist auch gut fürs Auge.
In zwei Minuten haben
Sie auch ohne Sehhilfe
die aktuellen News überflo-
gen, alles ist aufgeräumter,
intuitiver und so aktuell,
dass wir unser digitales
Blatt schon fast nicht mehr
Tageszeitung nennen wollen,
sondern … Jetztzeitung.
JETZT ist jedenfalls der richtige
Zeitpunkt für ein digitales Mini-Abo!
Unten steht (kleingedruckt!) wie.
Interesse? Dann anrufen: (030) 29 78 18 00. Aboseite: neues-deutschland.de/abo
Das Angebot gilt nur im Inland und in Haushalten ohne aktives nd-Abo
in den letzten 6 Monaten.
neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG
nd


Ein Wochenende ist zu kurz um die Welt zu retten. Aber lesen hilft.
10 Wochen
taz.am Wochenende
für 10 Euro
taz.de/testabo
Mit ihren LeserInnen teilt die taz Informationen und Ideale. Die taz.am wochenende ist die taz für die freien Tage. Und für freie Gedanken.
taz.die solidarische Methode
Kann man mit Eltern Schluss machen?



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried,
Corinna Genschel, Christina Kaindl und Rainer Rilling
Heftredaktion: Harry Adler, Moritz Altenried, Hanno Bruchmann, Malte Daniljuk,
Markus Euskirchen, Horst Kahrs, Tadzio Müller, Katharina Pühl, Hannah Schurian,
Patrick Stary, Moritz Warnke, Florian Wilde und Milan Ziebula

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur;
www.text-arbeit.net

Titelbild: Kodomoroid, ein nachrichtensprechender Android, ausgestellt im MiraikanNational-Museum für Zukunftsforschung und Innovation, Tokio
Kelly Reeves (BY) (ND)

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und
Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC zertifiziertem und säurefreiem Papier



2/2015 DAS BISSCHEN BILDUNG

Wenn politische Alternativen schwach und Handlungsoptionen rar sind, bleibt oft der Ruf nach ›Bildung‹ – auch in der Linken. So sehr Aufklärung linker Glutkern ist, so verquer ist die Hoffnung, verbesserte Welt- und Selbsterkenntnis allein könnte eine Änderung der Verhältnisse voranbringen. Im Angesicht der eigenen Ohnmacht wird außerdem oft kritische Bildungsarbeit auf Methoden, Moderation und die Vermittlung von skills verengt. Austerität, Vermarktlichung und die Entsicherung von Arbeit verändern unterdessen die Bedingungen von Bildung massiv: Die Räume werden enger, die Zeit knapper. Dabei ist die Notwendigkeit von Kritik und Alternativen größer denn je. Was also tun mit dem BISSCHEN BILDUNG?

BEITRÄGE Julika Bürgin | Uwe Hirschfeld | María Do Mar Castro Varela | Katrin Reimer-Gordinskaya | Alberto Garzón | Axel Rüdiger | Laurence Cox | Sabine Hattinger-Allende | David Salomon | u.a.

August 2015, 120 Seiten



1/2015 MEHR ALS PREKÄR

Prekarisierung meint nicht mehr nur die Ausweitung unabgesicherter, schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse, sie ist in alle Lebensbereiche eingewandert: Zeitstress, die Unmöglichkeit das eigene Leben planen zu können, Verdrängung aus den Städten und wachsende Reproduktionslücken. Prekarisierung ist neue ›Normalität‹ – und doch betrifft sie nicht alle gleichermaßen, sind die Möglichkeiten, mit vielfältigen Verunsicherungen umzugehen, klassenabhängig. Wo lassen sich dennoch geteilte Betroffenheiten ausmachen, die zum gemeinsamen Handeln anregen?
Wie sind Bündnisse zwischen Kern und Rand, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen oder zwischen PatientInnen und Pflegekräften zu schmieden? Wie kann Zukunft im Heute gestaltet werden?

BEITRÄGE Juliet Schor | Loïc Wacquant | Norbert Wohlfahrt | Katja Kipping | Bernd Riexinger | Barbara Fried | Julia Dück | Peter Bremme | Ingrid Artus | Jana Seppelt | Christian Fuchs | Horst Kahrs | u.a.

April 2015, 120 Seiten



3/2014 WELTKRISENPOLITIK

Die Welt ist in keinem guten Zustand. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr so viele bewaffnete Konflikte. Auch die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist auf einem historischen Höhepunkt. Austeritätspolitiken und Strukturanpassungsprogramme treten global als Lösung auf, verschärfen aber die Probleme. Der Name der Zeit? Unklar. Post-alles, Interregnum, WELTKRISENPOLITIK. Geopolitische Konstellationen verschieben sich, neue Machtzentren entstehen. Welche Rolle spielt die Bundesrepublik in dieser Weltumordnung? LuXemburg 3/2014 fragt nach Einstiegen in Friedenspolitiken. Wie können Projekte regionaler Integration, sozial-ökologischer Entwicklung, Konversion und sozialer Infrastrukturen dazu beitragen, globale Konflikte zu entschärfen?

BEITRÄGE Gayatri Spivak | Jan van Aken | Isabell Lorey | Vladimir Ischchenko | Ulla Jelpke | Rainer Rilling | Thomas Seibert | Shreen Saroor | AchinVanaik | Corinna Hauswedell | u.a.

Dezember 2014, 160 Seiten



2/2014 OH GOTT!

Weltweit eskaliert die Gewalt und meist sind es religiöse Spaltungen, an denen Konflikte ausgerichtet werden. Es ist die Religion, die Menschen bewegt, Revolten befeuert und der Empörung über das wirkliche Elend eine Stimme gibt. Die Grenze zwischen Opium und Protestation ist nicht immer leicht zu ziehen. Was hat die Renaissance der Religion in der organischen Krise zu bedeuten? Von Hamas bis Tea Party sind es religiöse Kräfte, die Alltagserfahrung bearbeiten, Lücken sozialer Reproduktion stopfen und Gemeinsinn stiften, wo Konkurrenz soziale Milieus zerstört hat. Wie gelingt es ihnen, das Leiden an der Welt zu fassen und doch so oft den Weg aus dem Jammertal zu verstellen? Und was bedeutet das für die Linke angesichts maroder Strukturen sozialer Daseinsvorsorge?

BEITRÄGE Stuart Hall | Dick Boer | Bodo Ramelow | Joanna Garcia Grenzner| Franz Segbers | Brigitte Kahl | Jan Rehmann | Ingar Solty | Stefanie Klee | Michael Ramminger | Klaus Lederer | u.a.

September 2014, 136 Seiten

EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DIGITALISIERUNG: STRUKTURWANDEL UND HYPE
DIE ROBOTER KOMMEN, DIE ARBEIT GEHT?
DIE KÜNSTLICH KÜNSTLICHE INTELLIGENZ
LIFELOGGING
CYBORGS QUEER GELESEN
ALGORITHMEN, KONTROLLE UND DEMOKRATIE
POPULISMUS UND HEGEMONIE

ISSN 1869-0424

